Nr. 192 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 98

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Sonntagsausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

15 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Sonntag, den 24. April 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Markgr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Maiprotest gegen die Reaktion!

Arbeiter, Angestellte!

In diesem Jahre fällt der 1. Mai in eine Zeit, in der es notwendiger ist als je, für die Forderungen einzutreten, für die die Arbeiter aller Länder seit Jahrzehnten an diesem Tage demonstrieren.

Weltenfriede und Völkerverständigung, Ausbau des Arbeiterschutzes, insbesondere die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, das sind die Punkte, für die wir am 1. Mai stets unsere Stimme erhoben haben.

Es hat zeitweilig geschienen, als sei es nicht mehr so notwendig wie vordem, für diese Forderungen einzutreten. Das waren die ersten Jahre nach dem Weltkrieg, wo dessen blutige Lehren noch nachwirkten. Diese sind heute in weiten Kreisen wieder vergessen worden. Reaktion und Faschismus erheben ihr Haupt, und wenn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die Arbeiterbewegung nicht stärker wären, würde das nationalistische Landsknechtstum überall triumphieren. Das hieße, die Fackel des Weltkriegs erneut zwischen die Völker schleudern.

Und überall, wo die Reaktion herrscht, bedeutet sie Unterdrückung der Massen und Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Bei uns in Deutschland ist die Arbeiterbewegung zu stark und damit die Hemmnisse zu groß, als daß die Reaktion es wagen könnte, sich ausleben zu wollen. Aber auch bei uns heißt es, auf dem Posten zu sein. Der vom Reichspräsidenten gewollte **Besitzbürgerblock** regiert. Und wenn er auch notgedrungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Verständigungspolitik treibt, so versucht er doch zugleich auf dem Gebiete der Innenpolitik das Rad rückwärts zu drehen.

Das zeigen mit aller Deutlichkeit die Verhandlungen des Reichstages in den letzten Wochen, als es galt, durch das Arbeitszeitnotgesetz den Achtstundentag zu sichern und die Versprechungen der Regierungserklärung über den Ausbau der Sozialpolitik wahr zu machen.

Der Achtstundentag ist nicht gesichert worden und von allen Posten des Etats waren es nur die sozialpolitischen, die Abstriche erfahren mußten.

So tritt an die Stelle des Arbeiterschutzes der Schutz der Unternehmer.

So sehen die Zeichen der Zeit aus. Das muß alle Arbeitenden mahnen, fest zusammenzustehen zur Wahrung ihrer Interessen.

Und das muß am 1. Mai zum Ausdruck kommen in der Beteiligung an dem Aufmarsch der Arbeiterschaft.

Arbeiter, Angestellte! Demonstriert am 1. Mai!

Es handelt sich um die Vertretung hoher Ideale und praktischer Ziele.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Wahltag in Deutschösterreich.

Das ständige Wachstum der Sozialdemokratie.

Der heutige Tag entscheidet wieder auf vier Jahre über die Zusammensetzung des Nationalrats, mehrerer Landtage und Gemeindevertretungen Deutschösterreichs, vor allem auch über den Gemeinderat, zugleich Landtag der Hauptstadt Wien, die als eigenes Bundesland der Gemeinderatsmehrheit die Freiheit gewährt, ihre Steuern festzusetzen und ihre Einnahmen zu verwenden, ohne daß die Bundesregierung viel hineinreden könnte. Das heißt im gegebenen Falle, die kapitalistische Reaktion ist gesetzlich nicht in der Lage, das sozialistische Wiederaufbau- und Reformwerk der roten Rathausmehrheit zu hindern.

Bei den letzten Parlamentswahlen in Altösterreich, es war 1911, errang die Sozialdemokratie 18 von den 33 Mandaten Wiens und damit die Mehrheit in der Hauptstadt. Aber erst der Umsturz — der übrigens in Deutschösterreich nicht einen einzigen Tag Parlamentslosigkeit, also Diktatur, gebracht hat — beseitigte das schändliche Klassenwahlrecht auch in der Gemeinde, das die Christlichsozialen bis zuletzt krampfhaft festgehalten haben. Das demokratische Wahlrecht gab der Sozialdemokratie sofort die Rathausmehrheit. Wie unsere vorbildliche Wiener Organisation den jetzigen Wahlkampf geführt hat, schildert unser dorthin entsandter Berichterstatter an anderer Stelle dieses Blattes.

Deutschösterreich zerfällt für die Nationalratswahl in 23 Wahlkreise. 1923 wurden gewählt: 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 10 Großdeutsche und 5 Landbündler. Im ganzen sind 165 Mitglieder zu wählen. Reststimmen, die nach der ersten Ermittlung der den einzelnen Listen zufallenden Mandate verbleiben, werden in einem späteren zweiten Ermittlungsverfahren berücksichtigt. Zur Erlangung der Mehrheit im Nationalrat müßte die Sozialdemokratie gegen 350 000 Stimmen gewinnen.

Die Wahllüge über das Reichsbanner.

Magdeburg, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit: Die Berliner Hugenberg-Zeitung „Der Tag" veröffentlichte am Sonnabend in sensationeller Aufmachung eine Meldung über rote Putschpläne in Oesterreich. Es wird u. a. behauptet, der Sekretär des Republikanischen Schutzbundes Heinz-Wien sei beauftragt worden, sich mit Oberpräsident Hörsing über die Heranziehung des Reichsbanners zu Abwehrmaßnahmen zu verständigen, und diese Verständigung sei erfolgt. Ferner wird behauptet, die österreichischen Generäle a. D. Körner und Schneller hätten Pläne für das Zusammenwirken von Reichsbanner und Republikanischem Schutzbund ausgearbeitet. Weiter wird eine direkte Verbindung zwischen den tschechischen sozialistischen Organisationen und dem Reichsbanner behauptet und daß das Reichsbanner im Besitz von Waffen und Waffenlagern sei. Die „Tag"-Meldung ist von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gesogen.

Regierungskrise in Litauen.

Die christlichen Demokraten verlassen die Putschregierung.

Kowno, 23. April. (WTB.) Finanzminister Karvelis und Kultusminister Bristras, die der christlich-demokratischen Partei angehören, und Verkehrsminister Jankewitschius von der Landwirtepartei haben ihren Rücktritt erklärt. Es wird voraussichtlich folgendes neue Kabinett gebildet werden: Premierminister und Finanzen Tubelis (Partei Tautininkai), Kultusminister Ing. Schakenis (Tautininkai), Verkehrsminister Ing. Vileischis, der Tautininkai nahestehend. Die übrigen Minister würden im Kabinett verbleiben. Es verlautet, daß die Christlich-Demokraten in die Opposition gehen werden.

Pilsudskis Presseknebel.

Werkzeug der Wahlmache.

Warschau, den 23. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Ministerrat hat beschlossen, ein neues Preßgesetz als Dekret des Staatspräsidenten zu erlassen. Die Regierung war bereits vor Monaten so vorgegangen, aber diese Knebelung der Presse hatte der Sejm nach kurzem Bestand aufgehoben. Das neue Gesetz sollte unter Mitarbeit von Vertretern der Journalistenverbände ausgearbeitet werden und gegenüber dem vorigen weit liberalere Bestimmungen enthalten. Wie jetzt bekannt wird, ist das neue Gesetz seinem Vorgänger völlig gleich. Da eine baldige Einberufung des Sejm, der das Dekret außer Kraft setzen kann, kaum bevorsteht, so ist für die nächste Zeit wieder mit vollständiger Presseknebelung zu rechnen, so daß die Regierung allerlei machen kann, was die kommenden Gemeinde- und Parlamentswahlen stark beeinflussen könnte. Der antidemokratische Charakter der Regierung Pilsudski, der sich immer mehr einer Diktatur nähert, die auf eine parlamentarische Dekoration nur aus taktischen Gründen nicht verzichtet, kommt in dem neuen Gesetz ganz deutlich zum Vorschein.

Flucht vor der Wahrheit.

Vaterländische Ausreißerverbände?

Wer über die nationalen Wehrverbände nichts weiter wüßte, als was ihre Führer am Sonnabend im Viking-Olympia-Prozeß ausgesagt haben, der erhielte etwa folgenden Eindruck: ein zitterndes Häuflein wehrloser Lämmer, geplagt von ständiger Angst vor den schrecklichen blutdürstigen Kommunisten, Tag und Nacht über dem Problem grübelnd, wie man vor dieser wilden Rotte im Ernstfalle durch rascheste Flucht aus Berlin das eigene kostbare Leben rette!

Tatsächlich! So und nicht anders haben die v. Luck, v. Sodenstern, v. Knauer, v. Stephani, v. Hugo und Schneider in gut eingelernten, wörtlich fast übereinstimmenden „Zeugenaussagen" den Zweck ihrer geheimen Besprechungen zu Beginn des Jahres 1926 dem Staatsgerichtshof dargestellt. In der Not frißt der Teufel Fliegen, und ein echt nationaler Mann stellt sich lieber der Oeffentlichkeit als zitternde Memme dar, ehe er zugibt, hochverräterische Diktaturpläne geschmiedet zu haben.

Militärische Ausbildung der Viking- und Olympia-Mitglieder? Wahnsinn, völlig zwecklose Spielerei, unnütze Kraftvergeudung — so überbieten die zu Verbandsführern gewordenen ausrangierten Obersten und Majore einander mit pathetischen Beteuerungen. „Wir als Militärs wissen doch am besten, daß Zivilisten durch ein paar Felddienstübungen keine brauchbaren Soldaten werden."

Aber dieselben Sachverständigen erklären den „Roten Frontkämpferbund" für eine schier fürchterliche Macht, der gegenüber die disziplinierten Kräfte der Reichswehr und Schutzpolizei glatt versagen würden.

„Nichts war geplant als die Rettung unserer wehrlosen Mitglieder bei dem sicher bevorstehenden Kommunistenputsch." Bitte, wann ist denn nun der Putsch ausgebrochen, wann hat die Schutzpolizei versagt? Ist nicht der Rote Frontkämpfertag zu Pfingsten 1926 völlig ruhig vorübergegangen, der den gefürchteten „roten Klamauk" (Ausdruck Lucks) mit Sicherheit bringen sollte? Verlegenes Schweigen. „Wir haben halt an den bevorstehenden Kommunistenputsch fest geglaubt."

„Warum gingen Sie nicht die Polizei um Schutz an?" — „Wir hatten kein Vertrauen zu ihr." — „Hat nicht Major v. Stephani, der Leiter des Berliner Stahlhelms, bei zwei Gelegenheiten im Jahre 1926 und 1927 der Berliner Polizei schriftlich für den musterhaften Schutz von Stahlhelmveranstaltungen gedankt?" Der Zeuge v. Stephani muß es kleinlaut zugeben.

Hinter der verächtlichen Feigheitspose der Vaterländischen aber verbirgt sich ihr wahres Gesicht. Wir überschätzen den Heldenmut der Viking- und Olympia-Leute keineswegs. Aber so feige, wie sie heute erscheinen möchten, damit man die wahren Ziele ihrer Aufmarschpläne und Besprechungen nicht erkenne, waren sie denn doch nicht. Der „Kommunistenputsch", von dem die Herren so gut wie wir wissen, daß er 1926 nur in ihrer Phantasie bestand, falls sie nicht selber ihn provozierten (siehe die Bekundung des Zeugen Käsehage) — dieser Kommunistenputsch sollte nur der Vorwand sein, um über Artikel 48 der Verfassung zur „nationalen Diktatur" zu gelangen.

Deshalb waren die Provokationspläne Sodensterns, der Aufmarschplan Knauers auch nur ein Teil des Programms. Der andere noch geheimere Teil konzentrierte sich auf die Person des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Nur wenn der dazu gewonnen wurde, auf Grund des Artikels 48 den Belagerungszustand zu verhängen, den Reichstag aufzulösen und die Diktatur zu errichten, konnte der auf Abwehr eines provozierten Kommunistenputsches aufgebaute Plan glücken.

Sodenstern hat dieses Programm — als „Theorie", aber praktisch deutlich greifbar — dargelegt. Der Reichspräsident soll wohl zunächst (noch scheinbar verfassungstreu) Neuwahlen ausschreiben, aber den neuen Reichstag wieder auseinanderjagen und — da dies verfassungsrechtlich zulässig ist — einfach die entgegenstehenden Verfassungsartikel und so nach und nach die ganze Verfassung außer Kraft setzen, bis nur noch der Artikel 48 übrig blieb! Das Ei des Kolumbus — die legale Diktatur!

War Hindenburg hierzu zu gewinnen? Der tatsächliche Verlauf der Dinge spricht ebensowenig dafür wie die Einstellung Hindenburgs zum Verfassungseid. Aber wir wissen, daß in jenem Frühjahr 1926 von mehreren Seiten mit größter Anstrengung auf den alten Herrn eingewirkt wurde, um ihn zur Errichtung der Diktatur zu bestimmen. Unter denen, die damals bei Hindenburg vorsprachen, war auch Herr v. Sodenstern. Freilich, er gibt auch dieser Unterredung einen völlig nichtssagenden Inhalt, obwohl er — auch dies ist charakteristisch genug — mit seiner Darstellung des Gespräches der vom Reichspräsidenten gegebenen völlig widerspricht. Wenn er freilich in der Märzsitzung der Führer der vaterländischen Verbände damit prahlte, nunmehr auch den Reichspräsidenten für seine Pläne gewonnen zu haben, so ist er damals in seiner

Darstellung ebensoweit über die Wirklichkeit hinausgeschossen, wie er in seiner Zeugenaussage hinter ihr zurückgeblieben ist.

Das Kapitel Hindenburg wird jedenfalls noch ausgiebig zu erörtern sein. Es wird namentlich festzustellen sein, wer damals außer Sodenstern noch beim Reichspräsidenten war, um ihn dem Diktaturplan geneigt zu machen. Auch hier taucht der Name Hugenberg auf.

Aber noch ein Punkt soll nicht ganz vergessen werden: zwei Angelpunkte hatte der Plan — Hindenburg und den Kommunistenschrecken. Auch hier war die rote Front wieder einmal die Kulisse, hinter der die schwarz-weißrote Front aufmarschierte.

Wollen nach den Leipziger Feststellungen die Kommunisten am 8. Mai in Berlin wirklich den Sodensternen in die Hand spielen, damit die Diktaturpläne noch nachträglich eine scheinbare moralische Rechtfertigung fänden?

•

E. K. **Leipzig**, 23. April. (Eigener Drahtbericht.)

Nachdem die Zeugenvernehmung mit der Aussage Sodensterns, mit seiner Darlegung des „legalen Putsches" und seinem Halbeingeständnis der Einwirkung auf Hindenburg (vergleiche den heutigen Leitartikel) einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte, verläuft der Rest der Zeugenvernehmung recht eintönig. Major v. Knauer, der Führer des Tannenbergbundes, Major a. Stephani, Führer des Berliner Stahlhelms, Major a. D. Schneidler, gleichfalls vom Stahlhelm, Oberstleutnant v. Hugo vom Nationalverband deutscher Offiziere treten nacheinander auf und schnarren wie Automaten ihr auswendig gelerntes, fast wörtlich übereinstimmendes Sprüchlein: „Unsere Mitglieder waren mit Befürchtungen und Beschwerden an uns herangetreten, wie sie sich bei dem bevorstehenden Kommunistenputsch schützen sollten, infolgedessen fand die Sitzung statt, in der beschlossen wurde, den Plan einer Herausziehung der Mitglieder aus Berlin zu entwerfen" usw. Die vom Zeugen Käsehage bestätigten Aeußerungen Sodensterns über den zu provozierenden Kommunistenputsch will keiner der Zeugen gehört haben, der eine war gerade hinausgegangen, der andere hatte im Nebenzimmer eine Besprechung usw.

Es folgen die Zeugen, die für die Glaubwürdigkeit Käsehages geladen sind. Von diesen bestätigt der Großindustrielle Arnold Rechberg, daß auch ihm Käsehage gleich am Tage nach der Sitzung der VVV. die Aeußerungen Sodensterns über die Errichtung der Diktatur usw. in dem gleichen Sinne dargestellt habe, wie sie später in das Protokoll gekommen sind. Dagegen können Oberst Bode und Hauptmann Wackerzapp sich der Gespräche, auf die Käsehage sich beruft, nicht entsinnen und bestreiten sie.

In der Frage der Vereidigung der Zeugen hat der Senat den prinzipiellen Beschluß gefaßt, daß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung hierfür entsprechend anzuwenden sind, daß daher diejenigen Zeugen nicht vereidigt werden können, bei denen irgendwie der Verdacht besteht, daß sie an den Handlungen der Verbände, die zum Verbot geführt haben, teilgenommen oder sie begünstigt haben. Da diese Frage bei den Zeugen Luck, v. Sodenstern, v. Bietinghoff-Scheel und Käsehage noch nicht geklärt ist, wird deren Vereidigung zurückgestellt. Die anderen Zeugen werden vereidigt.

Aus dieser Entscheidung ist vielfach im Publikum der Schluß gezogen worden, daß die Anwendung der Strafprozeßordnung auch bedinge, daß zur Aufrechterhaltung des Verbotes der Verbände eine Zweidrittelmehrheit des Senats (also 6 von 9 Stimmen) nötig sei. Dies trifft jedoch nicht zu. Die Analogie erstreckt sich nur auf die Beweisaufnahme, nicht auf die Urteilsfällung. Wie wir erfahren, ist sich der Senat ausdrücklich darüber klar geworden, daß die getroffene Entscheidung die Frage der Urteilsmajorität nicht präjudiziere.

Gegen Schluß der Sitzung teilt Ministerialrat Schönner mit, daß er das neue Material der Regierung gemäß einem Wunsch des Vorsitzenden der gegnerischen Verteidigung zur Kenntnis gegeben habe. Ueber den Inhalt des Materials wurde hier bereits einiges mitgeteilt. Es dürfte auch sonst noch einige unangenehme Ueberraschungen für Herrn Ehrhardt und seine Anwälte enthalten.

Deutschnationale Bürgerblockbilanz.

Nationalistische Radaupolitik — die zweite Etappe.

Die innenpolitische Wochenschau der „Kreuz-Zeitung" beschäftigt sich mit dem Artikel der „Germania", in dem den Deutschnationalen klipp und klar erklärt wurde, daß das Zentrum nicht daran denke, die Sozialdemokraten in Preußen im Stich zu lassen. Resigniert stellt das Blatt fest, daß damit eine Hoffnung der Deutschnationalen zu Wasser geworden sei. Was tun? Abwarten! Der linke Flügel der Sozialdemokraten dränge zu einer koalitionsfeindlichen Politik. Gewinne diese Richtung die Oberhand, dann sei die große Stunde der Deutschnationalen gekommen.

So ruhig der Ton dieser Ausführungen ist, den Aerger über die Absage des Zentrums kann das Blatt des Grafen Westarp doch nicht ganz unterdrücken. Und so rächt es sich damit, daß es der „Germania", die die Futterkrippenpolitik der Deutschnationalen mit ihrem richtigen Namen genannt, hatte, nachsagt, sie leiste den lügenhaften Uebertreibungen der Linkspresse bewußt Vorschub, im übrigen treibe auch das Zentrum ungeniert Futterkrippenwirtschaft, man werde ihm gründlich auf die Finger sehen müssen, damit es nicht den preußisch-sozialistischen Einfluß auch auf die Reichspolitik übertrage. Hält man dazu, daß die „Kreuz-Zeitung" in gleichem Atem die Sozialdemokratie als „Gegner des Staates, unserer Kultur und unserer Gesellschaftsordnung" bezeichnet, so hat man ein Bild von der Bosheitspolitik unter Koalitionsgenossen.

Der Handstreich auf Preußen mißlungen — aber die Partei des Grafen Westarp hat noch einen zweiten Pfeil im Köcher. Der Hetzartikel der „Deutschen Tageszeitung" ist nicht von ungefähr erschienen, die Franzosenhetze der deutschnationalen Presse hat ihren guten Grund. In Zukunft, so erklärt die „Kreuz-Zeitung", werde die Deutschnationale Partei ohne Rücksicht auf die Koalition die Hauptpunkte ihres Programms mehr als bisher in der Oeffentlichkeit propagieren: der nationale Gedanke müsse aus dem Zustand der Stagnation herausgerissen werden. Auf welchem Wege? Bahn frei, Herr Stresemann! Das Blatt des Grafen Westarp verkündet:

„Es genügt nicht, wenn wir melancholische Artikel schreiben (gemeint sind die Osterartikel des Außenministers Dr. Stresemann und der „Germania". Anm. d. Red.) und entrüstete Resolutionen fassen darüber, daß die Räumung des besetzten Gebietes immer noch nicht in Angriff genommen worden ist. Gerade aber dem Reichsaußenminister, der das ganze Ziel seiner Politik zunächst, wie er wiederholt versichert hat, auf Befreiung des Rheinlandes eingestellt hat, müßte daran liegen, daß ein Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland zum Ausdruck käme über die Art, wie wir wieder von Frankreich übers Ohr gehauen worden sind. Aber merkwürdigerweise wird jede Gefühlswallung gegen französisches Unrecht von gewissen Kreisen nur innerpolitisch ausgemünzt. Man kreidet uns gar zu gern solch berechtigtes Aufbegehren als ein Abweichen von den „Richtlinien" an, die in außenpolitischer Beziehung bei dem Eintritt in die jetzige Koalition vereinbart worden sind. Das ist natürlich eine ganz irrige Auffassung und, wenn jetzt die Linkspresse immer wieder versucht, hier Gegensätze innerhalb der Koalition zu schaffen, so ist das doch ein so durchsichtiges Manöver, daß weder der Reichsaußenminister noch die oft empfindliche Volksparten darauf hereinfallen sollten. Aehnlich liegen die Dinge mit dem Dawes-Plan . . Es wäre deshalb von der Deutschnationalen Volkspartei verdienstvoll, wenn sie von Partei wegen jetzt eine Bewegung im Lande entflammte, die sich gleichzeitig gegen das Unrecht am Rhein und gegen die Dawes-Lasten richtete. Nur so kann dem Reichsaußenminister der Boden bereitet werden für eine Politik der Befreiung, die doch für jeden, der an dieser Stelle ist, im Vordergrunde stehen muß, wobei besonders zu betonen wäre, daß nicht neue, andere Bindungen dem deutschen Volk auferlegt werden dürfen wie sie zum Beispiel durch ein sogenanntes Ost-Locarno anscheinend noch immer geplant sind."

Nach der „Deutschen Tageszeitung" stellt damit auch die „Kreuz-Zeitung" dem Osterartikel des Reichsaußenministers Dr. Stresemann die Zensur ungenügend aus, sie unterstreicht die Chauvinistensprache des Agrarierblattes, die in bewußtem Gegensatz zu dem Tone Dr. Stresemanns gebraucht worden war, noch, sie fordert die deutschnationale Parteileitung auf, sich an die Spitze der Chauvinistenmeute zu stellen.

Das Pech der „Kreuz-Zeitung" ist es, daß sie sich das Geständnis entschlüpfen läßt, der Zweck der Uebung sei lediglich eine nationale Morphiuminjektion für die Deutschnationale Partei. Damit drückt das Blatt des Grafen Westarp der Aktion von vornherein den Stempel der Unwahrhaftigkeit auf die Stirn. Es bestätigt, was es zu gleicher Zeit als eine Lüge der Linkspresse dementieren möchte. Es diskreditiert im voraus die Politik und den Politiker, der sich dieses innen- und außenpolitisch schädlichen Mittels bedient.

Das nationale Schwein.

Der Kuhhandel mit dem Reichslandbund.

Uns wird geschrieben: Die agrarische Agitation für das „nationale Schwein", d. h. für höhere Zölle auf die Fleischeinfuhr aus Polen, scheint auf das gegenwärtige Kabinett nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. Am Freitag wurde nämlich im Preußischen Staatsrat die Anfrage des Grafen von Keyserlink erörtert, die „auf die Gefahren hinweist, die aus der vermehrten Einfuhr von Vieh und Viehprodukten der deutschen Landwirtschaft erwachsen". Dazu wurde bemerkt, „daß die Reichsregierung bei der Wiederaufnahme der zurzeit ruhenden Handelsvertragsverhandlungen die Berücksichtigung der Interessen der heimischen Landwirtschaft zugesagt hat".

Die Zusage der Reichsregierung bezieht sich natürlich auf die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Somit ist zu erwarten, daß hier ganz unnötigerweise neue Schwierigkeiten geschaffen werden.

In einem Interview, das Staatssekretär Lewald Mitte Januar 1927 einem Vertreter der Fleischerorganisation gab, betonte er nämlich, „daß von deutscher Seite die Einfuhr eines erheblichen Kontingents geschlachteter Schweine für Deutsch-Oberschlesien und die unbeschränkte Einfuhr polnischen Schweinefleisches für eine größere Zahl deutscher Fleischfabriken (gemäß polnischen Wünschen. Red. d. SPD.) zugestanden worden sei". Lewald unterstrich damals, „daß die von Deutschland gemachten Konzessionen hinsichtlich der Fleischeinfuhr gegen die Auffassung sprächen, daß agrarische Einflüsse die Bewegungsfreiheit der deutschen Bevollmächtigten beeinträchtigen". Das schien Mitte Januar noch der Fall gewesen zu sein. Am 20. Januar hat dann der Reichslandbund eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der er sich gegen die von Lewald erwähnten Konzessionen wandte. Grundsätzlich forderte der Landbund, „daß keine Konzessionen bei Wiederaufnahme der Verhandlungen bewilligt werden dürfen und der Zoll für Schweine und Schweinefleisch so festzusetzen sei, daß sie keinesfalls unter den Sätzen des deutsch-schwedischen Vertrages liegen".

Die Sätze im deutsch-schwedischen Vertrag machen für Schweine 16 M. und für Schweinefleisch 21 M. aus. Gelingt es den Agrariern, sie für den deutsch-polnischen Verkehr festzusetzen, so bedeutet das eine maßlose Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes. Nach der Verlautbarung im Preußischen Staatsrat scheint die gegenwärtige Regierung zugunsten der Agrarier zu einer weiteren Belastung der Lebenshaltung des deutschen Volkes bereit zu sein.

Der russische Kantongeneral Galens, der in den Reutermeldungen des angeblichen Inhalts in der Pekinger Sowjetbotschaft gefundener Dokumente genannt wird, ist in Tschita, der Hauptstadt Ostsibiriens, eingetroffen, also in Sicherheit.

Altösterreichische Wahlerinnerungen.

Von Richard Bernstein.

Als 1896 dem Parlament die V. Kurie angeflickt wurde und zum ersten Male auch die „notige Bagasch" wählen konnte, wie die wahlprivilegierten Geldspießer die Arbeiter nannten, die zumeist noch nicht direkte Steuern zu zahlen brauchten, war ich erst ein Wiener k. k. Staats-Realschulbub von 14 Jahren, aber schon ein heißer Sozi. Mein Vater hatte bis dahin immer liberal gewählt. Als die amtliche Wahllegitimation auf violettem Papier und der Stimmzettel für die V. Kurie zugestellt wurde, fing ich sie ab und eilte, den Zettel — mit roter Tinte — auf den sozialdemokratischen Kandidaten auszufüllen: Jakob Neumann, Zeitungsherausgeber, Wien V., Reinprechtsdorfer Straße, glaube ich, die Hausnummer weiß ich nicht mehr. Mein Vater lachte nachher darüber und sagte: „Die Liberalen stellen in der V. Kurie keinen auf und anders hätte ich auch nicht gewählt, als du mir da vorgeschrieben hast."

Den Tag über nach der Schule, es war der 9. März 1897, lief ich an möglichst vielen Wahllokalen vorüber, war auch abends unter der Menge, die vor dem magistratischen Bezirksamt auf die Verkündigung des Ergebnisses vom Balkon herab wartete — erfuhr aber doch erst am nächsten Morgen aus der Zeitung, daß „wir" in ganz Wien durchgefallen waren. „Brauchst nicht weinen, Kind," höre ich noch heute die tröstende Stimme meines Vaters.

Die nächste Reichstagswahl war 1901 nach dem gleichen System. Da war man schon Hochschüler, schrieb schon seit Jahren für die „Glühlichter", unser längst entschlafenes Witzblatt, und für Parteizeitungen, redete auch schon „Bildung" in den Gewerkschaften, hatte seit Jahren unzählige Stunden als Parlamentskiebitz auf der zweiten Galerie verbracht — also da hieß es schon fest mitagitieren. Meine „Arbeitsstätte", eben die Hochschule, lag im 2. Wahlkreis: Viktor Adler war aufgestellt und gegen ihn ein Julius Pochazka für die Christlichsozialen. Das Wahlkomitee schickt mich zu einigen vermutlichen Adler-Wählern, die noch nicht gestimmt haben. Zuerst in ein altes, halbverfallenes Haus, Proletariergegend, der Wähler ist Schwerarbeiter. Vortrag der Bitte und Erinnerung, doch endlich das Bürgerrecht auszuüben und die Arbeiterpflicht zu erfüllen. „Für wem kumman's denn?" „No natürlich für'n Arbeiterkandidaten, für'n Doktor Viktor Adler, der schon soviel für die Arbeiter getan hat und hat ausstehen müssen." „Jo, den Jud'n wir' i wöhl'n — schaun's, daß' außakemma, sonst — — —!" Das war also gefehlt. Weiter.

Ein Prokurist in gut eingerichteter Wohnung, sehr freundlich, ladet mich zum Sitzen ein, die Frau Gemahlin ist dabei. „Hübsch von Ihnen, daß Sie mich erinnern kommen, hätte es wirklich vergessen. Und natürlich wähle ich nicht christlichsozial, also muß ich halt sozialdemokratisch wählen. No, wir haben ja noch die Städtekurie, da gibt's ja liberale Kandidaten. Aber bitte, wer ist denn Ihr Kandidat?" Ich war starr: nach monatelanger Agitation, trotz Plakaten, Flugzetteln, Zeitungen — wußte dieser Intellektuelle nicht, wer Kandidat . . .

Am 14. Mai 1907 wählten wir endlich, diesmal auch ich schon, unterm gleichen Recht, freilich an Proporz und Frauenwahlrecht war noch gar nicht zu denken. Die gewaltigste Wahlrechtsdemonstration vom 28. November 1905 hatte ich noch in Wien mitgemacht — mit Hilferding, Renner, Otto Bauer, Max Adler, dem Akademikertrupp voranziehend — nun war ich „hauptamtlich" für die Partei in Nordböhmen tätig. Es war ein fröhliches Jagen damals im Iser- und Riesengebirge; klarer Kampf gegen die „freialldeutsche" Unternehmerpartei K. H. Wolfs, Schonung der absterbenden Fortschrittler, deren Stimmen wir für die Stichwahlen uns nicht verscherzen durften. Und links von uns gab es nichts mehr. Das war ein Wahlfeldzug!

Am Abend des Wahltages — plötzlich, ohne Einberufung, 1200 Menschen im größten Versammlungslokal um uns herum, jubelnd, fragend, rufend: wir haben im Landbezirk sicher gesiegt, in den vier Städten wahrscheinlich günstige Stichwahl. Das war Revanche für 1901, wo wir da aber das 1897 mit Wilhelm Kiesewetter an einen Nationalisten und, wie sich bald zeigen sollte, ein übles Subjekt verloren hatten.

Pillen gegen Zuckerkrankheit. Der deutschen Wissenschaft ist allem Anscheine nach wieder ein großer Fortschritt zum Segen der kranken Menschheit zu verdanken. Als vor wenigen Jahren festgestellt wurde, daß ein Mangel des Sekrets der Inseln in der Bauchspeicheldrüse die Zuckerkrankheit verursache und auf Grund dieser Feststellungen das Insulin zur Bekämpfung dieses schweren Leidens geschaffen wurde, schien einer der gefährlichsten Feinde der menschlichen Gesundheit überwunden. Durch Einspritzungen von Insulin konnten die Kranken zuckerfrei gemacht werden. Dieses Mittel bewährte sich in den meisten Fällen ausgezeichnet, hatte allerdings u. a. auch den großen Nachteil, daß die Einspritzungen unausgesetzt erfolgen mußten. Auf diese Weise wurde es zu einer schweren Belästigung der Kranken. Nun hat Prof. v. Noorden in Frankfurt a. M. mit einem neuen Mittel, dem Horment des Dr. Meißner, in vielen Fällen bei Zuckerkrankheit Erfolge erzielt, die die Leistungen des Insulin offenbar bei weitem durch die Art übertreffen, wie das Mittel verabfolgt werden kann. Es handelt sich hier nämlich nicht um Einspritzungen, sondern um Pillen, die der Zuckerkranke einnimmt und durch die die schädlichen Folgen dieses Leidens behoben werden. Man hat, um die Wirkungen dieses neuen Mittels zu erforschen, vorher Tierversuche unternommen, und zwar Versuche sehr radikaler Art. Den Ratten wurde nämlich die Bauchspeicheldrüse entfernt, wodurch sie die Fähigkeit verloren, das Insulin für die Verarbeitung des Zuckers zu produzieren. Dadurch wurden die Tiere künstlich in schwerster Weise zuckerkrank gemacht. Es stellten sich auch sofort die Erscheinungen ein, die mit diesem Leiden verbunden sind. Nach Verabreichung der Pillen verschwand aber der Zuckergehalt des Blutes, so daß daraus hervorging, daß die Pillen tatsächlich geeignet sind, die Folgen der Zuckerkrankheit zu bekämpfen. Das Geheimnis des Zuckerleidens scheint auch durch diese Erfindung seiner Aufklärung nähergekommen zu sein.

Aus dem dunkelsten Amerika. Die Sorge der New Yorker Polizei um das moralische Niveau des amerikanischen Theaterspielplans gibt den Behörden in dem als besonders bigott bekannten Boston keine Ruhe. Vor einigen Tagen wurde in Boston plötzlich der Verkauf von neun Büchern polizeilich verboten. Eines von den beschlagnahmten Büchern wird seit drei Jahren öffentlich verkauft, ein anderes war eine Gedichtsammlung des im Kriege gefallenen englischen Lyrikers Edward Thomas, ein ganz harmloses Werk. Sämtliche beschlagnahmten Bücher lagen jahrelang im Schaufenster der Buchhandlungen und hatten gar keine Verbreitung gefunden. Jetzt aber ist das Interesse des Publikums plötzlich erwacht. Merkwürdigerweise kann man jedes Buch, auch wenn es verboten ist, bei dem Verleger durch die Post bestellen. Besonders angenehm war das Verbot für einen gewissen Percy Marks, der das verbotene Buch „The Plastic Age" verfaßt hat. Er hatte, so erklärte er einem Journalisten, schon längst einmal nach Europa fahren wollen; er besaß aber nicht das nötige Geld. In wenigen Tagen wurden nun soviel Exemplare seines Buches unter der Hand verkauft, daß er sich jetzt eine schöne Reise nach Europa leisten kann. Merkwürdigerweise hat der bekannte Herausgeber des „American Mercury", H. L. Mencken, in einem Interview die Bostoner Polizei in Schutz genommen. Man darf nicht vergessen, daß seine Zeitschrift in Boston vor einem Jahr verboten war. Es gelang aber Mencken, durch einen Prozeß die Aufhebung des Verbots durchzusetzen. Seitdem ist er sehr bostonfreundlich gestimmt. In Boston, erklärte Mencken in seinem Interview, kann man am besten Bücher schlüpfrigen Inhalts absetzen.

Aufführung altniedersächsischer Dramen. Das Städtische Schauspielhaus zu Hannover brachte im Rahmen eines altniedersächsischen Abends drei klassische Werke zur Uraufführung. Zuerst gingen der „Sündenfall und Umkehr der Klausnerin Maria" und „Dulzitius, der lüstern' Landpfleger" der Roswitha von Gandersheim in Szene, sodann die „Komödie von Venzentius Ladislaus, dem ruhmredigen Soldaten" von Herzog Heinrich Julius, die sämtlich mit großem Beifall aufgenommen wurden. Alle drei Werke wurden in der Bearbeitung von Dr. Ernst Leopold Stahl vom Münchener Staatstheater gegeben.

Der Scheldetunnel. In einer Besprechung des belgischen Finanzministers mit den Mitgliedern des Ausschusses für den Bau eines Tunnels unter der Schelde wurde eine Einigung über den Vorentwurf des Statuts einer interkommunalen Gesellschaft erzielt, deren Aufgabe in der Erschließung des Geländes auf dem linken Scheldeufer und dem Bau eines Tunnels vor Antwerpen bestehen würde. Die Kosten werden auf 250—300 Millionen Franken veranschlagt.

Der Juliusturm, die als Aufbewahrungsort des Reichskriegsschatzes bekannte alte Zitadelle von Spandau, das alte Wahrzeichen der Festung, das weit über die Havelniederung hinwegragt, soll erhalten werden. Der Juliusturm sollte einer neuen Schleusenanlage zum Opfer fallen. Jetzt bleibt aber die Zitadelle bestehen und wird in ihrem ursprünglichen Zustande wiederhergestellt. (Hell!)

Die Beamtenfrage.

Der Bürgerblock bereitet eine Beamtengesetzgebung vor.

Die Reichsregierung geht, wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, mit der Absicht um, ein Reichsgrundsatzgesetz für die Beamten aller öffentlichen Körperschaften zu schaffen. Nach der Reichsverfassung (Artikel 10) kann das Reich im Wege der Gesetzgebung wie für die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften, für das Schulwesen, Bodenrecht usw. auch für das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften Grundsätze aufstellen. Die Vorarbeiten zu dem Reichsgrundsatzgesetz für die Beamten sind im Gange. Sobald es dem Reichstag vorgelegt ist, soll auch die Verabschiedung des Reichsbeamtengesetzes vorgenommen werden.

Die Arbeiten an dem Entwurf des Allgemeinen Reichsbeamtengesetzes sind in den vergangenen Monaten soweit gefördert worden, daß bereits ein Referentenentwurf vorliegt. Dieser wird in der nächsten Zeit mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamtenschaft durchberaten werden; im Anschluß daran sollen dann Besprechungen mit den Länderregierungen stattfinden. Man rechnet damit, daß das umfangreiche Gesetzeswerk im Herbst vor das Kabinett gebracht wird.

Das aus dem Jahre 1873 stammende geltende Reichsbeamtengesetz in der Fassung vom Jahre 1907 ist wiederholt geändert worden. Tief einschneidend sind die Aenderungen durch das Gesetz über „Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik" aus dem Jahre 1922. Das neue Reichsbeamtengesetz, das späterhin mit der neuen Dienststrafordnung und dem Gesetz über Beamtenvertretungen zu einem einheitlichen Gesetzeswerk vereinigt werden wird, gliedert sich in drei große Abschnitte. Der erste Teil behandelt die Entstehung des Beamtenverhältnisses, der zweite regelt die Rechte und Pflichten der Beamten und der dritte Teil beschäftigt sich mit der Beendigung des Beamtenverhältnisses (Pensionierung, Kündigung und freiwilliger Austritt). Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über „Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik" werden, wie verlautet, in das neue Reichsbeamtengesetz übernommen. Zu diesen Bestimmungen gehört auch die, daß prominente politische Beamte jederzeit auf Wartegeld gesetzt werden können.

Was wird aus der Neckarkanalisierung?

Stürmischer Widerspruch gegen die beabsichtigte Einstellung der Arbeiten.

Stuttgart, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die von Heidelberg aus verbreitete Meldung, daß auf Grund einer Besprechung im Reichskabinett die Arbeiten auf der Staustufe Heidelberg und an den übrigen Staustufen des Neckarkanals eingestellt werden müssen, bis das Reichskabinett nochmals Stellung dazu genommen hat, ist in ganz Südwestdeutschland stürmischem Widerspruch begegnet. Die Herren Curtius und Stresemann, die geglaubt haben, mit dem gegen einige Heidelberger Akademiker bewiesenen Entgegenkommen sich parteipolitische Vorteile sichern zu können, werden über die Wirkung ihres Vorgehens wohl kaum sehr erfreut sein. Nicht nur der Südwestdeutsche Kanalverein, auch alle sonstigen industriellen Organisationen in Württemberg und Baden, Handelskammern und Städteverwaltungen, haben telegraphisch bei der Reichsregierung schärfsten Einspruch gegen die Einstellung der Arbeiten erhoben.

Es ist auch nicht zu verkennen, daß dieses Eingreifen der Reichsregierung, rein staatsrechtlich gesehen, sehr befremdlich wirkt, nachdem der Reichstag die für den Kanalbau erforderlichen Mittel erst bewilligt hat, ohne daß dabei von der Regierung auch nur das geringste Bedenken geäußert worden wäre. Im Gegenteil: soweit die Regierung sich zu äußern hatte, tat sie es in zustimmendem und förderndem Sinne. Plötzlich kam also der Umschwung, weil einige überempfindliche Aesthaten und Denkmalsschützler sich zur Verteidigung des Landschaftsbildes bei der alten Brücke in Heidelberg berufen fühlen! Diese Angelegenheit ist nun wahrlich oft genug und erschöpfend behandelt worden. Auch in Heidelberg ist man bis auf einen kleinen, aber hartnäckigen Personenkreis jetzt davon überzeugt, daß die geplanten Veränderungen die Schönheit des Landschaftsbildes nicht beeinträchtigen werden. Es hätte auch dem Reichskabinett genügen müssen, daß die Stadtverwaltung von Heidelberg selbst sich durchaus nicht veranlaßt gesehen hat, Einwendungen gegen die Ausführung der Bauten zu erheben, sondern vielmehr entschieden für ihre Durchführung eingetreten ist.

Es ist daher dringend zu wünschen, daß der so unvermittelt eingetretenen und gänzlich unhaltbaren Situation durch den sofort nach Ostern in Aussicht gestellten neuen Beschluß des Reichskabinetts ein Ende bereitet und die Bahn für die Ausführung der vom Reichstag beschlossenen Arbeiten wieder freigegeben wird.

Nutzloses Abrüstungsgerede.

Protest der Pazifisten.

Genf, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Friedensbureau hat an die vorbereitende Abrüstungskommission eine Eingabe gerichtet, in der auf die große Enttäuschung hingewiesen wird, zu der der Verlauf der bisherigen Abrüstungsberatungen geführt hat. Die Eingabe wendet sich hauptsächlich gegen die sogenannten prinzipiellen Schwierigkeiten, die in den Beratungen erhoben wurden, während die Abrüstungsfrage ohne weiteres gelöst werden könnte durch die Kontrolle des Waffenhandels, der Waffenfabrikation sowie die Herabsetzung der Angriffsheere. Abschließend heißt es in der Eingabe: Die Geschichte wird eines Tages ein scharfes Urteil über diejenigen fällen, die heute die Abrüstung verhindern. — Die Eingabe ist unterzeichnet von dem Präsidenten des Friedensbureaus, dem belgischen Senator Lafontaine.

Amerikanische Verachtung des Faschismus.

Salveminis amerikanische Erfolge.

Aus Mailand berichtet man uns:

Der italienische Historiker Prof. Gaetano Salvemini hat seit einigen Monaten in Nordamerika Vorträge und Vorlesungen über das faschistische Italien gehalten. Die italienische faschistische Presse, die in Salvemini den gefährlichsten und überzeugendsten Gegner des faschistischen Regimes erblickt, hat diese Tournee natürlich völlig totzuschweigen versucht. Die Autorität Salveminis als Gelehrter und sein aufrechter Charakter als Politiker haben in Amerika von den Universitäten und der Großfinanz an bis zur großen Masse der werktätigen Bevölkerung einen Widerhall und einen Erfolg für die antifaschistische Sache errungen, der jegliche Vorstellung übersteigt. Die nordamerikanische Bevölkerung in jeder Stadt, in der Salvemini gesprochen hat, hat in gewaltigen Kundgebungen ihre Verachtung für die faschistische Diktatur bezeugt.

Einem Sonderbericht entnehmen wir den Kern der Ausführungen, die Salvemini im Hippodrome Theatre, dem größten Theater Baltimores, gemacht hat. Tausende von Zuspätgekommenen mußten außerhalb des großen Saales bleiben. Hunderte Polizisten sperrten die Zugangsstraßen zum Theater ab, um die Menge derer, die keinen Platz mehr gefunden hatten, an der Erstürmung des Gebäudes zu hindern. Salvemini, der in Englisch gehaltenem Vortrag die tragische Stunde beleuchtete, durch die das gemarterte Italien augenblicklich schreiten muß, führte u. a. aus:

Ich wünsche mir nur, daß die faschistische Diktatur nicht zu früh zusammenbricht. Wir sind nicht darauf vorbereitet und müssen mit Geduld darauf warten, wenn wir dem italienischen Volke eine bessere Zukunft geben wollen. Mussolini hat keinen festen Plan und lebt in den Tag hinein. Wir dürfen ihn keineswegs ernst nehmen. Die Industriellen, die Bankiers und die Großgrundbesitzer, die sich um Mussolini und die Faschisten gedrängt, haben die Organisation gefunden, deren sie bedurften. Die Faschisten werden von den Banken mit Mitteln versehen, von den militärischen Befehlsstellen mit Waffen beliefert, während die Behörde ihnen Straffreiheit zusichert. Sie haben daher schnell an Zahl zugenommen, sind aber alles andere als die Mehrheit im Lande. Wenn die Lebensbedingungen in Italien gut wären, dürfe man sie nicht Mussolini zum Verdienst anrechnen. Als die Faschisten sich im Jahre 1922 der Gewalt bemächtigten, waren die Eisenbahnen bereits instand gesetzt; Mussolini nimmt aber für sich das Verdienst in Anspruch, daß die Züge wieder fahrplanmäßig verkehren. Die faschistischen Propagandisten kennen die Statistiken nicht. (Nein, sie fälschen sie! Red. d. „V.".) Hat die Ernte versagt, so tragen die Schuld daran die schlechten atmosphärischen Verhältnisse, ist sie aber reich ausgefallen, so ist sie den Faschisten zu verdanken.

Mussolini kann die von seinen Anhängern begangenen Verbrechen nicht ableugnen, aber die Schuldigen sind unter dem Vorwande freigelassen worden, daß sich gewisse Repressalien nicht vermeiden lassen. Der „Duce" ist der Schöpfer des faschistischen Mystizismus, nicht der faschistischen Bewegung, er ist der Prophet der niederen Mittelklasse und die Schwarzhemden sind einfach die Kräfte der politischen Koalition. Unter einer Diktaturherrschaft kann die Unzufriedenheit sich nur durch gesetzliche Mittel äußern. Jede Wahl auf freiem Boden ist eine Revolution weniger; aber in Italien sind heute alle Wahlen nur eine Farce, und ein Meinungswechsel kann nur von einer Aufstandsbewegung gegen den Diktator erwartet werden.

Nach zwei Stunden feierlichster Stille, in der Professor Salvemini die faschistischen Brutalitäten Revue passieren ließ, dankte ihm die Zuhörermenge mit nicht endenwollendem Beifall. Während der Veranstaltung kam es nicht zu dem geringsten Zwischenfall oder zu einer Störung; die wenigen Gefolgsleute, die Mussolini in Baltimore hat, hatten es nicht gewagt, sich öffentlich zu zeigen und dem Gelehrten zu widersprechen.

Wien wählt rot.

Vorbildliche sozialdemokratische Propaganda.

V. Sch. **Wien**, den 22. April.

Die Kraftquelle der österreichischen Sozialdemokratie ist die Organisation. Vor allem die Wiener Partei ist organisatorisch unbestritten die beste der Welt. Die Hauptstadt Deutschösterreichs zählt rund 1,8 Millionen Einwohner, davon sind 320 000 sozialdemokratisch und 500 000 gewerkschaftlich organisiert. Jeder vierte erwachsene Bürger Wiens ist eingeschriebenes Mitglied der Partei. Diese Tatsache verleiht der Wiener Arbeiterschaft ein überaus starkes und berechtigtes Selbstbewußtsein. Gestützt auf diese Kraft und auf dieses Selbstbewußtsein der Massen können die sozialdemokratischen Führer, besonders in der Kommunalpolitik, ganz anders vorgehen, als es z. B. bei uns der Fall ist. Man stelle sich vor, Berlin zählte anstatt weniger als 50 000 mehr als 600 000 eingeschriebene Sozialdemokraten und unsere Stadtverordnetenfraktion verfügte beinahe über eine (kommunistenreine) Zweidrittelmehrheit — wie ganz anders könnten wir auf kommunalpolitischem Gebiete vorgehen!

Diese Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Wiens wirkt sich natürlich auch finanziell aus und tritt mit überwältigender Wucht auch in der Wahlpropaganda zum Vorschein. Was auf diesem Gebiete von der Partei geleistet wird, stellt alles in den Schatten, was bisher in Europa überhaupt von einer Partei erbracht worden ist.

Es ist gewissermaßen das Erste, was dem von außerhalb Eingetroffenen beim Verlassen des Bahnhofes in die Augen springt: An einem Straßenbahnleitungsmast oder an einem Kandelaber ist ein doppeltes Plakat angebracht: „Sichert den Mieterschutz! Wählt rot!" Und so ist es in der ganzen Stadt, denn die Partei hat diese Masten in ganz Wien für ihre Propagada gepachtet, in den ärmlichsten proletarischen Vorstädten ebenso wie in den luxuriösen Geschäftsgegenden, am Ring, am Graben und in der Kärntner Straße. Die Wahlplakate sind außerordentlich eindrucksvoll, die meisten gelten dem Mieterschutz und dem kommunalen Wohnungsbau. Am wirksamsten ist ein Riesenplakat, das einen feisten Hausbesitzer mit brutalen Gesichtszügen darstellt, der über den armseligen Umzug einer Proletarierfamilie zynisch lacht: „Auffigschmissen hab' i's!" („Hinausgeschmissen habe ich sie!"). Andere Plakate richten sich gegen die demagogische Anti-Breitner-Hetze der Christlichsozialen und führen drastisch vor Augen, daß die Breitner-Steuern nur den prassenden Luxus treffen. Sehr wirkungsvoll ist das Bild der einkaufenden Hausfrau, deren Brotkorb von einer schwarzen Hand — den christlichsozialen Bundeszöllen — bedroht wird. Am einfachsten und geschicktesten ist ein Plakat, das lediglich eine Karte des neuen Kontinents darstellt; quer über dem Atlantischen Ocean weist ein roter Pfeil auf die mittelamerikanischen Inseln hin. Das Ganze trägt die Ueberschrift: „Bis nach Kuba reicht die christlichsoziale Ahrer-Schande!" — eine Anspielung auf die Bankenzusammenbrüche der letzten zwei Jahre, durch die prominente Führer der Großdeutschen und Christlichsozialen, darunter der frühere, inzwischen nach Kuba ausgewanderte Finanzminister Ahrer, arg kompromittiert worden sind.

Mit den ingeniösesten Mitteln wird auf den Wähler eingewirkt: sogar die schmale senkrechte Fläche der einzelnen Stufen, die zu den Bahnsteigen der Stadtbahn führen, ist mit Papierstreifen beklebt: „Wählt sozialdemokratisch!" Aber noch großzügiger und wirksamer als die Propaganda durch Plakate sind die sonstigen Agitationsmittel der Partei. Selbstverständlich finden massenhaft Wählerversammlungen statt, mehr als fünfzig an jedem Abend, jede mit drei, vier oder gar fünf Rednern, die sich ablösen, jede überfüllt und in bester Stimmung. Für die gute Laune, die an sich einen integrierenden und unentbehrlichen Bestandteil des Wiener Volkscharakters bildet, sorgen die Redner, die stets humorvoll und volkstümlich sprechen. Umzüge finden dagegen relativ selten statt. Um so stärker entwickelt ist die Filmpropaganda. In Hunderten von Kinos in allen Stadtteilen, aber auch unter freiem Himmel auf großen Plätzen, werden die Filme gezeigt, die die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der sozialen Fürsorge, des Unterrichtswesens usw. vor Augen führen. Allein in den geschlossenen Kinoräumen haben bis heute 800 000 Menschen diesen Vorstellungen beigewohnt, die natürlich gratis sind!

Und schließlich die Lichtreklame. Auf unzähligen Dächern, besonders auf den großen Plätzen, leuchtet am Abend weithin in roter oder weißer Schrift die Mahnung: „Sichert den Mieterschutz! Wählt sozialdemokratisch!"

Die bürgerliche Wahlpropaganda erscheint daneben sehr kümmerlich. Ein einziges Plakat der „Einheitsliste" mutet wirksam an: der Steuer-Mephistopheles Breitner, wie er die Steuerknute schwingt. Die Wählerversammlungen der „Einheitsliste" sind natürlich auch sehr stark besucht, aber es finden auch viel weniger davon statt als bei den Sozialdemokraten. Die Christlichsozialen verlassen sich eben fast ausschließlich auf die Macht des Klerus und auf die Leserzahl der bürgerlich-kapitalistischen „Judenpresse", die ihre Geschäfte unter der Parole „Gegen den Marxismus!" besorgt. Das einzige Gebiet, auf dem die Bürgerlichen mit der Straßenpropaganda zu konkurrieren versuchen, ist das der Lichtreklame. Auch die Christlichsozialen haben viele Dächer gemietet und beantworten die sozialdemokratische Mahnung an die Mieter mit der dreisten Ableugnung in weißer und grüner Schrift: „Mieterschutz gesichert, wählt die Einheitsliste!" Es ist hier schon gesagt worden, was von diesem Ableugnungsversuch zu halten ist. Sehr amüsant ist der elektrische Lichtreklamekampf, der auf einem Haus am Schottentor, dem Melkerhof, geführt wird. Dieses Haus gehört dem katholischen Stift Melk in Niederösterreich. In der Höhe des dritten Stockwerks heißt es in Riesenlettern: „Mieterschutz gesichert, wählt die Einheitsliste!" Aber die Sozialdemokraten haben das Dach desselben Hauses gemietet, so daß unmittelbar darüber eine Lichtschrift strahlt: „Trotz dieser Lüge, wählt sozialdemokratisch!" Und, damit ja kein Mißverständnis entstehe, weist unter dem Wort „Lüge" ein besonderer Lichtpfeil auf die darunter stehende Behauptung der Christlichsozialen hin.

So wird der Wahlkampf in Wien geführt. Daß er beträchtliche Geldmittel verschlingt, ist selbstverständlich. Aber der Wiener Arbeiter ist stolz darauf, seine Macht und sein Können auch auf diese Weise dem noch Schwankenden und erst recht dem Gegner zu beweisen. Er weiß, daß er durch die Kraft und den Reichtum seiner Organisation diese Mittel aufgebracht hat und findet sie gut und nützlich angewendet. Er lacht über die heuchlerische Entrüstung der Bürgerlichen, die über diese „Verschwendung" jammern, und er verachtet die perfeumderische Unterstellung der „Neuen Freien Presse", daß solche Wahlkosten nur mit Hilfe irgend welcher geheimer großkapitalistischer Mächte getragen werden könnten.

Für die Sozialdemokraten Deutschösterreichs ist der Gemeindewahlkampf in Wien viel wichtiger als der eigentliche parlamentarische Wahlkampf um den Nationalrat. In Wien üben die Arbeiter die Macht aus und sie werden sie auch behaupten. Die Frage ist nur, ob es den Bürgerlichen durch die Bildung der Einheitsliste gelingen wird, ein paar Mandate zu gewinnen, nachdem im Jahre 1923 55 000 großdeutsche Stimmen und 14 000 demokratische Stimmen leer ausgegangen waren, weil sie in keinem einzelnen Bezirk für die Erreichung eines Mandates ausreichten. Darin liegt der Vorteil der Seipelschen Einheitsfront; ihr Nachteil besteht, wie schon erwähnt, darin, daß die Christlichsozialen diesmal auf ihre traditionelle antisemitische Parole verzichten mußten. Der Sonntag wird erst erweisen, ob die Vorteile des Seipelschen Schachzuges seine Nachteile überwiegen.

Indessen sind große Ueberraschungen kaum möglich. Es ist kaum denkbar, daß im Nationalrat die Sozialdemokraten die bürgerliche Mehrheit brechen, und es ist undenkbarer, daß im Wiener Gemeinderat die Bürgerlichen die sozialdemokratische Mehrheit brechen werden. Indessen sind die kleinsten Verschiebungen von großer moralischer Bedeutung für beide Teile. Und deshalb treibt die österreichische Sozialdemokratie einen solchen ungeheuren Propagandaaufwand — deshalb wird sich mit ihr die reichsdeutsche Sozialdemokratie auch über den kleinsten Erfolg freuen, den ihr der 24. April bringt.

Riesenumzüge am Wahlvorabend.

V. Sch. **Wien**, 23. April, abends 11 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Ihren Höhepunkt erreichte die Propaganda unserer Genossen noch all den, durchweg überfüllten Wahlversammlungen der letzten Wochen heute in gewaltigen Umzügen der Partei, der Gewerkschaften, des Republikanischen Schutzbundes, der Arbeitersportler und der Arbeiterjugend in allen Wiener Bezirken. Die Teilnehmerzahl geht in die Hunderttausende. Die überaus eindrucksvollen Demonstrationen sind ohne Zwischenfall verlaufen. Der Aufmarsch setzte bereits um 4½ Uhr nachmittags ein. Das Freiluftkino der Partei, das im Herzen der Stadt auf dem Naschmarkt, eine Minute von der Staatsoper, allabendlich bei jedem Wetter die Arbeit der roten Rathausmehrheit vorführt und es auch an drastischen Darstellungen der christlich-sozialen „Sanierung" und der Folgen einer Verwirklichung der christlich-sozialen Forderungen nicht fehlen läßt, hatte an den letzten Abenden jedesmal einen Besuch von rund 25 000 Personen zu verzeichnen.

Die Wahllüge von dem Attentat auf Kollmann wird selbst von vielen Bürgerlichen nur belächelt. In den bäuerlichen Gegenden, wohin die sozialdemokratische Widerlegung nicht überall dringt, treiben die Christlichsozialen mit dieser Wahllüge noch bis zum letzten Augenblick Schindluder.

Sacco-Vanzettis Schicksal warnt!

Frankreich liefert Argentinien die geforderten Opfer nicht aus.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Dem „Paris Soir" zufolge ist die Tatsache, daß der Ministerrat am Freitag sich nicht für die von der argentinischen Regierung geforderte Auslieferung der drei Anarchisten Ascaso, Durutti und Jover ausgesprochen hat, ein gutes Zeichen. Im Ministerrat seien zahlreiche Stimmen für die Verweigerung der Auslieferung laut geworden. Es sei deshalb wahrscheinlich, daß die französische Regierung die Auslieferung verweigern werde.

Die neue Regierung Südslawiens unter dem Vorsitz Wukititsch' — Außenminister Marinkowitsch — stützt sich auf die Radikalen ohne Pasitschgruppe und die Demokraten einschließlich der Mohammedaner, ist rein serbisch ohne Kroaten und Slowenen, hat eine genügende Mehrheit und gilt als gemäßigt. Das Parlament ist bis August vertagt, die Session geschlossen worden, so daß man es los ist.

Der Holzarbeiterverband 1926.

Ein schlimmes Jahr.

Im letzten Jahresbericht des Verbandes wird das Jahr 1926 als ein schlimmes Jahr bezeichnet, „vielleicht das schlimmste, das wir bisher erlebt haben". Die Arbeitslosigkeit war ungeheuer. Während der Deutsche Holzarbeiterverband im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 nur 2,49 Proz., 3,15 Proz. und 5,10 Proz. arbeitslose Mitglieder zu verzeichnen hatte, stieg dieser Prozentsatz auf 11,74 im Jahre 1924, sank auf 6,61 Proz. im Jahre 1925 und stieg im letzten Jahre auf 27,52 Proz.

Für die Werbekraft des Verbandes ist bezeichnend, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit 33449 neue Mitglieder aufgenommen wurden, worunter viele jugendliche Arbeiter, von denen die meisten Lehrlinge waren. Diesem Zugang steht ein Abgang gegenüber, an dem die weiblichen Mitglieder mit 23,4 Proz. am stärksten beteiligt sind, während von den jugendlichen Mitgliedern nur 3,7 Proz. an dem Abgang beteiligt sind, was sich teils daraus erklärt, daß sie zu den Erwachsenen aufrücken. Die Zahl der Lehrlinge im Verband stieg von 12 106 im Jahre 1925 auf 13 027 im letzten Jahre. Die Gesamtzahl der Mitglieder hat sich um 10,5 Proz. gegen Ende 1925 verringert. Der Mitgliederstand am Jahresschluß mit 266 055 setzte sich aus 228 876 männlichen, 18 934 weiblichen und 18 245 jugendlichen Mitgliedern zusammen.

Die Arbeitslosigkeit machte sich natürlich auch in finanzieller Beziehung bemerkbar. Die Gesamteinnahmen der Verbandskasse sind von 9,5 Millionen im Jahre 1925 auf 7,4 Millionen zurückgegangen, trotz einer Steigerung der Beitragsleistungen. Den geringeren Einnahmen stehen erhöhte Ausgaben gegenüber von 8,333 Millionen Mark auf 8,647 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte der Einnahmen erforderte die Arbeitslosenunterstützung. Während diese Unterstützung im Jahre 1925 nur 1,533 Millionen Mark erforderte, waren im letzten Jahre 4,414 Millionen Mark zur Unterstützung der erwerbslosen Mitglieder erforderlich. So anerkennenswert die Leistung des Verbandes auf diesem Gebiete ist, so bedauerlich ist die Veranlassung.

Radikale Gemüter werden aus der der gleichen Ursache entspringenden Tatsache, daß die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen von 2,515 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 340 978 Mark im letzten Jahre zurückgegangen und noch hinter der Krankenunterstützung mit 647 482 M. zurückgeblieben sind, den kühnen Schluß ziehen, daß der Holzarbeiterverband eine Unterstützungsorganisation und keine Kampfesorganisation mehr sei. Allein die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder werden am leichtesten begreifen, daß ohne die geleistete Arbeitslosenunterstützung die Aktionskraft der Holzarbeiter noch weit stärker gelähmt worden, und die Position des Verbandes wesentlich geschwächt worden wäre. In der Not muß sich die Kraft der Organisation erst recht erweisen. Die Arbeitslosenunterstützung gehört mit zu dem Kampfe einer Organisation, der sich in schlechten Zeiten weniger um neue Errungenschaften drehen kann, sich vielmehr auf die Erhaltung des Erreichten, auf die Abwehr von Verschlechterungen beschränken muß. In 312 Fällen mit 147 797 Beteiligten, in denen der Verband in die Abwehr gedrängt wurde, konnte er ohne Streik in 85 Fällen einen vollen, in 62 Fällen einen teilweisen Erfolg erzielen, während die Abwehr in 165 Fällen erfolglos war. Von den 24 Angriffsbewegungen mit 4475 Beteiligten ohne Streik konnten 17 mit vollem und die übrigen sieben mit teilweisem Erfolg beendet werden; ein Beweis, daß sie vorsichtig geführt wurden. Dies gilt auch für die 18 Angriffsstreiks mit 1704 Beteiligten, von denen nur fünf erfolglos blieben, dagegen zehn mit Erfolg und zwei mit einem Teilerfolg beendet wurden. Auch die 57 Abwehrstreiks mit 2907 Beteiligten waren in 20 Fällen erfolgreich, in 21 Fällen nur teilweise und in nur 13 Fällen erfolglos. Insgesamt hatte der Verband 369 Abwehrbewegungen zu bestehen, während er in nur 42 Fällen die Offensive ergreifen konnte.

Die Ungunst der Verhältnisse machte sich auch im Tarifwesen bemerkbar. Die Zahl der Verträge ging von 250 mit 313 495 Beschäftigten auf 219 mit 228 430 Beschäftigten zurück. Nur 50 Verträge für 1959 Betriebe mit 36 335 Beschäftigten konnten neu abgeschlossen werden, während 81 für 3190 Betriebe mit 121 400 Beschäftigten gegenstandslos wurden. Die Unternehmer waren nach Kräften bemüht, die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie auszunutzen, um die Löhne herabzudrücken.

Der Verband hat die schwere Belastungsprobe des Jahres 1926 überstanden. Die Arbeitslosigkeit hat nachgelassen, die Mitgliederzahl ist wieder im Zuwachs begriffen, und so zeigt das Jahr 1927 von vornherein schon ein anderes Gesicht.

Der Holzarbeiterverband wird wieder kräftig aufholen.

Lebensmittel- und Getränkearbeiter!

Heute Urwahl der engeren Ortsverwaltung.

Heute soll die Entscheidung darüber fallen, ob die engere Ortsverwaltung in den Händen der Amsterdamer Richtung verbleiben oder ob sie den Beauftragten Moskaus ausgeliefert werden soll. In dem Kampfe um die Erreichung ihres Zieles läßt die kommunistische Opposition auch den Humor nicht zu kurz kommen. „Aufrechte und klassenbewußte Kollegen" sollen die Ortsverwaltung bilden. Also Leute, die in hündischer Demut und rekrutenhaftem Kadavergehorsam vor jedem Stirnrunzeln der Moskauer Päpste „einschwenken wie die Stallknechte". Das nennt sich „aufrechte Kollegen".

Daß die „reformistische" Leitung in ihren Bestrebungen auf dem richtigen Wege ist, hat auch die letzte Lohnbewegung der Brauereiarbeiter bewiesen. Heute ist die gesamte Belegschaft in den Brauereien bis hinein in die Reihen der Oppositionellen der einmütigen Auffassung, daß es ein Wahnsinn gewesen wäre, dem Drängen der Kommunisten zu folgen und in den Streik zu treten, während die Arbeitgeber neue Verhandlungen angeboten hatten. Derartige Mätzchen können die Kommunisten vollführen, wenn sie einmal die Mehrheit in der Belegschaft haben. Bis dahin ist noch ein weiter Weg.

An der gesunden gewerkschaftlichen Gesinnung unserer Kollegen wird das Bestreben der Kommunisten, unsere Gewerkschaft zu einem Zweigbureau der Kommunistischen Partei zu machen, scheitern.

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden heute Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen und ihre Stimme abgeben für die

Liste Hodapp, Richtung Amsterdam.

Die Lohnbewegung im Berliner Großhandel.

Für die Fachgruppen Textilgroßhandel, Glas und Keramik, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren, Eisenkurzwaren besteht seit Juli 1925 für die gewerblichen Arbeitnehmer keine tarifliche Vereinbarung mehr. Alle Bemühungen des Deutschen Verkehrsbundes, wieder zu einem vertraglichen Verhältnis zu kommen, scheiterten an dem allzu niedrigen Angebot der Arbeitgeber. Als der Verkehrsbund versuchte, bei einzelnen Firmen seinen Mitgliedern zu einigermaßen annehmbaren Löhnen zu verhelfen und deswegen auch den Schlichtungsausschuß anrief, erklärte der Arbeitgeberverband, dem diese Firmen angehörten, daß er eine tarifsfähige Organisation und bereit sei, einen Tarif abzuschließen. Daraufhin fanden abermals Verhandlungen statt, die jedoch wiederum zu keinem Ergebnis führten. In einer Verhandlung am 8. April vor dem Schlichtungsausschuß fällte Herr Gewerberat Körner einen Spruch, dessen Spitzenlöhne weit unter den Löhnen gleicher Berufsgruppen liegen. Die Begründung ging dahin, daß eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Kammer nicht zu erzielen war, es doch aber vom sozialen Standpunkt aus notwendig sei, wieder eine Tarifbasis zu schaffen, in der aber nur eine schrittweise Ausgleichung an die in den anderen Fachgruppen gezahlten Löhne möglich ist.

Währenddem von den Arbeitnehmern in einer ziemlich stürmischen Versammlung unter Protest und nur unter Berücksichtigung des Umstandes, endlich wieder einmal eine Lohnbasis zu schaffen, der Schiedsspruch angenommen wurde, lehnten die Arbeitgeber der obengenannten Fachgruppen denselben ab. Der Verkehrsbund hat trotz der Bedenken und der äußerst niedrigen Spitzenlöhne die Verbindlichkeitserklärung beim Schlichter beantragt. Verhandlungen finden am kommenden Dienstag statt.

Für die Fachgruppe Altmetall sind die Verhandlungen ebenfalls gescheitert und der Schlichtungsausschuß um Vermittlung angerufen worden.

Vom Streik der Berliner Töpfer.

In der Versammlung der Streikenden am Sonnabendvormittag im Gewerkschaftshaus wurde beschlossen, gemäß den Satzungen des Baugewerksbundes, ab morgen, Montag, die Arbeit bei allen Firmen wieder aufzunehmen, die die gestellten Forderungen anerkennen. Gefordert ist ein Stundenlohn von 1,70 Mk. bezw. 160 Proz. der Akkordsätze. Die Einstellung neuer Arbeitskräfte während der Dauer des Streiks darf nur durch Vermittlung der Streikleitung erfolgen.

Bekanntlich hatten die Streikenden vor einer Woche den Antrag der Streikleitung abgelehnt, die Arbeit in der „Töpferhütte" wieder aufzunehmen, da diese die Forderungen bewilligt hat. Diese Ablehnung ist durch den jetzigen Beschluß aufgehoben.

Die in Arbeit tretenden Streikenden erhalten durch ihre Organisation die Arbeitsberechtigungskarte.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonntag: **Kreis Oberspree:** Gruppenheim Jugendheim Köpenick, Grünauer Str. 5. Gruppenveranstaltung mit besonderem Programm. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Zusammenkunft.

ADB-Vertrauensmännerversammlung morgen, Montag, 7½ Uhr, Saal 5 Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25. Arbeitsbericht; Flatau. Referat: „Berliner Verkehrsfragen", Genosse Stadtrat Ernst Reuter.

Verband der Maler. Am Dienstag, 26. April, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, öffentliche Versammlung für alle Lackierer Berlins. Vortrag des Reichssekretärs Kollegen Schwabe-Hamburg über „Hand- und Maschinenarbeit im Lackierergewerbe." Die Tätigkeit der Reichssektion.

Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Generalversammlung am Dienstag, 26. April, 7 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25. Geschäfts- und Kassenbericht. Zutritt nur gegen Verbandsausweis. Wir ersuchen um vollzähligen Besuch. **Der Vorstand.**

Zentralverband der Schuhmacher. Mittwoch, 27. April, Quartalsgeneralversammlung nachmittags 5 Uhr in Bökers Festsälen, Weberstr. 17. Referat: „Völkerbund und Kriegsgefahr." Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahl der Delegierten zum Ortsausschuß. Mitgliedsausweis legitimiert.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 3. Bezirk Wedding: Mittwoch, 27. April, 7 Uhr, in der Schulaula Pankstr. 17 öffentliche Bezirksversammlung aller im 3. Bezirk wohnenden Gemeinde- und Staatsarbeiter und -arbeiterinnen. „Das Arbeitszeitnotgesetz." Referent Kollege Schaum. Der 1. Mai. Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist dringend notwendig.

Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer. Sitzung am 29. April, 7½ Uhr, im Zimmer 55 des Berliner Rathauses. Bericht vom Verbandstag. Lehrerkammer-Wahl.

Unterausschuß Wilmersdorf, 9. Kreis. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften und der freien Turnerschaft des 9. Kreises treffen sich am 1. Mai, vormittags 9½ Uhr, auf dem Fehrbelliner Platz. Bannerweihe des Baugewerksbundes und gemeinsamer Marsch zum Lustgarten.

Die Gewerkschaftsunterkommission Wilmersdorf.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Caspar; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 5 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Aus der Filmwelt".

N★Israel

Sakko-Anzug modefarbig, gemust. 58.–

Sport-Anzug vierteilig 96.–

Klubsessel Rindleder 125.–

HERRENKLEIDUNG

Loden-Mantel Schlupferform .. 19.00
Loden-Mantel Bozener Form 28.00
Sakko-Anzug modefarbig, gemust. Stoffe, wie Abbildg. 58.00
Sport-Anzug 4teilig m. lg. u. Breeches-Hose 68.00
Sport-Anzug mod. Muster u. Farben 72.00
Sport-Anzug 4teilig. guter bräunl. Stoff, wie Abbildung 96.00

HERRENWÄSCHE

Oberhemd gestreift. Perkal, gefutt. Faltenbr., Kragen u. Klappmansch 3.90
Weiß Oberhemd kar. Batisteins. Umschlagm 4.50
Oberhemd gestreift Zephir, gefüttert, Faltenbrust, Umschlagmansch 7.50
Stehumlegekragen Mako 4fach, div. Formen 0.50
Nachthemd farbig Besatz 3.25
Schlafanzug Flanell, farbig. Verschnürungen 7.90
Selbstbinder reine Seide, aparte Farben 1.90

KLEIDERSTOFFE

Waschkunstseide einfarbig, neue Farben 1.25
Waschkunstseide bastfarb., aparte Druckmust., vorzgl. Qual. Mtr. 1.65
Kasha naturf., reine Wolle, für Kleider Mtr. 2.90
Bordüren-Wollmusselin neue Farb. u. Muster, f. Kleider, ca. 125 cm Mtr. 4.75
Veloutine Seide mit Wolle, das neue eleg. Gewebe f. Nachmittagskleider, ca. 100 cm Mtr. 8.50

SEIDENSTOFFE

Bastseide naturfarbig, reine Seide, 80 cm 1.95
Kleidertaft mod. lichte Farben, ca. 85 cm 3.90
Crêpe de Chine gute Kleiderware, in großer Farbenauswahl, ca. 100 cm breit .. Mtr. 4.90
Japon imprimé klein, feinfarb. Druckmuster, 90 cm breit Mtr 5.40
Mantelseide Ripsu. Façonné, Kunstseide mit Baumwolle, ca. 90 cm 4.90

WASCHSTOFFE

Pulloverstoffe in neuestem Geschmack 0.80
Dirndl-Zephir in neuesten Karos .. 0.80
Crêpe marocain weiß, gute Qualität, ca. 100 cm breit .... Mtr. 1.10
Trikolet feinfad. Qu., gr. Musterausw., f. Blus. u. Kleid., ca. 80 cm Mtr. 1.40
Vollvoile sehr gute Qual., bastfarb. Grund, apart. gewebt. farbig Karos, ca. 100 cm br. Mtr 1.65

DIWANDECKEN

Diwandecke Verduremust. 140/280 12.75
Tischdecke dazu passend, 140×170 cm 8.50
Diwandecke Verduremust. 150/300 16.50
Tischdecke dazu passend, 150×180 cm 10.75
Tischdecke Rips, bunt bekurb. 150×180 und 150 cm Durchm. 9.75

DAMENWÄSCHE

Taghemd m. Stick.-Einsatz 1.75
Nachthemd im Rumpf gestickt 3.75
Hemdhose mit Stick. 2.50
Farb. Hemdhose Batist mit Spitze 3.00
Farb. Hemdhose Batist m. Blende, gest. 6.50
Farb. Nachthemd Batist mit Spitze 3.90
Farb. Nachthemd Batist m. Blende, gest. 7.50

DAMENKLEIDUNG

Jumper-Bluse aus weiß. Voll-Voile, m. lg. Ärmeln, Säumchen und Spitze garniert 6.50
Kleid aus bedruckt. Wollmusselin 13.50
Jumper-Kleid reinw. Rips, Rock pliss. 29.00
Kleid aus gutem Veloutine, farb. Crêpe de Chine-Garnitur .. 39.00
Gummi-Mantel K'seide in viel. Farb. 29.00
Mantel schwarz gemustert, Kunstseide 33.00
Kostüm aus reinw. Herrenstoff, Jacke, halbseid. Futt. 59.00
Morgenrock aus bedruckt. Musselin, mit einfarbig. Blende 3.90
Trotteur Strohborde m. K'seide u. Ziernadel 4.50
Filzhut in vielen Farben, m. Band garn 5.90

WIRKWAREN

Pullover für Damen, Wolle m. Kunstseide, m. Krag 13.75
Kostümrock gestr. für Damen, meliert... 8.25
Bettjacke für Damen, Reinwolle Handarbeit, weiß-farb 4.50
Damen-Hemdhosen weiß u. farbig, Mittelgr 1.35
Herren-Hemdhosen bw. Trik., weiß, Mittelgr 2.75
Sportgamaschen für Herren, Reinw. gestr 2.90

BETTSTELLEN

Metallbettstelle Zugfederbod., 80×185, weiß od. schwarz lack. 13.25
Metallbettstelle 33 mm nahtlos. Rohr, weiß od. schwarz lack. 19.25
Matratze grau Jute, mit Keilkissen 11.50
Haar- und Roßhaarmatratzen in allen Größen u. Qualitäten.

STEPPDECKEN

Steppdecke 140/200 Schnittgröße, einfarb. Satin Trikotrückseite 11.50
Steppdecke 150/200 Handarbeit, Satin auf beiden Seiten 16.75
Daunendecke 150/200 zweiseitig, bunt bedruckt, weiße Gänsedaunenfüllung 55.00

MARKISEN- UND

Glattgrau Segelleinen 100 cm 1.95, 84 cm 1.70
Leinen-Köperdrell buntgestr. 120 cm 2.80, 100 cm 2.30
Segeltuch imprägn. gezwirnt, gestr., 120 cm 2.80
Wetter-Roul.-Drell hellgrau reinleinen 92 cm 2.30, 96 cm 2.40, 100 cm 2.45

VORHANGSTOFFE

Holzstäbchen-Vorhänge naturfarbig oder grün 90/180 3.45, 100/200 4.25, 110/225 4.95, 120/240 6.00
Doppelköper crème oder weiß 80 cm 1.00, 100 cm 1.25, 130 cm 1.75
Damast weiß, crème od. gold 80 cm 1.35, 100 cm 1.70, 130 cm 2.20

BERLIN C2 · SPANDAUER STRASSE · KÖNIG-STRASSE · GEGRÜNDET 1815

Das Thema Wochenende ist durch die große Wochenendschau des Messeamtes zu einem der aktuellsten in Berlin geworden. Das Weekend des Engländers wurde dabei oft zum Vorbild genommen — nicht ganz zu Recht. Wir haben nun unseren Londoner Korrespondenten gebeten, uns das englische Wochenende zu schildern, wie es in Wirklichkeit aussieht. (D. Red.)

Die an und für sich lobenswerte Bereitwilligkeit des Deutschen, ausländischen Schriftstellern Heimatrechte im eigenen Lande zu gewähren, Land und Leute des Auslandes durch die Brille ausländischer Romane und Theaterstücke kennen zu lernen, hat auch ihre unzweifelhaften Nachteile. Die bürgerlichen Romane Englands, die ins Deutsche übersetzt wurden, die schmissigen englischen Komödien eines Noel Coward und gewisse snobistische deutsche Berichterstatter, die einmal eine Nacht in einem englischen Landhaus zugebracht haben, sie alle haben zu einer Verfälschung des Bildes des englischen week-end geführt. Was sie malten war weniger Wirklichkeit als ein Wunschbild, gewiß nicht die Wirklichkeit des Mittelstandes und schon gar nicht der Arbeiterklasse. Der Glücklichen oder Unglücklichen, die am Freitag mittag in smarten 12zylindrigen Rolls-Royce nach historischen „country mansions" und Schlösser rauschen, um am Dienstag mittag — wenn überhaupt — in ihre Bureaus zurückzukehren, sind weniger als die populäre Phantasie sich vorzustellen geneigt ist, und das week-end des höheren Mittelstandes, das kleine Landhaus in Surrey oder Sussex, in dem man von Samstag nachmittag bis Sonntag abend zu Gast geladen ist, ist für jeden, der es einmal am eigenen Leib erlebt hat, alles eher denn ein Traumbild. Das unglückliche Opfer eines solchen Wochenendes wird sich für Wochen an 36 Stunden in Zugluft und Kälte erinnern, und selbst die Heilsamkeit des völligen Nichtstuns wird ihn nicht über die Erinnerung an eine bodenlose Langeweile hinweg trösten können. Es ist nichts anderes als die Verlängerung der Trostlosigkeit des englischen Sonntags ins Ländliche, und wenn der Gast um den obligaten Kirchenbesuch herumgekommen sein sollte, mag er sich schon als ein vom Schicksal besonders Begünstigter preisen. Das englische week-end des Mittelstandes ist kein Kulturfaktor, das sich irgend ein Land einzuführen beeilen sollte. Der seelische Wert eines mit dem Rucksack verbrachten deutschen Wanderns im Grünen ist zweifellos unvergleichlich höher.

Ein falsches Vorbild.

Weder Landhäuser noch Wochenendsiedlungen sind ein Problem für die englische Arbeiterklasse. Sie hat sich früher als die Arbeiter anderer Nationen den freien Sonnabendnachmittag zum Sonntag hinzuerobert, aber die 44 freien Stunden bilden kein geschlossenes Ganzes. Der Sonnabend und Sonntag der englischen Arbeiterklasse trägt verschiedene Gesichter. **Will man einen typischen Sonnabendnachmittag des männlichen englischen Arbeiters** (und eines Teiles der jüngeren weiblichen Generation) **kennen lernen, so muß man je nach den Jahreszeiten zu den großen Fußball- und Kricketkämpfen pilgern.** Der Sonntag steht unter einem anderen Gesetz: Der Sport ist in aller Regel, wenn auch nicht mehr überall, verboten, nicht nur der Massensport, sondern auch der individuelle Sport, nicht nur das Zuschauen, sondern auch das eigene Ausüben eines Sportes. Die Golf-, Tennis- und Fußballplätze sind geschlossen. Die Theater sind gesperrt und in einigen Teilen Englands auch die Kinos. Damit ist die ganz große Majorität der englischen Bevölkerung auf die Parks, diese grünen Inseln in und um London, insbesondere aber auf das eigene Heim verwiesen, das ja bekanntlich für die Arbeiterklasse im allgemeinen, trotz der ungeheuren slums, besser ist als in irgend einem anderen Lande Europas. Wer draußen in den Vororten wohnt, hat wohl Gelegenheit, in seinem kleinen Garten zu arbeiten, kleine Ausbesserungsarbeiten im Haus vorzunehmen. **Die Flucht aus der Stadt über den Sonntag ist erst eine Entwicklung der neueren Zeit.** Wohl haben sämtliche Eisenbahnen verbilligte Wochenendtarife. Rückfahrkarten sind zum Preise von 1½ der einfachen Fahrt zu haben. Aber die **hohen Preise der englischen Eisenbahn** machen es der Arbeiterklasse im allgemeinen unmöglich, von dieser Erleichterung entsprechenden Gebrauch zu machen. Anders steht es mit den reinen Sonntagsfahrkarten, die es Hunderttausenden im Sommer ermöglichen, **zum halben oder sogar weniger als halben Preise für einige Stunden an die See zu fahren.** Man muß allerdings ein Engländer sein, um diese Sonntagsvergünstigung der Eisenbahn als eine solche zu empfinden. Die Dauer der Fahrt steht meist in einem grotesken Mißverhältnis zur Zeit, die einem an der See vergönnt ist, und mir ist unlängst der Prospekt einer englischen Eisenbahngesellschaft (die englischen Eisenbahnen sind bekanntlich in Privatbesitz) in die Hand gefallen, in dem einem vierstündigen Aufenthalt auf der englischen Westküste eine sechsstündige Eisenbahnfahrt gegenüberstand. Es gehört schon der ganze, der angelsächsischen Rasse angeborene Lebensoptimismus und die merkwürdige individuelle Bescheidenheit dieses Volkes von Weltoberern dazu, um solche Sonntagsfreuden als wünschenswert zu betrachten. Wichtiger als die Eisenbahn sind im letzten Jahrzehnt die Gesellschaftsautos, die sogenannten charabancs geworden, welche Sonntagsrückfahrkarten zur See zu Preisen durchführen, mit denen die Eisenbahnen nicht oder kaum mehr konkurrieren können. Der charabanc bietet den Vorteil der Fahrt in freier Luft und gibt dem einzelnen das Gefühl, in einem Auto zu sitzen, was zu den mystischen Freuden des englisch sprechenden Menschen zu gehören scheint. Mag das Auto auch auf die übrige Menschheit eine zauberhafte Anziehungskraft ausüben, so wird man doch nirgends als in England und Amerika so viele Menschen finden, die bereit sind, alle übrigen persönlichen Bequemlichkeiten und einen Teil der Seele dazu dem eigenen Vierzylinder zu opfern. Vom charabanc zum privaten Besitz eines Autos oder Motorrades ist nur noch ein kleiner Schritt. **Schon heute besitzt ein Teil der gelernten Arbeiterschicht der jüngeren Generation, soweit sie unverheiratet und nicht arbeitslos ist, Motorräder, die auf Grund von billigen Teilzahlungen erworben sind,** und wenn auch das Arbeiterauto in England noch einigermaßen ein Luftschloß darstellt, so dürften die fallenden Preise der kleinen Autos einerseits und die wachsende Anzahl der aus zweiter oder dritter Hand zu erwerbenden älteren Motorfahrzeuge zu einer schnellen Proletarisierung des Autos auch in England führen. Vorläufig steht dem freilich einerseits noch die Höhe der Garagekosten, welche wöchentlich für kleine Autos 9 bis 11 Schillinge betragen, und die Tatsache gegenüber, daß die heute aus zweiter oder dritter Hand auf den Markt kommenden Wagen zwar unter Umständen für 25 bis 35 Pfund (500 bis 700 Mark) zu erwerben sind, aber infolge der hohen Steuerpferdekräfte und der geringen Benzinökonomie die diese alten Jahrgänge kennzeichnet, im Betrieb außerordentlich kostspielig sind. Erst wenn die Typen der Jahre 1925 bis 1927 von den heutigen Besitzern verkauft werden, um gegen neue Modelle ausgetauscht zu werden, dürfte in England der Tag des Arbeiterautos heraufgedämmert sein.

Keine Wochenendhäuser für Arbeiter.

Der Engländer ist kein Wanderer, und die Natur ist überdies mit soviel Zäunen umgeben, daß der **Versuch zu wandern ein zweifelhaftes Vergnügen bietet.** Das Wandern fällt als eine irgendwie bezeichnende week-end Beschäftigung fort. Aber auch der dem Wandern so eng verwandte Aufenthalt im Freien über den Sonntag in camps liegt dem Engländer nicht. So anspruchslos er in seiner Nahrung und auch sonst in seinem Leben sein mag, der Verzicht auf das gewohnte typische umfangreiche Frühstück macht ihn gegen dergleichen Abenteuer skeptisch. Wenn auch die Jugendgruppen der JVP. nicht ohne Erfolg nach dem Muster der kontinentalen

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

27] **Roman von Fritz Reck-Malleczewen.**

Ja, und wenn nach altem Spruch viel Feind' wirklich viel Ehr' bedeutet, so muß gesagt werden, daß die kleine Sif in diesen Tagen überhäuft mit Ehren durch das Haus der „Confederation of good works" geht! Da sind zuerst diese Pflegerinnen, diese grämlichen alten Jungfern, die nicht gut geschlafen haben und sie anschreien, daß der Tee zu dünn, daß ihre Schuhe nicht genügend gereinigt seien, daß im Zimmer VII auf dem Propheten Hesekiel nicht Staub gewischt sei, und warum Schwester Agathe nicht ihre Verdauungspillen zum Frühstück bekomme.

Und wie soll man fertig werden oben in den großen Sälen mit den eigentlichen Insassen dieses Hauses?

Da sind eines Tages die Insassen des großen Mittelsaales in der Nacht an einem Wäscheстrick auf die Straße geklettert, wofür sie vom Manager Hobson mit harten Worten verantwortlich gemacht, von der Oberwärterin Mary mit einem Hungertag bestraft wird. Dann wird sie mit Prügeln bedroht, weil oben in den Strafzellen ein paar Scheiben zerbrochen worden sind, dann wieder beschwert sich die Polizei, daß die Weiber von den nach dem Zollkai hinausgehenden Fenstern aus mit den Straßenpassanten anbandelten. Und auf Nr. 3 finden sich an einem Morgen mit Bleistift an die Wand gemalte allerliebste Zeichnungen, wie sie nicht gerade für die Augen junger Damen bestimmt sind . . . Zeichnungen, wie sie in maßloser Vergrößerung sonst Vorstadtzäune und die Wände von Lokalen zieren, die dem ausschließlichen Gebrauch von Männern reserviert sind, und in Nr. 23, wo die Unverbesserlichen, zum Sühnen durch gute Werke partout nicht zu Bewegenden untergebracht sind, hat man an einem anderen Morgen als Quittung für eine gestern empfangene Essensentziehung auf unwidergebliche Weise den Fußboden verunreinigt . . .

Daß von dem allen ja nichts zu sehen ist, kleine Sif, wenn eine der Wärterinnen, wenn gar die Steppenstute Mary ihre Morgenrunde macht!

Da liegt sie mit dem Scheuerlappen auf dem Boden, ist nun so stumpf schon, daß sie es selbst zu dem Gefühl des Ekels nicht mehr bringen kann, daß sie in den Berufsjargon der Zimmerinsassen verfällt, wenn man mit ihnen spricht, daß sie kaum mehr zuckt, wenn die gestern von der Polizei eingelieferte und heute von der kleinen Sif zu betreuende Maria Gruszczinska die Aufforderung zum Bade dadurch beantwortet, daß sie ihr ins Gesicht speit.

Und da sind die schon bekannten Andachten, bei denen der Manager Hobson die Geschichte des Urvaters Abraham vorliest, den Gott für gute Werke mit dem größten Bankkonto das Landes Chaldäa segnete . . . diese Andachten, bei denen man nun selbst ein andächtiges Gesicht zu machen gelernt hat, bei denen man sich aber doch hin und wieder erinnert, daß um diese Zeit in einem kühleren Lande Lieder von einem Kinde gesungen werden, das ganz ohne Herden und Bankkonto in einem Stalle zur Welt kam. Ja, bei diesen vagen, sentimentalen Reminiszenzen geschieht es wohl, daß man nasse Augen bekommt, daß man sich davonschleichen möchte, und daß man dann doch hart angelassen wird von Ismael P. Hobson, der sich derartige Dinge ein für allemal verbittet, ja . . .

Und dann, wenn wieder einmal ein Konstabler eine neue Insassin einliefert, dann denkt sie plötzlich an den Schmallippigen, denkt daran, daß er am Ende schon die Berliner Wohnung des Obersten Miramon kennt, daß man sie zusammen im Erzelsiorhotel gesehen hat, daß man früher oder später ja doch erfahren muß, wer sie ist! Dann verkriecht sie sich in ihrer unsäglichen Angst in ihrer Kammer, orakelt, ob der Uniformierte in Hobsons Kanzlei am Ende schon mit Haftbefehl und Handschellen gekommen sei: wenn draußen auf dem Zollkai vor ihren Fenstern in einer Minute mehr Wagen von links als von rechts passieren, so gilt der Besuch ihr, so wird sie heute schon vor dem schrecklichen Dünnlippigen erscheinen müssen . . .

Dann schrillt die Stimme der alten Mary durch das Haus, dann ist, während sie sich verkrochen hat, im Badezimmer der Wasserhahn aufgeblieben. Dann, nachdem die Ueberschwemmung beseitigt ist, hat man für den Manager Hobson irgendein langes Aktenstück für das Mutterhaus in Philadelphia abzuschreiben, dann wird man angedonnert, weil man „irrepressible" mit einem „r" geschrieben hat, dann fühlt man plötzlich, während man sich stotternd entschuldigt, den Atem dieses Menschen in greifbarer Nähe: oh, man kennt diesen Alten, das ungreifbare Od des Begehrens, man erinnert sich des Schwagers Lex, des Obersten Miramon, des Dieners Theodorowitsch . . . alle Kavaliere verschmelzen bei dieser Erinnerung zu einer grotesken Fratze der Geilheit . . .

Dann, wenn wieder so ein Tag ertragen ist, wenn oben in den Schlafsälen die Weiber nicht mehr schreien, wenn man sich in der Gluthitze seiner Kammer die Kleider vom Leibe gerissen hat, dann kramt man wohl in den Schätzen, die einem verblieben sind aus sagenhaften Zeiten: ein Fetzen des Brautschleiers, den man nach dem Rate der alten Berliner Aufwartefrau als glückbringenden Talisman noch immer bei sich trägt, den Ring, in dem die Worte „Robby und Sif" eingraviert sind, Robbys zerknittertes Bildchen . . .

Aufgesprungen plötzlich in der Gewißheit von irgend etwas, was unsichtbar in dieses Zimmer hinein will, nach ihr greift, an ihrem nackten Leibe zerrt!

Unter dem Bette nachgeschaut, das ganze Zimmer abgesucht, das Licht gelöscht, in der Dunkelheit bemerkt, daß aus dem Nebenraum, aus dem Zimmer des Manager Ismael P. Hobson schwacher Lichtschein zu ihr dringt. An die Tür geschlichen, die die beiden Räume verbindet, entdeckt, daß sie durchsiebt ist von Bohrlöchern: feinen Bohrlöchern in allen Blickrichtungen, Gucklöchern, die es dem da drüben gestatten, das ganze Zimmer zu überblicken.

Wieder das Licht angedreht. Leise schleichen sich nach einer Weile Schritte an die Wand, ein Schatten verdeckt den Lichtschein . . . oh, sie hat sich nicht getäuscht: es ist Hobson, es ist dieses alte Laster, das nach ihrem nackten Leibe ausspäht.

Da liegt sie, zittert leise, weiß nicht warum. Oben in den Schlafsälen ist, wohl als Reaktion auf einen fabelhaften Witz, Gelächter der Weiber zu hören, zwei Betrunkene grölen auf dem Kai draußen, Aasgestank kommt von den Fleischständen draußen . . .

Das Loch, durch das der andere zu ihr hineinspäht, ist noch immer verdeckt. Da geschieht es, daß sie aufspringt, mit einem irrsinnigen Gelächter alle ihre Schätze zum Fenster hinauswirft: den glückbringenden Fetzen des Brautschleiers, den Trauring und die Photographie des weichherzigen kleinen Malerjungen, der zu sentimental war, um Hündchen Binky zu töten. —

Folgendes aber ereignet sich drei Tage vor demjenigen, an dem man außerhalb dieses Hauses die Geburt jenes sagenhaften Kindes von Bethlehem feiert.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterjugend und der englischen „boy scouts" solche Wochenende unterm Zelt und in primitiven Hütten (Pfadfinder) verbringen mögen, so handelt es sich hier doch mehr um eine Nachahmung als um ein Eigengewächs. Der junge englische Arbeiter hat nicht die Sehnsucht nach einem neuen Lebensstil, und wenn einerseits das englische Kleinbürgertum weniger spießig ist als das kontinentale, so ist andererseits der junge englische Arbeiter in seinem persönlichen Geschmacke und seinen Ansprüchen bürgerlicher als sein kontinentaler Kamerad. Der Wunsch nach einem beaucmen Bett, die Entfernung von London bis ins Grüne, die hohen Eisenbahnkosten, dies alles zusammen hat es mit sich gebracht, daß irgendwelche Wochenendhäuser für englische Arbeiter so gut wie nicht bestehen. Die Workers Travel Association besitzt ein Landhaus und die Adult School Movement hat deren mehrere, aber beide nehmen mehr ausnahmsweise denn als Regel Wochenendgäste auf, ihr Stammpublikum sind Urlauber und ihre Preise sind verhältnismäßig hoch (z. B. rechnet die ASM. für einen Besuch von Sonnabend nachmittag bis Sonntag abend exklusive der Eisenbahnkosten zirka 12 Schillinge).

•

Die besondere englische Psychologie, tief eingewurzelte Tradition, religiöse Vorstellungen, gesetzgeberische Maßnahmen und ein gewisser Individualismus, welcher sich jeder Massenorganisation widersetzt, sofern es sich nicht um politische Partei und Gewerkschaft handelt und zuletzt, aber nicht als Letztes, das englische Klima, dies alles zusammengenommen, hat es mit sich gebracht, daß es der englische Arbeiter, dem ein längeres Wochenende zur Verfügung steht als irgend einer Arbeiterschicht Europas, weniger verstanden hat, diese freie Zeit auch in einem für unsere Begriffe fruchtbaren Sinne zu verwenden. Das englische week-end ist ein Traum und nicht einmal ein schöner, und man möchte aus der Beobachtung englischer Verhältnisse heraus hoffen, daß es der Tochterbewegung auf dem Kontinent gelingen wird, den Rahmen des Wochenendes mit seelisch und physisch höherem Inhalt anzufüllen, als die im Stammlande des week-end der Fall gewesen ist.

E. W.

Der Brandenburgische Bezirksparteitag.

Gestern nachmittag begann in den Räumen des Preußischen Landtages der Parteitag des Bezirks Brandenburg-Grenzmark der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er wurde eingeleitet durch einige Gesangsdarbietungen der Neuköllner Arbeitersänger. Anschließend daran begrüßte der Bezirksvorsitzende Genosse Stahl mit warmen Worten die Delegierten und die zahlreich erschienenen Abgeordneten des Reichstages, des Preußischen Landtages und des Provinziallandtages und erinnerte kurz an die politischen Vorgänge, die sich seit dem letzten Bezirksparteitag ereignet haben und die dem Bezirksvorstand eine harte Arbeit aufzwangen. Er betonte, daß in der Berichtszeit, die infolge des Heidelberger Parteitagsbeschlusses die Zeit vom 1. April 1925 bis zum 31. Dezember 1926 umfaßt, vom Bezirksvorstand eine Unsumme von Arbeit geleistet werden mußte. Dann begann die eigentliche Tagung, über die wir noch ausführlich berichten werden.

Städtische Anleihe für Wohnbauten.

3850 neue Wohnungen.

Zur Finanzierung von Wohnbauten auf Grundstücken der Stadt sollten die auf 47½ Millionen Mark veranschlagten Baukosten durch erste Hypotheken (11 Millionen), durch Zusatzhypotheken aus schon bewilligten Stadtmitteln (10½ Millionen) und durch Hauszinssteuerhypotheken (26 Millionen) aufgebracht werden. Zunächst war beabsichtigt, daß die Aufnahme der ersten Hypotheken unter Uebertragung der Grundstücke an die Wohnungsfürsorgegesellschaft bewirkt werden sollten. Der Magistrat hält nach einer Aussprache im Haushaltsausschuß jetzt für wichtiger, die Grundstücke im Eigentum der Stadt zu belassen und die 11 Millionen für erste Hypotheken aus Anleihemitteln bereitzustellen. Die fertigen Bauten werden verpachtet, aus der Pacht sind Verzinsung und Tilgung der Anleihe zu bestreiten. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung. Bei dem Bauvorhaben, das bereits in der Ausführung begriffen ist, handelt es sich um 3850 neue Wohnungen.

Nach der Art Jollys.

Das Vorbild Jollys, der sich in einen Glaskasten einsperren ließ, und vor den Augen des Publikums wochenlang darin hungerte, hat in dem Kopf des 24jährigen Heizers Willi K. einen recht merkwürdigen Gedanken auftauchen lassen, um sich gleich Jolly als Artist zu produzieren und damit ordentlich Geld zu verdienen. In allen deutschen Großstädten wollte er als „Eidechsen- und Salamandersesser" auftreten. Zu dieser sonderbaren Idee trieb ihn nicht etwa sein knurrender Magen, denn seine Lage war nicht trostlos, wenn er auch zurzeit arbeitslos war. Die Geschichte endigte jedoch statt des erhofften Gewinnes damit, daß er als ein typischer Kautionsschwindler angesehen und vom Amtsgericht Charlottenburg wegen vollendeten und versuchten Betruges zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Hiergegen hatte nun K. Berufung eingelegt, und so hatte sich die Strafkammer des Landgerichts III mit seinem beabsichtigten Eidechsenfrühstück zu beschäftigen. Der Angeklagte hatte ein Inserat aufgeben lassen, laut dessen ein Kassierer für ein Theaterunternehmen außerhalb gesucht wurde. Als Kaution wurden 1500 Mark verlangt. Ein Kösener, dem gesagt worden war, es handele sich um eine Art Jolly-Unterehmen, kam dadurch um 300 Mark Anzahlung. Ein zweiter Reflektant war vorsichtiger. Er erstattete Anzeige, als er hörte, daß das Theaterunternehmen, das fix und fertig in Königsberg dastehen sollte, in dem Auftreten als Eidechsen- und Salamandersesser bestand. Bei seinem Konzessionsgesuche war er von der Polizei stets abgewiesen worden. Vor Gericht ließ sich K. unter großer Heiterkeit über seinen Plan aus. Er hätte sich nach der Art Jollys in einen Glaskasten setzen und hier vor dem Publikum die Eidechsen und Salamander verzehren wollen. Da sich dann im Laufe der weiteren Verhandlung ergab, daß der Angeklagte wahrscheinlich weniger der Betrüger, als eine von anderen Leuten vorgeschobene Person war, wurde die Verhandlung vertagt, um zum neuen Termin die Hintermänner des Angeklagten als Zeugen zu laden.

Um den Mittellandkanal.

Was die Hafenstadt Berlin von ihm erhofft.

„Ick werde mir doch von den Lausekanal nich vor'n Bauch stoßen lassen!" — „Kanalrebellen!" — „Gebaut wird er doch!" — so knallen uns von 1905 her die Schlagworte in den Ohren. Damals gelang es nur mit heißem Bemühen, den Rhein-Weser-Kanal mit Anschluß nach Hannover durchzusetzen; er wurde 1916 vollendet. 1918 wurde der Weiterbau bis Peine beschlossen, 1920 endlich das Gesamtprojekt genehmigt. Viel Wasser ist seitdem die Spree hinuntergeflossen — und nun, 1927, soll er doch vollendet werden, der Mittellandkanal vom Rhein bis Berlin und weiter bis zur Oder ... 20 Jahre zu spät!

Ein besonderer Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Sonnabend mit der Bürgschaft, die der Staat von Berlin für die Fortführung des Kanals bis zur Reichshauptstadt verlangt. Die Höhe des Objekts zwingt immerhin auch unsere Viermillionenstadt zu vorsichtiger Abwägung alles Für und Wider. Denn von den 547 Millionen, die das Schlußstück des Kanals von Hannover bis Berlin nebst dem sogenannten „Südflügel", den Anschlüssen nach Staßfurt und Leipzig, kosten wird, entfallen auf die „Garantieverbände" (die beteiligten Provinzen und Berlin) insgesamt 133⅓ Millionen, von denen Berlin ein volles Drittel mit 44 Millionen zu garantieren hat. Das bedeutet eine Zinsbürgschaft von jährlich 3⅓ Millionen Mark, die voll in Anspruch genommen werden müßten, falls der Kanal überhaupt keinen Reingewinn abwerfen sollte. Bis zur Fertigstellung des Kanals soll sich die Stadt zu einem jährlichen Zuschuß von rund 600 000 Mark verpflichten. Die Vollendung ist für das Jahr 1937 in Aussicht genommen ... zwanzig Jahre zu spät!

Denn inzwischen sind so einschneidende Erfindungen gerade auf dem Gebiete der Verwertung der Kohle gemacht worden, daß man kein Prophet zu sein braucht, um zu erkennen, daß das bisher wichtigste Transportgut des Wasserweges, die Kohle, immer mehr zurückgehen wird. Nimmt man dazu die stetig steigende Konkurrenzfähigkeit einer elektrifizierten Eisenbahn, so steht soviel jedenfalls fest: an eine unmittelbare Rentabilität des Kanals ist im Jahre 1937 nicht mehr zu denken, so daß mindestens ein Teil der Garantiesumme laufend zu zahlen sein wird.

Ob dies vom Standpunkte der Stadt Berlin aus verantwortet werden kann, hängt davon ab, welche mittelbaren wirtschaftlichen Vorteile der Kanal für die Stadt bringen wird. Und da steht es außer jedem Zweifel, daß die direkte Wasserstraße Duisburg-Berlin-Frankfurt a. d. O. über Hannover für Berlin als Hafenstadt von ganz außerordentlicher Bedeutung werden wird. Von der intensiveren Ausnutzung der Reichshauptstadt als Lade-, Stapel- und Umschlagsplatz wird nicht nur die sogenannte „Wirtschaft" (im gebräuchlich engen Sinne des Wortes), sondern die gesamte werktätige Bevölkerung Berlins profitieren. Dieser Vorteil erscheint so groß, daß dafür ein regelmäßiger Zuschuß zu den Kosten des Kanals in den Kauf genommen werden kann.

Vom Standpunkt der Stadt aus kommt noch hinzu, daß das alte Projekt einer auch für große Lastkähne geeigneten Verbindung des Westhafens mit dem Osthafen bei dieser Gelegenheit gleichzeitig verwirklicht werden kann. Der Staat würde die gesamten Baukosten übernehmen (33⅓ Mill.), während Berlin 18⅓ Millionen für Grunderwerb und Brückenbau aufzuwenden hätte. Einbegriffen in diese Summe ist der Durchstich Siemensstadt-Westhafen, durch den die Spreekrümmungen ausgeschaltet werden, die Erweiterung des Spandauer Schiffahrtskanals sowie ein für ganze Schleppzüge aufnahmefähiger Umbau der Mühlendammschleuse. Es wäre dann möglich, 1000-Tonnenschiffe durch Berlin zu führen, deren jedes fast die Ladung zweier Güterzüge in sich aufzunehmen vermag, während jetzt nicht einmal 600-Tonnenschiffe die Berliner Schleusen passieren können.

Die Sozialdemokratie wird aber Projekte wie die Vollendung des Mittellandkanals niemals allein vom Standpunkt einer einzelnen Stadt aus — und sei es auch die Reichshauptstadt mit ihren vier Millionen schaffender Menschen — beurteilen, sondern das große Ganze dabei im Auge behalten. Und da darf vielleicht betont werden, daß mit dem Torso des Kanals niemandem — außer vielleicht der Stadt Hannover — gedient ist, daß aber seine Vollendung vielen Tausenden feiernder Hände Beschäftigung, vielen Tausenden Lohn und Brot schaffen wird. Unmittelbar und mittelbar. Von den 547 Millionen Baukosten werden allein 70 Proz., d. h. fast 400 Millionen für Löhne verwendet werden. Von den 2 Millionen Tonnen Kohle, die der Kanal auch unter Berücksichtigung der eingangs angedeuteten technischen Entwicklung noch auf viele Jahre (an Stelle der englischen Kohle) befördern wird, werden 10 000 Ruhrarbeiter mehr als bisher beschäftigt werden können. Bau und Betrieb des Kanals werden auf Jahrzehnte hinaus sich im gesamten Wirtschaftsleben unseres Volkes fördernd und produktionssteigernd auswirken.

Wenn also die Stadt Berlin (wie die beteiligten Provinzen) auch scheinbar verhältnismäßig hohe Zuschüsse zu einem scheinbar unrentablen Unternehmen wird leisten müssen, so wird sich diese Ausgabe aller Voraussicht noch auf lange Zeit hinaus durch Ersparnisse und erhöhte Einnahmen auf anderen Gebieten mehr als ausgleichen. Und noch eins zum Schluß: „Gebaut wird er doch!" darf heute, nicht mehr prahlerisch-großsprechend wie einst, sondern unter nüchterner Abwägung der Tatsachen gesagt werden. Die Stadt Berlin hat zu entscheiden, ob mit ihr und unter Ausnutzung der Vorteile für sie gebaut werden soll oder gegen sie, d. h. ob der Wasserweg durch Berlin oder nur bis Berlin und um Berlin herum geführt werden soll.

750 000 Mark unterschlagen.

1000 Mark und 4 Prozent Belohnung.

Nach großen Unterschlagungen ist in der Nacht zum 14. April der 29 Jahre alte, aus Königshütte gebürtige Postassistent Karl Kehler, der dort angestellt war, spurlos verschunden. Er verließ heimlich seine Wohnung und entkam nach den Ermittlungen der polnischen Kriminalpolizei über die Grenze nach Deutschland. Man vermutet ihn jetzt in Berlin. Wie festgestellt wurde, hatte er 1½ Millionen Zloty = 750 000 M. Amtsgelder unterschlagen. Das polnische Hauptpostamt in Kattowitz hat auf die Ergreifung des Flüchtigen eine Belohnung von 1000 M., das Ministerium für Post und Telegraphie in Warschau 4 Proz. der wiederbeschafften Summe ausgesetzt. Kehler, auf den jetzt auch die hiesige Kriminalpolizei fahndet, ist 1,63 Meter groß und kräftig gebaut, hat ein volles Gesicht, eine hohe Stirn und blondes Haar, auf der rechten Gesichtshälfte eine Schußnarbe und im Oberkiefer fünf künstliche, sehr weiße Zähne. Mitteilungen über sein Auftreten an Kriminalkommissar Beyer, Fahndungsinspektion H., im Polizeipräsidium.

Sturmschäden in Berlin.

Mit dem schönen Wetter ist es noch immer nichts. Nach wenigen warmen und sonnigen Stunden am Freitag trat am gestrigen Sonnabend wieder unerwarteter Witterungsumschlag ein. Gleichzeitig mit dem Sinken der Temperatur setzte in den Nachmittagsstunden ein heftiger Sturm ein, der erheblichen Schaden anrichtete. Die Berliner Feuerwehr wurde etwa 15- bis 20mal nach allen Stadtteilen alarmiert, wo infolge des Sturmes Dachteile, Fahnenstangen, Reklameschilder, ganze Ecktürme auf die Straße geschleudert wurden oder abzustürzen drohten. In zwei Fällen mußten starke Bäume, die entwurzelt wurden, sich quer über die Straße legten und den Verkehr behinderten, abgetragen werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, sind Menschen nicht zu Schaden gekommen.

•

Eine empfindliche Verkehrsstörung von etwa 30 Minuten Dauer entstand gestern nachmittag gegen ½5 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee in unmittelbarer Nähe der Siegesallee. Der Führer eines Lastkraftwagens verlor infolge des schlüpfrigen Asphaltes die Gewalt über die Steuerung, fuhr auf den Bürgersteig und riß einen elektrischen Lichtmast um; der auf die Oberleitung der Straßenbahn fiel, wodurch Kurzschluß hervorgerufen wurde, der von starker Flammenbildung begleitet war. Die Feuerwehr mußte alarmiert werden, die den Schaden nach ziemlich einhalbstündiger Tätigkeit behob. Während dieser Zeit ruhte der Straßenbahnverkehr in beiden Richtungen.

Ein Tag der tödlichen Unfälle.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags ereigneten sich eine ganze Reihe von schweren Unfällen, von denen bedauerlicherweise mehrere einen tödlichen Ausgang genommen haben. Der erste Unfall trug sich in den frühen Nachmittagsstunden an der Straßenkreuzung Graefe- und Urbanstraße zu. Ein Radfahrer, dessen Personalien noch unbekannt sind, wurde von einem Lastkraftwagen umgestoßen und überfahren. Die schweren Räder des Wagens gingen über den Verunglückten hinweg. Auf dem Wege zum Krankenhaus trat der Tod ein. — An der Ecke Kaiser-Wilhelm- und Blücherstraße zu Lichtenrade wurde gegen 5 Uhr nachmittags das vierjährige Pflegekind Käte Bresow aus der Münchener Str. 25 zu Lichtenrade von einem Privatkraftwagen überfahren und war sofort tot. — In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Grünau wurde gegen 6 Uhr nachmittags der 62jährige Magazinarbeiter Max Hähnel, der in Falkenhorst wohnt, beim Ueberschreiten der Vorortgleise von einem in Richtung Königswusterhausen fahrenden Vorortzug überfahren. Der Verunglückte, der einen doppelten Schädelbruch und den Bruch beider Beine erlitt, starb unter den Händen des hinzugerufenen Arztes. — Schließlich wurde an der Fennbrücke der sechs Jahre alte Schüler Herbert Plantzek aus der Friedrich-Krause-Str. 6 von einem Lastkraftwagen überfahren und schwer verletzt. P. fand im Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Romain Rollands „Wölfe" im „Orpheum".

Nach Hauptmanns „Weber" und Rosenows „Kater Lampe" veranstaltet jetzt die Bühnen-Genossenschaft zehn Aufführungen von Romain Rollands „Wölfe" in großen Sälen der Außen- und Innenstadt. Wie früher, sind auch diesmal die Rollen mit engagementslosen Schauspielern besetzt, unter die die Einnahme geteilt wird. Das Drama Rollands, das vor einigen Jahren im Deutschen Theater seine deutsche Uraufführung erlebte, spielt zur Zeit der Französischen Revolution in der Mainzer Rheinarmee. Die Wölfe, das sind die Generäle, die sich gegenseitig zerfleischen, sich verraten und auf das Schafott schicken, zerlumpte, unmoralische Kerle, die aber ohne Bedenken ihr Leben für die Re-

„Lustig-Tage"
die besondere Gelegenheit!
Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig
Prinzenstr. Ecke Sebastianstr.

Klappwagen, mit Verdeck, Ledertuchfußsack, vernickelten Schiebestangen, Gummirädern, 29.50
Nr. 622.

Oberbett, fertig, grau-rot Inlett mit grauen Federn, 9.50

Steppdecke, Satin doppelteilig, mit bunter Bordüre, 150×200, 16.75

Oberbett-Inlett, grau-rot gestreift, ca. 120×200, 6.20

Daunendecke, Ia französischer Daunenperkal, bunte Blumenmuster, mit prima Daunen, 150×200, 48.–

Bettlaken, starkfädiger Dowlas, ca. 150×220, 4.50

Garderobenschrank, weiß lackiert, mit Hutboden und Stange, 27.–

Überlaken, guter Linon, mit reicher Klöppel-Garnierung, 150×250, 8.50

Ruhebett, mit buntem Bezug, gut gepolstert, 32.50

Bogenbettstelle, mit Zugfedermatratze, 90×190, elegante Messingverzierung, Bügel 33 mm, weiß oder schwarz, 24.50
Nr. 621.

volution und für Frankreich einsetzen. Ein Unschuldiger wird erschossen, und die Stimme des gerecht Denkenden verhallt ungehört, weil der Schuldige die verbündeten Armeen entscheidend geschlagen hat. „Ueber alles der Staat" ist der Weisheit letzter Schluß. Wieder ist die Wahl gut getroffen worden. Das Drama hat im zweiten und dritten Akt ganz starke, dramatische Szenen und behandelt vor allem einen Stoff, der die breite Masse interessieren muß. In dem guten Ensemble, das unter Emil Linds Leitung spielt, fallen Herbert Bonnar und Max Hochstetter als Sprecher und Gestalter auf. Leider ließ der Besuch bei der Erstaufführung im „Orpheum", Hasenheide, viel zu wünschen übrig. Der Eintrittspreis von 80 Pfennig ist gering, die Darstellung gut, das Drama außerordentlich bühnenwirksam, und es bleibt deshalb zu hoffen, daß die nächsten Aufführungen besser besucht werden, damit den engagementslosen Künstlern auch einige finanzielle Erfolge beschieden wären.

„Wenn der Schornstein raucht."

Vor kurzem wurde hier über die Prüfung der Schornsteinfegerlehrlinge berichtet, wie sie sich noch heutigen Tages abspielt. Im Anschluß daran mag das Folgende, das einem instruktiven Aufsatz der Jubiläumsnummer der Deutschen Tonindustriezeitung entnommen ist, interessieren:

Das Wort Schornstein soll von dem gotischen Skauro bzw. aus dem althochdeutschen Scora, das mittelhochdeutsch Schor heißt, abgeleitet sein. Das deutsche Wörterbuch von Teyner gibt hierfür die Uebersetzung: „Zusammensegen" und das ist wohl dahin aufzufassen, daß der Rauch zusammengesegt, d. h. gesammelt wird, im Gegensatz zu dem früher gebräuchlichen Abziehenlassen des Rauches durch Undichtigkeiten der Aufenthaltsräume. Vielleicht hängt auch das Wort Scheuern = Fegen, Reinigen und Scheuer = Scheune (vom Sammeln der Ernte) damit zusammen.

Der Ausdruck Kamin ist aus dem Lateinischen abgeleitet, und zwar von caminus = „die Feuerstätte", Schlot dagegen vom alt- und mittelhochdeutschen Wort slat = Rohr, auch dialektisch Schlotte. Der Ausdruck Esse stammt von dem althochdeutschen Wort essa = Schmiedeherd, dessen weitere Ableitung wohl noch dunkel ist. Die Bezeichnung „Schornstein" ist wohl die beste, denn unter Esse und Kamin versteht man auch noch etwas anderes, und daher können diese Namen leicht zu Verwechselungen führen. Die Anfänge des Schornsteinbaues wurden erst nach der Völkerwanderung bemerkbar. Vorher ließ man allgemein den Rauch durch irgendwelche vorhandene Oeffnungen entweichen und nahm die dabei unvermeidliche Rauchbelästigung in den Kauf. In Oberitalien waren aber bei den Langobarden nachweislich Rauchabführungsschlote bereits in Benutzung. Weiterhin soll man in Frankreich und Holland im 12. Jahrhundert Schornsteine gebaut haben; nach Professor Lang sind diese dann seit 1368 von Padua aus auch in Deutschland bekannt geworden, wo sie ziemlich schnelle Verbreitung gewannen infolge des kälteren Klimas und zweifelsohne mit dem Fortschreiten der Erkenntnis, daß der Schornstein nicht nur eine Annehmlichkeit gegenüber dem freien Rauchabzug, sondern auch eine Einrichtung ist, mittels welcher eine lebhaftere Verbrennung und ein besserer Heizeffekt erzielt wird. Etwa um das Jahr 1800 wurden in England die ersten Schornsteine gebaut und die staatliche Aufsicht hatte ihr Augenmerk weniger auf die Standsicherheit, als auf die Beseitigung der Rauchplage gerichtet. So wurde 1847 ein Gesetz erlassen, daß jeden, dessen Schornstein rauchte, mit 40 Schilling bestrafte. Diese Strafe wurde 1853 sogar auf 100 Schilling erhöht. Die Schornsteine, anfangs niedrig, ragten nur einige Meter über den Dampfdom. Erst später wählte man höhere, die über das Dach des Nebenhauses hinausgingen. Nach einem Vortrage des Gewerberats Jahr, 1925, im Deutschen Verband für Feuerungstechnik gehalten, schritt England schon 1829 unter Anwendung trapezförmiger Kessel zum runden Querschnitt. Der höchste dieser Schornsteine war 133 Meter und wurde 1841/42 von Rankine u. Gordon bei Glasgow erbaut. In Frankreich begann der Schornsteinbau etwas später. Hier stammen die ersten wissenschaftlichen Grundlagen für die Berechung der Schornsteine aus dem Jahre 1826 von Peclet, Traite de la chaleur; sein Werk wurde 1830 ins Deutsche übersetzt. Im allgemeinen wurde hier der Schornstein wissenschaftlich behandelt, und es seien hier noch Montgolfier, Darcet, Clement, Girard, d'Aubuisson u. a. genannt. 1854 kam in Frankreich nach englischem Muster ein Gesetz heraus betr. „Rauchen der Schornsteine". In Amerika befaßte sich zuerst Benjamin Franklin mit der Theorie des Schornsteinzuges. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich in Amerika jedoch erst die praktische Ausbildung. Dort sind in der Neuzeit „Riesen" entstanden, von denen der nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt größte, eine Höhe von 195 Meter und einen Durchmesser von 25 Meter besitzt. Dieser Schornstein dient zum Betrieb eines Kupferwerkes in Anaconda. Ferner sei genannt der Schornstein in Great Falls mit 185 Meter Höhe und 15,8 Meter oberem lichten Durchmesser. Die ersten Fabrikschornsteine Deutschlands wurden gebaut 1820 im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, 1829 in Berlin für die Berliner Gasanstalt, zu welchem englische Schornsteinmaurer hinzugezogen wurden (wohl aus dem Grunde, da die Gasanstalt eine englische Gesellschaft war). Dieser Schornstein wurde von innen, also ohne äußere Gerüste errichtet. 1839 wurde in Hannover ein Schornstein, der heute noch in Betrieb ist, und einer 1842 in Schwerin, letzterer durch Baumeister Ruge, ausgeführt.

In neuerer Zeit tritt der Eisenbeton mit als Baustoff auf, anfangs ausschließlich in monolitischer Ausführung als Stampfbeton. Jedoch stehen in Deutschland nur wenige dieser Art. Der erste hieroon wurde etwa 1880/81 auf einer Zementfabrik bei Itzehoe errichtet. Der bedeutendste und höchste seiner Klasse ist wohl der im Jahre 1908 erbaute 60 Meter hohe Schornstein der Haag-Eerke in Bremen.

Zwei billige Riesengebirgsreisen.

Wie in den Vorjahren, beabsichtigt der Zentralverband der Angestellten auch für 1927 zwei billige achttägige Riesengebirgsreisen unter sachkundiger Führung zu veranstalten. Die erste Reise beginnt am Sonnabend, dem 11. Juni (Abfahrt aus Berlin um 11 Uhr abends), und endet am Sonnabend, dem 18. Juni 1927 (Ankunft in Berlin nachts 12 Uhr). Für die zweite Reise kommen die Tage vom Sonnabend, dem 13., bis einschließlich Sonnabend, den 20. August, in Frage. Die Teilnehmerkosten betragen für Verbandsmitglieder und deren Angehörige 60 Mark und umfassen: Fahrtkosten Berlin—Oberschreiberhau und zurück, erstklassige Verpflegung (erstes Frühstück und Mittagessen), Hotelübernachtung (kein Massenquartier), Besichtigungs- und sonstige Fahrtkosten. Anmeldungen, die eine Anzahlung von 10 M. bedingen, müssen für beide Reisen sofort im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Str. 7/10, am Schalter „Kasse" erfolgen. Dortselbst ist ein ausführlicher Reiseplan erhältlich; es wird auch gern jede weitere gewünschte Auskunft über die Wanderungen erteilt. Es sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für diese Wanderungen keine allzu große Teilnehmerzahl in Frage kommt, weshalb nur eine sofortige Anmeldung die Teilnahme gewährleistet.

Für die weltliche Schule!

Einmütige Kundgebung in Prenzlauer Berg.

Im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg ist in den letzten Monaten und Wochen ein besonders scharfer Kampf um die weltliche Schule ausgefochten worden. Das Ergebnis kennen die Leser des „Vorwärts": für den Bezirk konnten zwei weltliche Schulen eingerichtet werden, eine für Knaben und eine für Mädchen. Ueber den Streit, der noch um die Hergabe der Schulhäuser entbrannte, wurde in einer von der Freien Schulgemeinde Prenzlauer Berg einberufenen Versammlung abschließend berichtet. Der außerordentlich starke Besuch zeigte, wie lebhaft die Teilnahme der Bevölkerung an diesen Fragen ist.

Genosse Miethke, Vorsitzender der Freien Schulgemeinde, schilderte, wie in dem Streit um die Schulhäuser schließlich die Gegner der weltlichen Schule ihren Willen durchsetzten. Sie haben es dem Unterrichtsministerium zu danken, auf dessen Hilfe sie sich verließen. Die Schuldeputation hatte sich für Hergabe des Schulhauses Senefelderstraße ausgesprochen, das Provinzialschulkollegium gab den anfänglichen Widerstand auf und stimmte gleichfalls zu, aber der zur Demokratischen Partei gehörende Oberpräsident Dr. Maier arbeitete dagegen. Der Unterrichtsminister, dessen Entscheidung gefordert wurde, war verreist. So konnte in Vertretung für ihn der zur Zentrumspartei gehörende Ministerialdirektor Lammers im letzten Augenblick bestimmen, daß statt des Schulhauses Senefelderstraße das Schulhaus Danziger Straße herzugeben sei. Der Freien Schulgemeinde war es nicht mehr möglich, die Eltern von dieser Aenderung zu benachrichtigen, aber die Schuleröffnung in der Danziger Straße vollzog sich ohne Störungen. Lächerlich ist, daß am Eröffnungstage — Schupo zur Stelle war. Vermutlich hatten Gegner der weltlichen Schule sie auf die Beine gebracht. Miethke erklärte unter Zustimmung der Versammlung, daß die Freie Schulgemeinde sich zunächst mit den Tatsachen abfinden muß, aber den Kampf nicht aufgeben wird.

Dann sprach Oberstudiendirektor Genosse Dr. Karsen, Leiter der Neukölner Aufbauschule, in einem grundlegenden Vortrag über die Forderung, daß die weltliche Schule vom Kindergarten bis zur Hochschule einheitlich durchgeführt werden muß. Jede Schulfrage ist, sagte er, eine Frage der politischen Macht. Besser als bei uns weiß man das bei anderen Parteien, zum Beispiel sehr gut in der Zentrumspartei. Ein sozialistisches Kulturprogramm hat nur da Aussicht auf Verwirklichung, wo es uns gelingt, die politische Macht zu ergreifen. In Rußland hat das Proletariat die Macht dazu benutzt, der Verwirklichung des Schulideals näherzukommen. Wir haben in unserem Schulwesen immer noch ein Abbild der gesellschaftlichen Scheidung. Die höheren Schulen sind aufgebaut auf einer bürgerlichen Kultur. Aus dem Gedanken der Volksschule, den Pestalozzi prägte, sollen wir das gesamte Schulwesen einheitlich gestalten. Dabei müssen wir die Schule freimachen von der Kirche. Eine Schule, die irgendwie noch der Kirche gehört, kann nie die Schule des aufstrebenden Volkes sein. Unsere Aufgabe reicht über die höhere Schule hinaus. Auch das letzte Bollwerk des Besitzbürgertums, das sie in der Hochschule hat, muß erobert werden. Das Ziel ist eine weltliche Kultur, auf die alle Bildungseinrichtungen einheitlich hinarbeiten (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion teilte Stadtverordneter Genosse Kreuziger mit, daß die von ihm geleitete weltliche Schule sich einen Kindergarten angegliedert hat. Das müßten, forderte er, alle weltlichen Schulen tun. In dieser weltlichen Schule habe man auch erreicht, daß kein Kind schon nach dem vierten Schuljahr auf eine höhere Schule übergeht. Die Aufbauschule ermöglicht späteren Uebergang und dafür längeres Zusammenbleiben in der Volksschule. Zu dem Streit um die Schulhäuser für die weltlichen Schulen in Prenzlauer Berg nahm Bürgermeister Genosse Ostrowski das Wort. Unter allgemeiner Zustimmung bezeichnete er es als empörend, daß Gegner der weltlichen Schule erklärt haben, in der Senefelderstraße dürfe die weltliche Schule nicht Wand an Wand mit der dort stehenden Kirche hausen. Wenn sogar das Provinzialschulkollegium den Einspruch zurückgenommen habe, so sei das Beweis genug, wie begründet die Forderungen der weltlichen Schule und ihrer Freunde waren, Genosse Ostrowski erklärte, daß diese bittere Erfahrung eine neue Kampfstimmung entfachen werde. Das Ergebnis müsse sein, daß für Prenzlauer Berg baldigst noch mehr weltliche Schulen eingerichtet werden. (Stürmische Zustimmung.)

Für die Herbstjugendweihen

werden schon jetzt die Aufnahmen in folgenden Anmeldestellen unter Zahlung der Einschreibegebühr von 50 Pf. entgegengenommen:

Berlin: Großes Schauspielhaus: Jugendsekretariat, SW 68, Findenstr. 8, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 11, geöffnet von 9—5 Uhr, Mittwochs und Freitags von 5—7 Uhr, S. Kosebb, NW 21, Wilhelmshavener Str. 48 (Vorwärts-Sped.), P. Kroß, N 65, Utrechter Str. 21 (Restaurant), A. Hönisch, N 65, Müller-Ecke Utrechter Str. (Vorwärts-Sped.), W. Hoffmann, N 58, Lychener Str. 8 (Restaurant), H. Obst, N 54, Ackerstr. 174 (Vorwärts-Sped.), P. Dobroblaw, N 37, Swinemünder Str. 11 (Restaurant), R. Anderson, N 31, Stralsunder Str. 19, E. Gerth, N 113, Greifenhagener Straße 22 (Vorw.-Sped.), H. Fischer, N 20, Bahlenstr. 7 (Vorw.-Sped.), P. Döhl, NO 55, Immanuelkirchstr. 24 (Vorw.-Sped.), W. Güde, NO 18, Landsberger Allee 46 I, M. Wartmann, O 34, Königsberger Str. 37 (Photogeschäft), R. Melle, O 34, Petersburger Platz 4 (Vorw.-Sped.), L. Wittschuß, O 34, Petersburger Str. 5 (Restaurant), F. Arndt, O 27, Markusstraße 36 (Vorw.-Sped.), H. Petie, SO 36, Glogauer Str. 30, vorn IV, P. Böhm, SO 36, Lausitzer Platz 14/15 (Vorw.-Sped.), P. Uler, SO 26, Naunynstr. 9 (Restaurant), W. Gallas, Baumschulenweg, Schraderstraße 16, vorn III, K. Meckelburg, Treptow, Grazerstr. 50 (Vorw.-Sped.), Frau Klawitter, Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 7, R. Petrie, Schöneberg, Körnerstr. 70, Rathmann, Schöneberg, Belziger Str. 27 (Vorwärts-Sped.), G. Schmidt, Friedenau, Bachstr. 9, Frau Ungerer, Wilmersdorf, Hanauer Str. 43 (Siedlung), K. Schönwetter, Lichterfelde-West, Händelplatz 8, F. Hamburg, Steglitz, Schloßstraße 103, W. Skubig, Steglitz, Ringstr. 7, Gartenh. III, G. Felgentreu, Lankwitz, Charlottenstr. 84.

Charlottenburg: Schiller-Theater: Vorwärts-Spedition, Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1, part., Joachimie, Charlottenburg, Kaiserdamm 102 (Vorw.-Sped.), Schulz, Charlottenburg, Dronsenstr. 12, 1. Gartenh. III, Patenstat, Charlottenburg, Augsburger Str. 47, part., F. Schmidt, Charlottenburg, Rosinenstr. 4 (Laden), Deutscher Verkehrsbund, Charlottenburg, Bayreuther Str. 31.

Pankow: Lyzeum: Konsumverkaufsstellen in Pankow, Wollankstr. 102, Berliner Str. 47, Kissingenstraße, und bei Max Scharstedt, Pankow-Süd, Spielermannstr. 30, Konsumverkaufsstellen in Niederschönhausen, Kaiser-Wilhelm-Str. 79 und Kaiserweg 60.

Die Ausstellung für Erbkunde und Eugenik, über die wir in der Sonnabend-Morgennummer berichtet hatten, wurde am Sonnabend mittag vom Amtsgerichtsrat Dr. Schubart in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, Ministerialdirektors Dr. Krohne, mit einer Ansprache eröffnet, in der der Redner die Erschienenen, darunter auch Vertreter der Gewerkschaften, begrüßte. Die Ausstellung wurde bereits im vergangenen Jahr in der Gesolei in Düsseldorf gezeigt, wo sie die genannte Gesellschaft in Gemeinschaft mit dem Deutschen Hygienemuseum in Dresden aufgebaut hatte. Mit Eugenik, so fuhr der Redner fort, bezeichnet man die Hygiene der Erbanlage, wie sie in den Keimzellen, das heißt dem Ei und dem Samen vorhanden ist. In den Keimzellen ruhen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Geschlechter der Menschen und um ihre Gesundheit sorgt sich die Eugenik. Praktisch äußert sich das darin, daß alles versucht wird, um die Elternschaft gesund zu erhalten, weil nur das eine Gewähr für gesunde Nachkommenschaft bietet. Die Eheberatung und Heiratszeugnisse sind Hilfsmittel. Es muß auch dem Irrtum entgegengetreten werden, als ob die eugenischen Bestrebungen eine bestimmte Politik verdecken sollen. In Wahrheit muß Eugenik eine Angelegenheit des ganzen Volkes werden, denn sie bezweckt die Förderung wahrer Volkswohlfahrt. Dann erklärte Amtsgerichtsrat Schubart die Ausstellung für eröffnet.

Die geistige Verflachung durch das Konkordat. Genossin Frau Dr. Hildegard Wegscheider und Genosse Pfarrer Bleier sprechen am kommenden Dienstag, 26. April, abends pünktlich 7½ Uhr, in einer großen Kundgebung in der Mittelschule I, Berlin Steglitz, Sachsenwaldstr. (unweit der schwarzen Brücke), über das Thema: Die geistige Verflachung durch das Konkordat. Unkostenbeitrag 30 Pf., Arbeitslose frei.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Nächste Theatervorstellung am Sonntag, dem 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Theater der Volksbühne am Bülowplatz. Aufführung: „Traumspiel", ein Musterium von August Strindberg. Erste Besetzung: Agnes Straub, Alexander Granach usw., großes Orchester. Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Theaterzettel 1,20 M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben.

20 Explosionsopfer in Detroit.

Detroit, 23. April. (WTB.) In dem Hauptgebäude der **Briggs Manufacturing Co.,** in der hauptsächlich Automobilteile hergestellt werden, ereigneten sich heute, zu einer Zeit, als über 2000 Menschen in dem Gebäude arbeiteten, kurz hintereinander **in einem chemischen Laboratorium zwei Explosionen,** durch die eine Wand einstürzte und ein Brand ausbrach. Durch den starken Wind und die in dem Gebäude vorhandenen großen Farben- und Lackvorräte wurden die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Man nimmt an, daß etwa 20 Personen getötet und etwa 50 verletzt wurden.

Paris, 23. April. (WTB.) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten teilt mit, daß sich heute in den **Bergwerken von Cransac** (Departement Aveyron) ein **Schlagwetterunglück** ereignet hat. Acht Bergarbeiter (fünf Franzosen und drei Spanier) sind dabei ums Leben gekommen, zwei weitere schwer verletzt worden.

Schwedische Erleichterungen für deutsche Touristen. Die schwedische Eisenbahndirektion hat dem Verkehrsminister Maßnahmen zwecks Erleichterung des Paßzwanges für Reisende aus Deutschland vorgeschlagen, die Schweden auf höchstens drei Tage zu besuchen wünschen. Mit der Deutschen Reichsbahn ist bereits eine Vereinbarung betreffend Herabsetzung der Fahrpreise hin und zurück auf der Strecke Saßnitz—Trelleborg getroffen.

Tod einer Hundertundzweijährigen. Man schreibt uns aus Nordböhmen: Wohl die älteste Frau von Böhmen, die Bürgerin Sophie Zentner in der nordböhmischen Kohlenstadt Brüx, ist Ostern im Alter von 102 Jahren verstorben, nachdem sie bis zuletzt körperlich und geistig frisch gewesen war.

Großfeuer auf einem amerikanischen Truppenübungsplatz. Ein Großfeuer vernichtete Dreiviertel des bekannten Truppenübungsplatzes Camp Merritt in New Jersey.

Funkwinkel.

Der Titel des Vortrages „Wetterzeichen am geistigen Horizont" verheißt mehr als der Vortragende Dr. Freyhan erfüllt. Erstens ist es problematisch, das Drama als Gradmesser für den geistigen Thermometerstand einer Zeit zu erwähnen besonders in der Gegenwart, in der der Roman mehr als künstlerische Erfüllung Geltung hat. Außerdem übersieht Freyhan, daß der Expressionismus auch im Drama überwunden ist. Die Wandlung Kornfelds, Hasenclevers und Brechts kann als Beispiel hierfür gelten. Warum will Freyhan durchaus das geistige Leben der Gegenwart religiös fundieren? Heute gilt es mehr, Probleme wirtschaftlicher und politischer Natur zu lösen als sich in religiöse Betrachtungen zu versenken. Paul Westheim beginnt seine Vortragsreihe „Künstler und Publikum im Wandel der Zeiten". Von dem Herausgeber des Kunstblattes, dem Verfasser einer ausgezeichneten Lehmbruck und Kokoschka-Monographie erwartet man eigentlich mehr als eine Aufzählung bekannten anekdotischen Materials. Im Lustigen Wochenende spielt man einen witzigen Einakter von Arnold Lippschitz „Der Mann im Regen". Wenn auch nicht viel geschieht, so ist doch die Dialogführung sehr geschickt und unterhaltend. F. S.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Freie Turnerschaft Gr.-Berlin, Jugendgruppen
Jungsozialistische Vereinigung der SPD.

Sonnabend, den 30. April, abends 7 Uhr,
Spielplatz am Friedrichshain

KUNDGEBUNG

„Für Jugendschutz und Jugendrecht, für den Sozialismus gegen den Faschismus!"

Anschließend Fackelzug zur Weberwiese.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Sonnabend, dem 23. April.

1. Rennen. 1. Alarid (Schreier), 2. Countryside (Wuthe), 3. Balan (Klose). Toto: 23:10. Platz: 13, 18, 22:10. Ferner liefen: Wolkenschieber, Lakl, Duselkop, Flanda, Hazard.

2. Rennen. 1. Wetterhexe (Leutn. Biebig), 2. Mac Adam (Schnitzer), 3. Sommerflor (Leutn. v. Horn). Toto: 44 : 10. Platz: 18, 28, 24 : 10. Ferner liefen: Lauf, Dédé, Fabiola, Peredur, Ozema, Namen.

3. Rennen. 1. Waisenknabe (Kukulies), 2. Amaryllis (Ackermann), 3. Maskotte (Kränzlein). Toto: 57 : 10. Platz: 14, 14, 13 : 10. Ferner liefen: Enzian, Podargos, Oberjäger, Belisar.

4. Rennen. 1. Crédulité (v. d. Bottlenberg), 2. Falter (Lt. v. Horn), 3. Harma (Leutn. v. Göß). Toto: 81 : 10. Platz: 28, 47, 22 : 10. Ferner liefen: Flamberg, Niederwald, Gigerl, Friedchen, Mellarosa.

5. Rennen. 1. Sandhase (Schnitzer), 2. Totila (Rüschen), 3. Final (Moritz). Toto: 28 : 10. Platz: 17, 25 : 10. Ferner liefen: Fritz Fromm, Majoran.

6. Rennen. 1. Malepartus (Kohl), 2. Capua (Schreier), 3. Irkutsk (Moritz). Toto: 42 : 10. Platz: 22, 20, 25 : 10. Ferner liefen: Rosenkönig, Harzreise, Adolphus, Nana, Orplid, Per mala, Spiritist, Signot, Tuberose.

7. Rennen. 1. Favoritin (R. Torke), 2. Gunthrada (Zehmisch), 3. Milon (M. Dreißig). Toto: 33 : 10. Platz: 18, 21, 26 : 10. Ferner liefen: Greif an, Amoreite, Rakete, Creme de Menthe, Brünne, Edelweiß, Arsis, Alsterluft.

Wer in der glücklichen Lage ist, eine Wohnung zu erlangen und nun an die Beschaffung der Möbel denken muß, versäume nicht die bedeutend vergrößerte Möbelabteilung der Firma Wertheim, Leipziger Straße, zu besuchen. Im ganzen 3. Stock des gewaltigen Hauses, also über 300 Meter Frontlänge, sind von sachverständigen Händen 80 komplette Wohnräume errichtet, darunter solche eigens nach Künstlerentwürfen gefertigt, die vom einfachen Wohnzimmer bis zum eleganten Salon im Stil Louis XIV. und XV. die beste Anregung nicht nur zum Kauf der Möbel, sondern auch zur übrigen Innenausstattung der Zimmer geben. Neben diesen Räumen gibt es eine unerschöpfliche Auswahl allerhand Polster-, Einzel- und Kleinmöbel wie sie zur Ergänzung vorhandener Wohnräume ständig gebraucht werden, so daß auch hierin jeder Wunsch erfüllt werden kann. Nebenbei soll auch erwähnt werden, daß die Firma auf Wunsch bei Kauf von Möbeln Teilzahlungen gestattet.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Rosenthal
Gebrauchs- u. Luxus-Geschirr
Leipziger Str., 2. Stock

GLAS PORZELLAN STEINGUT

Glaswaren

Kompotteller gepreßt . . . . 8 Pf.
Butterdosen gepreßt . . . 25 Pf.
Vasen gepreßt, 21 cm . . . . 48 Pf.
Bierbecher Strahlen, gepreßt ¼ Liter 15 Pf.
Wasserbecher gepreßt . . . 12 Pf.

Schraubgläser ohne Deckel, ca. ¾ Pfund, 5 Stück 10 Pf.

Preßglasservice „Antigone"
Schalen rund . 25 Pf. bis 1.40
Schalen konisch 70 Pf. bis 1.10
Teller . . . 20 Pf. bis 1.35
Butterglocken . . . . . 1 M
Käseglocken 1.20
Jardinieren 1.55

Römer grüner Stiel 25 Pf.
Römer farbig geschliffen mit Stielschliff 95 Pf.
Römer farbig. Sonnenschliff 2.45
Sturzflaschen leicht geschliffen 45 Pf.

Kelchgarnitur Walter
geschliffen
Rheinweingläser . . . . 50 Pf.
Rotweingläser . . . . . 45 Pf.
Portweingläser . . . . . 40 Pf.
Likörgläser . . . . . 35 Pf.
Bierbecher . . . . . 30 Pf.

Bunt-Porzellan
Kaffeeservice 9 Teile, f. 6 Pers., bunt 3.75 4.75
Kaffeeservice 5 Teile, für 2 Personen, mit Goldhenkel 2.95
Kaffeeservice 16 Teile, für 12 Personen 5.95
Tafelservice 23 Teile, 6 Pers. bunt Zweige 19.75
Tafelservice 77 Teile, 12 Pers., bunt Zweige 68 M
Tassen bunt . . . . . 25 Pf.

Frühstücksservice versandfertig verpakt, 14 Teile . . 4.75

Obstschalen rund, 19 cm, Früchtedekor 55 Pf.
Töpfe Satz, 6 Teile 1.75
Schüsseln Satz, 7 Teile 1.95 2.75
Kuchenteller mit Henkel 45 Pf.
Tassen mit Goldrand . . . 35 Pf.

Weiß Porzellan mit Fehlern
Speiseteller flach 25 Pf. tief 35 Pf.
Dessertteller . . . . . 18 Pf.
Kartoffelnäpfe 1.95
Saucieren 1.35
Platten 85 Pf. bis 1.65 rund 75 Pf.
Salatschalen . . 20 Pf. bis 1.25
Speiseteller flach, massiv . . 32 Pf.
Dessertteller massiv . . 22 Pf.
Kaffeekannen . 85 Pf. bis 1.50
Milchtöpfe massiv 10 Pf. bis 65 Pf.
Tassen massiv . . . . . 32 Pf.

Vasen Schalen Kübel
einfarbig gelb, mit kleinen Fehlern
besonders preiswert

Rosenthal-Porzellan

„Valencia"
kleine schwarze Bordüre mit Goldrand (nur Leipziger Str.)
Speiseteller tief und flach . 1.15
Dessertteller . . . . . 80 Pf.
Kompotteller . . . . . 52 Pf.
Terrinen 11.75 15.50
Kartoffelschüsseln 6 M 7.75
Saucieren . . . . . 5 M 6 M
Salatieren 2.35 4.35
Platten . . . . . 2.40 bis 12.50
Kaffeekannen . 3.65 bis 4.60
Teekannen . . . . 3.65 bis 5 M
Milchtöpfe . . . . . 1.55 bis 2 M
Tassen 1.20

„Thomas"
Speiseteller tief und flach 85 Pf.
Dessertteller . . . . . 58 Pf.
Kompotteller . . . . . 40 Pf.
Terrinen 9.75
Kartoffelschüsseln . . . 4.95
Saucieren 4.45
Ovale Platten . . 1.55 bis 8.25
Runde Platten 3.25
Beilageschalen 1.05
Salatieren viereckig 1.50 2.75
Kompottschalen 33 Pf. 42 Pf.
Kuchenteller 1.30
Butterdosen 1.15

Steingut
Tafelgeschirr dek., 73 Teile, für 6 Personen 7.25
Schüsseln weiß von 8 Pf. an farbig von 15 Pf. an
Küchengarnituren 22 Teile (Delft und mit schwarzem Streifen) 7.75
Waschgarnituren 5 Teile, 32 cm, farb 2.95
elfenbein 36 cm 3.50 m. Goldrand 34 cm 4.95 an
Schüsseln Satz, 7 Teile 1.15
Waschschüsseln elfenb., 34 cm v. 95 Pf. an
Wasserkrüge farbig . . von 1.45 an

Steingut
Bauerndekor, Handmalerei
Fabrikat Villeroy & Boch
Speiseteller tief und flach 40 Pf.
Bratenplatten 75 Pf. bis 3 M
Salatschüsseln 95 Pf bis 1.85
Saucieren. 1.95 u. 2.25
Kaffeekannen 1.45 bis 2.75
Teekannen . . . 1.45 bis 4 M
Tassen . . . . . 45 Pf.
Zuckerdosen . . 80 Pf. bis 1.10

Ferner: **WIRTSCHAFTS-ARTIKEL**

EISENWAREN
BLECHWAREN
STAHLWAREN

Aluminium- und Emaillegeschirr mit kleinen Fehlern
darunter Kochtöpfe, Wasserkessel, Kaffeekannen, Waschschüsseln
besonders preiswert!

NICKELWAREN
HOLZWAREN
BORSTENWAREN

alle Damen kennen den Namen Gadiel

Wo?

wird jeder Sie bewundernd fragen, haben Sie Ihre neue Frühjahrs-Garderobe gekauft?

Bei Leopold Gadiel!

Warum?

Bei Leopold Gadiel erhält man immer das Modernste in größter Auswahl zu

billigsten Preisen.

Leopold Gadiel

Königstr. 22-26 1. Stock

Entzückendes
Komposé-Kostüm
aus reinwollenem Shetland. Die flott gearbeitete, ganz gefütterte uni Jacke ist am Unterkragen, den Manschetten sowie den seitlichen Knopfleisten interessant mit dem feinkarierten Stoff des Rockes geziert; in vielen modernen Farben **25.-**

Großes Lager sowie täglicher Eingang der neuesten Modeschöpfungen in auserlesen schönen
Modell-Mänteln -Kleidern und -Kostümen

Wundervolles Kasha-Kleid mit Weste.
Entzückende Jumperform, mit tief eingelegten Falten. Die Weste ist aus zum Kasha passenden, in feinen Tönungen, kleinkariertem Stoff, elegant gearbeitet, ganz mit Tresse eingespaspelt und verleiht der Trägerin ein apartes Aussehen. Unterstützt wird die effektvolle Wirkung dadurch, daß der Stoff der Weste in aparter Weise zur Garnitur des Kleides verwendet worden ist. Das tatsächlich hochelegante Kleid kostet in großer Auswahl mit Weste **39.-**

Der vornehme **Seidenmantel** aus prima Moiré, ganz auf eig. Futter gearb. m. großem Plisseekragen, Plisseemanschetten u. hoher Plisseebordüre kostet auch in den allergrößt. Frauenweit. nur **79.-**

Mäntel und Kostüme
aus schwarzem, blauem und farbigem Tipa, sowie aus Kasha, Shetland und Herrenstoff in einzig dastehender Auswahl, in nur durchweg vorzüglichen Qualitäten, auch in den allergrößten Frauenweiten vorrätig.
Die drei Hauptpreislagen sind:
49.- 59.- 69.-

Neue **Frühjahrs-Kleider** aus prima **Crepe de Chine** mit langen Aermeln in derbel. Jumperform. Rock ringsh. plissiert. Jumper wunderv. und reich best. ff. Verarb., gr. Farbenausw. nur **39.-**

Bleg. Crepe de Chine-Bluse
vorzügl. Qualit., offen u. geschl. zu tragen, m. Täschchen u. reich. Falten- und Perlmuttknopf-Schmuck, in allen feinen Pastelltönen, auch weiß nur **18.-**

Bastseidene Jumperbluse (reine Seide) ringsherum am Kragen und an den Manschetten reich in bulgarischer Art bestickt, mit Gürtel und Schnalle. Vorzügliche Verarbeitung, riesige Auswahl nur **15.-**

Für See, Gebirge, Sport und Wochenend stets gleich geeignet und beliebt ist das
Strickkostüm!!
Aus ganz vorzügl. Material (Wolle plattiert mit Kunstseide durchwirkt), in fesch. Form, Jumper offen und geschlossen zu tragen, m. Taschen etc. Rock a. Gummi, in vielen mod. Farben und Formen nur **25.-**

Einmaliges Sonderangebot
Original echt englischer Pullover
Vorzügliche mittelschwere reiswollene Qualität in selten schönen Dessins, für Herren und Damen, in riesiger Auswahl nur **9.-**

Elegant und praktisch ist der **Wettermantel Regenhaut**
aus reiner Seide (2× gölt). Für Güte der Qualität bürgt die Marke „Kobra" (Fabrikat Japel wetterfest gesetzlich geschützt), in allen modernen Farben und fescher, flotter Machart nur **39.-**

alle Damen kennen den Namen Gadiel

Die Maschinenindustrie der Welt.

Entwicklungslinien und Aussichten.

Für die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz sind über die bedeutendsten Industriezweige umfangreiche internationale Darstellungen vorbereitet worden. Von den deutschen Industrieverbänden sind die drei modernsten Industrien: der Maschinenbau, die Elektro- und die chemische Industrie bearbeitet worden. Besonders reichhaltig und wertvoll ist die Studie des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten „Die Maschinenindustrie der Welt", aus deren Inhalt die Hauptentwicklungslinien dieses Industriezweiges aufgezeigt sein mögen.

Verschiebungen seit der Vorkriegszeit.

Ueber den Umfang und die Gliederung der Weltmaschinenproduktion geben die nachstehenden Schätzungszahlen ein ungefähres Bild:

Weltmaschinenproduktion in Milliarden Mark

	1913		1925			
	Milliard. Mk.	= Proz.	absolute Zahl	Vorkriegswerte	= Proz.	Ausnützung d. Kapazität in Proz.
U. S. A.	6,8	50	12,7	8,5	57,5	75
Deutschland .	2,8	20,5	2,9	1,9	13	72
England . . .	1,6	12	3	2	13,5	87
übrig. Länder	2,3	17,5	3,4	2,3	16	80
Zusammen	13,5	100	22	14,7	100	i. D. 74

Der Gesamtwert der Weltmaschinenproduktion ist von 13,5 Milliarden auf 14,7 Milliarden, also annähernd um 9 Proz. gestiegen. Die drei Hauptproduktionsländer: Nordamerika, Deutschland und England decken, wie in der Vorkriegszeit, auch jetzt gemeinsam zirka sechs Siebentel des Weltbedarfs, jedoch steigerte Amerika seinen Anteil bei einem Produktionszuwachs von zirka 1,7 Milliarden von 50 Proz. auf 57,5 Proz., England weist eine Zunahme von 25 Proz. aus und hat die deutsche Produktion, die 1913 ein Fünftel, 1925 nur noch weniger als ein Siebentel der Weltproduktion inne hatte, bereits überflügelt. Die übrigen Länder halten sich im ganzen auf dem Vorkriegsniveau. Im einzelnen haben von europäischen Ländern Frankreich und die Schweiz steigende Produktionsziffern, in den außereuropäischen konnte Japan mit dem enormen Wachstum seiner Textilindustrie auch den Textilmaschinenbau stark entwickeln, Kanada seine Landmaschinenindustrie.

Die tatsächliche Produktion hat nicht annähernd mit der durch den übermäßigen Ausbau der Anlagen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren erfolgten Steigerung der Leistungsfähigkeit, die insgesamt auf 47 Proz. geschätzt wird, Schritt halten können. Während im Jahre 1913 die Anlagen fast voll ausgenutzt waren, waren sie 1925 im Durchschnitt nur zu 77 Proz. ihrer Kapazität beschäftigt. Am stärksten ist dieses Mißverhältnis in der deutschen Maschinenindustrie, deren Beschäftigungsziffer im Durchschnitt 1925 auf 72 Proz., Mitte 1926 sogar auf 50 Proz. sank.

Spezialisierung und internationale Arbeitsteilung.

In der Maschinenindustrie ist mit zunehmender Typisierung in den Einzelbetrieben ein Uebergang von der „Fabrik für allgemeinen Maschinenbau" zur Spezialfabrik erfolgt, die, unterstützt durch die nationalen und internationalen Normungsbestrebungen, auch bereits in einzelnen Zweigen zur Serienherstellung fortschreiten konnte. Wenn auch bestimmte Herstellungsgruppen der Maschinenindustrie, u. a. der Bau von Kraft- und Arbeitsmaschinen, mechanischen Fördermitteln, Schiffsmotoren usw., fast in allen industrialisierten Ländern vertreten sind, so haben sich doch beherrschende Länderindustrien entsprechend der stärkeren Aufnahmefähigkeit des einheimischen Binnenmarktes herausgebildet, so in den Vereinigten Staaten die Fabrikation von Traktoren und von Bureaumaschinen, in England von Maschinen für die Textilindustrie, in Deutschland von Werkzeug- und Landmaschinen, in Schweden von Apparaten für die Molkereiwirtschaft, in Belgien von Bergwerksmaschinen. Diese natürliche Tendenz zur internationalen Arbeitsteilung wird jedoch durch die unter dem Schutzzollsystem steigende, oft unzweckmäßige Eigenproduktion gehemmt.

Bezeichnend für diese Tendenz ist die Tatsache, daß bei steigender Gesamtproduktion der Weltmaschinenhandel durch den Rückgang der Austauschbeziehungen der industrialisierten Maschinenbauländer absolut um fast 10 Proz. unter dem Vorkriegsvolumen zurückbleibt. Der Export nach den sich erst industrialisierenden Rohstoffländern ist erheblich gestiegen. Es ist kaum zu befürchten, daß auch in diesen Ländern durch steigende Eigenproduktion der Maschinenexport verdrängt wird, da die Entstehung einer Maschinenindustrie auf gesunder Grundlage nur in einer bereits industriell hochentwickelten Volkswirtschaft mit ausreichender inländischer Eisen- und Stahlerzeugung, einem hochstehenden Facharbeiterstamm sowie eines durchgebildeten Technikerstabes möglich ist.

Die Hemmung der Zollmauern.

Am Rückgang des Weltmaschinenexports trägt natürlich auch die handelspolitische Unsicherheit und der europäische Zollprotektionismus starke Mitschuld. Für die deutsche Maschinenindustrie, deren früherer Hauptkunde, Rußland, 1913 zirka ein Fünftel der deutschen Maschinenausfuhr im Werte von zirka 740 Millionen Mark, 1926 jedoch von dem stark zurückgegangenen Export im Werte von zirka 630 Millionen Mark nur noch weniger als ein Zehntel aufnahm, bilden die schlechten handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich und der polnische Zollkrieg ein schweres Hindernis. Gerade im Maschinenbau zeigt sich die Sinnlosigkeit des europäischen Protektionismus am deutlichsten. Die Zollmauern verteuern die Produktionsmittel, verhindern die Ausbreitung der maschinellen Arbeit und damit die Gesamtindustrialisierung der Volkswirtschaft.

Die Arbeiterschaft der Weltmaschinenindustrie.

Es ist anerkennenswert, daß in der Denkschrift entsprechend dem vom Völkerbund aufgestellten Arbeitsplan auch die Arbeitsverhältnisse in der Maschinenindustrie Behandlung finden. Im Weltmaschinenbau waren 1925 insgesamt zirka 2 Millionen Arbeiter beschäftigt, in Deutschland hiervon Ende 1925: 500 000, Mitte 1926: 450 000. Wie stark die Rationalisierung auch in der Maschinenindustrie sich Bahn bricht und die Arbeitsleistung steigert, zeigt das Beispiel der amerikanischen Industrie, die 1925 mit einer gegenüber 1913 um 5 Proz. verringerten Belegschaft eine um 25 Proz. gestiegene Gesamtproduktion erreichen konnte. Der deutsche Maschinenbau beschäftigte Mitte 1926 zirka 300 000 Arbeitskräfte weniger als noch im Jahre 1922. Trotz dieser enormen Vermehrung der Arbeitslosen hat im Maschinenbau in den voll beschäftigten Betrieben die Mehrarbeit großen Umfang erreicht im scharfen Gegensatz zu England, in dem bei voller Entlohnung die Arbeitswoche auf 47 Stunden tariflich festgelegt ist. Auch in Deutschland dürfte sich die Arbeitsleistung, wie man aus der unverhältnismäßig starken Freisetzung von Arbeitskräften schließen kann, erheblich erhöht haben. Während aber in Amerika und in den anderen Ländern dem gesteigerten Arbeitseffekt auch eine Steigerung der Reallöhne entspricht, blieb der deutsche Reallohn, wie aus der folgenden Aufstellung ersichtlich wird, um 8 bis 14 Proz. hinter dem Vorkriegsniveau zurück, wenn man die Teuerung in Rechnung setzt.

Löhne in der Maschinenindustrie

	Facharbeiter Wochenverdienst 1913	1925	Steig. auf Proz.	ungel. Arbeiter Wochenverdienst 1913	1925	Steig. auf Proz.	Index-Steigerung 1913 = 100
U. S. A. . .	62,37	129,32	207	45,74	102,65	224	170
England . .	41,7	60,23*)	—	23,29	40,91	176	172,6
Schweiz . .	30,90	59,25	192	23,70	45,40	192	171
Deutschland	36,92	46,24	126	23,55	31,16	132	139,7

*) Zeitlohn für Eisenformer.

Diese Lohnpolitik der deutschen Maschinenindustrie steht im Widerspruch zu den eigenen Absatzinteressen der Industrie; denn der Maschinenbau als Produktionsmittelindustrie ist im letzten Grade, wie die Verbrauchsindustrien, an die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes für Konsumgüter gebunden. Der Maschinenbedarf hängt von den Absatz- und Produktionsmöglichkeiten für Konsumwaren, also im hohen Grade von der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung, ab.

Aufstieg der Lindcar-Produktion.

Umsatz fast verdoppelt. — Ein recht guter Abschluß.

Solange die Lindcargesellschaft in Privathänden war und Autos herstellte, war sie eine höchst unerfreuliche Sache. Sie mußte saniert, das Aktienkapital mußte auf 105 000 M., das ist fast die Hälfte des Goldkapitals, zusammengelegt werden. Seit ihre überwiegende Aktienmajorität in die Hand von Organen der organisierten Arbeiterschaft übergegangen ist, womit ihr auch ein großes Absatzgebiet zuwuchs, geht es in erfreulichster Weise aufwärts. Ein Beweis dafür sind Bilanz und Bericht für das vergangene Jahr 1926, das ausschließlich der Fahrradproduktion diente.

Der Umsatz hat sich gegen 1925 von 0,98 auf 1,80 Millionen erhöht, also fast verdoppelt. Der Fahrradabsatz stieg von 9500 auf 14 500 Stück; dabei wuchs die Belegschaft von 110 auf 145 Arbeiter und Angestellte. Wie der Geschäftsbericht sagt, war die Nachfrage nach Lindcar-Fahrrädern aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark. Die Preise waren, obwohl normal, durchaus günstig. Das neue Jahr hat ebenfalls gut eingesetzt, so daß der erwartete Umsatz den vorjährigen mindestens erreichen wird.

Die Betriebsrechnung zeugt für erfolgreiche Arbeit. Während der Rohertrag von 224 258 auf 368 768 M. stieg, sind die Generalunkosten gegen das Vorjahr von 316 469 auf 284 586

Mark zurückgegangen, was allerlei ist bei der für 1926 zu verzeichnenden Verdoppelung des Umsatzes. Dabei wurde höchst vorsichtig gerechnet; es wurden auch nicht unerhebliche stille Reserven gebildet, um die Kapitalgrundlagen des jüngsten Werks auszubauen und die Voraussetzungen für weitere Preissenkungen zu schaffen. Dazu gehört auch, daß trotz der verhältnismäßig niedrigen Bewertung der Fabrikanlagen noch 61 321 Mark, das ist fast ein Drittel, abgeschrieben wurden. Als Reingewinn, der den tatsächlichen Gewinn also nicht erschöpft, werden 22 862 M. ausgewiesen, aus dem 10 Proz. des Kapitals von 105 000 M. an die Aktienbesitzer weitergeleitet werden, das heißt also, der Arbeiterschaft auf anderen Wegen wieder zugute kommen. Auch die Bilanz sieht günstig aus. Die Forderungen sind von 218 599 auf 795 332 M. gestiegen, die Verpflichtungen dagegen von rund 400 000 auf nur 899 372 M., also in erheblich geringerem Ausmaß.

Diese Entwicklung zeugt für das Vertrauen, das die Lindcar-Fahrräder sich bereits erworben haben. Die Absatzpolitik, die bekanntlich günstige Ratenzahlungen vorsieht, ohne daß die Ratenzahlung verteuernd wirkt, ist auf dem Gedanken aufgebaut, daß der Arbeiter, Angestellte und Beamte wöchentlich nicht viel mehr zu zahlen hat, als er für die Benutzung der sonstigen Verkehrsmittel zu zahlen hätte. Er erhält sein „Produktionsinstrument", das ihm vor allem auch seine Mußezeit durch Zeitersparnis verlängert und auch in der Freizeit Freude macht, also recht billig. So ist zu erwarten, daß der beabsichtigte Ausbau der Vertriebsorganisation der Lindcarwerke die Vorteile dieser organisierten Selbsthilfe der Arbeiterschaft noch vielen Arbeitern, Angestellten und Beamten zuführen wird.

Keine Besserung des Arbeitsmarktes mehr.

Rückgang nur um 800 Personen in Berlin.

Am vorigen Sonntag hegten wir noch Zweifel, ob nicht die Osterfeiertage ein Anlaß zu der geringen Belebung des Berliner Arbeitsmarktes in der vorigen Woche waren, in der nur 2500 Personen aus dem Arbeitsmarkt herausgezogen wurden, gegen durchschnittlich 8000 bis 11 000 Personen in den fünf Wochen vorher. Die Zweifel sind jetzt in unerfreulicher Weise behoben: die Besserung ist sehr schnell zum Stillstand gekommen. In der Woche zum 23. April wurden nur 836 Arbeitskräfte neu angefordert, so daß die Erwerbslosigkeit in Berlin bei der hohen Ziffer von rund einer Viertelmillion stagniert. Sollte der Stillstand endgültig sein, so sind die Aussichten für eine Fortsetzung der Konjunkturbelebung schlecht. Der Höhepunkt der Frühjahrsnachfrage nach Arbeitskräften liegt natürlich gewöhnlich einige Wochen später. Oeffentlichkeit und Regierung müssen die Konsequenzen daraus sehr nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht werden. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 1. Mai!

Es waren 226 546 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 227 382 der Vorwoche. Darunter befanden sich 149 779 (150 037) männliche und 76 767 (77 345) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 83 399 (85 813) männliche und 34 531 (35 285) weibliche, insgesamt 117 930 (121 098) Personen. Außerdem wurden noch 35 735 (36 082) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 33 306 (32 832) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 6646 (7206) Personen beschäftigt.

Weiterer Rückgang des Güterverkehrs.

Der leichte Rückgang des Güterverkehrs, den wir für die vorletzte Berichtswoche der Reichsbahn feststellten, hat sich in der Woche zum 9. April verstärkt. Die arbeitstägliche Wagengestellung ist von 145 500 auf 143 000 zurückgegangen.

Tabellarische Uebersicht seit Januar. (In 1000 Stück)

Woche	wöchentlich 1927	wöchentlich 1926	durchschnittlich pro Arbeitstag 1927	durchschnittlich pro Arbeitstag 1926
2. 1.— 8. 1.	721,3	602,2	120,2	100,3
9. 1.—15. 1.	778,1	644,1	129,7	107,4
16. 1.—22. 1.	790,3	633,0	131,7	105,5
23. 1.—29. 1.	793,4	667,0	132,2	111,2
30. 1.— 5. 2.	795,8	668,4	132,6	111,4
6. 2.—12. 2.	802,9	669,8	133,8	111,6
13. 2.—19. 2.	815,0	672,1	135,8	112,0
20. 2.—26. 2.	825,0	683,4	137,5	113,9
27. 2.— 5. 3.	835,0	685,7	139,2	114,3
6. 3.—12. 3.	867,1	689,9	144,5	115,0
13. 3.—19. 3.	868,7	702,9	144,8	117,1
20. 3.—26. 3.	874,7	719,0	145,8	119,8
27. 3.— 2. 4.	873,0	594,0	145,5	118,8
3. 4.— 9. 4.	858,2	594,5	143,0	118,9

Der gute Kammgarn
Anzug-Stoff
in unerreichter Auswahl neuer Farbenmusterungen Mtr. 18.-16.-14.- 12 M
Koch & Seeland gegenüber Petrikirche
Gertraudtenstr. 20/21

Dieser Rückgang ist auffällig. Das Frühjahrsgeschäft hat seinen Höhepunkt gewöhnlich erst im Monat Mai. Die weitere Beobachtung der Güterverkehrskurve muß lehren, ob sich in dem jetzigen Rückgang der Güterwagengestellung schon ein tendenzieller Stillstand der Konjunkturbelebung ausdrückt. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt lassen es möglich erscheinen (siehe den Bericht vom Berliner Arbeitsmarkt).

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 20. April berechnete Großhandelsinderziffer des Statistischen Reichsamts war mit 134,7 gegenüber der Vorwoche (134,8) nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen haben die Agrarstoffe um 0,7 Proz. auf 134,9 nachgegeben, während die Kolonialwaren leicht auf 127,1 angezogen haben. Die Inderziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist bei anziehenden Preisen für Schrott, Kupfer, Häute und Leder um 0,2 Proz. auf 129,8 gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Inderziffer der industriellen Fertigwaren um 0,3 Proz. auf 143,3 erhöht.

Die Reichsbahn verdient weiter gut. Im Monat Februar hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft, obwohl weniger Arbeitstage in Frage kamen, noch mehr als im Januar eingenommen. Die Einnahmen stiegen auf 342,10 gegen 323,5 Millionen im Januar; davon kamen 235,74 Millionen aus dem Güterverkehr. Die Ausgaben für Betrieb und Unterhaltung betrugen 249,88 Millionen. Für die Erneuerung der Reichsbahnanlagen wurden 25,74, für allgemeine Rückstellungen 3,55 Millionen Mark verwandt, während der Dienst der Reparationsschuld 50,07 und der für feste Lasten 12,84 Millionen Mark erfordert. Der Personalbestand verminderte sich auf 652 617 gegen 656 384 Mann im Januar. Der Güterverkehr im März zeigt eine weitere Belebung, insbesondere durch vermehrte Transporte von Düngemitteln und Baustoffen. Der Kohlenverkehr ging arbeitstäglich um 5,6 Proz. zurück. Gegen Ende März flaute auch der Transport künstlicher Düngemittel ab. Jedenfalls ist die Entwicklung der Einnahmen im Februar und auch die Verkehrsentwicklung im März keine Stütze für die Behauptung der Reichsbahn, daß sie wegen der eingetretenen Lohnerhöhungen die geplanten Auftragsvergebungen einschränken müsse.

Ausdehnung des RWE. Die Sonderinteressen des Stahltrusts. Wie gemeldet wird, hat das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen nunmehr auch das Elektrizitätswerk Siegerland GmbH. in Siegen sich angegliedert. Bei einem Kapital von 7,5 Millionen Mark, über das die GmbH. verfügt, und einem Kaufpreis des Mehrfachen davon handelt es sich um eine sehr bedeutende Erweiterung des Interessenkreises und des Wirtsamkeitsgebietes des RWE. Da die Vereinigte Stahlwerke A.G. seit der Erwerbung der Charlottenhütte und der Siegerländer Anlagen der van der Zypen Gesellschaft, der wohl bald noch weitere Erwerbungen folgen werden, an einer billigen Stromlieferung für ihre Siegerländer Werke ein lebhaftes Interesse hat, dürfte die Ausdehnung des RWE. nicht ohne Einwirkung des Stahltrusts erfolgt sein, dessen Aufsichtsrat bekanntlich von Dr. Vögler präsidiert wird. Es ist bekannt, daß das RWE. unter dem Einfluß der Schwerindustrie dieser für den Strombezug auf Kosten der kleinen Konsumenten den Strom zu Vorzugspreisen liefert. Die Oeffentlichkeit wird daher der neuen Ausdehnung, die an sich erfreulich sein könnte, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden haben. Es ist schließlich nicht die Aufgabe eines zu drei Vierteln von Staats- und Kommunalverbänden beherrschten Unternehmens, unter Vernachlässigung der kleinen Verbraucher vornehmlich privatkapitalistischen Sonderinteressen zu dienen.

Scharfe Kartellierung der Deutschen Emaillierwerke. In dem „Verband deutscher Emaillierwerke" sind jetzt 95 Proz. der Gesamtproduktion der Deutschen Emaillierwerke neu organisiert worden; der Hinzutritt der übrigen Werke ist bald zu erwarten. Der Verband ist ein scharf organisiertes Kartell, dessen Produktionsquoten nach dem Umsatz errechnet und verteilt werden und das für Ueberverladungen Geldstrafen festsetzt. Die scharfen Bindungen des Kartells zeigen, daß die Konjunkturbelebung der Kartellbildung günstig ist. Um dem Verband in der Oeffentlichkeit eine freundlichere Aufnahme zu sichern, wird die Kartellgründung mit der Versicherung verzuckert, daß das Kartell der Rationalisierung und Spezialisierung (Standardtypen) insbesondere dienen soll. Diese Absicht ist natürlich ein leeres Versprechen, denn der Rationalisierung der Betriebe und dem Fortschritt der Technik hat noch kein Kartell gedient.

Die Leistungssteigerung im Ruhrbergbau. Aus dem Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen müssen einige markante Ziffern festgehalten werden. Während die Kohlenförderung in Rheinland-Westfalen im Dezembere v. J. um 2,29 Millionen Tonnen oder um 27,23 Proz. größer war als im Januar, hat die Belegschaft einen Zuwachs von 22 000 Mann und damit eine Steigerung von nur 5,76 Proz. erfahren. Den Schluß auf die gewaltige Leistungssteigerung der Ruhrbelegschaften kann die Oeffentlichkeit aus dieser Gegenüberstellung selber ziehen. Den Zechenherren können diese Ziffern nicht oft und nicht nachdrücklich genug vorgeführt werden.

Die Exportkredite für die Filmindustrie, die vom Reich verlangt worden sind, haben nach einer jetzt vorliegenden Information nur geringe Aussichten. Es wird gesagt, daß die Sanierung der Ufa das Interesse an einer Kredithilfe durch das Reich verringert zu haben scheint. Wäre das wahr, so hätte die Ufa-Sanierung auch dieses Gute gehabt.

Klöckner baut. Zum Klöckner-Konzern gehört auch die Hasper Eisen- und Stahlwerk A.G. in Haspe i. W. Die weitere sehr günstige Eisenkonjunktur erlaubt hier dem Klöckner-Konzern, zu dem das Werk gehört, eine erhebliche Ausdehnung des Betriebes. Es wird dort gegenwärtig ein neues Thomas-Stahlwerk gebaut, das in wenigen Wochen in Betrieb genommen werden soll. Die Leistungsfähigkeit des Gesamtwerks, das gegenwärtig mit etwa 3000 Mann arbeitet, wird durch den Ausbau um 50 Prozent erhöht werden.

Diskontermäßigung in England. Die Bank von England hat den Wechseldiskont von 5 auf 4½ Proz. ermäßigt. — Diese Meldung kommt ziemlich unerwartet, nachdem sie schon für Anfang dieses Jahres angekündigt war und ihr Ausbleiben damals in Deutschland eine große Enttäuschung hervorgerufen hatte. Die Besserung der englischen Wirtschaftslage dürfte durch die Diskontermäßigung eine erhebliche Förderung erfahren. Auch Schweden hat seinen Diskontsatz um ½ Proz. ermäßigt.

Die Preußische Zentralbodenkreditanstalt veröffentlicht im Anzeigenteil eine Ankündigung, wonach sie ihre sieben- und sechsprozentigen Goldpfandbriefe und Schuldverschreibungen zu Kursen von 102 und 98 Proz. bzw. 100½ und 97 Proz. anbietet. Die Papiere sind durch Goldmarkdarlehen gedeckt. Eine Kündigung erfolgt nicht vor Ende 1931.

Herabsetzung der Frachtstundungsgebühren. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Die Frachtstundungsgebühren für eintägige Frachtstundung werden mit Wirkung vom 1. Mai d. J. ab von 1 vom Tausend auf ½ vom Tausend der Tagesschuldbeträge herabgesetzt. Der Gebührenmindestbetrag wird auf 5 Reichspfennige festgesetzt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Anmeldungen für Zeltscheine unter Zahlung von 1 M. werden im Jugendsekretariat entgegengenommen.

Heute, Sonntag, 24. April:

Weißensee: Treffpunkt ½2 Uhr Antonplatz zur Demonstration nach Hohenschönhausen. Instrumente sind mitzubringen. — **Friedenau:** Spaziergang. Treffpunkt nachmittags ½3 Uhr Schillerplatz. — **Lankwitz:** Treffpunkt 3 Uhr Handwerkerhof zum Nachmittagsspaziergang. — **Baumschulenweg:** Spielen im Walde. Treffpunkt 2 Uhr Historische Ecke. — **Pankow:** Nachmittags 3 Uhr Spiel und Sport auf der Spielwiese im Volkspark. Musikinstrumente, Spielgeräte und Turnkleidung mitbringen. Ferner müssen alle Jugendgenossen der Abt. Buchholz, Niederschönhausen und Pankow zum Einüben der Volkstänze für die Maifeier erscheinen.

Werbebezirk Osten: Vormittags 9 Uhr Werbebezirksvorstandssitzung im Heim Litauer Str. 18. 9½ Uhr Werbebezirksfunktionärsitzung ebendort. Nachmittags 2¼ Uhr Treffen Landsberger Platz. Musikinstrumente und Sportgeräte mitbringen.

Werbebezirk Kreuzberg: Treffpunkt der Funktionäre 8 Uhr morgens am Rotdusser Tor zur Besichtigung des Großkraftwerks Rummelsburg. Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft Großmann im Jugendheim Lindenstr. 3. Abends 8 Uhr ebendort Heiterer Abend.

Werbebezirk Teltowkanal. Werbefeier der Gruppe Teltow abends 8 Uhr im Schwarzen Adler in Teltow (an der Kirche). Alle Abteilungen des Werbebezirks müssen geschlossen daran teilnehmen.

Werbebezirk Westen: Treffpunkt des Festausschusses zur Geländebesichtigung nachmittags 3 Uhr Gatowerbrücke an der Havel. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Morgen, Montag, abends 7½ Uhr:

Die Musikgruppe und der Gesangchor üben wieder am kommenden Montag im Jugendheim Lindenstr. 3. Beginn 7½ Uhr.

Prenzlauer Berg: Schulaula Eberswalder Str. 10. Kundgebung: „Kampf dem Faschismus." Beginn 8 Uhr.

Moabit 1: Schule Waldenserstr. 20. „Warum 1. Mai?" — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 38. Funktionärsitzung. — **Ostsaxer Viertel:** Jugendheim Gaßlerstr. 61. „Sternenkunde." — **Friedenau:** Jugendheim Offenbacher Str. 3. „Ein Gang durch die Literatur", 1. Teil. — **Westen:** Jugendheim Hauptstr. 15. „Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände unter besonderer Berücksichtigung der konfessionellen Verbände." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Grünstraße 18. Rezitationsabend. — **Britz:** Spaziergang. Instrumente mitbringen. Treffpunkt ½8 Uhr Riesestraße Ecke Stubenrauchring.

In der Morgenstunde

Shetland für Damenmäntel 140 cm breit . Meter 3.75
Strickloden 140 cm br., imbr. gute Qualit. Mtr. 2.50
Sommermäntelstoffe 130 cm breit . . . . . Meter 1.95
Covercoatstoffe 140 cm br. Meter 1.95
Stoffe 140 cm breit . . . Meter 1.50
Manchester gute Qualitäten, alle Farb. Meter 1.90
Kleiderstoffe 90 cm br., bedr. Größe . Meter 0.65
Waschsammete schöne Farb. Mtr. 1.80
Satin ca. 80 cm breit, viele Farben . . . . . Meter 0.85
Kunstseid. Damenhemdhosen viele Farben 1.40

Kunstf. Damenstrümpfe alle Farben . . . . . Paar 0.95
Herren-Oxfordhemden besonders haltbar 2.20
Damen-Hemdhosen rein gewirkt alle Modefarben . 0.95
Knaben-Sporthemden aus gestreiftem Zephir Gr. 50 1.10
Kinder-Sommersweater kleinste Größe 0.50
Herren-Unterhosen aus bestem Köper-Nessel . . . 1.75
Herren-Unterhosen maloafarbig, Größe 5 . . . . . 1.—
Herren-Socken bunt, Paar 0.30

Männer-Socken Landwolle sehr haltbar . . . . . Paar 0.40
Frottier-Handtücher weiß mit roter Kante 0.60
Tischdecken □ für Garten und Balkon 1.10
Wander-Decken grau u. braun m. weiß. Kante Stück 0.90
Kinder-Strickmäntel reine Wolle . . . . . Gr. 45 3.50
Pullover für Damen, m. lang. Aerm., schönste Must. 2.50
Strickjäckchen reine Wolle, weiß und weiß gestreift 3.-
Kinderwesten □ bunte Must. kleinste Gr. . 2.25
Tertens Wandertrikots, viele Farben 1.30
Weiße Lein.-Hosen Paradehosen 3.25

Knaben-Kleidung

Schulanzug f. größ. Knaben, Größe 7-9, aus kräftigen Stoffen . 19.50, 18.—, 16.50
Knaben-Lodenpelerinen imprägniert . . . . . von 6.— an
Knaben-Schulhosen Größe 7-17 von 3.— an
Pyjacks a. blauem Meltonschetwoll, f. 6-jährige 15.— 13.50 12.— 10.— 6.50
Ortg. Kieler-Anzug aus Scheibloll, mit kurzer oder langer Hose, je nach Qualität, für 6-jährige 24.— 21.— 17.50, 14.50 12.— 9.—
Sportanzüge Gr. 7/12 ganz gefüttert, geschmackv. verarb. 33.-, 30.-, 27.- 24.- 21.-
Knabenulster doppelreihig eingerend verschiedene Qualitäten . 21.— 18.—, 15.—, 12.—

Für Regentage

Herren-Gummimäntel Köper, Cowertoat, Honegal je nach Qualität u. Art 32.—, 24.—, 21.— 18.—, 13.50 10.—
Damen-Gummimäntel aus Köper, Cowertoat und and. Stoff., mod. gemust. je n. Qual. u. Art 30.-, 24.-, 22.- 24.-, 21.-, 17.50 14.50
Lodenmäntel für Damen und Herren imbr. 42.—, 33.-, 27.-, 24.-, 21.- 18.—
Windjacken impr. f. Damen 11.50, f. Herren 9.75, für Knaben 5.50
Knaben-Lodenmäntel aus imbrican. Reichloden von 13.50 an
Motorradfahr.-Anzüge aus imprägn. Zeltbahnstoffen . 27.-

Baer Sohn AG
Berlin N4 nur Chausseestr. 29-30 Untergrundbahn Stettiner Bahnhof

Der Papagei.

Von Jakob A. Belsen.

Als Papchen erwachte, fielen ihm die Geschehnisse von gestern sofort ein. Des gemütliche Dämmerstündchen auf der Schulter des Hausherrn, das durch den Hinzutritt alberner Besucher ein jähes Ende fand. Er entsann sich ihrer zudringlichen Annäherungsbestrebungen, die er entschieden zurückwies, und dann dieses abscheulichen Frauenzimmers, das durchaus nicht ablassen wollte und, als er auf die andere Schulter geflüchtet war, ihm immer mit ihrem Finger kam. Mit einiger Genugtuung gedachte er des allgemeinen Aufruhrs, der plötzlich losbrach, als er sich in den Finger dieser unverschämten Person festgebissen hatte. Doch was war diese Schadenfreude gegen die Schmach, die ihm unmittelbar danach widerfahren! Ohne den Sachverhalt auch nur flüchtig zu würdigen, steckte man ihn in den verhaßten braunen Kinderhut, so daß er weder Schnabel noch Krallen zur Abwehr benutzen konnte, und schwupps saß er im Bauer. Der Türverschluß schnappte ein. Man wandte sich von ihm ab.

Auf jegliche Auseinandersetzung hatte man schlankweg verzichtet und warf ihm noch vorsorglich ein schwarzes Tuch über die Behausung, um das Wehklagen seines empörten Herzens zu ersticken. Vor der Hand hielt er einen Hungerstreik für angebracht und streute den Inhalt seines Futternapfes voll Todesverachtung in den Sand. Merklich ermüdet, doch noch lange nicht gerächt, bestieg er den Stab, auf dem er sonst sein Mittagsschläfchen abzuhalten pflegte, und brütete Rache. Hier versagte sein Gedächtnis. Er war eingenickt.

Nun hatte er den ganzen Tag vor sich, und es würde ihm schon sicher etwas einfallen, wie er sich für den gestrigen Vorfall rächen könnte. Jetzt aber knurrte ihm der Magen. Sein Futter lag im Sande verstreut, und in der Dunkelheit würde er es kaum finden. Es galt also das Tuch vom Bauer zu entfernen. Er schob seinen krummen Schnabel zwischen die Drahtgitter, erwischte das Tuch, hackte sich fest ein und brachte es tatsächlich zuwege, das Tuch ein bißchen zu verschieben. Wer das aber eine saure Arbeit! Als er zum zehntenmal ansetzte, da geriet das Tuch urplötzlich ins Gleiten und riß ihn mit sich, so daß er noch gerade Zeit fand, sich loszuhaken. Strahlendes Licht umfing ihn. He, he, he! lachte er und ordnete sein Gefieder, das ihm bei dieser Arbeit etwas durcheinandergeraten war. Rasch stieg er in den Sand hinab und machte sich daran, die gestrige Abendmahlzeit nachzuholen. Inzwischen wurde es in der Stube laut. Der Hausherr kam ans Bauer und öffnete das Türchen. Gewöhnlich wartete Papchen mit Ungeduld auf diesen Augenblick, um voll Ungestüm aus dem Bauer zu stürmen und an seinem Herrn emporzuklettern. Heute hatte er nicht einmal aufgeblickt, sondern klapperte seelenruhig an einer Erdnuß. Erst eine ganz geraume Weile später begab er sich zum Türchen und machte sich am Verschluß zu schaffen. Sein Plan war folgender: Am Sperrhaken so lange herumzurütteln, bis er abbrach, und dann womöglich noch das Türchen aus den Angeln zu reißen, gleichsam als Protest gegen jene rohe Gewohnheit, ihn wegen jeder Kleinigkeit erbarmungslos einzukerkern. Indessen ging die Arbeit lange nicht so flott vonstatten, wie zuvor, als er das Tuch heruntergeworfen hatte. Aber auch Papchen zählte nicht zu jenen, die sogleich ihre Waffen strecken. Ganz in seine Arbeit vertieft, hatte er nicht bemerkt, daß sein Herr wieder ins Zimmer getreten war und bereits längere Zeit dem Treiben zusah. Plötzlich fühlte er sich gepackt, und ehe er an irgendwelche Gegenmaßnahmen denken konnte, saß er auf der Stange im Bauer, die verschlossene Tür vor der Nase. Er schaute um sich, niemand war in der Stube. Der Herr war ausgegangen.

Das geschieht dir schon recht! sagte er sich voller Ingrimm, nächstes Mal wirst du etwas Umschau halten. — Um seinen Aerger herunterzuspülen, nahm er einen Schluck Wasser und beschloß, seine Angriffe auf den Verschluß aus dem Bauer heraus fortzusetzen. Indessen wollte daraus nicht viel werden. Eine Weile erfreute er sich an dem Geklimper, welches durch rasches Herauf- und Herunterziehen des Sperrhakens zustande kam. Als er endlich über diesen neuentdeckten Zeitvertreib sichtlich erfreut vom Sperrhaken abließ, um an sein zweites Frühstück zu denken, da geschah das Wunder — die Tür ging von selbst auf! Vollkommen entgeistert starrte er sie an. Es verging eine geraume Zeit, ehe er sich entschloß, seinem Kerker zu entsteigen. Die Hilfe kam so unerwartet, daß er sich eines gewissen Mißtrauens nicht erwehren konnte. Er beschloß, später einmal über diese Dinge nachzudenken, jetzt aber wollte er das Glück genießen und seinen Racheplänen nachgehen. Doch wer die Wahl hat, hat auch die Qual. Sollte er einen Stuhl erklimmen, um die glitzernden Polsternägel herauszureißen? Ein monatelang gehegter Wunsch! Oder gar das Nähkörbchen durch seinen Besuch beehren? Das wäre auch nicht zu verachten. Da gab es aber auch die Radioanlage, mit den vielen blanken Dingerchen dran, denen er so manchen sehnsuchtsvollen Blick zugeworfen hatte. Oder sollte er mit dem braunen Kinderhut ein für allemal abrechnen? Die Welt lag ihm zu Füßen. Und doch zauderte er zuzupacken, weil ihn diese Fülle von Möglichkeiten verwirrte. Am Ende wäre doch die Radioanlage am ergiebigsten, sagte er sich nach geraumem Nachdenken und kletterte auf das Bauer, um sich von dort aus zum Schreibtisch hinüberzuschwingen. Er war ein guter Turner und scheute vor keiner noch so wahnwitzigen Kletterpartie zurück. Bald war auch der Schreibtisch erklommen, und es galt noch einen Weg zum Radioregal zu finden. So ganz im Vorbeigehen stülpte er den Aschbecher aus und warf eine Hornbrille zu Boden. Da lag noch so mancher Bleistift, der seines Schnabels harrte. Jedoch das Große im Auge, verschmähte er jede Ablenkung. Dies um so mehr, als er jetzt seine ganze Aufmerksamkeit dem Gipspferde zuwandte, das wohl die Vorsehung in die Nähe des Radioregals hingestellt hatte, um ihm zu den dort aufgespeicherten Herrlichkeiten zu verhelfen. Eins, zwei, drei war er auf dem Gaul und wetzte sich an seinem Rücken den Schnabel. Das war doch mal etwas anderes als diese mitzlosen Holzdinger, die bei der sanftesten Berührung sofort Späne abwarfen. Er konnte gar nicht mehr davon ablassen, so fein ging das. Der Radiokasten war vergessen. Bald war der Schnabel messerscharf und er kriegte wieder Lust zu knabbern. Auch dafür war hier reichlich Gelegenheit vorhanden. Der stolze Schweif sollte zuerst daran glauben. An seiner schwächsten Stelle hatte er beim letzten Umzuge einen Knacks davongetragen, und so fiel es auch Papchen nicht schwer, die Drahtsehne des Schweifes bloszulegen. Um das weitere Arbeiten sich zu erleichtern, bog er jetzt den Draht so um, daß der noch soeben gravitätisch herabwallende Schweif gleich einem Rauchschlote nach dem Himmel wies. Mit einem Eifer, als hinge sein Leben davon ab, brach Papchen immer größere Gipsstücke heraus. Bald war der ganze Draht entblößt. Nur an seinem Ende hing noch ein trauriges Klümpchen, nicht größer als eine Walnuß. Traurige Ueberreste vergangener Größe! Aber auch dieses Klümpchen wäre seinem Schicksal nicht entgangen, wenn nicht verdächtige Geräusche im Treppenhaus den Missetäter bewogen hätten, sich aus dem Staube zu machen und das im buchstäblichen Sinne. Denn sowohl Täter wie Tatort trugen die weißen Spuren der Verwüstung.

Der Weg nach dem Bauer zurück wurde fluchtartig zurückgelegt. Denn schon regte sich das schlechte Gewissen. Gewöhnlich mußte er solche Ausschreitungen mit längerer Haft büßen . . . . . Die Tür öffnete sich. Es war nur das kleine Schulmädchen. Das würde sich hüten, gegen ihn vorzugehen. Er brauchte es nur einmal anzubrüllen, um sich vor Uebergriffen zu schützen. Die Kleine verschwand im anderen Zimmer, ohne auch einen Blick auf den Schreibtisch zu werfen. Also Gott sei Dank ein Aufschub! Unser Missetäter plusterte sich den Staub vom Gefieder, stärkte sich durch einen kühlen Trunk und nahm sich vor, den Ereignissen gelassen entgegenzusehen. Bald war er auch eingenickt.

Ein ohrenbetäubendes Gelächter riß ihn aus dem Schlaf. Inmitten des Zimmers stand sein Herr, noch in Mantel und Hut und schien vor Lachen zu vergehen. Der Anblick des würdevoll dahintrabenden Rosses mit dem keck nach oben gedrehten Drahtschwänzchen und dem vereinsamten Gipsklümpchen an seiner Spitze hatte seinen Zorn zunächst entwaffnet. Als Papchen sah, daß das Gewitter so gnädig vorüberzuziehen schien, stimmte er ins Gelächter mit ein und wollte sich trotz wiederholter Verwarnungen immer noch nicht beruhigen. Es sollte aber noch besser kommen: das kleine Mädchen wurde hereingerufen und tüchtig ausgescholten, weil es eigenmächtig den Papageien herausgelassen hätte. Ihre Unschuldbeteuerungen blieben erfolglos. Das Geschrei wurde immer lauter, besonders als die Mutter hinzukam, die an dem Gipsroß mit dem Pudelschwanz sichtlich weniger Gefallen fand als der Hausherr. Die von der Kleinen geäußerte Vermutung, der Papagei könne ja von alleine herausgeklettert sein, wurde als „faule Ausrede" verworfen, und die vermeintliche Sünderin verließ heulend das Zimmer. Soviel Spaß auf einmal hatte der Papagei noch nie erlebt. Aus seiner Begeisterung heraus schmetterte er seinen ganzen Wortschatz herunter, lachte, hustete, trällerte und flatterte schließlich auf den Fußboden hinab. Er war der Held des Tages, eine gefeierte Persönlichkeit . . . Er war gerächt!

Tschiangkaischek.

Der Kommunist: „Großartig, dieser chinesische Freiheitsheld Tschiangkaischek! Ein Revolutionär ohne Fehl und Makel!"

Der fliegende Kommunist: „Tschiangkaischek, der Verräter! der Bluthund! Er wirft mich selbst hinaus!"

Ein Besuch im Zuchthaus Fuhlsbüttel.

Von Wilhelm Kindermann.

Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, in welcher Weise die von der Justiz ausgesprochenen Strafen an Verbrechern und Gesetzesübertretern vollzogen werden. Im Strafvollzug hat sich in den letzten Jahren eine völlige Umwandlung vollzogen. Immer mehr greift der Gedanke der Erziehung und Arbeit im Strafvollzug Platz; mehr und mehr verschwindet das Vergeltungsprinzip. Zu den Anstalten, die von jeher fortschrittlich eingestellt waren, gehören die Strafanstalten des hamburgischen Freistaates, die sich in der Hauptsache in Fuhlsbüttel befinden.

Der Strafvollzug in Hamburg vollzieht sich in insgesamt zwölf Anstalten. Es sind dies zwei Gefängnisse für Männer, ein Zuchthaus, ein Frauengefängnis, ein Arbeitshaus für Frauen und Mädchen, ein Jugendgefängnis auf der Elbinsel Hahnöfersand, das Untersuchungsgefängnis, das Festungsgefängnis in Cuxhaven und verschiedene Außenstellen, so zum Beispiel die Staatsdomäne Waltershof. Im ganzen befinden sich in diesen Anstalten zurzeit etwa 3000 Insassen. Im Jahre 1925 waren es 4500. Um die Verwaltung und Ueberwachung der Insassen zu gewährleisten, sind 849 Beamte, Arbeiter und Angestellte in Tätigkeit; es entfallen hiervon 604 Personen auf das Aufsichtspersonal. Die Gefängnisse und das Zuchthaus liegen jenseits der Bahn, die zum schönsten der deutschen Friedhöfe, zum Ohlsdorfer Friedhof, führt. Umgeben von reich mit Bäumen bepflanzten Straßen und versteckt hinter villenartigen Verwaltungs- und Beamtenhäusern lugen die Strafanstalten Fuhlsbüttel hervor, die genau denselben sonderbaren „Ruf" genießen wie Plötzensee bei Berlin, der Klingelpütz in Köln und andere Strafanstalten.

Während das eine Gefängnis, ein Barackengefängnis, im Jahre 1865 erbaut wurde und gegenwärtig etwa 500 Insassen aufweist, wurde die andere Anstalt im Jahre 1879 erbaut; sie hat 178 Zellen, 13 Arbeitssäle, 4 Wohnsäle und 6 Schlafsäle. In den Werkstätten dieser Anstalt finden die Insassen Verwendung. Sie arbeiten dort in ihrem Berufe, oder aber sie erlernen einen solchen. Vielfach macht sich auch infolge Untauglichkeit zu einem Berufe oder schlechter Konjunktur die Umschulung notwendig. Es sind mit Werkstätten vertreten Schneider, Tischler, Sattler, Musiker, Mechaniker, Schlosser und andere. Allgemein macht man die Feststellung, daß die Insassen gern arbeiten. Früher wurden sie mit allerlei zwecklosen und wenig produktiven Arbeiten beschäftigt. Heute aber tragen sie mit dazu bei, die Anstalt zu erhalten und fördern sich beruflich nach mancher Richtung hin. Tagsüber sind sämtliche Zellen leer. Alles befindet sich auf der Arbeit. Die Wohnsäle werden nur zur Einnahme des Essens benutzt. Die Einzelhaft in der früheren Form, die den Insassen tagtäglich nur in seiner Zelle sitzend kannte, ist völlig verschwunden. An ihre Stelle sind gemeinschaftliche Wohn- und Schlafsäle getreten.

Das Zuchthaus in Fuhlsbüttel ist ein im Jahre 1906 erbauter Strahlenbau, der von einer Stelle aus überwacht werden kann. Das Zuchthaus verfügt über 577 Zellen, davon waren bei meinem Besuch 429 besetzt. Es verbüßten 274 Personen Zuchthausstrafen von 1 bis 5 Jahren, 96 Personen solche von 5 bis 10 Jahren, 26 Personen solche von 10 bis 15 Jahren und 21 Personen solche von über 15 Jahren. Unter ihnen befanden sich 15 Personen, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden sind.

Im Zuchthaus befinden sich unter anderem die Buchdruckerei und die Setzerei, außerdem liefert die dort untergebrachte Bäckerei das Brot für sämtliche Anstalten. Nicht weniger als 4000 Brote werden täglich hergestellt und durch eigene Pferdegespanne und Kraftfahrzeuge verteilt.

Wie sieht ein Zuchthaus aus? Das Vergeltungsprinzip war früher im Strafvollzug maßgebend. Oft ereignete es sich, daß Insassen zum „Willkomm" und zum „Abschied" zahlreiche Schläge auf den entblößten Körper über sich ergehen lassen mußten. Dann wurden sie in die Zelle gesperrt wie Tiere. Daß mit einer solchen Methode, die zahlreiche Schikanen mit sich brachte, ein Zuchthäusler nicht „gebessert" werden konnte, versteht sich wohl von selbst.

Zuchthäuser wirken schon durch ihr Aeußeres nicht sympathisch. Hinzu kam früher, daß Zellen und Umgebung völlig kahl waren. Heute im modernen Strafvollzug will man den Menschen wieder zur Geltung kommen lassen. Man will ihn nicht weiter hinabstoßen, sondern emporheben. Der sonst so kahle Hof, in dem die täglichen Spaziergänge im Gänsemarsch gemacht werden mußten, gleicht heute einem Garten. Er ist mit schönen bunten Blumen und hier und da auch mit Gemüse bepflanzt. Die Gänsemärsche in der früheren Form haben ihr Ende gefunden; die Insassen haben eine Freistunde, die zum Spaziergang verwendet wird. Die früher völlig kahle Zelle kann sich der Insasse ausschmücken. Hier tritt schon der progressive Strafvollzug in Geltung. Dem Insassen werden nämlich nach und nach bei guter Führung Erleichterungen und Vergünstigungen gewährt, die ein unehrlicher und widerspenstiger Insasse nicht hat. So gibt es Vergünstigungen beim Briefeschreiben, bei der Ausschmückung des Zimmers, bei der Löhnung für getane Arbeit.

Die Bibliothek des Zuchthauses ist äußerst reichhaltig. Es sind für sämtliche Anstalten etwa 38 000 Bücher vorhanden, die äußerst rege benutzt werden. Wenig oder fast gar nicht wird religiöse Literatur verlangt. Der Insasse liest mit Eifer illustrierte Werke, Reiseerzählungen, Biographien und unsere Klassiker. Ein besonderes Merkmal für den Bildungshunger im Zuchthaus ist es, daß die Sprachkurse in Englisch und Spanisch so stark besucht sind, daß keine weiteren Schüler aufgenommen werden. Ganz besonders interessieren die hamburgischen Grundsätze zur geistigen und seelischen Hebung der Insassen. Aufgabe des Unterrichts ist es, die Gefangenen vor allem sittlich zu heben, sie geistig anzuregen und nach Möglichkeit Lücken in ihrem Wissen auszufüllen. Die Lehrer sind hinsichtlich der Methode des Unterrichts frei. Der Ausschluß eines Gefangenen vom Unterricht darf nur erfolgen, wenn er sich in diesem gegen die Anstaltsordnung gröblich vergangen hat. Der Unterricht wird in besonderen Schulräumen erteilt, die laut Anordnung mit Bildern und ähnlichem Schmuck auszustatten sind. Unter der Berücksichtigung der individuellen Begabung der einzelnen Gefangenen werden sie drei verschiedenen Klassen zugeteilt. Neben der fachlichen Fortbildung geht ein lebenskundlicher Unterricht einher, der ganz besonders den Gedanken der Erziehung des Gefangenen zu einem brauchbaren Staatsbürger in den Vordergrund stellt. Unter Verzicht auf Moralisieren soll der Unterricht der Lebenskunde danach streben, den Gefangenen zum Verständnis für Recht und Gesetz zu führen, die in ihm liegenden sittlichen Kräfte zu wecken und zu stärken. In besonderen Stunden werden Mitteilungen über wichtige Tagesereignisse gemacht.

Jetzt üben 16 Lehrer und ein Pfarrer ihre Tätigkeit aus. Früher gab es mehrere Pfarrer und dafür keine Lehrer. Außer Musikchören sind auch Gesangschöre gebildet, die mit Konzerten vor ihren Mitgefangenen aufwarten. Die Gefangenen besuchen die Konzerte sehr gern. Weniger gern gehen sie zur Kirche, und da der Kirchgang freigestellt ist, ist die Zahl der Kirchgänger oft sehr gering. Jede der Fuhlsbütteler Anstalten, auch das Zuchthaus, weisen schöne, von den Gefangenen in ihrer Freizeit angelegte Sportplätze auf.

Ein besonderes Kapitel bilden die Werkstätten, die gerade hinsichtlich der fachlichen Ausbildung und Umschulung Großes leisten. In der großen Setzerei und Druckerei mit modernen Maschinen befinden sich wohl im ganzen zwei Buchdrucker — alle anderen, es sind sehr viele, haben das Setzen und Drucken erlernt und üben ihren neuen Beruf mit der gleichen Geschicklichkeit aus wie im freien graphischen Betrieb. Schwierigster Tabellensatz und saubersten Druck zeugen davon, daß die Gefangenen ihren neuen Beruf ernst nehmen. Auch in den anderen Betrieben herrscht eine auffallende Arbeitsfreudigkeit. Bemerkenswert ist noch, daß die Unternehmerbetriebe aus dem Zuchthaus so gut wie verschwunden sind und daß alle Arbeiten entweder für die Strafanstalten oder den Staat geleistet werden.

Neue Wege im Strafvollzug schlug man bei der Errichtung des Jugendgefängnisses ein, das 1920 erbaut wurde. Es sind dort etwa 160 Minderjährige (18—21 Jahre) und 10 Jugendliche (14—18 Jahre) untergebracht. Das Jugendgefängnis befindet sich auf der Elbinsel Hahnöfersand, die 20 Kilometer unterhalb Hamburgs liegt. Die Insel hat einen Flächeninhalt von 250 Hektar, eine Länge von etwa 3,5 Kilometern und eine Breite von etwa 1 Kilometer. Das Gefängnis steht vollkommen frei und hat nicht die unsympathischen hohen Mauern.

Jetzt ist man dabei, Gefangenendörfer einzurichten. Südlich von Cuxhaven liegen die kleinen Fischerdörfer Arensch und Berensch. Sie werden mit Gefangenen besiedelt, die mit der Urbarmachung des Bodens betraut werden. Der kräftige Schlickboden soll dort vom Meere auf den Sandboden gebracht werden. Da sich die Gefangenen auch hier völlig frei bewegen, werden natürlich nur solche Leute beschäftigt, die nicht fluchtverdächtig erscheinen. Im übrigen war im letzten Jahre kein Ausbruch aus den Hamburger Anstalten zu verzeichnen.

Der Viehbestand setzt sich zusammen aus 74 Pferden, 6 Bullen, 14 Ochsen, 94 Kühen, 265 Schafen, 670 Schweinen und 320 Stück Federvieh. Der größte Teil befindet sich auf der Staatsdomäne, die 170 Hektar groß ist. Hier sind vorwiegend ältere und verheiratete Gefangene untergebracht, die die höchste Stufe des Progressivsystems erreicht haben und hier in ziemlicher Freiheit den Rest ihrer Strafzeit verbringen. Auf verschiedenen Außenkommandos wird noch Torfgewinnung und Landwirtschaft mit Viehzucht betrieben.

Der humanste Strafvollzug ist Verschwendung, wenn nicht eine planvolle Gefangenenfürsorge eingreift. Deshalb steht die Hamburger Justizverwaltung auf dem Standpunkt, daß jeder Gefangene so zu entlassen ist, daß unmittelbare Not ausgeschlossen ist. Die Gefangenenfürsorge setzt mit der Verhaftung ein. Verwahrung und Unterbringung von Kindern, Lösung von gesetzlichen Verpflichtungen, Beschaffung von Ausweisen und Papieren für die spätere Arbeitsbeschaffung sind ihre Aufgaben. Wird der Gefangene entlassen, dann wird er — wenn möglich — sofort in ein Arbeitsverhältnis gebracht. Solange er keine Arbeit hat, gehört er zu den Pflegebefohlenen der Gefangenenfürsorge. Ledige können Aufnahme in einem Heim finden, das völlig kostenlos Unterkunft und Verpflegung gewährt, bis Arbeit oder eine Verdienstmöglichkeit beschafft ist. Vielfach wird wahrgenommen, daß der Gefangenenfürsorge Schwierigkeiten bereitet werden. Viele Unternehmer weigern sich, ehemalige Gefangene zu beschäftigen. Oft findet man aber auch, daß die Arbeiter sich gegen die Einstellung ehemaliger Gefangener wehren. Mehr und mehr gelingt es aber, diese Vorurteile zu verdrängen.

Den Eindruck, den die Erziehungsarbeit der Hamburger Anstalten machen, ist überwältigend. Die Art und Weise, wie die Beschäftigung der Gefangenen, namentlich in der großen Anstalt III erfolgt, zeigt nicht nur die Meisterung einer großen Organisation, sondern auch soziales Verständnis und eine große Liebe zu jenen Menschen, die einmal strauchelten. Wer mithilft, die Gesellschaft zu bessern, verdient Unterstützung, Achtung und Anerkennung.

Der Mann, dem seine Frau weglief

(Nach Ueberlieferungen der Biber-Indianer, Westl. Kanada.)

Erzählt von Hans Rudolf Rieder.

Ein Mann hatte eine Frau, und sie lebten nicht gut zusammen. Das wurde noch schlimmer, als einmal eine Zeitlang die Jagd wenig abwarf. Der Winter war sehr kalt, geringer Schnee fiel, man konnte keine Spuren verfolgen, das größere Wild verzog sich in andere Gegenden. Wenn der Mann tagsüber weit im Walde umhergestreift war, mußte er froh sein, einen Hasen oder einen Biber heimzubringen. Die Frau knurrte, weil es so wenig war. Sie kochte oder briet das Fleisch. Beim Essen erhielt aber der Mann höchstens eine Schulter oder das Eingeweide. Alles übrige verzehrte die Frau.

„Was hat sie nur vor mit mir? Will sie mich verhungern lassen?" So dachte der Mann bei sich. Die langen Strecken, die große Kälte und der verharschte Schnee erschöpften ihn mehr und mehr, da er keinen Tag genügend Nahrung hatte, um bei Kräften zu bleiben. Die Frau dagegen saß nur immer in der warmen Hütte, sie hätte gar nicht soviel essen brauchen. Sie wurde trotz des schlimmen Winters noch dicker, als sie war; es schien sie auch nicht zu bekümmern, daß ihr Mann bis auf die Knochen abmagerte.

Eines Morgens stand die Frau wie gewöhnlich auf und machte Feuer, aber der Mann hatte Lust, noch ein wenig liegen zu bleiben. „Steh auf! Wirst du nicht bald aufstehen? Was soll aus mir werden, wenn du nicht aufstehst?" Der Mann drehte sich um, er antwortete gar nicht. Da ging die Frau hinaus und kam nicht wieder herein. Der Mann ruhte sich noch eine Weile aus, bis er sich frisch und kräftig fühlte. Dann aß er ein gutes Frühstück und machte den üblichen Rundgang zu seinen Fallen und Schlingen. Es wurde ihm heut viel weniger mühsam als sonst. Er fand eine Spur, die von der Hütte wegführte, und dachte: „Vielleicht ist meine Frau davongegangen." Ein Biber hatte sich gefangen. Er zerschnitt also selber das Tier, machte Feuer und briet es. An diesem Abend aß er sich gehörig satt.

So verbrachte der Mann den Rest des Winters allein. Als die Tage wärmer wurden und die Wege leichter zu gehen waren, dachte er: „Ich will doch einmal umgehen und sehen, was aus der Frau geworden ist." Er ging in der Richtung der alten Spur und kam an eine Hütte. Da fand er die Frau, sie lebte hier mit einem anderen Mann.

„Was willst du?" fragte der zweite Mann. „Ja, ich wollte nur einmal nach meiner Frau suchen. Nun hab ich sie gefunden." — „Es ist gut. Dann werden wir ringen?" Und er begann sogleich zu ringen.

Sie rangen eine Weile, nicht allzu lang; denn der erste Mann war der stärkere, er hatte bald den anderen geworfen. „Also nimm sie," sagte der Besiegte. „O nein," entgegnete der erste, „du hast sie haben wollen, nun behalte sie nur." Auf dem Heimweg hatte er Glück, er schoß eine Hirschkuh.

Der Kampf um das revolutionäre Theater

Der Kampf um das revolutionäre Theater in Rußland, der jetzt nicht nur in den Bühnenklubs und in der Fachpresse, sondern auch in den führenden politischen Tagesblättern mit wachsender Heftigkeit geführt wird, gewinnt dadurch, daß sich der Hauptangriff gegen den Charakter des Moskauer Künstlertheaters und den bekannten Stanislawski-Schüler, den Schauspielerregisseur Tschechow, richtet, ein allgemeineuropäisches Interesse. Manche der während dieser Debatte geäußerten Ansichten erinnern an Forderungen, die jüngst gelegentlich des Berliner Volksbühnenkonfliktes geltend gemacht wurden, und haben somit für deutsche Verhältnisse eine erhöhte Bedeutung. Die Sowjetpresse verlangt eine energische, unzweideutige Anwendung der Diktatur des Proletariats auf die bisher geduldete innere Verfassungsautonomie der Theater. Verschiedene Stimmen behaupten, die in den ersten Revolutionsjahren gemachten Ankäufe zu einem Sowjettheater hätten sich allmählich in blauen Dunst aufgelöst und es handele sich bei dieser erneuten Kraftanstrengung um eine „Rekonstruktion des proletarischen Theaters".

„Alle Theater der Sowjetunion — schreiben die Moskauer amtlichen „Iswestija" — haben im wesentlichen ihre vorrevolutionäre Physiognomie bewahrt. Ja noch mehr, sie befleißigen sich einer erweiterten Wiederherstellung des Alten." Vergleicht man die zielbewußt durchgeführte Sowjetisierung des Hochschulwesens mit der brachliegenden Theaterpolitik, so ergebe sich bei den Staatstheatern eine Situation, wie sie auf den Hochschulen entstanden wäre, wenn die Sowjetregierung die alte Professorenschaft am Ruder belassen hätte. Der Oktoberumsturz sei für die Theaterwelt eine sie nicht tangierende Angelegenheit geblieben. Es müsse Aufgabe der Gewerkschaften sein, hier vermittelnd einzugreifen und dafür Sorge zu tragen, daß die in und mit der Revolution herangewachsenen Theaterleute, wie z. B. die Mitglieder der ARM. (Assoziation junger Regisseure) von der alten Garde nicht als lästige Außenseiter verfemt und am Mitarbeiten verhindert werden, gleichwie es geglückt sei, den Werkstudenten gegenüber der bürgerlichen Studentenschaft zu ihrem Rechte zu verhelfen.

„Wenn das Sowjettheater sich in die Zitadelle einer reaktionären dekadenten „Sekte" verwandelt, wenn seine Darbietungen sich zu einer organisierten Propaganda des „Götzendienstes" in jederlei Gestalt auswachsen konnten, — dann wird uns vieles, sehr vieles klar," meint die „Shisn Iskusstwa". Der „Moledoj Leninez", eine Leningrader kommunistische Jugendzeitung, wirft dem Moskauer Künstlertheater, insbesondere aber der unter Leitung M. Tschechows stehenden Zweigbühne dieses Theaters, eine den Arbeiterinteressen offen feindselige Haltung vor.

Im Verlauf dieser Polemik erklingt auch erneut die Klage über den Mangel an ehrlichen, milieuechten proletarischen Repertoirestücken. Die zehnjährige Sowjetperiode habe nur einen einzigen, aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen, künstlerisch wertvollen Dramatiker (Bill-Belozerkowski) gezeitigt; den übrigen neuen Bühnenschriftstellern wie Glebow, Trenew, Romaschow, gelängen am besten ihre Intelligenztypen und allenfalls einige individualistisch gesehene Figuren revolutionärer Führer, während ihnen die Massenideologie ein Buch mit sieben Siegeln sei und ihre Arbeitermassen als Element der Bühnenhandlung einen erkünstelten „Hurrapatriotismus" zur Schau tragen, der am allerwenigsten geeignet sei, für die Idee der Revolution werbend zu wirken.

Vom Familienleben der Wedda. Das Waldvolk der Wedda in den Urwäldern Ostceylons, das zu den primitivsten Stämmen der Erde gehört, ist dem Aussterben nahe. Die Erforschung dieser scheuen Menschenrasse ist nun noch gleichsam in letzter Stunde von der deutschen Indienexpedition des Leipziger Forschungsinstituts für Völkerkunde vorgenommen worden. Die Expedition, die unter der Leitung des Münchener Anthropologen Eichstedt stand, ist jetzt zurückgekehrt, nachdem sie fast einen Monat lang unter den Wedda geweilt hat. Nach einem Bericht in der „Umschau" ist es den deutschen Forschern zum erstenmal gelungen, das Familienleben dieses Stammes kennenzulernen. Vorher war es niemandem geglückt, in ihren Hütten selbst zu leben, denn auch Fremde, die in ihre ungemein schwer auffindbaren Siedlungen gelangten, konnten mit ihnen nicht vertraut werden. Besonders versteckten sie immer ihre Frauen, auf die sie beispiellos eifersüchtig sind. Da sich unter den deutschen Reisenden eine Dame befand, so war es möglich, zu den Wedda in ein ganz familiäres Verhältnis zu treten, und es konnten sogar zahlreiche Körpermessungen an Frauen ausgeführt werden. Die Wedda haben noch bis vor kurzem ein halb nomadisches Leben geführt und wohnen jetzt in Rindenhütten, die von Schmutz starren und von Wanzen und Schwaben wimmeln. Daher sind ansteckende Krankheiten weit verbreitet, und schon die kleinsten Kinder leiden unter schwerer Malaria. Durch die Gewöhnung an die Kleidung und die überheizten Hütten ist das Entstehen von Krankheiten der Atmungsorgane sehr gefördert worden. Da es heute noch wenig mehr als 300 Waldwedda gibt, so ist mit ihrem Aussterben in allernächster Zeit zu rechnen. Ihre Reste gehen in der singhalesischen Bevölkerung auf, bei der sie als ehemalige Herren des Landes in einem gewissen Ansehen stehen. Die Expedition konnte sich in den menschenarmen Gegenden nur unter großen Mühen Nahrungsmittel beschaffen. Infolge ungeheurer Regengüsse waren die Urwaldströme hoch angeschwollen; die Träger fürchteten sich vor den Fluten wie auch vor wilden Elefanten und Bären, und manche Ströme konnten nur mit Lebensgefahr durchwatet werden. Trotzdem wurde die Forschungsreise ohne Unglücks- und auch ohne Krankheitsfall durchgeführt.

Waschtag morgen? Nur keine Sorgen
Waschen wird Spiel – durch Ozonil.

OZONIL

das selbsttätige Waschmittel
bringt nach viertelstündigem
Kochen einen verblüffenden
Reinigungs- und Bleicherfolg.
Ozonil ist besser
müheloser
schonender

ALLEINIGE HERSTELLER: FABRIKEN VON
Dr. THOMPSON'S SEIFENPULVER, DÜSSELDORF

Preußische **Central-Bodenkredit**-Akt.-Ges.

Wir sind z. Zt. Abgeber von unseren
an der Berliner Börse amtlich notierten

7% Central-Gold-Pfandbriefen
Gold-Kom.-Schuldverschreibungen

letzter Kurs **102%** bzw. **100,50%**

6% Central-Gold-Pfandbriefen
Gold-Kom.-Schuldverschreibungen

letzter Kurs **98%** bzw. **97%**

Unsere Kom.-Schuldverschreibungen sind in Preußen mündelsicher.

Kündigung der Anleihen bis Ende 1931 ausgeschlossen.
— Lieferung der Stücke kann sofort erfolgen. —

Sie sind erhältlich zum jeweiligen Börsenkurse sowohl bei uns selbst, wie auch bei den bekannten Zahlstellen und den übrigen Bankfirmen.

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft
Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49

Zuckerkranke
Fragen Sie Ihren Arzt üb. A. Siegers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügl. hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Waldorf B 37 (Hessen).

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer
Karl Simon
am 22. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 26. April, nachm. 12½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Nach langem Leiden verstarb am 22. April der Gastwirt und frühere Schleifer
Karl Simon
im 66. Lebensjahre. Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 26. April, nachmittags 12½ Uhr im Krematorium Gerichtstr., statt.
Berlin, den 23. April 1927.
Frau Anna Landt
Belle-Alliance-Straße 30.

Für die herzliche Anteilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen
Heinrich Fiebiger
danken wir allen. Insbesondere sprechen wir dem Verband für Feuerbestattung, der 12. Abteilung der SPD und dem Kreisverein Tiergarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unseren besten Dank aus.
Berlin NW, den 24. April 1927.
Klara Fiebiger und Söhne.

HAUS UND HAUSRAT GILDENHALL G. M. B. H.
MÖBEL HAUSRAT
in schlicht. Form u. gediegen. Ausführung
VERKAUFS-STELLEN: Berlin W, Königin-Augusta-Str. 21 an der Potsdamer Brücke; Berlin NO, Gr. Frankfurt. Str. 41-42; Charlottenburg, Bismarckstr. 85

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Am 21. d. M. verschied unerwartet
Herr Sanitätsrat Dr. Zielenziger
im 59. Lebensjahr.
Fast ein ganzes Menschenalter lang ist der Verstorbene bei unserer Kasse als Vertrauensarzt tätig gewesen. Er war nicht nur der Kasse ein guter Berater, sondern er war auch ein Arzt, der soziales Verständnis für die Nöte der Mitglieder hatte und der sein verantwortungsvolles Amt im Geiste der Nächstenliebe ausgeübt hat. Ueber das Grab hinaus folgt dem Verblichenen, der Freud und Leid mit der Kasse geteilt hat, unser Dank für seine verdienstvolle Mitarbeit. In tiefer Trauer stehen wir an seiner Bahre. Sein Andenken wird von uns in hohen Ehren gehalten werden.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin

Richard **Vogel**, Berlin, Friedrichstraße 43, und Potsdamer Straße 14. **Linoleum, Teppiche, Läuferstoffe, Schlafdecken.**

Anträge zum Parteitag in Kiel.

Zur Tagesordnung.

Breslau. Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Entwicklung des Imperialismus nach dem Kriege". Als Referent wird Genosse Dr. Paul Levi vorgeschlagen.

Leipzig. Als besonderer Tagesordnungspunkt ist zu setzen: „Die SPD. und die Reichswehr". Als Referenten werden die Genossen Levy und Gerhard Seger vorgeschlagen.

Flöha i. Sa. Punkt 3 der Tagesordnung: „Das Agrarprogramm" ist von der Tagesordnung abzusetzen und auf dem nächsten Parteitag zu behandeln.

Bericht des Parteivorstandes.

Leipzig. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, ein Kommunalprogramm auszuarbeiten und dem nächsten Parteitag vorzulegen.

Chemnitz. Der Reichsparteitag beschließt die Aufstellung eines sozialistischen Kommunalprogramms.

Stade. Das kommunale Sekretariat der Landtagsfraktion ist auszubauen und hat eine engere Verbindung mit den Bezirksverbänden resp. ihren Sekretariaten herzustellen.

Stade (Unterbezirk Unterelbe). In jedem Jahre, möglichst mit dem Reichsparteitag zusammenfallend, findet ein Preußentag der SPD. statt, an dem außer den Delegierten der Bezirksverbände eine Abordnung der preußischen Landtagsfraktion teilzunehmen hat. Auf diesem Preußentage hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten.

Königsberg i. Pr. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf Grund des § 4 des Organisationsstatuts einen Preußischen Landesparteitag zur Erledigung landespolitischer Fragen und zur Schaffung einer Landesorganisation, nach Art der früher erfolgreich tätig gewesenen, einzuberufen.

Unterbezirk Achim-Verden-Rotenburg-Zeven. Nach jedem Parteitag ist wie in der Vorkriegszeit ein Preußentag abzuhalten.

Weißstein in Schlesien. Um zur Arbeit der Landesparlamente und der Landtagsfraktionen Stellung zu nehmen, sollen in allen Freistaaten mindestens alle zwei Jahre Landesparteitage einberufen werden.

Hannover. Der Parteitag hält es für erforderlich, daß bei derartig folgenschweren Beschlüssen wie im Dezember 1926 — Sturz der Regierung Marx — vorerst die Meinung der Parteigenossen im Lande gehört wird.

Berlin. Der Parteivorstand ist verpflichtet, vor wichtigen Entscheidungen eine Stellungnahme der Gesamtorganisation herbeizuführen, durch rechtzeitige Information der Bezirksvorstände, die innerhalb einer vom Parteivorstand festzusetzenden Frist eine Entscheidung der Bezirke herbeiführen.

Hamburg. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, die Gründung einer lokalen Parteizeitung für Berlin in Aussicht zu nehmen und zu prüfen, wie der „Vorwärts" zum wirklichen Zentralorgan der Partei ausgestaltet werden kann.

Lüneburg. Künftig sollen nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder des Parteivorstandes Reichstags- oder Landtagsmandate übernehmen dürfen.

Ortsvereine der Elbgemeinden. 1. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur eine durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr die Republik sichern und damit die Lage der minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes erträglich machen kann,

2. in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur solche durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung, daß nur eine klare Bekundung des festen Willens der Republik zur Macht bis in den kleinsten Ort unseres Vaterlandes die begüterten, gewissenlosen, machtlüsternen, rastlos wühlenden Gegner in ihre Schranken zurückweisen und den Anhängern der Demokratie und Republik das wankende Vertrauen wiedergeben kann,

3. in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß die nötige Demokratisierung und Republikanisierung bis in den kleinsten Ort von den dafür verantwortlichen Republikanern nur durchgeführt werden kann, wenn ihnen ein ausreichendes Personalmaterial zur Verfügung gestellt wird, fordert der Parteitag den Parteivorstand auf:

I. Sofort durch Umfrage (Fragebogen) bei sämtlichen Ortsvereinen bzw. Distrikten und Vertrauensleuten festzustellen:

a) welche Beamten und öffentlichen Angestellten sich gegen die Republik betätigt haben (mit Angabe der Betätigung und Zeugen),

b) welche Personen zuverlässig republikanischer Gesinnung in ihrem Gesichtskreis als Ersatz für die auszumerzenden Reaktionäre vorgeschlagen werden können (mit Angabe von Zeugnissen),

c) welche Persönlichkeiten von zuverlässig republikanischer Gesinnung für die Besetzung öffentlicher Posten in ihrem Gesichtskreis in Frage kommen.

II. Das eingehende Personalmaterial durch die Bezirksvorstände sorgfältig prüfen zu lassen und den verantwortlichen Republikanern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und für die Durchführung dieser Vorschläge mit allen gesetzlichen Mitteln einzutreten.

III. Sofort mit dem ADGB., dem AfA-Bund, der GDB. sowie den anderen republikanischen Parteien und ihren befreundeten Gewerk- und Genossenschaften in Verbindung zu treten, um sie zu dem gleichen Vorgehen zuveranlassen.

Breslau. Die Versammlung erblickt in der Bildung des Rechtsblocks im Reich den Ausdruck der überall vor sich gehenden Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Sie fordert vom Parteivorstand den Kampf gegen den Bürgerblock nicht nur im Geiste der parlamentarischen Opposition, sondern des proletarischen Klassenkampfes, auch mit außerparlamentarischen Mitteln. Die Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Sozialdemokratie in diesem Reichstag ist unmöglich; bei grundstürzender Veränderung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtverhältnisse käme unsere Regierungsbeteiligung nur bei ausschlaggebendem Einfluß auf die Führung von Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Heerespolitik in Frage. Bei in Einzelstaaten bestehenden Koalitionen ist heute mehr denn je unsere programmatisch vorgezeichnete Haltung zu wahren.

Chemnitz. Die am 12. April in Chemnitz veranstaltete Mitgliederversammlung des 16. Unterbezirks der Sozialdemokratischen Partei erhebt den schärfsten Widerspruch dagegen, daß die Volksschule durch ein reaktionäres Reichsschulgesetz nach Konfessionen und Weltanschauungen zerschlagen, an die Kirche ausgeliefert und in geistiger und pädagogischer Hinsicht rückwärts entwickelt werden soll. Die Versammlung ruft die gesamte denkende Elternschaft auf, ihre Kinder vor dem drohenden Zugriff der Kirche zu bewahren und ihre Empörung über die maßlosen Machtgelüste der Kirche Ausdruck zu geben durch Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, Austritt aus der Kirche, Entscheidung bei den Elternratswahlen für die Liste der weltlichen Einheitsschule. Die Versammlung erwartet, daß die Sozialdemokratische Partei alle fortschrittlichen Kreise aufruft und zusammenfaßt zu schärfstem Kampfe innerhalb und außerhalb der Parlamente gegen einen reaktionären Reichsschulgesetzentwurf und Landes- oder Reichskonkordate, für die kirchenfreie, fortschrittliche, weltliche Einheitsschule des ganzen Volkes.

Zittau. Die am Freitag, dem 15. April 1927, im „Schwarzen Adler" in Zittau tagende Unterbezirkskonferenz der SPD. ist entrüstet über die kultur- und arbeiterfeindliche Politik der Kirche und ihrer kapitalistischen Hintermänner. Insbesondere erfüllen die im Gefolge des in Aussicht stehenden Reichskonkordats und Reichsschulgesetzes drohenden Gefahren alle Parteigenossen, Staatsbürger und Schulfreunde mit großer Sorge.

Der Zittauer Unterbezirk fordert daher alle maßgebenden Parteiinstanzen auf, eine entschlossene Agitation in der Kirchen- und Schulfrage zu betreiben und die Oeffentlichkeit auf die sich immer gefährlicher zuspitzende kulturpolitische Lage hinzuweisen.

Von jedem Parteigenossen, besonders von jedem Parteifunktionär aber wird erwartet, daß er sich über das wahre Gesicht der Kirche und ihres Gefolges ein klares Bild macht und daraus seine Folgerungen zieht.

Dresden. Zu allen Frauentagungen der Partei (Reichsfrauenkonferenz, Internationale Frauenkonferenz usw.) ist ein Delegationsmodus auf Grund der weiblichen Mitgliederzahlen der Bezirke Deutschlands festzusetzen, der eine gerechtere Grundlage der Vertretung der Frauen darstellt, als der bisherige Modus.

Dresden. Der Bezirksparteitag des Bezirksverbandes Ostsachsen fordert, daß die Reichsfrauenkonferenz vor dem Reichsparteitag stattfindet, damit wertvolle Anregungen bereits vom Parteitag berücksichtigt werden können.

Leipzig. Die Reichsfrauenkonferenz soll im Interesse der Gesamtorganisation zukünftig vor dem Parteitag stattfinden.

Chemnitz. Der Parteivorstand wird beauftragt, sein Versprechen, nach Beendigung der Inflation das Organ der Frauen „Die Gleichheit" wieder erscheinen zu lassen, möglichst bald einzulösen.

Um die Mitwirkung der im ganzen Lande organisierten Genossinnen an den die nationale und internationale Frauenbewegung betreffenden Fragen zu ermöglichen, wird ein Reichsfrauenausschuß geschaffen, der vierteljährlich mindestens einmal zusammentritt.

Der Parteivorstand wird beauftragt, regelmäßig besonderes Werbe- und Schulungsmaterial für die Frauen herauszugeben oder den Bezirken durch finanzielle Unterstützung eine solche Herausgabe zu ermöglichen.

Dresden. Zur Belebung der Frauenagitation im Reiche und der besseren Verbindung der Bezirksvertrauenspersonen untereinander beantragt der Bezirksparteitag des Bezirksverbandes Ostsachsen, einen Reichsfrauenarbeitsausschuß einzusetzen. Der Reichsfrauenarbeitsausschuß soll sich zusammensetzen aus den weiblichen Mitgliedern des Parteivorstandes und 13 weiblichen Vertrauenspersonen der Bezirke Deutschlands, darunter die jeweiligen Vertreterinnen im Parteiausschuß.

Nürnberg. Reichstagsabgeordnete können nicht gleichzeitig Landtagsabgeordnete sein.

Berlin. Der Parteitag empfiehlt der Organisation „Sozialdemokratischer Akademiker" sich aufzulösen.

Berlin. Der Bezirksparteitag des Bezirks Berlin verlangt vom Parteivorstand ein Einschreiten gegen die Genossen, die sich durch literarische Arbeit am Organ der alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens beteiligen.

Augsburg. Der Parteivorstand wird beauftragt, bei kommenden Wahlen Wahlplakate herauszugeben, die von den breiten Massen in Stadt und Land auch verstanden werden und deren Schrift leicht leserlich ist.

Breslau. Die Altersgrenze in der Arbeiterjugend ist auf 18 Jahre zu belassen. Die Erziehung der über 18 Jahre Alten fällt den Jungsozialisten zu.

Hamburg. Der Parteitag in Kiel beauftragt den Parteivorstand mit der baldigen Einrichtung einer Reichsparteischule in der Form eines Internats.

Hamburg. Der Parteivorstand möge monatliche Uebersichten über die wichtigsten politischen Ereignisse herausgeben.

Altenburg (S.-A.) Um die innige Verbindung der Parteimitgliedschaft mit den Parteivertretern in den gesetzgebenden und Parteikörperschaften immer verständlich und laufend zu erhalten, ist vom Parteivorstand über die Bezirksvorstände an die Gesamtmitgliedschaft mindestens vierteljährlich eine aufklärende Schrift ohne Bezahlung zu verteilen. Diese Schriften müssen zusammenfassend wichtige Fragen leicht verständlich behandeln, so daß sie auch an Nichtmitglieder weitergegeben werden können.

Berlin. Der Parteivorstand wird beauftragt, regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal kleine gemeinverständlich abgefaßte Broschüren für die Agitation herauszugeben. Jede zweite Broschüre soll der Frauenagitation besonders gewidmet sein.

Semd. Alle bestehenden Zeitschriften, die den Ortsvereinen empfohlen werden, und die sie für die Agitation dringend benötigen, sind den Funktionären (mindestens 5 Stück) kostenlos zu überweisen.

Semd. Reichs- und Landtagsabgeordnete müssen in der Agitation mehr an die Oeffentlichkeit treten und müssen in den Bezirken ausgetauscht werden.

Semd. In jedem Orte, wo eine starke Partei besteht, sind Genossen auf Kosten der Partei auszubilden in allen täglichen Rechtsfragen.

Semd. Sozialistische Pfarrer müssen mit Unterstützung anderer Genossen die Frauenbewegung fördern helfen, denn sie haben den größten Einfluß.

Hohen-Neuendorf. Der Parteivorstand wird ersucht, das einschlägige Material über die Justizschande von einem parteigenössischen Fachmann sammeln zu lassen und in Buchform herauszugeben, um es den breiten Massen des Volkes zugänglich zu machen und es den Parlamenten zu unterbreiten.

Meiningen. Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Förderung des Reichseinheitsstaatsgedankens eine großzügige Aufklärungspropaganda einzuleiten.

Hamburg. Der Parteitag in Kiel beschließt Richtlinien über die Zugehörigkeit der Parteimitglieder zu einer freien Gewerkschaft.

Berlin. Kandidaten für Reich, für Länder und Kommunen müssen freigewerkschaftlich organisiert sein.

Hanau. Im Hinblick auf die immer stärker werdende Konzentration des Kapitals betont der Parteitag erneut die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Erfassung aller Werktätigen. Für die Parteigenossen gilt mehr denn je die Verpflichtung, die Entwicklung der Gewerkschaften mit allen Kräften zu fördern. Die Mitgliedschaft von Parteigenossen in anderen als den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund und Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften ist mit den Grundsätzen der Partei unvereinbar.

Berlin. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welches als Lohn- oder Gehaltsempfänger arbeitet, muß einer freien Gewerkschaft angehören. Die Mitgliedschaft sowie jede Mitarbeit von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in Gewerkschaftsverbänden, welche nicht dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB.), der AfA oder dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Berlin, Kolberg und Nürnberg. Für jeden sozialistischen Beamten ist es eine Ehrenpflicht, einer freigewerkschaftlichen Beamtengewerkschaft anzugehören und seine Kraft in den Dienst dieser Gewerkschaft zu stellen. Die alte Forderung, daß jeder Funktionär freigewerkschaftlich organisiert sein müsse, muß wieder Geltung gewinnen. Den sozialistischen Beamten gegenüber eine Sonderstellung einzunehmen, ist unvereinbar mit den Ideen und Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Hamburg. Die am 17. März 1927 im Gewerkschaftshaus in Hamburg tagende Versammlung der sozialdemokratischen Beamten und Staatsangestellten beantragt beim diesjährigen Parteitag in Kiel, er möge beschließen, es jedem in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Beamten und Staatsangestellten zur moralischen Pflicht zu machen, sich nach Möglichkeit freigewerkschaftlich zu organisieren. Die Versammlung erachtet es im Prinzip als unvereinbar mit der sozialistischen Ueberzeugung, solchen Gewerkschaftsorganisationen anzugehören, deren Leitung hauptsächlich in reaktionären Händen liegt. Ferner werde es jedem Parteigenossen untersagt, in seiner Gewerkschaft oder seinem Gewerkschaftsorgan die freigewerkschaftlichen Beamtenorganisationen zu bekämpfen.

Chemnitz. Alle in der Partei organisierten Arbeiter, Angestellte und Beamten sind freigewerkschaftlich zu organisieren.

Dortmund. Der Parteitag bedauert, daß sich noch immer Parteigenossen, die ihrer Weltanschauung nach in die freie Beamtenschaft gehören, in anderen Beamtenverbänden befinden. Der Parteitag erwartet, daß diese Genossen endlich die Konsequenz aus ihrer Weltanschauung ziehen und sich den freien Beamtengewerkschaften anschließen.

Hindenburg (O.-S.) Als freigewerkschaftliche Beamtenorganisation der sozialistischen Beamtenschaft gilt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund.

Stettin. Es ist anzustreben, zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund dasselbe Verhältnis zu schaffen, wie es zwischen ADGB. und Partei besteht.

Breslau. Die Beamten haben sich wie die Arbeiter und Angestellten den zuständigen freien Gewerkschaften anzuschließen.

Für die Uebernahme von Parteiämtern gelten für Beamte die gleichen Grundsätze wie für Arbeiter und Angestellte.

Offenbach a. M. Der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei des Volksstaates Hessen schließt sich dem Antrag eines aus 20 Wahlkreisen zusammengeschlossenen Bezirksverbandes an, der besagt:

Für jeden sozialistischen Beamten ist es eine Ehrenpflicht, einer freigewerkschaftlichen Beamtengewerkschaft anzugehören und seine Kraft in den Dienst dieser Gewerkschaft zu stellen. Die alte Forderung, daß jeder Funktionär freigewerkschaftlich organisiert sein müsse, muß wieder Geltung gewinnen. Den sozialistischen Beamten gegenüber eine Sonderstellung einzunehmen, ist unvereinbar mit den Ideen und Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei.

Der Landesparteitag beschließt ferner als Zusatz:

Ganz unvereinbar mit den gewerkschaftlichen und sozialistischen Ideen ist es, wenn sozialistische Beamte Arbeiter, die ganz naturgemäß zu den freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gehören, diesen entziehen und Verbänden zuführen, die im scharfen Gegensatz zu den freigewerkschaftlichen Verbänden stehen.

Augsburg. Die Richtlinien des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, betreffs Verhältnis der Partei zu den Spitzenverbänden der Beamtenorganisationen, sind zurückzuziehen und in Gemeinschaft mit den in Betracht kommenden freien Angestellten- und Beamtenorganisationen ist eine für Partei und Gewerkschaften tragbare Grundlage zu schaffen.

Düsseldorf. Der Niederrheinische Bezirksparteitag erwartet als Auswirkung der Erklärung des Parteivorstandes zur Beamtenfrage vom Kieler Parteitag eine Entschließung, die jedem im Deutschen Beamtenbund organisierten Parteigenossen untersagt, in Wort und Schrift die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung zu bekämpfen.

Günzburg a. d. D. Der Parteitag erwartet von jedem parteigenössischen Beamten, daß er sich einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation anschließt und seine Kraft in den Dienst dieser Organisation stellt.

Hannover. Der Parteitag in Kiel 1927 gibt seiner Sympathie mit der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaftsbewegung Ausdruck und legt vor allem den parteigenössischen Angestellten und Beamten die Pflicht auf, unermüdlich für die Erkenntnis der Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung überhaupt zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.

Wenn auch die Partei keinen Zwang in der Frage der Betätigung im freigewerkschaftlichen Sinne auf die sozialdemokratischen Beamten ausüben kann, so muß aber doch gefordert werden, daß, wenn überhaupt Agitation von der Beamtenzentrale der Sozialdemokratischen Partei betrieben wird, diese nur im freigewerkschaftlichen Sinne aufgezogen werden kann.

Der Parteitag wird aufgefordert, zu prüfen, ob die Neutralitätswahrung gegenüber sämtlichen gewerkschaftlichen Beamtenspitzenorganisationen noch als tragbar anzusehen ist.

Königsberg i. Pr. Für jeden sozialistischen Beamten ist es eine Ehrenpflicht, einer freigewerkschaftlichen Beamtengewerkschaft anzugehören und seine Kraft in den Dienst dieser Gewerkschaft zu stellen. Die alte Forderung, daß jeder Funktionär freigewerkschaftlich organisiert sein müsse, muß wieder Geltung gewinnen. Den sozialistischen Beamten gegenüber eine Sonderstellung einzunehmen, ist unvereinbar mit den Ideen und Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei.

Braunschweig. Es wird den sozialdemokratischen Beamten zur Pflicht gemacht, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Die Beamten, die einen Funktionärposten in der Partei innehaben oder durch die Partei ein Mandat in irgendeiner Korporation besitzen, sind verpflichtet, sich umgehend freigewerkschaftlich zu organisieren.

Frankfurt a. M. Der Parteitag stellt fest, daß die Mitgliedschaft eines parteigenössischen Beamten im Deutschen Beamtenbund, der nicht nur keine freigewerkschaftliche Organisation darstellt, sondern auch seine Instanzen ohne Einspruch eine bewußt parteifeindliche Haltung einnehmen ließ, nicht vereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nachdem sich die Partei grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Parteigenossen einer freien Gewerkschaft angehören sollen, kann für die Beamten eine Ausnahme von diesem Grundsatz nicht zugelassen werden.

Oppeln. Kein Beamter, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, darf einer Organisation angehören, die nicht auf freigewerkschaftlichem Boden steht.

Würzburg. Für jeden sozialistischen Beamten ist es eine Ehrenpflicht, einer freigewerkschaftlichen Beamtengewerkschaft anzugehören und seine Kraft in den Dienst dieser Gewerkschaft zu stellen. Die alte Forderung, daß jeder Funktionär freigewerkschaftlich organisiert sein müsse, muß wieder Geltung gewinnen. Den sozialistischen Beamten gegenüber eine Sonderstellung einzunehmen, ist unvereinbar mit den Zielen der Sozialdemokratischen Partei.

München. Die Zugehörigkeit von Parteigenossen zu gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht zu den als freie Gewerkschaften erkannten Verbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten gehören, sowie jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen ist mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie unvereinbar.

Als freie Gewerkschaften kommen ausschließlich nur die dem ADGB., dem ADB. und dem AfA-Bund angeschlossenen Organisationen in Betracht.

Singen a. H. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, wird es zur Pflicht gemacht, sich einer freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Hamburg. Der Parteitag beschließt, daß es den organisierten Genossen zur moralischen Pflicht gemacht wird, sich in der Genossenschaftsbewegung zu betätigen.

Leipzig. Entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen und in Uebereinstimmung mit dem Betriebsrätegesetz, Vertreter der Arbeiterschaft in korporativen Betriebsleitungen, Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen sowie in Leitungen von Fürsorgeeinrichtungen mitwirken zu lassen, hat der Parteivorstand seinen Einfluß geltend zu machen, daß den Personalen der Parteidruckereien

1. die Möglichkeit gegeben wird, in der Dachgesellschaft der Parteibetriebe, der Konzentration A.-G., Sitz Berlin, durch ihre Vertretung Wünsche und Beschwerden vorzubringen, soweit diese die Allgemeinheit der Beschäftigten betreffen;

2. eine Vertretung in der Verwaltung der Fürsorgekasse gewährt wird;

3. in den einzelnen Parteibetrieben, soweit sie Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften m. b. H. oder Aktiengesellschaften sind, im Verwaltungsorgan (Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung usw.) eine Vertretung gewährt wird.

Altenburg, Emden, Erfurt, Freiburg i. B., Hindenburg (Oberschlesien), Königsberg i. Pr., Plauen und **Würzburg** stellen folgenden völlig gleichlautenden Antrag:

1. Den Personalen der Parteidruckereien ist die Möglichkeit zu geben, in der Dachgesellschaft der Parteibetriebe, der Konzentration A.-G., Sitz Berlin, durch ihre Vertretung Wünsche und Beschwerden vorzubringen, soweit diese die Allgemeinheit der Beschäftigten betreffen. (Siehe hierzu den Aufruf der Gewerkschaften in Nr. 73/36 des „Vorwärts" vom 12. Februar 1927.)

2. Den Personalen ist eine Vertretung in der Verwaltung der Fürsorgekasse zu gewähren.

3. In den einzelnen Parteibetrieben, soweit sie Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften m. b. H. oder Aktiengesellschaften sind, ist den Personalen im Verwaltungsorgan (Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung usw.) eine Vertretung zu gewähren.

Rheinbahlen. Der Abschnitt „Internationale Politik" im Aktionsprogramm der Partei erhält folgende Einleitung: Die Partei steht grundsätzlich auf dem Boden des Pazifismus. Jede Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen der kapitalistischen Klasse ist den Mitgliedern verboten.

Breslau. Der Parteitag wolle in eine Nachprüfung eintreten, warum diejenigen Genossen, die sich auf die Kundgebung der zum Kongreß der Werktätigen haben delegieren lassen, aus der Partei ausgeschlossen worden sind, während Genosse Gustav Bauer nicht aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

Ortsvereine der Eibgemeinden. Angesichts der stetig rasch zunehmenden Ausbreitung der Weltbillfssprache Esperanto, bewiesen durch eine ausgedehnte Esperantoliteratur, Zeitschriften, 1 500 000 Esperantisten in allen Ländern, Verwendung beim Internationalen Arbeitsamt, bei der pädagogischen Konferenz des Völkerbundes und bei vielen Handelskammern, wird der Parteivorstand beauftragt:

1. Zur Anstellung eines esperantokundigen Genossen beim Zentralvorstand,

2. zur Einladung an alle sozialistischen Parteien der Welt zur Korrespondenz in Esperanto,

3. zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes in Esperanto an alle sozialistischen Parteien und die gesamte Arbeiterpresse der Welt zwecks Aufklärung über die Politik der Sozialdemokratie und die deutschen Verhältnisse im allgemeinen,

4. die Internationale durch Antrag zu gleichen Maßnahmen zu veranlassen,

5. die Genossen in der Schulpolitik zu veranlassen, für eine Einführung von Esperanto als ordentliches Unterrichtsfach (unter Fortfall einer Pflichtfremdsprache bei den höheren Schulen) einzutreten,

6. die befreundeten Organisationen aufzufordern, in gleicher Richtung zu arbeiten.

Zum Organisationsstatut.

Düsseldorf. Das Reichsorganisationsstatut der Partei wird dahingehend geändert, daß das Eintrittsgeld auf 50 Pf. festgesetzt wird.

Zwickau. Der Reichsparteitag wolle beschließen: Im § 7 des Reichsstatuts das Eintrittsgeld von vier Wochenbeiträgen auf zwei Wochenbeiträge herabzusetzen.

Kassel. Das Eintrittsgeld für das ganze Reich ist einheitlich festzusetzen und zwar für männliche Mitglieder auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf.

Jena. Der Parteitag beschließt die Staffelung der Parteibeiträge nach dem Einkommen.

München. Baldigst, spätestens aber bis zum Beginn des nächsten Geschäftsjahres, sollen statt 52 Wochenbeiträgen à 15 Pf. 12 Monatsbeiträgen à 65 Pf., die den gleichen Jahresbeitrag ergeben, und dementsprechende Beitragsmarken eingeführt werden.

Hambühren (Bez. Hannover). Der Wochenbeitrag von 20 Pf. ist auf 15 Pf. zu reduzieren.

Füssen a. L. Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 10 Pf. wöchentlich, der für weibliche Mitglieder 5 Pf.

Offenbach a. M. An Stelle der internationalen Beitragsmarke wird von allen Mitgliedern in sämtlichen Bezirken vierteljährlich ein Kulturbeitrag in der Höhe des Beitrags für männliche Mitglieder erhoben. 50 Prozent des Beitrags verbleiben den Ortsvereinen, die restlichen 50 Prozent gehen an die Bezirke. Der Kulturbeitrag darf nur für Bildungszwecke und die Arbeiterwohlfahrt Verwendung finden.

Der Beitrag an die sozialistische Internationale wird wie früher von der Parteikasse bestritten.

Hildesheim. Der Beschluß des Heidelberger Parteitages, betreffs Erhebung des Beitrages zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ist aufzuheben und auf die Parteikasse zu übernehmen.

Ruppin. Der Parteitag möge in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer von jeglichen Beitragserhöhungen Abstand nehmen.

Braunschweig. Der Bezirksparteitag wünscht eine allgemeine Herabsetzung der Parteibeiträge.

Pegnitz. Den Ortsvereinen verbleiben wie früher 30 Prozent der einkassierten Beträge.

Semd. Alle Mitgliedsbücher der Partei sind jedes Jahr von der Partei zu prüfen.

Remscheid-Lennep. Das Organisationsstatut unter § 10 Abs. 1 wird dahingehend abgeändert, daß auf dem Reichsparteitag nur gewählte Delegierte Stimmrecht haben.

Leipzig. Im § 10 des Parteistatuts den letzten Absatz streichen und dafür zu setzen: „Stimmrecht haben nur die in den Bezirken gewählten Delegierten."

Wittenberge. Die Wahlen der Delegierten zum Bezirks- und Reichsparteitag finden durch Urwahl statt.

Altenburg (S.-A.). Die Delegierten zu den deutschen Parteitagen und internationalen Kongressen sind durch Urwahlen zu wählen.

Freiberg i. Sa. Das Delegationsrecht gemäß der Zahl der Delegierten richtet sich nach der Zahl der Mitglieder, sowohl der beitragspflichtigen als auch der beitragsfreien.

Semd. Die Sterbekasse der Partei ist in allen Bezirken zu verbieten.

Freiberg i. Sa. In den Abrechnungsbogen sind Rubriken für erwerbslose und invalide Mitglieder einzuführen.

Leipzig. Der Beschluß vom Parteitag zu Heidelberg betr. die Abführung der Umsatzsteuer durch die Parteigeschäfte an den Parteivorstand, ist aufzuheben, da er dazu angetan ist, die wirtschaftliche Stabilität der Parteiunternehmungen zu untergraben.

Freiberg. Nach dem jetzigen Delegationsrecht werden die Bezirke mit starker Erwerbslosigkeit bestraft. Aber auch alte, invalide Mitglieder dürfen doch nicht zum Ballast bei Stimmberechtigung gestempelt werden. Für die Partei muß der Ueberblick geschaffen werden, wieviel invalide und arbeitslose Mitglieder sie in ihren Reihen birgt.

Parteivorstand. In § 20 Abs. 2 des Organisationsstatuts ist der vorletzte Satz zu streichen und an dessen Stelle einzufügen:

Namen und Adressen der Beisitzer sind dem Parteivorstande innerhalb vier Wochen schriftlich zu bezeichnen. Kommt der Beschuldigte dieser Vorschrift nicht nach, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes.

Unterläßt es die antragstellende Organisation, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt der Beschluß des Bezirksvorstandes und das Ausschlußverfahren als aufgehoben.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Aachen. Die Reichstagsfraktion möge unter den heutigen Verhältnissen den Reichswehretat ablehnen.

Ortsvereine der Elbgemeinden. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, den Reichswehretat abzulehnen, bis die Reichswehr von Grund auf republikanisiert und ihre dauernde parlamentarische Kontrolle gesichert ist.

Freital i. Sa. Die Reichstagsfraktion hat Mittel für Reichswehr, Reichsmarine und Rüstungszwecke abzulehnen, solange Reichswehr und Marine keine zuverlässigen Instrumente für die demokratische Republik und republikanische Verfassung sind.

München. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und von der Partei wird erwartet, daß sie den Kampf gegen das ständige Anwachsen des Reichswehretats, das ebenso geeignet ist, neues Mißtrauen zu erwecken, wie die Mittel für kulturelle und soziale Zwecke zu beschränken, mit aller Kraft fortsetzen.

Semd. Der gegenwärtigen Reichsregierung ist bei jeder Gelegenheit ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Petershagen. Der Reform eines Reichstagswahlgesetzes ist zuzustimmen. Ihr Ziel soll sein: a) die Einrichtung kleiner Wahlkreise, die es ermöglichen, Abgeordnete und Parteimitglieder in dauernden Kontakt zu bringen und der undemokratischen Art der Kandidatenaufstellung ein Ende zu machen (Einmannwahlkreise); b) die Splitterparteien zu beseitigen.

Wiesbaden. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, unter allen Umständen und mit allen Mitteln gegen etwa auftauchende Pläne zur Verschlechterung des Reichstagswahlrechts zu kämpfen und für weitere Verbesserungen dieses Grundrechts der Staatsbürger einzutreten, wobei die Neueinteilung des Reichsgebiets in kleinere Wahlkreise mit im Vordergrund stehen soll.

Hamburg. Die Verhandlungen des Reichstages über den Finanzausgleich haben gezeigt, daß der Besitzbürgerblock und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit sind, die partikularistischen Strömungen der Länder auf Kosten der Reichsgewalt und Reichseinheit zu stärken.

Der Parteitag ersucht daher die Reichstagsfraktion, alles zu tun, um zu verhindern, daß eine weitere Schwächung der Reichsgewalt durch Aenderung der Steuergesetze, der Verteilungsschlüssel oder Annahme beziehungsweise Aenderung anderer Gesetze geschieht. Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, den Kampf in der Innenpolitik so zu führen, daß die Reichsgewalt in wachsendem Maße gestärkt wird.

Dresden. Die Bildung der Bürgerblockregierung im Reiche zeigt erneut die Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland. Das Bürgertum benutzt den Staat als Herrschaftsinstrument gegen die Arbeiterklasse. Volksgemeinschaftsillusionen sind durch die egoistische Politik der Reaktion zerstört worden. In wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht ist die Arbeiterklasse einem verstärkten Druck der Reaktion ausgesetzt. Deshalb fordert der Bezirksparteitag des Bezirksverbandes Ostsachsen, daß die Partei im Reiche in voller Selbständigkeit und ohne Rücksicht auf bürgerliche Parteien die Interessen der werktätigen Massen vertritt, um so die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen, den Boden für einen maßgebenden Einfluß der Sozialdemokratie in der Gesetzgebung vorzubereiten und soziale Errungenschaften zu sichern.

Hamburg. In der Erwägung, daß die Ablehnung des Gesamtetats des Reiches durch die Reichstagsfraktion bei einer Zufallsmehrheit im Falle der Ablehnung die Staatsmaschine stillegen könnte, so daß weder Gehälter und Löhne ausgezahlt, oder notwendige sachliche Ausgaben gemacht werden dürften, oder die Gefahr einer den Rechtsparteien erwünschten Diktatur auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung heraufbeschworen werden könnte, hält es der Parteitag für erforderlich, daß die Bindung aller Etatspositionen durch ein Mantelgesetz beseitigt wird.

Der Parteitag ersucht daher die Reichstagsfraktion, eine Aenderung des Etatsgesetzes nach der Richtung hin anzustreben, daß Einzelpositionen des Etats, wie zum Beispiel Ministergehälter, außerhalb des Mantelgesetzes bleiben und so die Möglichkeit der Ablehnung bieten, ohne den Staatshaushalt, der die Einzelhaushalte wichtiger sozialpolitischer, kulturpolitischer und gemeinwirtschaftlicher Staatsorgane und alle Lohn- und Gehaltszahlungen enthält, in Gefahr zu bringen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag wolle beschließen, die von der Partei im Erfurter Programm geforderte weltliche Schule ist eine allgemeine Erziehungsorganisation des Staates, in der die Kinder, unbeschadet der weltanschaulichen, religiösen oder konfessionellen Richtungen zu erziehen sind. Wir fordern daher die Partei auf, nicht das Reichsschulgesetz der Gegner tatenlos abzuwarten, sondern die aufstrebenden Massen der Arbeiterschaft, die freiheitlichen Berufsorganisationen und das gesamte geistige Deutschland zu einer großen Bewegung gegen die Verkirchlichung der Schule aufzurufen. Die Partei darf unter keinen Umständen große Teile der schulpflichtigen Jugend durch eine Schulpolitik der Absonderung den konfessionellen Schulen überlassen, sondern muß mit allen Kräften dahin streben, die gesamte schulpflichtige Jugend unseres Volkes in einem einheitlichen Schulwesen zu sammeln, dessen Ausbau von der sozialistischen Lehrer- und Elternschaft bestimmend beeinflußt werden kann.

Berlin. Die letzte Regierungsbildung hat erneut bewiesen, daß das Zentrum, seinem inneren Wesen und seinen Zielen nach, nur arbeiterfeindliche Politik treibt und treiben kann.

Zur Durchsetzung der kulturfeindlichen Forderungen verbündete es sich, wie immer, gegen die eigenen Arbeiterwähler wie gegen die gesamte schaffende Masse der Bevölkerung.

Nach dieser offenen Kampfansage des Zentrums im Reiche dürfen auch Rücksichten auf die Koalition in Preußen nicht verhindern, offen und klar die arbeiterfeindliche Politik dieser Partei zu kennzeichnen.

Der Bezirksparteitag erwartet darum, daß die Reichstagsfraktion gegen das Zentrum den gleichen scharfen Kampf führt, wie gegen die anderen Parteien des Bürgerblocks, und fordert folgende Beschlußfassung:

Der Parteitag lehnt die Regelung von schulpolitischen und kulturpolitischen Fragen durch Reichs- oder Länderkonkordate ab.

Dortmund. Der Parteitag verfolgt mit größtem Mißtrauen die Bestrebungen der reaktionären Parteien auf Schaffung eines Schulkonkordats. Er erklärt sich in schärfster Form gegen die Verabschiedung eines Konkordats, sei es nun in der Form eines Reichs- oder von Länderkonkordaten.

Leipzig. Bei den kommenden Verhandlungen um ein Reichsschulgesetz hat die Reichstagsfraktion der SPD. dafür zu wirken, daß der Konfessionsschule keinerlei Sondervorteile eingeräumt werden. Der Parteivorstand wird beauftragt, bei dem bevorstehenden außerparlamentarischen Kampfe die Arbeitermassen für die weltliche Schule zu mobilisieren. (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Leipzig.)

Düsseldorf. Der Parteitag spricht sich dahin aus, daß unter den gegebenen Verhältnissen die bestehenden weltlichen Schulen die einzigen Schulen sind, die bewußt den Weg in die Zukunft weisen und darum von allen Parteigenossen unterstützt werden müssen.

Chemnitz. Der Parteitag fordert von der Reichstagsfraktion, daß sie bei den Beratungen um das Reichsschulgesetz mit Entschiedenheit für die Rechte der weltlichen Schule eintritt und jedes Reichsschulgesetz ablehnt, welches die Reichsverfassung zugunsten der konfessionellen Schule dem Wortlaut oder dem Geiste nach andeutet.

Der Parteitag lehnt ferner jedes Reichs- oder Landeskonkordat ab, insbesondere Konkordate, die schul- oder kulturpolitische Fragen regeln sollen.

Hamburg. Der Parteitag ersucht die Fraktionen des Reichstages, der Länder und Gemeinden, dem Wohnungsbau höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

Die ungeheure Wohnungsnot mit ihren unabsehbaren Schäden für Volksgesundheit, Moral und Heimkultur führt zu immer stärkeren sozialen Lasten, die durch den Bau gesunder Wohnungen vermieden werden können.

Die Aufstellung eines wirklich ausreichenden Bauprogramms unter Finanzierung durch die gesamte Hauszinssteuer wird gefordert.

Ferner muß für bessere Ausgestaltung aller Wohnungen, auch der Klein- und Kleinstwohnungen, durch moderne technische und hygienische Einrichtungen gesorgt werden im Interesse der Volksgesundheit und zur Entlastung der Frau des Volkes.

Hamburg. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß der Arbeiter-Samariterbund bei der Zuwendung von Reichsmitteln dem Roten Kreuz gleichgestellt wird.

Leipzig. Die Partei bekämpft jedes Konkordat im Reich und in den Ländern. Auch um der preußischen Koalition willen darf kein Verrat an unseren kulturpolitischen Idealen begangen werden.

München. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die gesetzliche Aenderung der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Invalidenversicherung dahingehend anzustreben, daß 1. die bisherige Altersgrenze zum Bezug der Altersrente von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt wird; 2. daß die gegenwärtige Altersrente auf das Doppelte erhöht wird.

Frankenstein i. Schl. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstage den Antrag zu stellen: Sämtliche Länderregierungen sowie die dazugehörigen Landtage sind aufzulösen, damit den Erwerbslosen, Sozialrentnern und den Kriegsopfern eine höhere Unterstützung bzw. Rente gegeben werden kann.

Lübeck. Der Parteivorstand wird ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Altersgrenze bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

Freital i. Sa. Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche Arbeiterversicherungsgesetzgebung herbeizuführen, bei der die Altersgrenze auf 60 Jahre und die Leistungen auf 75 Proz. des Arbeitsverdienstes festgesetzt werden.

Semd. Die Reichstagsfraktion muß die Ortsklasseneinteilung in der jetzigen Form bekämpfen. Es kann nur eine Stadt- und Landklasse geben.

Semd. Die Reichstagsfraktion muß dafür Sorge tragen, daß bei Unterschlagungen der Rentengewährung die Gesetze ohne Ausnahme zu untersuchen sind. Ein Teil der Vertrauensärzte im Versorgungswesen ist abzubauen.

Semd. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung ist von unserer Fraktion zu fordern: Aufheben aller Ersatz- und Sonderkassen, damit die Ortskrankenkassen leistungsfähiger werden. Für die Wochenhilfe muß der Staat mehr beisteuern. Die Altersrente ist zu gewähren vom 60. Lebensjahre ab und muß mindestens 70 M. pro Monat betragen. Die Unfall- und Kriegs- sowie Invalidenrenten sind zu erhöhen.

Pegnitz. Ohne die berechtigten Ansprüche der Beamtenschaft zu verkennen, sollte doch bei Abwägung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Volksschichten der Grundsatz gelten, dem Bedürftigsten die Hilfe zuerst. Nach diesem Gesichtspunkt wären in den Volksvertretungen und in der Presse die Interessen der gesamten Arbeiterschaft, sowie der Arbeits-, Kriegs- und Kleinrentenbezieher mehr als bisher in den Vordergrund zu stellen.

München. Bei Aktionen, die von weittragender Bedeutung sind, wie das bei der 20prozentigen Mietsteigerung der Fall war, müssen zu ihrer Durchführung einheitliche Beschlüsse für das ganze Reich gefaßt werden.

Berlin. Die geplanten Mietsteigerungen, die Lockerung der Zwangswirtschaft und des Mieterschutzes bedeuten für die erwerbstätige Bevölkerung eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Reichs- und Landtagsfraktion werden gebeten, dieser Frage ihr ganz besonderes Augenmerk zu schenken, insonderheit aber wird der Parteivorstand ersucht, durch Aufrüttelung der Massen und Entfaltung schärfster Agitation der Mieterschutzgesetzgebung alle Kräfte einzusetzen.

Wiesbaden. Der Parteitag protestiert gegen die von Reichsregierung und Reichsrat beschlossene Erhöhung der Mieten. Der Parteitag erwartet von der Fraktion, daß sie mit allen parlamentarischen Mitteln zu verhindern sucht, daß die weitere Erhöhung der Mieten am 1. Oktober dem Hausbesitz zufließt, sondern sich dafür einsetzt, daß die weitere Erhöhung dem Wohnungsbau zugeführt wird.

Breslau. Die SPD. hat seit Jahrzehnten die Reform des deutschen Strafrechts gefordert. Der dem Reichsrat vorgelegte Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches kann aber eine brauchbare Reform nicht bringen. Das freie richterliche Ermessen, das er vorsieht, führt bei der heutigen Zusammensetzung des Richterstandes zur Willkür gegenüber dem Proletariat. Die Tatbestandsbildung bei politischen und halbpolitischen Delikten erleichtert den Klassenkampf gegenüber der Arbeiterschaft. Schuld- und Strafregelung bei den Sittlichkeitsdelikten und die Beibehaltung der Todesstrafe stellen einen Sieg kulturell-reaktionärer Tendenzen dar.

Insbesondere erklärt der Parteitag, daß eine Reform des materiellen Strafrechts ohne durchgreifende Aenderung des Gerichtsverfassungs- und Prozeßrechts (Wiederherstellung der alten Schwurgerichte, Berufung in Kapitalsachen, erleichtertes Wiederaufnahmeverfahren, freiere Stellung von Angeklagten und Verteidigung im Prozeß) nicht denkbar ist.

Die Reichstagsfraktion wird ausdrücklich beauftragt, ihre Stellung zur Strafrechtsreform nach den vorstehenden Richtlinien zu bestimmen.

Bremen. Der Beschluß des Heidelberger Parteitages 1925, daß der Alkoholismus nicht nur indirekt, durch Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft, zu bekämpfen ist, sondern auch direkt durch eine großzügige Aufklärung und entsprechende Gesetze, wird erneuert.

Die Reichstagsfraktion soll den vorliegenden Gesetzentwurf zu einem Schankstättengesetz derart verbessern, daß durch das neue Gesetz eine wirksame Eindämmung des Alkoholismus möglich ist.

Breslau. Der Beschluß des Berliner Parteitages von 1924 „. . . die Partei muß daher eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage im Rahmen der allgemeinen Bildungsarbeit durchführen. Sie muß gesetzliche Maßnahmen anstreben zur Verminderung der Alkoholproduktion, ferner das Gemeindebestimmungsrecht" wird hiermit erneuert und den Organen der Partei sowie der Presse zur genauen Beachtung empfohlen.

Die Reichstagsfraktion wolle darauf achten, daß das zur Beratung kommende Schankstättengesetz eine wirksame Eindämmung des Alkoholismus möglich macht.

Rüstringen. Der Beschluß des Berliner Parteitages 1924, daß eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage durchgeführt werden soll, wird erneuert und zur genauen Beachtung empfohlen. Der Reichstagsfraktion wird anheimgegeben, den vorliegenden Entwurf zu einem Schankstättengesetz derart zu verbessern, daß eine wirksame Bekämpfung des Alkoholismus ermöglicht wird.

Salzungen. Die Reichstagsfraktion hat mit allen möglichen Mitteln einen Reichstagsbeschluß dahingehend herbeizuführen, daß dem Impfgesetz eine Gewissensklausel angefügt wird.

Aachen. Die Reichstagsfraktion möge im Reichstag einen Antrag dahin stellen, die öffentlichen Sitzungen des Reichstags dem deutschen Rundfunk anzuschließen.

Möckern i. Sa. Der Parteitag spricht den Genossen, die sich als Reichstagsabgeordnete an den Festlichkeiten bei der Einweihung des Kreuzers „Königsberg" beteiligten, sein Mißtrauen aus. Er ist nicht der Auffassung, daß ein derartiges Auftreten und Wirken der Würde von Arbeitervertretern im Reichstag entspricht.

Der Parteitag spricht den Genossen, die bei den wichtigsten Abstimmungen im Reichstag zum Arbeitsschutzgesetz unentschuldigt gefehlt haben, sein schärfstes Mißtrauen aus. Er erwartet von jedem

Genossen restlose Pflichterfüllung, wie man sie ja auch bei jedem Genossen im Betrieb voraussetzt. Die Tätigkeit und Ausübung des Mandats ist die wichtigste Pflicht, wichtiger auch als „staatserhaltende Referate" auf Bezirksparteitagen.

München. Bei wichtigen Entscheidungen in den Parlamenten des Reiches, des Landes und der Gemeinden sollen zur Entschuldigung der Nichtanwesenheit unserer Vertreter nur Krankheit oder unaufschiebliche Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten dienen.

Lüneburg. Bei verschiedenen Abstimmungen im Reichstag hat sich gezeigt, daß eine Reihe von Parteigenossen durch Ueberlastung mit Aemtern ihre Pflicht gegen die Partei und ihren Wählern nicht erfüllen konnten. Ein solcher Zustand ist unerträglich und eine schwere Belastung für die Partei.

Der Parteitag erwartet, daß unsere Parteimitglieder aus Pflichtgefühl nur dann ein Mandat annehmen oder behalten, wenn sie es restlos ausfüllen können. Von den Bezirksorganisationen und dem Fraktionsvorstand fordert der Parteitag, daß sie rücksichtslos dafür sorgen, daß bei wichtigen Abstimmungen unsere volle parlamentarische Stärke zum Ausdruck kommt.

Hannover. Der Parteitag spricht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über das bisher geübte Verfahren bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag ihr Mißfallen aus und richtet an alle Abgeordneten, auch an die aller übrigen Parlamente, das dringende Ersuchen, bei wichtigen Entscheidungen anwesend zu sein, um somit auch den Gegnern jede politisch-agitatorische Ausnutzung unmöglich zu machen.

Berlin. Die Namen der bei wichtigen namentlichen Abstimmungen im Reichstag und im Preußischen Landtag fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten sind schnellstens im „Vorwärts" zu veröffentlichen.

Im gedruckten Parteitagsprotokoll sind mit der Bekanntgabe der Resultate von namentlichen Abstimmungen die Listen der für und der gegen den betreffenden Antrag stimmenden Delegierten zu veröffentlichen.

Nürnberg. Bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag haben sämtliche Abgeordnete, die nicht durch unabänderliche, persönliche Verhältnisse verhindert sind, zur Stelle zu sein.

Leipzig. Der Parteitag wolle beschließen, daß Abgeordnete des Reichstages oder eines Landtages, die neben ihren Diäten ein Gehalt von über 4000 Mark beziehen, 20 Proz. ihrer Diäten an die Parteikasse abzuführen haben. Von dieser Einnahme ist ein Fonds zu bilden zur Unterstützung unserer politischen Gefangenen und deren Angehörigen, der Hinterbliebenen solcher Genossen oder Genossinnen, die bei Unruhen oder anderen politischen Aktionen ums Leben gekommen sind oder der sonstwie Schwerbeschädigten.

Berlin. Parteigenossen, die neben ihrer bürgerlichen Existenz ein Mandat als Landtags- oder Reichstagsabgeordneter haben, müssen 40 Proz. ihrer Diäten an die Partei abführen. Unberührt davon sind jene Bezüge, die die Genossen als Entgelt für ihre Tätigkeit in den Ausschüssen des Reichs- und Landtags haben.

Genossen, welche Staatspensionen erhalten, von Gruppe XI ab pensioniert und daneben Abgeordnete des Landtags oder Reichstags sind, müssen gleichfalls 40 Proz. ihrer Diäten der Partei abführen. Genossen, die für die vorbezeichneten Körperschaften kandidieren, müssen diese Forderung schriftlich anerkennen.

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik.

Zwickau. Die Republik als Staatsform ist in Europa errungen worden im Kampfe der Bourgeoisie und der unter ihrer Führung stehenden breiten Massen von Bauern und Arbeitern gegen den Absolutismus und dessen Staats- und Wirtschaftsform. Selbst unterdrückt, hatte die Bourgeoisie Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit auf ihre Fahne geschrieben und in erster Linie damit sich die Unterstützung der breiten Massen gesichert.

Die Republik an sich verbürgt aber nicht kraft ihrer Form die demokratische Freiheit und die Ideale, die zu geben sie versprach. Diese sind vielmehr abhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des vorhandenen Staatswesens.

Die Bourgeoisie hat alsbald nach ihrem Siege über den Feudalismus erkannt, daß die als revolutionäre Kampfform geschaffene Republik zugleich den geeignetsten Boden zur Entwicklung des Kapitalismus bildete. Sie bemächtigte sich aller politischen, finanziellen, theologischen Machtmittel des Staates zum Ausbau ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung.

In Deutschland hat die Bourgeoisie die errungene Republik rücksichtslos und mit Erfolg zur Förderung ihrer Interessen benutzt. In den wenigen Jahren nach der Revolution hat die deutsche Bourgeoisie die Wirtschaft tiefer umgestaltet, als in Jahrzehnten es geschah. Die Rationalisierung, die Konzentration des Kapitals erfolgt in beschleunigtem Tempo; die Bertrustung wächst ins Gigantische, der nächste Schritt wird sein die Vertrustung der gesamten Urproduktion.

Diese ganze Umgestaltung wird vorgenommen auf dem Rücken und zu Lasten der breiten Massen, der Arbeiterschaft.

Der Achtstundentag, die Errungenschaft der Revolution von 1918, ist zerbrochen. Ueber zwei Millionen Arbeiter müssen feiern, seit Monaten, vielleicht für Jahre. Die Arbeit am fließenden Band stellt erhöhte Anforderungen an Nervenkraft und Gesundheit der Arbeiter. Trotz steigender Produktivität der Arbeit fallen die Preise nicht; Trust, Kartelle und Schutzzoll sichern den steigenden Profit dem Unternehmer. Oeffentliche Steuergelder werden verschleudert, um den herrschenden Kapitalisten das Risiko gewagter Unternehmungen abzunehmen.

So hat sich heute hinter der Form der Republik ein System schrankenloser wirtschaftlicher Unterdrückung, Ausbeutung und Korruption entwickelt.

Nicht nur aus diesem Grunde hält die Bourgeoisie an den republikanischen Formen fest. Die republikanische Form ist auch die Wehrform geworden, in der die Völker künftighin für die Interessen ihrer Kapitalisten bluten sollen.

Diese ihre Stellung in der Republik sichert die Bourgeoisie mit allen Mitteln. Mit kultureller Reaktion soll die Aufklärung der breiten Massen verhindert werden. In Hochverratsprozessen wird die Unantastbarkeit der politischen Interessen der Bourgeoisie gesichert. In Landesverratsprozessen wird die Militarisierung der öffentlichen Meinung erzwungen.

Faschistische Organisationen stehen zur Gewaltanwendung, zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur zur Verfügung für den Fall, daß das Proletariat mit Hilfe der Demokratie die politische Macht erringt.

Die Bourgeoisie hat die demokratischen Ideale längst vergessen; an die Stelle der Demokratie, die sie versprach, hat sie ihre politische und wirtschaftliche Diktatur errichtet. Der Versuch, in Koalition mit bürgerlichen Parteien die Republik zu sichern, hat nicht geführt zur Stärkung der Demokratie, sondern hat in Wirklichkeit nur zur Stärkung der diktatorischen Stellung der Bourgeoisie in der Republik geführt. Ist also die Form der Republik zu einer Selbstverständlichkeit geworden, so sind die in ihr zu verwirklichenden Ideale der Freiheit und Gleichheit, der wirklichen Demokratie allein im Lager der Unterdrückten, der Arbeiter, zu finden.

Wehrt sich die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die sich auf dem Boden der Demokratie vollzieht, durch gewaltsame Auflehnung, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen sein, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.

Indem die Sozialdemokratische Partei es unternimmt, in rücksichtsloser Opposition gegen jedes bürgerliche Diktaturregiment die Arbeitermassen zu sammeln und aufzuklären, so vorzubereiten für ihre geschichtliche Aufgabe, die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu brechen, bereitet sie den Staat vor, in dem allein wahre Demokratie möglich ist: die staatliche Ordnung, gegründet auf sozialistischer Wirtschaftsweise mit wirklicher Freiheit und Gleichheit aller.

Stettin. Der Bezirksparteitag Pommern unterbreitet dem Parteitag nachstehende Resolution:

„Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben den einseitigen Klassencharakter der deutschen Republik mit letzter Deutlichkeit enthüllt. Sie haben gezeigt, daß die bürgerlichen Republikaner bereit sind, die Grundlage der Demokratie preiszugeben, um mit einer ausgesprochen antidemokratischen, faschistenfreundlichen Partei gegen die Arbeiterschaft zu regieren.

Die bürgerlichen Parteien haben erkannt, daß die republikanische Staatsform keinerlei Hindernis für die rücksichtslose Verfolgung der einseitigen Profitinteressen der Bourgeoisie darstellt. Es ist ihnen gelungen, aus der von der deutschen Arbeiterschaft geschaffenen Republik einen Staat zu machen, der, mindestens ebenso wie die einstige Monarchie, ein Herrschaftsinstrument in der Hand der Bourgeoisie ist. Sie haben es in ihrer überwiegenden Mehrheit abgelehnt, gemeinsam mit der Arbeiterschaft eine wahrhaft soziale Ausgestaltung der deutschen Republik vorzunehmen. Sie haben die friedensfreundliche Politik der Sozialdemokratie für ihre kapitalistisch-imperialistische Außenpolitik benutzt, ohne jedoch prinzipiell — innerpolitisch und außenpolitisch — einen Schritt von ihrer arbeiterfeindlichen Haltung abzuweichen. Die innerhalb der sozialistischen Bewegung vielfach befürwortete und unterstützte Politik des Ausgleichs von Klassengegensätzen und der „Volksgemeinschaft" ist heute als bürgerliche, antiproletarische Ideologie scharf gekennzeichnet, deren zeitweiser Einfluß auf die Politik der Sozialdemokratischen Partei die Lebensinteressen der Partei und damit des gesamten Proletariats schädigt.

Auf Grund all dieser Ereignisse bekennt sich die Sozialdemokratie aufs neue zu der Lehre ihres Altmeisters Marx, daß die entscheidende Richtlinie für die Stellung des Proletariats zum Staate und für seine Politik in diesem nur der auf die Ueberwindung des Klassenstaates gerichtete Klassenkampf sein kann.

Sie betrachtet daher die bürgerliche Republik nur als diejenige Staatsform, in der der Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie seine letzte und schärfste Phase erreicht. Diesen Kampf mit allen Mitteln zu führen, erkennt die Sozialdemokratie als ihre dringendste gegenwärtige politische Aufgabe. An keine bürgerliche Partei gebunden, ist sie gewillt, den von diesen angesagten Kampf mit den hinter ihr stehenden Arbeitermassen zu führen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet es insbesondere als ihre Aufgabe, derjenigen bürgerlichen Partei, der noch große Arbeitermassen angehören, und die heute noch die Fiktion einer arbeiterfreundlichen Partei aufrecht zu erhalten versucht, dem Zentrum, schärfsten Kampf anzusagen. Allein durch diese Politik wird es ihr gelingen, immer größere Arbeitermassen um ihre Fahnen zu scharen, die mit ihr das gleiche Ziel erstreben: Umgestaltung der politischen in die soziale Demokratie."

Leipzig. Angesichts der dauernden großen Arbeitslosigkeit in Deutschland und des hohen technischen Standes, der für die Industrie heute möglich ist, hält der Kieler Parteitag der SPD. den Achtstundentag für eine Mindestforderung, die bereits in vielen Fällen hinter den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten der Gegenwart zurückbleibt, so daß sich die Propaganda für den sechsstündigen Arbeitstag durchaus rechtfertigt. Da sich ferner zeigt, daß die Reallöhne hinter der durch die Rationalisierung hervorgerufenen ständigen Steigerung der Arbeitsleistung immer weiter zurückbleiben, die Kaufkraft der breiten Massen der Arbeiterschaft aber unter allen Umständen gehoben werden muß, beschließt der Parteitag, den gewerkschaftlichen Kampf um die Steigerung der Reallöhne mit allen politischen Mitteln zu unterstützen.

Semd. Die Gesetze zum Schutz der Republik sind zu verschärfen und müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt werden.

München. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Bundesvorstand des ADGB. in eine Erwägung darüber einzutreten, ob nicht wegen Rationalisierung der Wirtschaft und der fortgeschrittenen Technik eine Herabsetzung der Arbeitszeit mit dem Ziele der Vierzigstundenwoche zu fordern ist.

Ruppin. Die Auflösung der Gutsbezirke ist eine zwingende Notwendigkeit. Der Parteitag möge die in Frage kommenden Instanzen — Landtag und Landesregierung — erneut bewegen, durch Gesetz die Auflösung der Gutsbezirke zu veranlassen.

Hamburg. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Parteigenossen auf die großen Gefahren, die die Bildung der Bürgerblockregierung für die Freiheit der Kultur und besonders der Schule heraufbeschworen hat.

Er erwartet, daß schon jetzt von der Partei in ganz Deutschland der Abwehrkampf gegen die kulturelle Reaktion vorbereitet wird.

Von der Reichstagsfraktion und allen Landtagsfraktionen fordert der Parteitag, daß sie jedes Konkordat und jedes Reichsschulgesetz, das das Schulwesen zerschlagen, der Kirche ausliefern und die Bekenntnisschule bevorzugen wird, auf das entschiedenste bekämpfen werden.

Hamburg. Der Parteitag fordert, daß die Reichstagsfraktion alles unternimmt, um den 11. August, den Verfassungstag, zum Nationalfeiertag zu machen.

Semd. Der 1. Mai, der 11. August und der 9. November müssen immer wieder als gesetzliche Feiertage gefordert werden.

Wiesbaden. Die Partei rückt die Idee des Einheitsstaates der deutschen Republik mehr in den Vordergrund ihrer Agitation in Wort und Schrift, damit die Einzel- und Kleinstaaterei baldigst überwunden wird.

Hamburg. Der Parteitag hält die rasche und verfassungsmäßige Herstellung der deutschen Einheitsrepublik, unter Beseitigung der Landesgrenzen, Landesregierungen und Landesparlamente, für die wichtigste innerdeutsche Aufgabe.

Die notwendige Gliederung des Reiches in Provinzen, deren zweckmäßigste Abgrenzung nach wirtschaftlichen, kulturellen und bevölkerungspolitischen Grundsätzen geschehen müßte, kann erst nach Herstellung des Einheitsstaates und Aufhebung der gegenwärtigen Grenz- und Verfassungsbehinderungen durchgeführt werden.

Der Parteitag beschließt darum die Einsetzung einer Kommission, die für die notwendige Erörterung dieser wichtigen Frage schnellstens grundlegende Richtlinien aufzustellen hat.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß in sinngemäßer Auslegung bzw. Ergänzung des Artikels 18 der Reichsverfassung die Verwaltung einzelner Länder unmittelbar vom Reich übernommen werden kann, um so die Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat zu fördern.

Meiningen. Der Reichsparteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, wonach ein lebensunfähiger Bundesstaat gezwungen werden kann, sich einem größeren Bundesstaat anzuschließen.

Ockershausen. Um die inneren zerrissenen Verhältnisse des Reiches einer Gesundung entgegenzuführen, wird das Reich in 17 Regierungsbezirke eingeteilt. (Folgt die geographische Einteilung dieser Bezirke und die Begründung dazu.) Die Partei soll Orientierungskarten als Propagandamittel gegen die Kleinstaaterei und den Partikularismus herausgeben, als Beweismittel, in welcher Form das umständliche, teure Verwaltungssystem in Deutschland zugunsten des Volkes verbessert werden kann.

Fechenheim. Die Schaffung des deutschen Einheitsstaates ist die einzige Möglichkeit zur Besserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes. Die Schaffung des deutschen Einheitsstaates ist deshalb mit allen Mitteln (ev. Volksentscheid) herbeizuführen.

Das Agrarprogramm.

Leipzig. Entsprechend einem Beschluß des Bezirksparteitages vom 6. März 1927 hat der Bezirksvorstand Leipzig zur Ausarbeitung von Abänderungsanträgen zum Entwurf eines sozialdemokratischen Agrarprogramms eine Kommission bestimmt, die Richtlinien für ein Agrarprogramm beschlossen hat. Es wird beantragt: Der Parteitag beschließt, eine neue Programmkommission zu wählen und dieser den Entwurf als Material zu überweisen. (Die Richtlinien sind auf der 4. Seite abgedruckt.)

Chemnitz. Die Delegiertenversammlung des 16. Unterbezirks beantragt Verweisung des Agrarentwurfs an eine neuzubildende Kommission, da auf Grund des Referats die Frage der Großbetriebe in der Kommission nicht genügende Klärung finden konnte.

Pegnitz. a) Einleitung. Im zweiten Absatz ist der zweite Satz wie folgt zu fassen: Die natürliche Begrenzung des fruchtbaren Bodens, die Unmöglichkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung aufgegebener Fläche unbegrenzt zu steigern, sowie die Ueberarbeit und Genügsamkeit der arbeitenden Landbevölkerung erklärt es, daß in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie auch rückständige Betriebe neben fortgeschrittenen erhalten bleiben können.

b) In Abschnitt 4, Besteuerung, soll der erste Absatz einen dritten Satz wie folgt erhalten: Die Verwaltungskosten sollen niedrig sein. Im zweiten Absatz soll der dritte Satz lauten: Zugleich ist für die gesamte Landwirtschaft die Einheitssteuer anzustreben. Ferner ist anzufügen: Die Umsatzsteuer auf notwendige Lebensmittel ist aufzuheben. Und ferner: Vereinfachung und Verbilligung des Grundstücks- und Hypothekenverkehrs.

c) In Abschnitt 5, Forderung für Land- und Forstarbeiter, soll Absatz 5 noch den folgenden Zusatz erhalten: Für die mit Haushaltsarbeit und mit Viehwartung beschäftigten Arbeiter in Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben ist die Arbeitszeit durch die Festsetzung einer gesetzlichen täglichen Mindestruhezeit und gesetzlicher Mindestarbeitspausen besonders zu regeln.

d) In Abschnitt 6 „Bäuerliche Sozialpolitik" ist im vierten Absatz das Wort „obligatorische" zu streichen und dafür zu setzen: genossenschaftliche oder

e) Im Schlußabsatz ist hinter den Worten: „besseren Ertrag" ein neuer Satz einzufügen, der lautet: Umgekehrt erhöht die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung den Absatz industrieller und gewerblicher Produkte und verbessert dadurch die Arbeitsmöglichkeit und die Arbeitsbedingungen der industriellen und gewerblichen Arbeiter.

f) Ferner ist an einer geeigneten Stelle in das Programm noch einzufügen: Den sozialdemokratischen Landes- bzw. Bezirksorganisationen bleibt es vorbehalten, mit Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses Zusätze zu beschließen, die aus den besonderen Verhältnissen ihres Landes bzw. Bezirkes heraus angebracht sind, insbesondere auf dem Gebiet des Jagdschutzes, der Wald-, Weide- und Gemeindenutzungsrechte, der Festlegung einer geringeren volkswirtschaftlich angemessenen Betriebsgröße usw.

Frankfurt a. M. Dem Agrarprogramm sollen an geeigneter Stelle folgende Sätze eingefügt werden:

1. Beim Verkauf landwirtschaftlichen Grund und Bodens haben Reich, Länder und Gemeinden das Vorkaufsrecht.

2. Der Acker darf nicht zur Ware werden, deren Preisbildung dem freien Spiel der Kräfte überlassen wird. Es sind reichsgesetzliche Sicherungen gegen eine übermäßige Preissteigerung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens zu schaffen. Spekulations- und Zwischenhandelsgewinne sind unter allen Umständen auszuschalten.

3. Der kleinbürgerliche Besitz ist vor dem Versinken in die Schuldknechtschaft des Großkapitals zu schützen. Kleinbäuerlicher Grundbesitz, die notwendigen Geräte und Vorräte sind für unpfändbar zu erklären.

4. Siedlerstellen dürfen nur in Erbpacht vergeben werden und mit mäßigen Zinsen belastet sein.

Königsberg i. Pr. 1. Der Parteitag wolle den Entwurf des Agrarprogramms so umgestalten, daß er im Einklang steht mit der Bestimmung unseres Parteiprogramms: Grund und Boden sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

2. Zu Kapitel 1 Bodenreform: Der Satz 2 des Entwurfs ist zu streichen und dafür zu setzen: Wir fordern weiter, daß der Großgrundbesitz, soweit er eine volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreitet, gegen Entschädigung nach dem Grundsteuerwert vom Reich enteignet wird. Das Reich, oder in seinem Auftrage die Länder, richten auf diesem Besitz Siedlungen und Musterbetriebe ein.

Trupermoor (Bezirk Hamburg-Nordwest). 1. Schaffung sozialistischer Bauernschaften. 2. Schaffung einer wöchentlich erscheinenden Landwirtezeitung. 3. Ausbildung von Landagitatoren aus rein ländlichen Ortsvereinen.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale.

Leipzig. Der Parteitag beauftragt die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, darauf hinzuwirken, daß auf die Tagesordnung des Londoner Kongresses der SAI. die Behandlung der imperialistischen Kriegsgefahr gesetzt wird. Der Parteitag ist der Auffassung, daß eine solche Behandlung auf die Inangriffnahme organisatorischer Maßnahmen hinzielen muß, die im Zusammenwirken der SAI. mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Verhinderung künftiger Kriege ermöglicht. Das wirksamste Mittel zur Erreichung dieses Hauptzieles einer solchen organisatorischen Arbeit erblickt der Kieler Parteitag in der bereits von dem Haager Friedenskongreß geforderten Durchführung des Generalstreiks im Falle eines Kriegsausbruches. Bei der Mobilisierung der Arbeitermassen ist die Erkenntnis wachzuhalten, daß die wirksamste Kraft zur Bekämpfung des Imperialismus der Kampf der Arbeiterklasse aller Länder gegen den Imperialismus im eigenen Lande zu sein hat und daß die endgültige Ueberwindung der Kriegsgefahr nur die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus sein kann.

Breslau. Auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses ist das Problem der Kriegsverhinderung zu setzen.

Nürnberg. Bei der Internationale ist darauf hinzuwirken, Esperanto als einzige Verhandlungssprache einzuführen.

Sonstige Anträge.

Leipzig. Der Parteitag wolle bei dem Verwaltungsrate der Arbeiterbank darauf hinwirken, daß so bald wie möglich auch eine Geschäftsstelle in Leipzig eröffnet wird. Die Leipziger Parteigenossen sehen es als eine Zurücksetzung an, daß sie noch nicht wie andere Städte in den Genuß einer solchen Einrichtung gekommen sind.

Leipzig. Die Bildbeilage „Volk und Zeit" ist zu einer illustrierten Zeitung umzugestalten, die in Text und Bildern der sozialen Lage sowie dem Denken und Fühlen der Arbeiterschaft mehr Rechnung trägt.

Ruppin. Der Parteitag wolle beschließen, daß Abgeordnete des Reichstags, Landtags, des Provinziallandtags, des Kreistages, sowie Stadtverordnete oder Gemeindevertreter, beim Ausscheiden aus der Partei das von der Partei erhaltene Mandat niederzulegen haben. Im Weigerungsfalle ist eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen, um die Niederlegung des Mandats gerichtlich zu veranlassen.

Breslau. Die Parteipresse ist verpflichtet, über die Haltung unserer Parlamentsfraktionen bei allen Abstimmungen, insbesondere Etatfragen, zahlenmäßig zu berichten.

Leipzig. Der Parteitag soll dahin wirken, daß diejenigen Parteigenossen, die auf Grund ihrer politischen Stellung oder sonstwie bei den verschiedenen staatlichen und städtischen Unternehmungen, Verwaltungen usw., mit Personaleinstellungen betraut sind oder darauf Einfluß haben,

a) jede offene Stelle in diesen Betrieben der Parteipresse und der betreffenden freigewerkschaftlichen Organisation anzuzeigen, die für den Einzustellenden in Frage kommt;

b) und daß grundsätzlich in erster Linie politisch und freigewerkschaftlich organisierte Berufskollegen dafür zu berücksichtigen sind. Dieses Verfahren soll grundsätzlich eingehalten werden.

Semd. Sämtliche Steuererklärungen sind in den einzelnen Gemeinden acht Tage lang zur Einsicht offen zu legen.

Semd. Als Bürgermeister, Beigeordnete, Gemeinderäte, Kreis- und Provinziallandtagsabgeordnete von der Partei sind nur solche aufzustellen, die mindestens fünf Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind.

Semd. Sozialdemokratische Bürgermeister dürfen nicht mehr als Kreisausschußmitglied gewählt werden, da sie als befangen zu gelten haben.

Dürrenebersdorf. Parteifunktionäre dürfen nicht Mitglieder bürgerlicher Vereine sind. Andernfalls müßten sie ihre Funktionen in der Partei niederlegen.

Lichtentanne i. Sa. 1. Alle Mitglieder der SPD., die im Arbeitnehmerverhältnis stehen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, haben sich freigewerkschaftlich zu organisieren. Mitglieder der SPD., die keinen freien Beruf haben und noch nicht freigewerkschaftlich organisiert sind, dürfen Funktionen der Partei nicht bekleiden.

2. Mitglieder der SPD. gehören in die der GEG. angeschlossenen Konsumvereine. Jede Ortsgruppe hat die Pflicht, bei jeder Gelegenheit die Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie ihre Waren nur in den zuständigen Konsumvereinen zu entnehmen haben.

3. Mitglieder der SPD. dürfen einem bürgerlichen Sportverein nicht angehören. Die Ortsgruppen haben dafür zu sorgen, daß die sporttreibenden Mitglieder der SPD. den Arbeitersportvereinen zugeführt werden.

Hamburg. Die Parteigenossen in den Parlamenten, Gemeindevertretungen und Parteivorständen haben sich für die Verbreitung der Welthilfssprache einzusetzen.

München. Der Parteitag wolle allen Mitgliedern nahelegen, für die Verbreitung der Welthilfssprache Esperanto zu wirken, allen Redaktionen der Parteizeitungen empfehlen, Artikel über Esperanto aufzunehmen und den Abgeordneten des Reichstages und der Länder- und der Gemeindeparlamente auferlegen, die Einführung des Esperanto in den Schulen als Pflichtfach die Wege zu ebnen und gegebenenfalls die Initiative auch auf diesem Kulturgebiet zu ergreifen.

Leipzig. Die Mitgliederversammlung des Kreisvereins Groß-Leipzig bedauert die würdelose Art der Ausführungen, die der preußische Innenminister, Genosse Grzesinski, im Preußischen Landtag anläßlich des Vorfalles beim Berliner Bismarckdenkmal gemacht hat und weist darauf hin, daß ein derartiges Verhalten eines sozialdemokratischen Ministers geeignet ist, das Vertrauen der proletarischen Massen zu ihm zu erschüttern.

Hamburg. Die Genossenschaftsfrage ist auf dem nächsten Parteitag durch ein Referat eines Führers der Genossenschaftsbewegung zu behandeln.

Altenburg S.-A. Der nächste deutsche Parteitag findet in Altenburg (Thüringen) statt.

Dortmund. Der nächste Parteitag findet in Dortmund statt.

Send. Der nächste Parteitag findet in Darmstadt statt.

Mainz. Der nächste ordentliche Parteitag findet in Mainz statt.

Breslau. Der nächste Parteitag findet in Breslau statt.

* * *

Richtlinien für ein Agrarprogramm.

(Antrag des Bezirksparteitages Leipzig an den Parteitag.)

Die Eingliederung der ländlichen Massen in die Reihen der Sozialdemokratie, von der der vorliegende Programmentwurf als von einer der dringendsten Aufgaben der Partei spricht, umfaßt, dem Charakter der Sozialdemokratischen Partei als der politischen Organisation der Arbeiterklasse entsprechend, in erster Linie die Aufgabe,

die Lohnarbeiter in der Landwirtschaft

zum Massenbewußtsein zu erwecken und für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen. Dementsprechend muß das sozialdemokratische Agrarprogramm davon ausgehen, alle Maßnahmen zu fordern, die die soziale und kulturelle Lage der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter zu heben und damit der Erfüllung der genannten Aufgabe zu dienen geeignet sind. Nur im Kampfe um die Durchführung dieser Maßnahmen kann das ländliche Proletariat für die sozialistische Bewegung und für die Idee des Sozialismus gewonnen werden. Dabei fällt der gewerkschaftlichen Organisation die besondere Aufgabe zu, unterstützt von der Sozialdemokratie, durch stetiges Eintreten für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft die Vorbedingungen zu schaffen für die fortschrittliche Entwicklung der gesamten landwirtschaftlichen Verhältnisse. Wie in der Industrie die Steigerung der Produktivität nur möglich gewesen ist auf der Grundlage eines kontinuierlich erhöhten Kulturniveaus der Arbeiterschaft in Verbindung mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so ist sie auch in der Landwirtschaft von diesen Voraussetzungen abhängig. Unter den heutigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft müssen selbst die bestgemeinten Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Bildungseinrichtungen versagen.

Ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion auch grundsätzlich an dieselben Maßnahmen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geknüpft, wie in der Industrie, so erfordern doch die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft **bestimmte Sondermaßnahmen.** Diese liegen vor allem **auf dem Gebiete des Wohnungswesens.** Sie sind ohne intensive Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht durchzuführen und setzen voraus, daß die Gutsbezirke allenthalben aufgehoben werden und daß deren Einbeziehung in solche gemeindliche Selbstverwaltungskörper erfolgt, die ihrer Größe nach, unterstützt durch entsprechende staatliche Maßnahmen, genügende Eigenbedeutung gegenüber dem Großgrundbesitz haben können. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist gegenüber dem Großgrundbesitz ein wirksames Enteignungsrecht zu gewähren, das es ihnen möglich macht, ihre Aufgaben und besonders die im Interesse der Landarbeiter liegenden Maßnahmen auch wirklich durchzuführen. Es muß eine ihrer wichtigsten Aufgaben sein, die Wohnungsfrage für die Landarbeiter derart zu lösen, daß sowohl die kulturellen Interessen berücksichtigt werden, wie auch die Freizügigkeit gewahrt bleibt. Soweit die Beigabe eines Landstückes zur Wohnung des Landarbeiters erfolgt, ist darauf zu achten, daß nicht durch die hier erforderliche Arbeitsleistung die Erfolge des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes (Verkürzung der Arbeitszeit) wieder aufgehoben werden. Unter ländlichen Verhältnissen schließt die Wahrung der Freizügigkeit die Aufgabe ein, für den Fall der Erwerbslosigkeit des Landarbeiters, gegen deren willkürliche Verhängung ein ausreichender Entlassungsschutz zu schaffen ist, besondere Vorsorge zu treffen. In diesem Sinne ist nicht nur der Ausbau und die Ausdehnung der Erwerbslosenversicherung wie der gesamten sozialen Fürsorge anzustreben, sondern auch der Gemeindebesitz an Grund und Boden möglichst zu erweitern. Durch intensive Bewirtschaftung in eigener Regie gewährt der Gemeindebesitz die Möglichkeit, auf dem ländlichen Arbeitsmarkte regulierend einzugreifen und außerdem die Willkür der Nahrungsmittelabgabe durch die Großbetriebe zu durchkreuzen.

Indem die Sozialdemokratie für die Hebung der Daseinsbedingungen des landwirtschaftlichen Proletariats mit aller Entschiedenheit eintritt, sieht sie die Möglichkeit der restlosen Beseitigung des Landarbeiterelends gleichwohl nur in der Ueberwindung des kapitalistischen Lohnarbeiterverhältnisses überhaupt, die erst mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft erreicht werden kann. Die Ausstattung von Landarbeitern mit kleinbäuerlichem Besitz an Grund und Boden würde nur die Vermehrung der ohnehin in der Landwirtschaft so zahlreichen kümmerlichen Existenzen bedeuten, die als selbständige Produzenten, zwischen Proletariat und Mittelstand stehend, zwar ebenfalls vom Kapitalismus ausgebeutet werden, jedoch sozial und geistig ein Anhängsel der bürgerlichen Klasse bilden. Die Umwandlung von Landarbeitern in Kleinbauern würde, ohne etwas anderes als die Form ihrer Ausbeutung zu ändern, die neuen Selbständigen der proletarischen Klasse entfremden.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den

Fragen der landwirtschaftlichen Produktionspolitik

muß vom Gesamtinteresse des Proletariats ausgehen. Dieses schließt das Interesse an einer reichlichen und relativ billigen Nahrungsmittelversorgung ein. Die Möglichkeit der Sicherung und Ausweitung dieser Versorgung ist, soweit sie von den natürlichen Produktivkräften abhängig ist, weder national noch international gefährdet. Schon nach dem heutigen Stande von Wissenschaft und Technik ist ohne Erhöhung der Produktionskosten eine immense Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich. Die einzigen Hemmnisse, die dieser Steigerung entgegenstehen, sind Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise.

Unter kapitalistischen Verhältnissen richtet sich die Produktion nicht nach dem Bedarf, sondern nach dem Profitinteresse der Kapitalistenklasse, das die Grenzen der Kaufkraft bestimmt. Deshalb wird auch die mögliche Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, so stark sie auch schon der physiologische Nahrungsbedarf der Menschheit erfordert (ganz zu schweigen von dem viel größeren kulturellen Bedarf!), gehemmt durch die mangelnde Kaufkraft der breiten Massen. War die riesige Ausweitung der industriellen Produktion abhängig von der Einbeziehung der nichtkapitalistisch produzierenden Länder in die industrielle Absatzsphäre, und diente ihr der (zusätzliche Kaufkraft für Industrieprodukte schaffende) Kapitalexport der Industrieländer, der geradezu das Kennzeichen des letzten Halbjahrhunderts war, so sind gleiche Maßnahmen zur Absatzerweiterung für Nahrungsmittel nicht möglich. Immer wieder führt die Kapitalistenklasse den Mehrwert (ja, auch große Teile der Grundrente), akkumuliert zu neuem Kapital, der industriellen Produktion als zusätzliche Kaufkraft zu, von der nur verhältnismäßig geringe Rückwirkungen auf die Konsumenten-Kaufkraft ausgehen. Unter diesen Umständen kann nur **der stete Kampf der Arbeiterklasse um höheren Lohnanteil** jene Stärkung der Kaufkraft herbeiführen, die unter kapitalistischen Verhältnissen eine der wichtigsten Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung ist. Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird sich das natürliche Austauschverhältnis zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion durchsetzen, das beiderseits den Bedarf als produktionsbestimmend gelten läßt.

Die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft durch das Mittel der Produktionsverbilligung findet ihr stärkstes Hemmnis im Privateigentum am Grund und Boden mit der aus ihm resultierenden Grundrente. Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise wirkt unaufhörlich und erfolgreich die Tendenz, die Bodenrente, äußerlich sichtbar in der Form ihrer Kapitalisierung im Bodenpreis, zu steigern. In den Industrieländern wird diese Tendenz schon seit Jahrzehnten durch agrarpolitische Maßnahmen (Zölle!) unterstützt. In den Agrarländern wirken in derselben Weise die Pools (Absatzkartelle), ja, bereits organisierte Produktionseinschränkungen. Die gleiche Wirkung erreicht in Deutschland die mit staatlichen Mitteln errichtete Getreidehandels-Gesellschaft. Steigende Bodenpreise absorbieren aber, soweit sie nicht sogar zur Produktionsverteuerung führen, die durch Verbesserung der Produktionsmethoden herbeigeführte Ermäßigung der Produktionskosten. Hierin liegt auch ein wichtiger Grund für die verhältnismäßig langsame Ausdehnung der Maschinenverwendung in der Landwirtschaft: die unter kapitalistischen Verhältnissen unumgängliche Rente für die mit der Maschinenverwendung verbundene Kapitalinvestition setzt sich tendentiell um in eine zusätzliche Bodenrente für die mit billigeren Produktionskosten arbeitenden Betriebe. Die Sicherung der Grundrente als Differentialrente hat auch deshalb die Erhaltung rückständiger und unrentabler Betriebe zur Voraussetzung. Auf die Notwendigkeit, auch den letzten rückständigen Betrieb zur Deckung des der Kaufkraft der Bevölkerung entsprechenden Nahrungsmittelbedarfs heranzuziehen, wirkt die an das privatkapitalistische Eigentum am Grund und Boden gebundene Tendenz zur Beschränkung der landwirtschaftlichen Produktion hin. Die durch den Tatbestand der Differentialrente bedingte Behinderung des landwirtschaftlichen Produktionsfortschrittes, wie er durch die Herrschaft der kapitalistischen Marktgesetze erzwungen werden müßte, kann daher erst mit der Beseitigung der Grundrente, das heißt mit der **Ueberführung des Grund und Bodens in gesellschaftlichen Besitz** überwunden werden.

Ist also die Beseitigung der dem landwirtschaftlichen Fortschritt auferlegten Hemmnisse erst mit der Sozialisierung des Grund und Bodens möglich, so sind doch auch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft Tendenzen wirksam, die den Produktionsfortschritt in der Landwirtschaft fördern. Die Konzentration des Kapitals in der gesamten kapitalistischen Wirtschaft, die Zusammenschweißung von Industrie-, Handels-, Bank- und Agrarkapital in der gesellschaftlichen Erscheinungsform des Finanzkapitals und die fortschreitende Aneignung der Grundrente durch das Finanzkapital veranschaulichen den Prozeß der kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft, der Hand in Hand geht mit der zunehmenden Konzentration des in der Landwirtschaft tätigen Kapitals. Entsprechend den Gesetzen der kapitalistischen Produktion wirken diese Prozesse in der Richtung eines landwirtschaftlichen Produktionsfortschritts. Aber der Ueberprofit des monopolistischen Bodenbesitzes wird bei kapitalistischer Durchdringung der Landwirtschaft, die erst im Zeitalter des Kartellkapitalismus ihren Höhepunkt erreicht, als mehr oder minder ausgebildete Kartellrente zur Triebkraft der kapitalistischen Landwirtschaftspolitik. Die landwirtschaftlichen Absatzkartelle und ähnliche Einrichtungen bedrohen ebenso wie die von der Sozialdemokratie seit jeher bekämpften Agrarzölle die Lebensmittelversorgung der arbeitenden Massen, verteuern die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und wirken erneut auf eine Einengung des Marktes hin. Ohne die Lage der werktätigen Landbevölkerung zu erleichtern, tragen sie um des Profites der Großgrundbesitzer willen dazu bei, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft zu vertiefen und damit die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion zu erschweren.

Die vom Agrarprogramm-Entwurf angestrebte Stabilisierung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Vorbedingung einer Herabsetzung der landwirtschaftlichen Produktionskosten kann nur erzielt werden, wenn an die Stelle einer Produktion für den Profit die Produktion für den gesellschaftlichen Bedarf zur Richtschnur der landwirtschaftlichen Arbeit wird. Ein staatliches

Monopol der Einfuhr und Ausfuhr von Getreide

und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie es der Entwurf des Agrarprogrammes fordert, würde, im Angesicht der Klassenstruktur des heutigen Deutschlands, statt eine gesellschaftliche Regulierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zur Folge zu haben, dem mit dem Finanzkapital verbündeten Großgrundbesitz die stärkste Einwirkung auf die Preisgestaltung der Agrarprodukte sichern und die wirtschaftliche Macht dieser Gesellschaftsschicht zu Lasten der werktätigen Elemente des flachen Landes und der Stadt vermehren. Das Monopol, das dem Erzeuger einen angemessenen Ertrag seiner Aufwendungen sichern soll, würde die Preisbildung nach den Produktionskosten der rückständigsten Betriebe bestehen lassen und damit die kapitalistische Grundrente nicht nur sichern, sondern auch ihre Steigerung ermöglichen. Indem die Sozialdemokratie die relative Stabilisierung der Agrarpreise als einen wichtigen Faktor landwirtschaftlicher Produktionspolitik anstrebt, sieht sie die einzige Möglichkeit, die Marktanarchie des Kapitalismus im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch nur teilweise einzudämmen, einzig und allein in der genossenschaftlichen Organisation der Produktion und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse **im Zusammenwirken mit den Verbrauchergenossenschaften des städtischen Proletariats.**

Im Rahmen des gesamtproletarischen Interesses an der landwirtschaftlichen Produktion ist das besondere Interesse des ländlichen Proletariats in jeder Weise zu fördern. Insbesondere hat hinter ihm das spezifische Besitzerinteresse zurückzutreten. Unter diesem Gesichtspunkte ist auch

die Betriebsgrößenfrage

zu werten. Soweit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für eine sozialistische Arbeiterpartei überhaupt die Möglichkeit einer systematischen Einwirkung auf die Produktionsverhältnisse besteht, ist diese darauf abzustellen, die Entwicklung in der Richtung auf jene örtlich und zeitlich verschiedenen optimalen Betriebsgrößen voranzutreiben, **die bei dem geringsten Arbeitsaufwand den höchstmöglichen Ertrag gewährleisten.** Nur auf diese Weise kann die landwirtschaftliche Arbeit von ihrer heutigen drückenden Schwere befreit und kann in Verbindung mit Maßnahmen auf kulturellem Gebiete der Kulturaufstieg der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande wirklich gefördert werden.

Von dieser Grundauffassung aus ergibt sich eine andere Einstellung zum landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, als sie in dem jetzigen Entwurf eines Agrarprogramms zum Ausdruck gekommen ist. Diejenige Wertung der landwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die lediglich die Beobachtung ins Auge faßt, daß die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe relativ beständig geblieben ist, geht an der wichtigen Tatsache vorbei, daß diese Beständigkeit in Verbindung stand mit einem fortschreitenden Proletarisierungsprozeß. Die Erhaltung der Kleinbetriebe geschah auf der Grundlage einer kontinuierlichen Steigerung der Arbeitsleistung, vor allem der Familienmitglieder der Betriebsinhaber auf ein Maß, das schlechthin als unerträglich und jedenfalls als unvereinbar mit der Aufgabe der sozialistischen Bewegung bezeichnet werden muß, alle Arbeit von jedem Uebermaß zu entlasten. Die Auffassung des vorliegenden Agrarprogrammentwurfs, daß eine ausreichende Entlastung allein auf dem Wege der besseren Schulung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und der besseren Versorgung der Kleinbetriebe mit technischen Hilfsmitteln möglich sei, ist irreführend. Zwar hat schon die bisherige landwirtschaftliche Praxis gezeigt, daß eine genossenschaftliche Zusammenfassung von selbständigen Betriebsinhabern zur Durchführung bestimmter technischer Verbesserungen und zur Verwendung technischer Hilfsmittel möglich ist. Aber diese Möglichkeit ist begrenzt auf einen Teil der landwirtschaftlichen Maschinen. Zahlreiche und wichtige landwirtschaftliche Maschinen können für eine genossenschaftliche Verwendung auf der Grundlage des Kleinbesitzes nicht in Frage kommen. Dabei setzt die Zersplitterung des Bodenbesitzes selbst den Wirkungsgrad solcher landwirtschaftlichen Maschinen (vor allem der Großmaschinen) herab, deren genossenschaftliche Verwendung an sich möglich ist. Die im Programmentwurf geforderte Arrondierung kann die Maschinisierung der Landwirtschaft zwar erleichtern, aber selbst die restlose Arrondierung läßt die hemmende Wirkung der Bodenzersplitterung weitgehend bestehen. Da außerdem die Arrondierung die heutige Vielseitigkeit der kleinbäuerlichen Produktion einschränkt und in dieser Einschränkung die Tendenz zu einem relativen Produktionsrückgang enthalten ist, so wird dadurch die Wirksamkeit der vermehrten Maschinenverwendung teilweise wieder aufgehoben.

Ist die notwendige Entlastung der landwirtschaftlichen Arbeit gehemmt durch die Beibehaltung des Kleinbesitzes, ja, verstärkt die zunehmende Technisierung des Großbetriebes durch die erneute Konkurrenzverschärfung für die Kleinbetriebe diese Hemmnisse, so sind alle Maßnahmen verfehlt, die diese Kleinbetriebe künstlich zu erhalten oder gar noch zu vermehren streben. Wir können aber trotzdem unter anderen Gesichtspunkten

*

der kleinbäuerlichen Bevölkerung wesentliche Hilfeleistungen

anbieten. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die die Verkehrs-, Gesundheits- und Schulverhältnisse, Hochwasserschutz, soziales und Sach-Versicherungswesen usw. auf dem Lande zu bessern geeignet sind. Die bürgerlichen Parteien stellen alle Maßnahmen dieser Art mehr oder weniger auf die Bedürfnisse der Großgrundbesitzer ein oder vertreten dabei in weitgehendem Maße fiskalische Interessen. Die Sozialdemokratie, die ihre Politik von letzteren frei hält, wird sich angelegen sein lassen, die Vorteile solcher Maßnahmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihren Landbesitz zukommen zu lassen.

Kann es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, den kleinbäuerlichen Besitz künstlich zu erhalten oder zu vermehren, so hat sie ebensowenig ein Interesse daran, ihn zu vernichten. Jedoch ist grundsätzlich festzustellen: Das Ziel der sozialistischen Bewegung, die gesellschaftliche Produktion, setzt die Eingliederung des einzelnen Produzenten in eine gemeinwirtschaftliche Ordnung voraus. Diese Eingliederung ist nicht möglich auf der Grundlage jener persönlichen, vom Eigeninteresse geleiteten Selbstbestimmung, auf der die Entscheidungen in der Privatwirtschaft beruhen. Die gesellschaftliche Ordnung des Sozialismus formt die persönliche Selbstbestimmung im Produktionsprozeß um zur gleichberechtigten Mitwirkung in den demokratischen Gemeinwesen. Das stellt uns die Aufgabe, die landwirtschaftliche Entwicklung in jener Richtung zu beeinflussen, als deren Ziel die Gegenwart bereits die Produktivgenossenschaft wie auch die demokratisch verwaltete Gemeinde als Trägerin des Produktionsprozesses kennt. Die Sozialdemokratie ist sich allerdings klar darüber, daß diese Entwicklung sich in der Kleinlandwirtschaft ohne drückenden Zwang, vielmehr als Folge eines sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Reifeprozesses vollziehen muß. Die Förderung der Keime der genossenschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Genossenschaften der landwirtschaftlichen Produzenten mit denen der städtischen Konsumenten ist zugleich der Weg, auf dem die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vorwärts getrieben werden kann.

Die Wahrnehmung der Interessen des landwirtschaftlichen Proletariats wird sowohl die Sozialdemokratie wie auch die gewerkschaftliche Organisation immer wieder in offenen Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Besitzern bringen, soweit sie Arbeitskräfte gegen Lohn oder Gehalt beschäftigen. Diese Interessenwahrnehmung dient jedoch in hohem Maße auch den landwirtschaftlichen Kleinbesitzern. Die Verbesserungen der Lage des ländlichen Proletariats üben — gewollt oder ungewollt — starke Rückwirkungen auch auf die Lage der Kleinbesitzer. Für diese hat der ländliche Besitz hauptsächlich die Bedeutung einer Existenzsicherung. So lange der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Besitz von Grund und Boden als die einzige, jedenfalls als die ausreichendste Existenzsicherung erscheint, so lange wird auch jener Zustand andauern, der ihre Lage so sehr erschwert. Diese Erschwerung der kleinbäuerlichen Existenz geht von der Ueberbewertung des Grund und Bodens in der Form des Kleinbesitzes aus, die durch die starke Nachfrage und die „Billigkeit" der Familienarbeit hervorgerufen wird und erfahrungsgemäß mit jedem Besitzwechsel die aus dem im Zusammenhang mit Kauf oder Erbgang notwendigen Kapitalaufwand herrührenden Lasten erhöht. Die Verbesserung und Sicherung der Landarbeiterexistenz durch die von der Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Organisation durchzuführenden Maßnahmen wird den Landhunger und damit die Ueberbewertung des Kleinbesitzes verringern und durch die Verminderung der Kapitallasten die Lage der Kleinbesitzer erleichtern. Damit wird auch den heute unter der Arbeitslast fast erliegenden Kleinbesitzerfamilien der Anschluß an den Kulturfortschritt erleichtert und wird auch in diesen Kreisen das Verständnis für die Aufgaben der sozialistischen Bewegung immer größer werden.

Die Sozialdemokratie wendet ihr Interesse, wenn es auch in erster Linie dem landwirtschaftlichen Proletariat gilt, auch dem landwirtschaftlichen Kleinbesitz zu. Sie vermag ihm jedoch keine Versprechungen zu machen, die auf der Linie der Mittelstandsförderung liegen. Sie muß sich darauf beschränken, eine Landwirtschaftspolitik zu betreiben, die in ihrer allmählichen Auswirkung die gemeinsamen Interessen des landwirtschaftlichen Proletariats und der Kleinbesitzer verstärkt und im Verlauf der Entwicklung auch den Kleinbesitzern praktisch demonstriert, daß allein die Tätigkeit der Sozialdemokratie ihnen wirklich und auf die Dauer dient.

Merkwürdige Wissenschaft.

Das Gutachten für die 11-Stunden-Schicht der Braunkohlenarbeiter.

Von Fritz Naphtali.

Man kann im Zweifel darüber sein, ob die Frage nach der wirtschaftlichen Tragbarkeit einer Arbeitszeitverkürzung, deren sozialkulturelle Notwendigkeit so offenbar ist, wie es gegenüber der unwürdigen Zwölfstundenarbeit der Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands der Fall ist, überhaupt wissenschaftlich beantwortet werden kann. Denn die wissenschaftliche Untersuchung kann ja nur vom herrschenden Zustand ausgehen, sie kann aber nicht voraussehen, zu welchen Veränderungen in der Technik, der Organisation und der Verwertung der Produkte einer Industrie die Arbeitszeitverkürzung ihrerseits den Antrieb geben wird. Wir wissen ja zur Genüge, wie oft der Untergang von gewissen Industrien vor gesetzlichen Arbeitszeitbeschränkungen prophezeit wurde, denen es dann nach der Anpassung an die neuen Arbeitsbedingungen besser als je zuvor gegangen ist. Wenn aber einmal ein Statistiker, ein Professor der Nationalökonomie und ein Professor der Bergbaukunde es übernommen haben, auf Grund ihrer Untersuchungen Vorschläge zu machen über das mögliche Maß einer Arbeitszeitverkürzung, deren sozialpolitische Erwünschtheit von allen Seiten anerkannt wird, so hätte man erwarten dürfen, daß die Vorschläge dieser Wissenschaftler auch eine wissenschaftlich einwandfreie Begründung erfahren würden. Das Gutachten der Herren Susat, Brauer und Spackeler, das für die Arbeiter der Tagebauwerke des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues eine Elfstundenschicht bis zum Ende des Jahres 1928 festlegen will und für die Bergleute unter Tage jede Verkürzung der 8½-Stunden-Schicht für untragbar erklärt, läßt nicht nur das Verständnis für die sozialpolitische Unerträglichkeit einer derart langen Arbeitszeit vermissen, sondern es entbehrt auch in seiner Begründung des Mindestmaßes an schlüssiger Beweisführung, das die Voraussetzung für eine Arbeit sein muß, die mit der Autorität der Wissenschaftlichkeit auftreten will.

Der Beweis für diese Kritik kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht durch das Eingehen auf alle anfechtbaren Darlegungen der Begründung geführt werden, sondern nur durch Hervorhebung einiger besonders krasser Unzulänglichkeiten. So will ich die Mängel in der Beweisführung für die behauptete geringe Rentabilität der Braunkohlenunternehmungen auf Grund der bisherigen Lage nur ganz kurz streifen. Man bedient sich zu diesem Beweise der Bilanzen und Dividenden von Aktiengesellschaften mit einem Zutrauen in die Echtheit dieser Zahlengebäude, das den Auguren, die die Bilanzen machen und kennen, wohl ein Lächeln ablocken wird. Aber wenn man schon mangels anderen Materials mit Bilanzen und Dividenden arbeitet, dann ist es wirklich nicht angängig, bei der Urteilsbildung über das gesamte Gewerbe die für die moderne Entwicklung der Braunkohlenwirtschaft besonders charakteristischen Unternehmungen, bei denen die Brikettfabrikation gegenüber der unmittelbaren Verwendung der Rohkohle für die Elektrizitätserzeugung und die chemische Verwertung zurücktritt, auszuschalten. Die Kohlengruben der I. G. Farbenindustrie, die nach einer Aufstellung von Oswig Lüttig (veröffentlicht im „Deutschen Volkswirt" vom 21. Januar 1927) 39 Proz. der Rohkohlenförderung und 16 Proz. der Brikettherstellung des mitteldeutschen Bezirks umfassen, die Kohlengruben der Deutschen Erdöl A.-G. (3,5 Proz. der Rohkohlenförderung und 18 Proz. der Brikettherstellung) und die Kohlengruben der Elektrowerke (23 Proz. der Rohkohlenförderung und 6 Proz. der Brikettherstellung) bleiben unberücksichtigt. Für die Beurteilung der Lage und besonders der Entwicklungsaussichten der Braunkohlenindustrie sind aber gerade die vertikal gebundenen Gruben, die den modernen Bestrebungen der chemischen Auswertung und zur Umsetzung in Kraft dienen, von entscheidender Bedeutung. Aber bleiben wir bei den von den Gutachtern ausgewählten Bilanzen: da werden die Abschreibungen besprochen, und es wird auf die Neuanschaffungen hingewiesen, die über Betriebskosten verbucht worden sind. Man hat aber nicht etwa den Versuch gemacht, die Höhe der Neuanschaffungen zu erfassen, sondern man begnügt sich mit Mutmaßungen über den Umfang dieser Art der Verbuchung, der nicht festzustellen sei. Schwache Basis. Wenn schließlich auf Grund einer nicht den Bilanzen, sondern einer konstruierten Wiederbeschaffungsberechnung entnommenen Bewertung der tatsächlichen Anlagewerte eine Rendite von nur 3,37 Proz. errechnet wird, so werden die armen Braunkohlenherren bei der Lektüre nicht ohne Mitleid mit sich selbst bleiben. Aber ihre Erschütterung über diese Enthüllung wird, das scheint mir sicher, doch nicht so weit gehen, daß sie ihre Aktien (deren Kurse auf ganz andere innere Bewertungen schließen lassen) auf den Markt werfen werden. Wir wollen uns mit diesen kurzen Hinweisen zu den Rentabilitätsberechnungen — auch die herangezogenen Selbstkostenrechnungen des Reichswirtschaftsministeriums für Briketts (ohne Berücksichtigung der Nebenbetriebe) vom Februar 1926 sind wenig stichhaltig — begnügen und einmal unterstellen, das Urteil des Gutachtens über die gegenwärtige Wirtschaftslage des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues wäre mit wirklich wissenschaftlicher Analyse begründet, dann erst kommen wir zu dem Hauptpunkt der Kritik, der sich an die Art der Beantwortung der Frage nach den Möglichkeiten der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Werke knüpft.

Diese Möglichkeiten können auf Senkung der Selbstkosten oder auf Erhöhung der Erlöse beruhen. Zur Senkung der Selbstkosten durch Fortschritte der Rationalisierung glaubt das Gutachten, daß die technischen Vorteile zum größten Teil durch das ungünstiger werdende Verhältnis von Decke zur Kohle aufgehoben werden dürften. Es gibt Fachleute, die die Chancen weiterer technischer Fortschritte höher veranschlagen. Aber ich will hier das Urteil der Gutachter als richtig unterstellen. Anerkannt wird die Möglichkeit der Senkung der durchschnittlichen Selbstkosten durch Stillegung von voraussichtlich dauernd unrentablen Betrieben mit hohen Selbstkosten:

> „Würden von den 15 Tagebaugruben, die (vom Reichswirtschaftsministerium) untersucht worden sind, beispielsweise 2 mit rund 5 Proz. der auf den 15 Werken insgesamt anfallenden Produktion stillgelegt werden, so würden die Durchschnittskosten um 2,6 Proz. sinken. Würden gar 4 Werke mit rund 20 Proz. der Produktion ausscheiden, so würde das eine Verringerung der Kosten um 6,6 Proz. bedeuten, die noch größer würde, wenn die Produktion von leistungsfähigen Gruben übernommen würde, sofern sie wirtschaftlich nutzbringend abgesetzt werden kann."

Nun zu den Möglichkeiten der Erhöhung der Erlöse. Das Gutachten hält eine gewisse Preiserhöhung nicht für unmöglich und, wenn sie durch Verkürzung der Schichtzeit den Arbeitern zugute kommt, für gerechtfertigt. Es sagt nichts über die vermutliche Größe des Spielraums. Also lassen wir einmal die Preiserhöhung beiseite. Eine zweite Möglichkeit der Besserung der Erlöse bestünde in der Einschränkung des Absatzes zu stark geminderten Preisen in bestrittenen Gebieten. 10 bis 20 Proz. werden in das sogenannte bestrittene Gebiet zu Preisen abgesetzt, die mehr oder weniger, zum Teil sogar bis zu 4 Mark pro Tonne, unter den Normalpreisen liegen. Dieser Preiskampf könnte besonders in Verbindung mit der Stillegung von unrentablen Gruben eingeschränkt werden. Den Spielraum, der hier liegt, zu berechnen, unterläßt das Gutachten. Versuchen wir, diese Lücke auszufüllen. Die Jahreserzeugung an Briketts im thüringisch-sächsischen, Niederlausitzer und Oberlausitzer Revier betrug 1925 22,8 Millionen Tonnen. Davon 15 Proz. gleich 3,42 Millionen Tonnen zu einem Durchschnittsverlust von 3 Mark pro Tonne, wären 10,26 Millionen Mark; bei einem Wert der Gesamterzeugung von 253 Millionen Tonnen würde die Beseitigung dieses Verlustes eine Besserung des Erlöses um etwa 4 Proz. bedeuten.

Dritte Möglichkeit der Besserung des Erlöses: Minderung der Handelsrabatte. Was hierzu die Begründung des Gutachtens sagt, muß wörtlich zitiert werden:

> „Die Handelsgewinne fließen in dem ostelbischen Syndikat nur zum Teil, im Leipziger Syndikat nur ausnahmsweise, nämlich wenn eine Werkshandelsgesellschaft besteht, den Werken zu. Die Handelsgewinne auf Kosten der Werke reichlich zu gestalten, liegt in der natürlichen Tendenz der großen Handelskonzerne, die die Mehrheit der Produktion der mitteldeutschen Braunkohle beherrschen. Daß der aus dem Handel fließende oder zu erwartende Nutzen reichlich hoch ist, schließt die Kommission auch aus der erwähnten Erscheinung, daß Händlerkonzerne Aktien zu Kursen aufkaufen, die eine angemessene Rente aus der Dividende allein auch in weiter Zukunft nicht versprechen. Dazu kommt, daß eine gewisse Ueberorganisation des Handels, besonders durch das Dazwischentreten des Zwischenrohhandels, besteht. Wenn die Werke mit dem zu großen Bruttonutzen des Handels, der unrationellen Handelsstufen ermöglicht und zu große Händlergewinne läßt, einverstanden sind, so ist das ihre Angelegenheit. Eine volkswirtschaftliche Betrachtung der gesamten Lage des Braunkohlenbergbaues kann aber auf diese zum großen Teil durch den Einfluß der beherrschenden Konzerne volkswirtschaftlich falsche Teilung des Gewinnes zwischen Produktion und Handel keine Rücksicht nehmen, sondern muß so handeln, als ob ein Mißverhältnis in der Teilung nicht vorläge.

Hier berührt das Gutachten einen Kernpunkt für die Urteilsbildung über die Lage der Braunkohlenindustrie. Unter der Herrschaft der größten Händler stehen (nach Lüttig) im mitteldeutschen Bezirk: Ignatz Petschek rund 23 Proz., Julius Petschek rund 14 Proz. der Brikettterzeugung; im ostelbischen Braunkohlenbezirk: Ignatz Petschek 33 Proz. (außerdem Ilse 27 Proz.), Friedländer 13 Proz., Julius Petschek 4 Proz. der Brikettterzeugung. Wie stark das Händlerinteresse ist, zeigen, wie das Gutachten richtig betont, die hohen Aktienkurse, deren Rente nicht aus der Dividende, sondern aus Handelsgewinnen abgeleitet wird. Der jüngste Kampf um die „Ilse", bei dem man ja die schwierigsten Manöver nicht um ihrer schönen Augen willen, sondern um winkender Gewinne willen gemacht hat, hat diese Lage neuerdings beleuchtet. Folgt nun aber aus der im Gutachten wiedergegebenen Erkenntnis nicht erstens, daß alle Rentabilitätsrechnungen, die die Verquickung der Produktionsgesellschaften mit den Händlerfirmen unbeachtet lassen, wertlos sind, und zweitens, daß die Beantwortung der Frage nach der Möglichkeit der Steigerung der Erlöse durch Einschränkung der Händlergewinne unerläßlich ist, um ein Urteil über die Tragbarkeit der Kostenerhöhung durch Arbeitszeitverkürzung abzugeben? Beide Folgerungen ziehen die Gutachter nicht. Sie erkennen weder die Hinfälligkeit der Beweiskraft ihrer Bilanz und Dividendenrechnungen auf Grund der Gewinnabzweigung an die Händleraktionäre, noch haben sie versucht, irgendeinen Anhalt für den Spielraum, den die Beschränkung der Händlergewinne bieten könnte, zu gewinnen. Ist das wissenschaftliche Arbeit? Ist es wissenschaftlich, wenn man dann auf Grund einer Gleichung mit vielen Unbekannten, aus irgendeinem Gefühl, das so glücklich veranlagt ist, daß es den Unternehmern nicht weh tut, aber ohne jede exakte Grundlage den Schluß zieht, daß die Werke wirtschaftlich in der Lage sein werden, eine gewisse Verkürzung der Schichtdauer zu tragen, daß aber diese „gewisse" Verkürzung nur eine Stunde betragen dürfe?

Nein! Wissenschaftlich wäre es gewesen, zu sagen: wir sehen Möglichkeiten zur Steigerung des Erlöses, die eine Arbeitszeitverkürzung gestatten, aber über das Maß können wir kein Urteil abgeben, weil wir wichtigste Faktoren, wie das Verhältnis von Händlergewinnen zu Werksgewinnen nicht kennen. Wissenschaftlich ist es, die Grenzen der Urteilsfähigkeit zu zeigen, pseudowissenschaftlich ist es, ohne schlüssige Begründung eine für die Arbeiterschaft jämmerliche Arbeitszeitverkürzung auf 11 Stunden vorzuschlagen, als ob sie nicht eine faule Kompromißformel, sondern das Ergebnis tiefgehender Studien wäre.

Die Wissenschaftlichkeit dieses Gutachtens wird auch nicht durch einen bevölkerungsstatistischen Exkurs gerettet, der durch eine mechanische Auffassung der Beziehungen von Arbeitsmarkt und Bevölkerungsbewegung beweisen will, daß in zehn Jahren eine Angleichung der Arbeitszeit der Braunkohlenarbeiter an die sonst landesübliche Arbeitszeit erfolgen müsse. Die Braunkohlenarbeiter werden wissen, daß es für sie darauf ankommt, diese Angleichung zu erkämpfen, und zwar schneller, als sie der Herr Direktor im Statistischen Reichsamt zwangsläufig kommen sieht.

Haben die Gutachter überhaupt eine Rechnung angestellt, welchen Spielraum in Selbstkostensenkung und Erlössteigerung denn die Achtstundenschicht erfordern würde? Man findet davon in dem Gutachten nichts. Ich will versuchen diese Rechnung, soweit die Mittel der amtlichen Statistik reichen, einmal mit allem Vorbehalt vorhandener Fehlerquellen, aufzumachen.

In den drei obengenannten Revieren wurden 1925 an Löhnen und Gehältern verausgabt:

im Braunkohlenbergbau	M. 100 888 000
in den Brikettfabriken	„ 82 829 000
Zusammen	M. 183 717 000

Der Wert der Produktion betrug in der gleichen Zeit:

an verwertbarer Braunkohle		M. 247 086 000
an Briketts	M. 253 168 000	
abzüglich des Wertes der verarbeiteten Braunkohle	„ 127 260 000	„ 125 908 000
Zusammen		M. 372 944 000

Das bedeutet, daß der Lohnanteil am Preise des Produkts im Durchschnitt 35,8 Proz. beträgt. Nehmen wir nun an, daß der Uebergang von der Zwölf- zur Achtstundenschicht, wie es nach dem Gutachten die Unternehmer behaupten, eine Erhöhung der Belegschaft um 35 Proz. erfordern würde (die Arbeiter schätzen die notwendige Erhöhung viel geringer ein), so würde eine 35prozentige Steigerung der Lohnausgabe auf den Wert der Produktion eine Steigerung der Kosten um rund 12,5 Proz. bedeuten. Diese Zahl ist zu hoch, weil in den zugrundegelegten Produktions- und Lohnsummenstatistiken sowohl die Angestelltengehälter als auch die Löhne der Arbeiter in den Tiefbaubetrieben, für die nur eine prozentual viel geringere Schichtzeitverkürzung in Frage steht, enthalten sind. Aber rechtfertigt selbst diese übertrieben ungünstige Rechnung ein „Unmöglich"? Vergleichen wir mit diesen 12,5 Proz. Mehrbelastung die oben wiedergegebene amtliche Schätzung der Möglichkeit, die Kosten durch rationelle Stillegungen (die sozial bei Mehrbedarf an Arbeitern an anderen Stellen im Augenblick der Schichtverkürzung relativ leicht durchführbar wären) um 6,6 Proz. zu senken und auf der anderen Seite die Möglichkeit durch Fortfall der Kampfpreise die Erlöse um 4 Proz. zu steigern, so könnten bereits 10,6 Proz. hereingeholt werden. Es verbleiben zirka 2 Proz. an Mehrbelastung zu decken, wofür eine Kürzung der Händlerrabatte den notwendigen Spielraum liefern dürfte, ohne daß wir irgendeine Selbstkostensenkung durch technische Fortschritte in Rechnung gestellt haben.

Die vorstehende Rechnung will ich durchaus nicht als „wissenschaftlichen Beweis" für die Leichtigkeit des Uebergangs zur Achtstundenschicht im Braunkohlenbergbau bezeichnen. In der Praxis gehen die Dinge weniger glatt als auf dem Papier. Alle möglichen Schwierigkeiten (Investitionszwang, Wohnbauten usw.) können auftreten. Aber das Erreichen eines „von allen Seiten als sozialpolitisch erwünscht anerkannten Zieles" muß gar nicht notwendig leicht sein. Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden, solange die Unmöglichkeit ihrer Ueberwindung nicht bewiesen ist. Diesen Beweis aber haben die drei Gutachter in keiner Weise geführt. Ihr Plädoyer für die Elfstundenschicht ist diktiert von dem Streben, den Mächtigen nicht weh zu tun. Seine Begründung streift die Probleme, ohne ihnen auf den Grund zu gehen.

Es ist zwar eine Professorenarbeit, aber keine Wissenschaft!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S.14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand: Tennisspielende Kameraden geben ihre Adresse zwecks Zusammenschluß sofort dem Gauvorstand, Sebastianstr. 37/38, mit. — **Wilmersdorf:** Sonntag, d. 24., Lohenzollernplatz Abmarsch mit Musik und Fahnen um 1½ Uhr zur Kundgebung Tiergarten. Gruppenführer leiten ein. Sport in Halensee fällt daher aus. — Zu-spät-Post: Anzeige bezüglich Treffen Lohenzollernplatz irrtümlich aufgegeben. Betrifft Wilmersdorf. — **Neukölln-Britz:** 2. Kameradschaft 1. Zug Mo., d. 25., 8 Uhr, Monatsversammlung bei Rößler, Karlsgartenstr. 4, Ecke Bismannstraße. Zug Ebert 8 Uhr Monatsversammlung bei Rudolf, Hermannstr. 156, Ecke Kniesebeckstraße. — **Kreuzberg:** Kriegsopferversammlung Di., d. 26., in Rades Festsälen, Fichtestr. 29. Referent Kamerad Polizeioberst a. D. Lange. Republikaner willkommen. — **Köpenick:** Vollzähliges Antreten heute, Sonntag, 1 Uhr, Pfl. Köpenick. — **Lichtenberg:** Mo., d. 25., Wiederbeginn der Turnabende. — **Prenzlauer Berg:** Jugendversammlung Di., d. 26., 8 Uhr, Allerseelenheim Danziger Str. 62. Vortrag.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell. Charlottenburg: Vorständekonferenz. Alle Vereine müssen am Montag, 25. April, 8 Uhr, im Lokal Zippel, Grünstr. 8/10, durch drei Vorstandsmitglieder vertreten sein, ebenfalls die Delegierten. Die fälligen Kartellbeiträge sind zu zahlen. — **Kreuzberg:** Am Montag, 25. April, ½8 Uhr, bei Reinke, Grünauer Str. 17, Kartell-Delegierten- und Vorstandssitzung. Alle Vorstände der uns angeschlossenen Vereine müssen erscheinen.

Berliner Biochemischer Verein. Am Montag, 25. April, 8 Uhr, in den Hohenzollernsälen, Bandelstr. 35: „Biochemie und Ernährung." Referent Herr Kowal.

Arbeiter-Abstinentenbund. Ortsgruppe Berlin. Montag, 25. April, 7½ Uhr, Landsberger Str. 82, Mitgliederversammlung. U. a. Bericht vom Reichskartell.

Hilfsverein der Deutschen Juden. Montag, 25. April, 8 Uhr, in Berlin, Kurfürstenstr. 115/116, Prüderiemuseum, Generalversammlung. Gedenkfeier für Herrn Dr. Paul Nathan.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Pfarrer Bleier spricht am Sonntag, 1. Mai, abends 6 Uhr, in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, im Rahmen einer religiösen Feierstunde: „Maiandacht." Dienstag, 3. Mai, 8 Uhr, Frühlings- und Maifeier in der Aula der Fürstin-Bismarck-Schule, Charlottenburg, Sybelstr. 2. Redner: Genosse Pfarrer Bleier. Sprechchor. Unkostenbeitrag 50 Pf. Arbeitslose 25 Pf.

Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege E. V. Sitzung Dienstag, 26. April, 7½ Uhr, im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstraße 28a. Vortrag Prof. Dr. Hellerich: „Arzt und Reform des Eherechts." Gäste willkommen!

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Kühl und ziemlich windig mit Neigung zu einzelnen Schauern. — **Für Deutschland:** Im Süden wolkig und meist trocken, im übrigen Deutschland unbeständig, ziemlich kühl und windig.

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Dönhoff 3277–78. Geschäftszeit 9–3, Sonntags 10–2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch

DUNLOP-Tennis-Bälle
nahtlos * pfropfenlos * gleichmäßig * dauerhaft * D. R. P. 439859

Aufmarschplan für die Mai-Kundgebung 1927 im Lustgarten, mittags 1 Uhr.

Zug 1.
Baugewerksbund.

Zug 1a: Sammelplatz: Landsberger Platz (hinter Wartehalle der Straßenbahn). Abmarsch: 12 Uhr.
Zug 1b: Sammelplatz: Gartenplatz. Abmarsch: 12 Uhr.
Zug 1c: Sammelplatz: Kleiner Tiergarten (Spitze Wilsnacker Straße). Abmarsch: 11½ Uhr.
Zug 1d: Sammelplatz: Bülowpromenade (von Mansteinstraße bis Dennewitzstraße). Abmarsch 11½ Uhr.
Zug 1e: Sammelplatz: Reuterplatz, Neukölln. Abmarsch 11½ Uhr.
Zug 1f: Sammelplatz: Engelufer (von Adalbertstraße bis Michaelkirchplatz). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 2.
Bekleidungsarbeiterverband, Hutarbeiter, Friseure.

Sammelplatz: Dircksenstraße (Spitze Schicklerstraße). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 3.
Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Böttcher.

Sammelplatz: Prenzlauer Allee (Ecke Saarbrücker Straße). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 4.
Buchdrucker, Buchbinder, Graphische Hilfsarbeiter, Lithographen.

Sammelplatz: Gendarmenmarkt. Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 5.
Dachdecker, Berufsfeuerwehrmänner, Schornsteinfeger.

Sammelplatz: Monbijouplatz. Abmarsch 12 Uhr.

Zug 6.
Einheitsverband der Eisenbahner.

Sammelplatz: Bethanienufer (Verbandshaus). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 7.
Fabrikarbeiterverband, Keramischer Bund.

Sammelplatz: Landsberger Platz (Hainseite). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 8.
Filmgewerkschaft.

Sammelplatz: Alexandrinenstraße (Ecke Oranienstraße). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 9.
Fleischer.

Sammelplatz: Bockers Festsäle, Weberstraße 17. Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 10.
Gärtner, Musiker.

Sammelplatz: Oranienplatz (Raiswage). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 11.
Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Zug 11a: Norden inkl. Reinickendorf usw. Sammelstelle: Sellerstraße (Ecke Chausseestraße) und **Johannisstraße** (Verbandshaus). Abmarsch: 12 Uhr.
Zug 11b: Nordwest, Charlottenburg. Sammelstelle a: Charlottenburg (Schulhof), **Wallstraße** (Ecke Spreestraße). Abmarsch: 11½ Uhr. — Anschluß an **Sammelstelle b: Kleiner Tiergarten.** (Denkmal).
Zug 11c: Südwest, Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz, Tempelhof. Sammelstelle a: Belziger Straße (Ecke Eisenacher Straße). Abmarsch: 11½ Uhr. — **Sammelstelle b: Belle-Alliance-Straße** (Ecke Teltower Straße). Abmarsch: 12 Uhr. Anschluß an vorstehenden Zug.
Zug 11d: Südosten, Neukölln, Treptow. Sammelstelle a: Schönstedtstraße. Abmarsch: 11½ Uhr. — Anschluß an **Sammelstelle b: Lausitzer Platz.**
Zug 11e: Osten, Lichtenberg. Sammelstelle a: Ringbahn Frankfurter Allee. Abmarsch 11½ Uhr. — Anschluß an **Sammelstelle b: Thaerstraße** (Ecke Frankfurter Allee).
Zug 11f: Nordosten, Weißensee, Pankow. Sammelstelle: Danziger Straße (Ecke Greifswalder Straße). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 12.
Holzarbeiter.

Zug 12a: Hauptsammelplatz: Köllnischer Park. Abmarsch: 12 Uhr.
Zug 12b: Südwesten. Sammelplatz: Miltenwalder Straße 16. Abmarsch: 10½ Uhr.
Zug 12c: Neukölln. Sammelplatz: Planufer (Ecke Kottbusser). Abmarsch: 10½ Uhr.
Zug 12d: Süden. Sammelplatz: Oranienplatz (Luisenufer Ecke Prinzessinnenstraße). Abmarsch: 11 Uhr.
Zug 12e: Osten. Sammelplatz: Strausberger Platz und Frankfurter Allee (Ecke Warschauer Straße). Abmarsch: 10½ Uhr.
Zug 12f: Norden: Sammelplatz: Senefelder Platz. Abmarsch: 10½ Uhr.
Zug 12g: Nordwesten. Sammelplatz: Ravenéstraße 7. Abmarsch: 10½ Uhr.
Zug 12h: Südosten. Sammelplatz: Lausitzer Platz. Abmarsch: 10½ Uhr.
Zug 12i: Stellmacher. Sammelplatz: Sophienstraße 5. Abmarsch: 10½ Uhr.

Zug 13.
Hotel-, Restaurant- und Cafégangestellte.

Sammelplatz: Elsasser Straße 86/88 (Spitze Ackerstraße). Abmarsch: 12 Uhr. **Anschluß an Metallarbeiter!**

Zug 14.
Lederarbeiter.

Sammelplatz: Bülowplatz. Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 15.
Malerverband.

Sammelplatz: Melchiorstraße (Verbandshaus). Abmarsch: 12 Uhr.

Zug 16.
Maschinisten und Heizer.

Sammelplatz Stallher Straße (am Lausitzer Platz). Abmarsch: 9½ Uhr.

Zug 17.
Metallarbeiter, Kupferschmiede.

Zug 17a: 1. Bezirk. Sammelstelle 1: Weißensee, Antonplatz. Abmarsch: 11 Uhr. — **Sammelstelle 2: Arnswalder Platz.** Abmarsch: 11½ Uhr.
Zug 17b: 2. Bezirk. Sammelstelle: Küstriner Platz. Abmarsch: 11¾ Uhr.
Zug 17c: 3. Bezirk. Sammelstelle 1: Bahnhof Frankfurter Allee. Abmarsch: 11 Uhr. — **Sammelstelle 2: Warschauer Platz.** Bezirke 4, 21 und 22. Abmarsch: 11 Uhr.
Zug 17d: Bezirke 6 und 7. Sammelstelle 1: Maybachufer (Ecke Kottbusser Damm). Abmarsch: 11¼ Uhr. — **Sammelstelle 2: Mariannenplatz. Bezirke 5, 8 und 8a.** Abmarsch: 11¾ Uhr.
Zug 17e: Bezirke 11 und 12. Sammelstelle 1: Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz. Abmarsch: 10¾ Uhr. — **Sammelstelle 2: Jerusalemer Kirche. Bezirk 10.** Abmarsch 11¾ Uhr. — **Sammelstelle 3: Hausvogteiplatz. Bezirk 9.** Abmarsch 12 Uhr.
Zug 17f: Bezirk 13. Sammelstelle 1: Charlottenburg, Wilhelmplatz. Abmarsch 10¾ Uhr. — **Sammelstelle 2: Kleiner Tiergarten. Bezirk 14.** Abmarsch: 11¼ Uhr. — **Sammelstelle 3: Lehrter Bahnhof. Bezirke 23 und 25.** Abmarsch: 11¾ Uhr.
Zug 17g: Bezirk 18 und Verband der Kupferschmiede. Sammelstelle: Koppenplatz. Abmarsch 12 Uhr.
Zug 17h: Sammelstelle 1: Leopoldplatz. Bezirk 15 und 16. Abmarsch: 11½ Uhr. — **Sammelstelle 2: Liesenstraße. Bezirk 17.** Abmarsch: 12 Uhr.
Zug 17i: Bezirk 20. Sammelstelle: Schwedenstraße (Ecke Kolonienstraße). Abmarsch: 11 Uhr. — **Sammelstelle 2: Gustav-Meyer-Allee** (Ecke Brunnenstraße). Bezirk 24. Abmarsch 11¾ Uhr. — **Sammelstelle 3: Stralsunder Straße** (Ecke Brunnenstraße). **19. Bezirk.** Abmarsch: 11½ Uhr.

Zug 18.
Nahrungs- und Genußmittelarbeiter.

Sammelplatz: Inselstraße (Bundeshaus). Abmarsch 12 Uhr.

Zug 19.
Sattler und Tapezierer.

Sammelplatz: Grimmpark. Abmarsch 11½ Uhr.

Zug 20.
Schuhmacher.

Sammelplatz: Prenzlauer Allee (bis Saarbrücker Straße). Abmarsch 12 Uhr.

Zug 21.
Steinarbeiter.

Sammelplatz: Gewerkschaftshaus (Großer Saal). Abmarsch 12 Uhr.

Zug 22.
Tabakarbeiter.

Sammelplatz: Bülowplatz (Ecke Bartelstraße). Abmarsch 12 Uhr.

Zug 23.
Textilarbeiter.

Sammelplatz: Andreasplatz. Abmarsch 12 Uhr. **Anschluß an Zug 2.**

Zug 24.
Verkehrsbund.

Zug 24a: Hauptsammelplatz: Engelufer (von Adalbert-Brücke bis Köpenicker Straße, Spitze Köpenicker Brücke). Abmarsch 12 Uhr.
Zug 24b: Sektion I und Jugend. Sammelplatz: Schlesisches Tor (Ecke Skalitzer Straße). Abmarsch 11½ Uhr. Anschluß an Hauptzug.
Zug 24c: Sektion II. Sammelplatz: Promenade Friedenstraße (von Friedrichsberger Straße bis Landsberger Platz). Abmarsch 11¾ Uhr. Anschluß an Hauptzug.
Zug 24 : Sektion III. Sammelplatz: Michaelkirchstraße (Ecke Wusterhausener Str.). Abmarsch 12 Uhr. Anschluß an Hauptzug. — **Sektion IV. Hauptsammelplatz.**
Zug 24e: Sektion V. Sammelplatz: Michaelkirchstraße (am Michaelkirchplatz). Abmarsch 12 Uhr. Anschluß an Hauptzug.
Zug 24f: Sektion VI. Sammelplatz: Friedenstraße (Ecke Büschingstraße). Abmarsch 11¾ Uhr. Anschluß an Hauptzug.
Zug 24g: Sektion VII. Sammelplatz: Wilhelmstraße (Ecke Belle-Alliance-Platz). Abmarsch 11 Uhr.

Zug 25.
Zimmerer.

Sammelplatz: Michaelkirchplatz (an der Schmidtstraße). Abmarsch 12 Uhr.

Zug 26.
Afa-Bund.

Zentralverband der Angestellten, Butab, Deutscher Werkmeisterverband, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten, Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen, Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktricen, Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund, Internationale Artistenloge, Werkmeisterverband der Schuhindustrie, Deutscher Chorsänger- und Ballettverband:
Sammelplatz: Mittelpromenade York- und Gneisenaustraße. Abmarsch 12 Uhr.

Zug 27.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
(Feuerwehrmänner, Kriminalbeamte usw.)

Sammelplatz: Krausenstraße (Ecke Dönhoffplatz). Abmarsch 12 Uhr.

Zug 28.
Spandau.

Sammelplatz: Lutherplatz. Abmarsch 10 Uhr.

•

Bei dieser Kundgebung dürfen Stöcke (auch Spazierstöcke) nicht mitgeführt werden.

Von der gesamten organisierten Arbeiterschaft wird verlangt, daß sie für die Maikundgebung regste Propaganda macht.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Ortskartell Berlin.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Ortsausschuß Berlin.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Berlin.

Wochenprogramm des Berliner Rundfunks.

Sonntag, 24. April:

Vorm. 9: Morgenfeier. 11.30—12.30: Konzert. Nachm. 1.10: „Unsichtige Dichter". 2.30: Stunde des Briefmarkensammlers. 3: Der Wert der landwirtschaftlichen Schulen für den praktischen Landwirt. 3.30: Märchen. 4.30—6: Heitere Nachmittagsunterhaltung. 7.05: Der Ursprung der gangbarsten Fremdworte in unserer Muttersprache. 7.30: „Also sprach Zarathustra". Dritter Teil. 7.55: Das Berliner Jahr. 8.30: Blasorchester-Konzert. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Montag, 25. April:

Nachm. 3.30: Mütter und Töchter. 4: Römerbauten in Deutschland. 4.30: Novellen. 5—6: Kapelle Gebrüder Steiner. 6.30: Technische Wochenplauderei. 7.05: Erziehung zum volkswirtschaftlichen Denken. 7.30: Vergessene Dichter. 8.30: Sendespiel: „Anarchie in Sillian", Schauspiel von Arnolt Bronnen. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Dienstag, 26. April:

Nachm. 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4: Vom Teestrauch bis zum Samowar. 4.30—6: Kapelle Emil Roosz. 6.30: Stunde mit Büchern. 6.50: Die Bedeutung der Rachenmandel beim Kinde. 7.15: Jugend in Not! 7.45: Invalidenversicherung. 8.30: Orchestermusik: Mozart — Schubert.

Mittwoch, 27. April:

Nachm. 1.30—2: Glockenspiel der Parochialkirche. 3.30: Hausfrau im Nebenberuf. 4: Hebung und Bergung von Schiffen. 4.30: Jugendbühne. 5—6: Konzert. 6.30: Die Bedeutung eines metallkundlichen Archivs für die Metallindustrie. 7.05: Die Arbeiten der Enquetekommission. 7.30: Probleme der deutschen Arbeitszeitgesetzgebung. 8: „Also sprach Zarathustra", Vierter Teil. 8.30: Rechtsfragen des Tages. 9: Probsinn. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Donnerstag, 28. April:

Nachm. 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4: Aus dem Liebesleben der Vögel. 4.30: Hans Siemsen. 5: Kapelle Gebrüder Steiner. 7: Spanisch. 7.30: Formen des Epos. 7.55: Was ist Volkswirtschaft? 8.30: Joachim Ringelnatz. 9.25: Die Sonate. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Freitag, 29. April:

Nachm. 3.30: Hauswirtschaftliche Studienreise nach London, Paris, Brüssel. 4: Momentbilder eines Journalisten vom Berliner Kaufmannsgericht. 4.30—6: Berliner Funkkapelle. 6.20: Der moderne Steingarten. 6.50: Die Bildberichterstattung der heutigen Presse. 7.15: Das künftige deutsche Strafgesetzbuch. 8.10: Sendespiel: „Li-Tai-Pe", Oper von Rudolph Lothar, Musik von Clemens von Franckenstein. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Sonnabend, 30. April:

Nachm. 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4: Der Lebensroman des Rembrandt-Deutschen. 4.30—6: Kapelle Gebrüder Steiner. 6.30: Auslandstätigkeit unserer Reichsmarine und der bisherige Verlauf der Weltreise des Kreuzers „Emden". 7.05: Karl Friedrich Gauß. 7.30: Die Beurteilung der Einkommenszweige im Spiegel der Verfassung. 7.55: Unbekanntes vom Hexenwahn. 8.30: Lustiger Wochenschluß. 10.30—12.30: Tanzmusik.

Königswusterhausen.

Sonntag, 24. April:

Uebertragungen aus Berlin.

Montag, 25. April:

Nachm. 2.30—3: Landfrau und Landarbeiterschaft. Fr. Toni Kuellner. 4—4.30: Neue Wege und neue Ziele des neusprachlichen Unterrichts. Stud.-Rat Dr. Kamitsch. 4.30—5: Erziehungsberatung. Dr. Klopfer. 5—6: Schachfunk E. Nebermann. 6—6.30: Vorbedingungen für einen nachhaltigen Fortschritt in der deutschen Tierzucht. Min.-Rat Dr. Kürschner. 6.30—6.55: Englisch für Anfänger. Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann. 6.55—7.20: Bureauorganisation und Bureautechnik. Dr. Hummel. 7.20—7.45: Gedanken über das Wochenende. Redakteur Dr. Olden. Ab 8: Uebertragung aus Berlin.

Dienstag, 26. April:

Nachm. 4—4.30: Die Gestaltung deutscher Dichtungen durch das gesprochene Wort. Dr. F. H. Christians. 4.30—5: Erziehungsberatung. Dr. Klopfer. 5—5.30: Grundfragen der Staatenkunde: Probleme der Staatsgewalt, die Interessenpolitik des Staates. Dr. Berger. 5.30—6: Die Bedeutung des logischen Denkens für das Leben und die Wissenschaft. Dr. Falkenfeld. Fr. Susse Byk. 6—6.30: Völkerrechtliche Fragen: Die Exterritorialität. Min.-Rat Mettgenberg. 6.30 bis 6.55: Spanisch für Anfänger. C. M. Alfieri, G. van Eyseren. 6.55—7.20: Der Anteil der Deutschen an der Erforschung der Erde: Das zentralafrikanische Vulkangebiet. Prof. Dr. Schubotz. 7.20—7.45: Das deutsche Kunstlied bis Schubert. Dr. Mertmann. Ab 8.15: Uebertragung aus Berlin.

Mittwoch, 27. April:

Nachm. 12—12.30: Einheitskurzschrift für Schüler. Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann. 12.30—12.40: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 2.30—3: Deutsches Leben in Poesie und Prosa. Dr. Franz Grünfeld. 3.30—4: Einheitskurzschrift für Anfänger. Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann. 4—4.30: Die Gestaltung deutscher Dichtungen durch das gesprochene Wort. Dr. F. H. Christians. 4.30—5: Englisch für Fortgeschrittene. Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann. 5—5.30: Der Bau und das Leben der Pflanzen. Prof. Dr. Kurt Krause. 5.30—6: Arnold Mendelssohn zum 70. Geburtstage. Dr. Spitta. Gesang: Fr. Werner-Jensen. 6—6.30: Technischer Lehrgang für Facharbeiter: Flächen- und Raumberechnung. Gewerbeoberlehrer Mayer. 6.30—6.55: Englisch für Anfänger. Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann. 6.55—7.20: Organisation und gegenwärtige Lage des landwirtschaftlichen Kreditwesens. Min.-Rat Quassowski. 7.20—7.45: Die Kultur Europas im Zeitalter der Renaissance und Reformation: Die Anfänge des modernen Staates. Dr. Krammer. Ab 9: Uebertragung aus Berlin.

Donnerstag, 28. April:

Nachm. 2.30—3: Hausfrauenwünsche zum Wohnungsbau: Vergleichsstudien aus dem Gebiet der Hauswirtschaft. Zentrale der Hausfrauenvereine Brell-Berlin. 4—4.30: Berufsberatung: Student und wirtschaftliche Selbsthilfe. Dr. Schendel. 4.30—5: Fortbildungslehrgänge des Zentralinstituts für Schulamtsbewerberinnen. 5—5.30: Deutsche Siedlungstätigkeit in Brasilien. Gesandtschaftsrat Dr. Seelheim. 5.30—6: Japan, sein Volkstum und seine Kultur im Wandel der Zeiten. Major a. D. Dr. Trautz. 6—6.30: Die Bedeutung der Bienenzucht für die Land- und Volkswirtschaft. K. H. Kirchhöffel. 6.30—6.55: Spanisch für Fortgeschrittene. C. M. Alfieri, G. van Eyseren. 6.55—7.45: Zum 175. Geburtstage Friederikes von Sesenheim (Friederike und Goethe). Einführung: Prof. Werner. Rezitation: Dr. Leyhausen. Gesang: Ella. Ohlhoff. Am Flügel: R. Wikarski. Ab 8.30: Uebertragung aus Berlin.

Freitag, 29. April:

Nach. 12—12.30: Französisch für Schüler. Lektor Cl. Grander, G. van Eyseren. 3—3.30: Ueber Behandlung der Impfstelle. Geh. Reg.-Rat Dr. Breger. 3.30—4: Einheitskurzschrift für Fortgeschrittene. Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann. 4—4.30: Empfang in einem alttürkischen Hause. Fr. Paula Steiner. 4.30—5: Die Kunst des Sprechens. B. K. Graef. 5—6: Einführung in das Verständnis der Architektur. Dr.-Ing. Paul Zucker. 6—6.30: Die neugeistliche Lehrlingsausbildung in Werkstatt und Schule. Dr.-Ing. Marm. 6.30—6.55: Englisch für Fortgeschrittene. Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann. 6.55—7.20: Die Weltwirtschaftskonferenz. Dr. Karl Fr. von Siemens. 7.20 bis 7.45: Wissenschaftlicher Vortrag für Aerzte. (Thema und Name des Dozenten werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekanntgegeben.) 7.45—7.55: Einheitskurzschriftwettschreiben. Prof. Dr. Amsel. Ab 8: Uebertragung aus Berlin.

Sonnabend, 30. April:

Nachm. 3—3.30: Französisch für Anfänger. Lektor Cl. Grander, G. van Eyseren. 3.30 4: Esperanto. Postrat Behrendt, Frl. Moelke. 4—4.30: Chinesische Jugend und chinesische Schulen. Dr. Meß. 4.30—5: Das Neueste aus der Zeitschriftenliteratur. Prof. Dr. Lampe. 5—5.30: Die Verwaltungsreform als Rationalisierungsproblem. Staatssekretär Pr. Dr. A. Müller. 5.30—6: Der jugendliche Arbeiter. Walter Maschke. 6—6.30: Zum 150. Geburtstage von Gauß. Prof. Dr. Bieberbach 6.30—6.55: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte. (Thema und Name des Dozenten werden in den tierärztlichen Fachzeitschriften bekanntgegeben.) 6.55—7.45: Wettstreit berühmter und unberühmter Sänger und Violinisten. Dr. Heinitz, Hamburg. Ab 8.30: Uebertragung aus Berlin.

Scharlachberg Meisterbrand

Verpuffte Aktion der Droschkenbesitzer.

Richtigstellung des Polizeipräsidenten.

Im gestrigen Morgenblatt des „Vorwärts" haben wir bereits gezeigt, welche Winkelzüge die Unternehmer machen, um ihre Profitinteressen durchzusetzen.

Am Sonnabend morgen waren die Herren im Saalbau Friedrichshain versammelt. Sie hatten eine Deputation zum Polizeipräsidenten geschickt, um ihn zu veranlassen, ihnen die Nummernsperre zuzugestehen, da sie angeblich sonst den verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht anerkennen könnten.

Der Polizeipräsident lehnte es ab die Deputation zu empfangen. Da über die Gründe dieser Ablehnung in der Versammlung eine falsche Darstellung gegeben wurde, teilt der Polizeipräsident darüber mit:

„In einem Teile der Presse findet sich in der Besprechung der heutigen Kundgebung der Kraftdroschkenbesitzer die Behauptung, Polizeipräsident Zörgiebel habe den Empfang der Kraftdroschkenbesitzer mit den Worten abgelehnt, er bedauere, die Herren nicht empfangen zu können, ehe nicht alle Arbeitnehmer restlos wiedereingestellt seien. Diese Behauptung schlägt der Wahrheit direkt ins Gesicht.

Der Polizeipräsident hat im Gegenteil strengste Unparteilichkeit gewahrt und den Empfang der Herren mit der Begründung abgelehnt, solange der rein wirtschaftliche Kampf im Droschkengewerbe noch nicht abgeschlossen sei, könne und wolle er sich nicht in den Streit mischen und sich über Fragen des Droschkengewerbes äußern, um auch den allergeringsten Anschein zu vermeiden, als ob er in diesem Kampfe für die eine oder andere Seite Partei ergreife."

Die Unternehmer weigern sich jedenfalls, den Schiedsspruch zu beachten. Im Gegenteil, nach den Ausführungen des Herrn Syndikus Dr. Kopsch von der Innung vereinigter Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins, des Syndikus Rasse von der Vereinigung Berliner Kraftdroschken Groß-Berlins, und Tömmler vom Verband der Besitzer von Kleinkraftdroschken, wurde ein neuer Trumpf ausgespielt.

In einer Entschließung erklären die Unternehmer, sich veranlaßt zu sehen,

am Mittwoch ihre Betriebe zu schließen.

Damit soll der Druck auf den Polizeipräsidenten verschärft werden, um seine Zustimmung zur Nummernsperre zu ertrotzen.

In der Versammlung wurde gesagt, das Polizeipräsidium habe sich in der Ablehnung der Nummernsperre so festgebissen, daß es davon nicht abzubringen sei. Davon könnten selbst die Unternehmer nicht sprechen, wenn sie es nicht wären, die sich auf die Nummernsperre versteift haben, die Privilegierung ihrer Betriebe erzwingen wollten.

Das Polizeipräsidium habe trotz des Grundsatzes der Gewerbefreiheit die Konzessionssperre verhängt. Diese sei ein viel stärkerer Eingriff in die Gewerbefreiheit als die Nummernsperre, die von den Kraftdroschkenbesitzern verlangt werde.

Damit geben die Unternehmer zu, daß sie eine Durchbrechung der Gewerbefreiheit zu ihren Gunsten verlangen. Die Konzessionssperre liegt durchaus in der Richtung der Wünsche der Unternehmer, auch wenn sie behaupten, die Sperre gewährleiste den Spekulanten die weitere Ausdehnung ihrer Betriebe.

Daß die Nummernsperre nicht zu Spekulationen mißbraucht würde, werden die Unternehmer nicht behaupten wollen.

Abgesehen davon, daß das zünftlerisch-profitliche Verlangen nach Einführung der Nummernsperre weder mit den Allgemeininteressen noch mit der Gewerbefreiheit vereinbar ist, kommt es hier auf die Kennzeichnung des Treibens der Unternehmer an. Weil es ihnen gerade in den Kram paßt, behaupten sie, die Notlage der Chauffeure in vollem Umfange anzuerkennen. Sie sind es, die diese Notlage heraufbeschworen haben, sie sind es, die den Schiedsspruch sabotieren, der diese Notlage etwas mildern soll, sie sind es, die die Angestellten in den Streik trieben, sie jetzt ausgesperrt haben und ihnen mit gänzlicher Brotlosmachung durch Betriebsstillegung drohen, um sie zu zwingen, an ihrem Strang der Nummernsperre mitzuziehen.

Wenn auch nicht zu bezweifeln ist, daß die Droschkenbesitzer sich nicht scheuen, das Publikum in ihren Interessenstreit zu verwickeln, es darunter leiden zu lassen, so ist doch die Drohung der Betriebseinstellung nicht tragisch zu nehmen.

Die Reichsarbeiter zum Lohnabschluß.

Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Reichs- und Staatsarbeiter, einschließlich der Post- und Telegraphenarbeiter, nahmen am Freitag abend in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung in den Residenz-Festsälen den Bericht über die Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen im Reichspost- und Finanzministerium entgegen.

Der Referent, Kollege Ballenthin vom Bundesvorstand, schilderte eingehend die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zu überwinden waren und die ganz besonders für die künftige Entlohnung der Verwaltungsarbeiter in Erscheinung traten. Trotz aller Schwierigkeiten war es doch möglich, einen Abschluß auch für diese Gruppe zu treffen, womit die Lohnbewegung der Reichsarbeiter als erledigt gelten kann.

Den Arbeitern im Postbetrieb- und Verwaltungsdienst wird an Stelle der bisherigen Stundenlöhne ein Wochenlohn gezahlt. Für die Arbeiter in den Reichsverwaltungen wurde diese Regelung abgelehnt. Es bleibt für sie bei der bisherigen Stundenlohnberechnung, jedoch mit dem Unterschied, daß nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit vergütet wird. Die Verwaltungsarbeiter, die vor dem 1. April 1927 bereits im Reichsdienst tätig waren, erhalten als Ausgleich eine Vergütung von wöchentlich 1½ Stunden.

Die Verwaltungsarbeiter erhalten für Ueberstunden bis zur 51. Stunde keinen Zuschlag.

Die Arbeitszeit im Telegraphenbaudienst beträgt im Sommer 9 Stunden und im Winterhalbjahr 8 Stunden bei einer durchschnittlichen Bezahlung von 8½ Stunden.

In der Diskussion wandte sich Neumann von der Post gegen die Regelung der Arbeitszeit, da dadurch die Post gewissermaßen bereits einen Vorschuß an Arbeitsleistung für den Winter verlange.

In seinem Schlußwort wies Ballenthin darauf hin, daß die bei der Post beschäftigten Arbeiter bei diesen Verhandlungen insofern gut abgeschnitten haben, als durch die Ortslohnzuschläge eine Lohnerhöhung von 5 bis 7 Pf. für sie herauskommt, während die Reichsarbeiter nur 4 Pf. erhalten. Die Versammlung endete mit einem kurzen Appell, die Organisation — den Deutschen Verkehrsbund — gehörig zu stärken.

Der Streik in der Hanauer Edelmetallindustrie.

Hanau, 23. April. (TU.) Die heute mittag unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters geführten Einigungsverhandlungen im Lohnstreit der Hanauer Edelmetallindustriearbeiter sind ergebnislos verlaufen, da sich die Arbeitgeber weigerten, die verlangte Erhöhung des Lohnes zu gewähren. Der Streik geht weiter.

Die Abwehr der englischen Gewerkschaften.

London, 23. April. (WTB.) Der „Ausschuß zur Verteidigung der Gewerkschaftsrechte" hat beschlossen, das Blatt „The British Worker", das während der Dauer des Generalstreiks im vorigen Jahre das offizielle tägliche Bulletin des Generalrates des Gewerkschaftskongresses war, für die Dauer des Feldzuges gegen die Gewerkschaftsvorlage der Regierung als wöchentliches Bulletin wieder zu veröffentlichen.

Beamtentagung in Frankreich.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend trat in Paris der Nationalrat der französischen Beamtenverbände zusammen, um über einen eventuellen Anschluß der französischen Beamtenschaft an den französischen Gewerkschaftsbund zu beraten. Bei dieser Gelegenheit hat der Generalsekretär Jouhaux eine Rede gehalten, in der er die allgemeine Politik der Gewerkschaften präzisierte. Er erklärte die Ziele der Gewerkschaftsbewegung auf die Erlangung sozialer Reformen und die Festigung des Weltfriedens hinaus. Die Gewerkschaftsbewegung habe ferner die Mission, neben der materiellen Entwaffnung besonders die moralische Entwaffnung der Völker durchzusetzen. Die Arbeiterklasse fordert die Stiftung des Völkerbundes, der, wenn die Regierungen Hand in Hand mit ihm arbeiten, für die Festigung des Weltfriedens von größtem Interesse sein könnte. Er endete mit einem lebhaften Aufruf an die französische Beamtenschaft, sich der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, die allein fähig sei, neben sozialen Vorteilen den Frieden zu sichern und mit ihm die allgemeine Wohlfahrt.

Tabakarbeiterstreik.

Konstantinopel, 23. April. (TU.) Zum ersten Male in der Geschichte der Türkei ist es zu einem Arbeiteraufstand gekommen. Die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Konstantinopel legten die Arbeit nieder, weil ihnen 40 Proz. des Arbeitslohnes gekürzt werden sollte.

DIE AUSSTELLUNG DES JAHRES 1927
IN DEUTSCHEM GARTENBAU U. SCHLES. GEWERBE
GUGALI
VERANSTALTET VON DER STADT LIEGNITZ 25. JUNI BIS 5. SEPTEMBER

Gediegene, schöne Möbel

Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen und Einzelmöbel jeder Art, Bettstellen, Nachttische, Ankleideschränke usw. haben wir gerade jetzt besonders preiswert ausgestellt. Bitte besuchen Sie die Ausstellungsräume der „Driha" Möbelhäuser, Berlin N., Elsasser Straße 37 (Oranienburger Tor), Brunnenstraße 33 (nahe Invalidenstraße) und Chausseestr 59 (Fabrikgebäude). Wir liefern Ihnen gegen langfristige Zahlungserleichterung

auch ohne Anzahlung.

Jetzt ist die Zeit

zu einer durchgreifenden Blutreinigung mit Reichel's Wacholder-Extrakt, einem von der Natur selbstgeschaffenen Heilstoff, der den Stoffwechsel mächtig anregend, schädliche Ablagerungen und Säuren ausscheidend, durch den ganzen Körper geht. Die oft wunderbaren Erfolge mit Reichel's Wacholder Extrakt bei den vom verdorbenem Blut kommenden Krankheiten, wie der Haut und Nerven, Darm-, Magen- und Blasenleiden, Rheumatismus und Gicht etc. beruhen auf seiner vielseitigen Wirkung. In Apoth. und Drogerien erhältlich, der vielen Nachahmungen wegen achte man aber genau auf Marke „Medico" und Firma Otto Reichel, Berlin SO 33, Eisenbahnstr. 4 und weigere sich einen anderen als Reichel's

Wacholder zu nehmen.

„Urbin!"

natürlich nur „Urbin"

Verlangen Sie nicht einfach Schuhcreme, verlangen Sie stets:

„Urbin"

Ihre Schuhe werden es Ihnen danken!

Urbin

Putzt und pflegt täglich Millionen Schuhe

Schlaflosigkeit

Wer kennt sie nicht, die Schlaflosigkeit, meist eine Folge überreizter Nerven? Nicht frisch und munter wacht man auf, sondern schlapp und müde, halb und halb schon so für die Tagesarbeit unbrauchbar. Nehmen Sie dieses scheinbar kleine Uebel nicht von der leichten Seite!

Dr. Zinssers Tee gegen Schlaflosigkeit ist infolge seiner Zusammensetzung aus den entsprechenden Kräutern und Arzneipflanzen von vorzüglicher Wirkung bei Schlaflosigkeit und schwachen Nerven. Einen Versuch damit werden auch Sie gewiß nicht bereuen.

Ich bin mit der Wirkung Ihres Nervenleiden-Tees sehr zufrieden.
Willy Heldberg, Jeddingen.

Ich bin durch den Nervenleiden-Tee gesund geworden. Bertha Tänzer, Bad-Bibra.

Ihr Tee Nr. 32 bekommt mir sehr gut.
Karl Brockerhoff, Huckingen.

Sage Ihnen meinen besten Dank für die Wirkung Ihres Nervenleiden-Tees.
Peter Schönau, Buir.

Mehr als 11 000 Anerkennungen erhielten wir allein in den letzten 3 Jahren. Dr. Zinssers Tee gegen Schlaflosigkeit ist in jeder Apotheke erhältlich, wo nicht, aber auch von uns direkt.

Paket M. 1.50

Machen auch Sie einen Versuch! Um so rascher kann Ihnen ja geholfen werden.

Dr. Zinsser & Co., Leipzig 75

1898 gegründet

General-Vertr. und Ausl.-Lager
Apotheker M. Rosenberg
Berlin NO. 43, Neue Königstraße 6

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

2. **Kreis Tiergarten.** Dienstag, 26. April, 8 Uhr, bei Krüger, Puttlitzstr. 10, erweiterte Kreisvorstandssitzung.
3. **Kreis Wedding.** Die Maifeier des Kreises findet in den Pharussälen, Müllerstr. 142, Anfang nachmittags 3 Uhr und im Patzenhofer Ausschank, Chausseestr. 64, Anfang 4 Uhr, statt. Mitwirkende: Meinckescher Männerchor, Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Theo Maret: Humor der Harmlosen. Die Kaffeekücken sind geöffnet.
4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Dienstag, 26. April, 7½ Uhr, Sitzung des engeren Kreisvorstandes. Achtung! Um 8 Uhr Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Klug, Danziger Str. 71. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.
5. **Kreis Friedrichshain.** Dienstag, 26. Mai, 7½ Uhr, Sitzung der Obleute der Kommunalen Kommission im Lokal Cadiner Str. 10. Jede Abteilung muß bestimmt und pünktlich vertreten sein.
7. **Kreis Charlottenburg.** Dienstag, 26. April, 7½ Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes im Zimmer 1 des Rathauses.

•

128.—130. Abt. Achtung Bezirksführer! Es sind sofort unbedingt Teilzahlungen auf die Maifeierkarten bei den zuständigen Abteilungsleitern zu leisten.

9. **Kreis Wilmersdorf.** Montag, 25. April, 8 Uhr Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern und dem Obmann des Bildungsausschusses bei Andreas, Pfalzburger Str. 35. Die Genossinnen und Genossen des 9. Kreises werden dringend aufgefordert, an dem Bunten Abend der Sozialistischen Arbeiterjugend Wilmersdorf am 28. April in der Aula der Oberrealschule, Am Seepark, 8 Uhr, möglichst zahlreich teilzunehmen. Eintritt frei.
12. **Kreis Tempelhof-Mariendorf-Marienfelde-Lichtenrade.** Um die Maifeier im Seebad Mariendorf zu einer würdigen Demonstration zu gestalten, werden alle Genossen dringend gebeten, für regen Besuch zu werben und die Funktionäre im Karussellbetrieb zu unterstützen. Eintritt 50 Pf., arbeitslose Genossen und Familie frei. Konzert, Gesang, sportliche und turnerische Veranstaltungen. Festrede Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Moses. — **Zeitungskommission.** Die für Freitag, 29. April, angesetzte Sitzung muß wegen der Versammlung der Freireligiösen Gemeinde ausfallen und wird auf Freitag, 6. Mai, verschoben. Lokal „Zur Linde", Tempelhof, Werder Str. 12, Ecke Friedrich-Karl-Straße.
14. **Kreis Neukölln.** Mittwoch, 27. April, 7 Uhr, im Parteibureau, Reckarstraße 5, Sitzung sämtlicher Obleute der Elternbeiräte.
16. **Kreis Köpenick.** Montag, 25. April, 7½ Uhr, Sitzung aller sozialdemokratischen Lehrer und Elternbeiräte im Lokal Reich, Bahnhofstr. 13. Auch alle übrigen Genossen, die sich für Schulfragen interessieren, werden gebeten zu erscheinen. Referentin Dr. Hildegard Wegscheider. — **Arbeiterwohlfahrt.** Montag, 25. April, Besichtigung des Erziehungsheimes Lindenhof. Treffpunkt vormittags 9½ Uhr Bahnhofsvorplatz Strelaer-Rummelsburg. Es ist notwendig, pünktlich zu erscheinen, da sonst kein Einlaß.
19. **Kreis Pankow.** Montag, 25. April, 6½ Uhr, Fraktionssitzung mit den Bürgerdeputierten im Rathaus, Zimmer 17.
20. **Kreis Reinickendorf. Kreisausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.** Funktionärkonferenz am Dienstag, 26. April, 7½ Uhr, Baracken, Lindauer Straße.

Freiklinik der SPD.-Arbeiter, -Angestellten und -Beamten des Magistrats Berlin (Zentralverwaltung). Dienstag, 26. April, 7½ Uhr, bei Dienststellen und Anstalten zwecks Aussprache über festeren Zusammenschluß aller bei der Stadt Berlin beschäftigten Genossen. Mitgliedsbuch der Partei dient als Ausweis.

Morgen, Montag, 25. April:

24. **Abt.** 7½ Uhr bei Pönner, Immanuelkirchstraße, Funktionärsitzung.
29. **Abt.** Unsere Maizeitungen sind abzuholen vom Genossen Lucht, Lindenstraße 2. Mittwoch, 27. April, Mitgliederversammlung. Vortrag.
42. **Abt.** 7½ Uhr bei Schütze, Perzingstr. 60, Abrechnung der Bezirksführer.

Charlottenburg. 53. **Abt.** 8 Uhr bei Schmelkert, Erasmusstr. 2, Vorbesprechung zur Propagandawoche. — 57. **Abt.** 8 Uhr bei Pohl, Leibnizstr. 70, Funktionärsitzung.

67. bis 73. **Abt.** Achtung, siehe Kreisnachrichten!
96. **Abt. Neukölln.** 7½ Uhr bei Teich, Kniehookstraße, wichtige Funktionärsitzung. Die Bezirksführer laden ein, da dringend.

122a. **Abt. Konkordorf-Süd.** 7½ Uhr im Lokal Sanssouci äußerst wichtige Funktionärsitzung. Erscheinen dringend erforderlich.

128./130. **Abt. Pankow.** 7½ Uhr bei Meske, Berliner Straße Ecke Bindenpromenade, Sitzung der Zeitungskommission. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Dienstag, 26. April:

10. **Abt.** 7½ Uhr bei Krüger, Hussiten- Ecke Scheringstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Volkschaos im Klassenkampf." Referent Hanns Kamm. Alle Genossinnen und Genossen werden dringend gebeten, bestimmt zu erscheinen. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind herzlichst eingeladen.
42. **Abt.** 7½ Uhr bei Bader, Jütebogker Str. 7, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der Balkan, der Weltwinkel Europas." Referent Genosse Szanto.

Neukölln. 89. **Abt.** 7½ Uhr bei Grommeck, Sanderstr. 10, Vorstands- und Funktionärsitzung. Wegen der wichtigen Tagesordnung Erscheinen unbedingt erforderlich. — 91. **Abt.** 7½ Uhr bei Lüddecke, Karlsgartenstr. 12, Funktionärsitzung. Die Sammellisten für die Kinderverschickung sind umgehend abzurechnen.

101. **Abt. Treptow.** 7½ Uhr im Zeichensaal der Schule Wilhelmbruch- Ecke Grenzstraße Mitgliederversammlung. Vortrag: „Das Arbeitsgerichtsgesetz." Referent Paul Judrian. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Mittwoch, 27. April:

3. **Abt.** 7½ Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, an Stelle der fahlabende Mitgliederversammlung. Vortrag: „Heinrich Heine, der Revolutionär." Vortragender Paul Piotzke. Gäste und „Vorwärts"-Leser, insbesondere auch die Frauen, sind besonders eingeladen. Die Bezirksführer sind verpflichtet, schriftlich dazu einzuladen.
9. **Abt.** 7½ Uhr im Artushof, Perleberger Str. 29, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Wohnungspolitik." Referent Ernst Ruben. Die Bezirksführer laden dazu schriftlich ein. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind herzlichst eingeladen. Die Abrechnung der Maibilletts, Marken usw. muß spätestens am Sonnabend, 30. April, beim Genossen Herrichen, Wilsnacker Str. 40, erfolgen.
25. **Abt.** 7½ Uhr im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain, kleiner Saal, Mitgliederversammlung. Vortrag: „China, erwachendes Asien." Referent Gregor Bienstock. Gäste und „Vorwärts"-Leser sind dazu eingeladen. Achtung! Die Genossen machen ihre Frauen auf den Frauenabend am Montag, 25. April, aufmerksam. Siehe unter Frauenveranstaltungen.
27. **Abt.** 7½ Uhr in den Schönhauser Festsälen, Schönhauser Allee 127, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Sozialistische Jugendbewegung." Referent Felix Fechenbach. Neuwahl des 1. Abteilungsleiters. Die Genossinnen dürfen ebenfalls nicht fehlen. Achtung! Um 7 Uhr im gleichen Lokal wichtige Funktionärsitzung.
32. **Abt.** Mitgliederversammlung in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36. Tagesordnung: Mitteilungen des Vorstandes, Bericht vom Bezirkstag. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.
37. **Abt.** 7½ Uhr in der Patzenhofer Brauerei, Landsberger Allee, Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag. Niemand darf fehlen.

•

55. **Abt. Tempelhof.** Donnerstag, 28. April, 8 Uhr, Funktionärversammlung im Lokal „Zur Linde", Werderstr. 12, Ecke Friedrich-Karl-Straße.

Jungsozialisten.

Generalversammlung am Montag, 25. April, 7½ Uhr, im Saal des Bezirksamts Kreuzberg, Yorckstr. 11. Alle Mitglieder beteiligen sich. Als Ausweis dient Mitgliedskarte und Parteimitgliedsbuch. Gäste haben Zutritt.

Gruppe Tiergarten: Montag, 25. April, 7 Uhr, Generalversammlung der JSD. im Bezirksamt Kreuzberg. Dienstag, 26. April, 8 Uhr, bei Trümper, Flensburger Str. 5, Diskussionsabend. — **Gruppe Süden:** Dienstag, 26. April, 8 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vortrag: „Individualpsychologie und sozialistische Erziehung." Referentin Ada Seil. — **Gruppe Reinickendorf:** Montag, 25. April, fällt der Gruppenabend aus. Beteiligung an der Generalversammlung der JSD. — **Gruppe Lankwitz:** Montag, 25. April, fällt der Gruppenabend aus. Beteiligung an der Generalversammlung der JSD. Mitgliedskarten mitbringen.

Werbeausschuß der Post- und Telegraphenbeamten und Anwärter. Montag, 25. April, 8 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße, Eingang Rochstraße, wichtige Versammlung. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Frauenveranstaltungen.

6. **Kreis Kreuzberg.** Dienstag, 26. April, 7½ Uhr bei Wolff, Gräfestraße, Funktionärinnensitzung. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Frauenveranstaltungen am Montag, 25. April:

2. und 2. **Abt.** 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Vortrag: „Bürgerkultur." Referentin Elsa Albrecht.
4. **Abt.** 7½ Uhr Kohlberg, Jüdenstr. 33, vorn IV, Käthe Hoan: Lieder zur Laute, Positionen usw.
8. **Abt.** 8 Uhr bei Rickert, Steinmetzstr. 36, Vortrag: „Alt Berliner Humor". Referent Hanns Kamm. Gäste willkommen.
14. **Abt.** 7½ Uhr bei Leiser, Naumer-, Ecke Putbuser Straße, Paul-Keller-Abend. Referent Heinz Barthel.
17. **Abt.** 7½ Uhr bei Schreiber, Triftstr. 63, Vortrag: „Geistige Funktionen". Referent Arthur Rochow.
25. **Abt.** 7½ Uhr bei Köttner, Elbinger Str. 24, Vortrag: „Die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung". Referentin Herta Gotthelf.
26. **Abt.** 7½ Uhr bei Heiles, Pernauer Allee 239, Vortrag: „Die Volksfürsorge und die Arbeiterschaft". Referent Paul Kothe.
27. **Abt.** 7½ Uhr bei Boehannwitz, Sonnenburger Str. 1, Vortrag: „Arbeitslosigkeit und Wirtschaft". Referent Kurt Heinig, M. d. R.
28. **Abt.** 7½ Uhr bei Altmann, Rykestr. 2, Vortrag: „Die Arbeit der Frau im Parlament". Referent Luise Kähler, M. d. L.
29. **Abt.** 7½ Uhr bei Riede, Dunckerstr. 15, Vortrag: „Neue Menschen". Referent Franz Hauch.
31. **Abt.** 7½ Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36, Vortrag: „Die Frau im Eherecht". Referentin Ella Scheibenhuber.
34. **Abt.** 7½ Uhr bei Rosin, Oudenarder Str. 19, Literarischer Abend. Vortragender Theo Marx.
35. **Abt.** 7½ Uhr bei Otto, Rigaer Str. 85, Vortrag: „Die Stellung des Menschen in der Natur und Gesellschaft". Referent Gerhard Busch.
37. **Abt.** 7½ Uhr bei Raschke, Mainzerstr. 14, Vortrag: „Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten". Referent Stadtarzt Dr. Georg Löwenstein.
38. **Abt.** 7½ Uhr bei Bartusch, Friedenstr. 83, Vortrag: „50 Jahre Parteiarbeit". Referent Stadtverordneter Adolph Hoffmann.
39. **Abt.** 7½ Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vortrag: „Typen aus der Türkei". Referentin Erna Büsing.
40. **Abt.** 7½ Uhr bei Böttcher, Hagelberger Str. 9, Vortrag: „Sozialistische Gesinnungspflege in der Familie". Referentin Helene Michaelis.
41. **Abt.** 7½ Uhr bei Bader, Jütebogker Str. 7, Vortrag: „Sozialpolitik und Familie". Referentin Dr. Clara Henriques.
42. **Abt.** 7½ Uhr bei Hähle, Bergmannstr. 69, Vortrag: „Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten".
43. **Abt.** 7½ Uhr bei Wolff, Gräfestr. 26, Vortrag: „Die Kulturidee im Sozialismus". Referentin Minna Todenhagen.
44. **Abt.** 7½ Uhr bei Ewald, Skalitzer Str. 128, Vortrag der Genossin Erna Kresse. Gäste willkommen.
45. **Abt.** 7½ Uhr bei Wienzlers, Reichenberger Str. 104, Heitere Rezitationen. Referent Robert Keller.
47. **Abt.** 7½ Uhr in der Schule Wallemarstr. 77, Hortzimmer, Vortrag: „Hauswirtschaftliche Berufsausbildung". Referentin Maria Weber.

Charlottenburg. 56. **Abt.** Der Frauenabend muß umständehalber ausfallen. — 57. **Abt.** Der Frauenabend muß wegen Lokalschwierigkeiten ausfallen. — 58. **Abt.** 7½ Uhr bei Aschewski, Ansbacher Str. 41, Vortrag: „Der proletarische Mensch". Referent Hans Billige.

67. **Abt. Grunewald.** 8 Uhr im Bahnhofsrestaurant Grunewald, Vortrag: „Heinrich Heine". Referentin Ellen Seibler.
74. **Abt. Zehlendorf.** 8 Uhr bei Schnarre, Leseabend.
88. **Abt. Mariendorf.** Achtung! Mittwoch, 27. April, Frauenabend. Bitte den Abend freizuhalten.

Neukölln. 89. und 90. **Abt.** 7½ Uhr bei Wilke, Reuterstr. 47, Heiterer Abend. Referent Genosse Hasemann. — 91. **Abt.** 7½ Uhr bei Lüddecke, Karlsgartenstraße, Ecke Fontanestraße, Vortrag: „Kulturforderungen der Sozialdemokratie". Referent Wilhelm Mietzke. — 95. **Abt.** 7½ Uhr bei Griegert, Lessingstr. 9, Vortrag: „Die Aufgaben der Frau in der Kommune". Referentin Helene Schmitz, M. d. L.

99. **Abt. Britz-Buckow.** Der Frauenabend muß umständehalber auf den 2. Mai verlegt werden.

101. **Abt. Treptow.** 7½ Uhr bei Janke, Kiefholzstr. 21, Vortrag: „Das deutsche Volkslied". Mit Erläuterungen am Klavier. Referent Dr. Max Brix.

71. und 72. **Abt. Wilmersdorf.** 8 Uhr bei Jonas, Durlacher Straße, Ecke Duchsaler Straße, Vortrag: „Lily Braun". Referentin Margarete Schenkelowsky. Nach Schluß des Vortrages gemütliches Beisammensein mit Tanz.

103. **Abt. Oberschöneweide.** 7½ Uhr bei Imberg, Wilhelminenhofstr. 94, Vortrag: „Kameradschaft in der Erziehung". Referentin Clara Bohm-Schuch, M. d. R. Gäste willkommen.

104. **Abt. Niederschöneweide.** 7½ Uhr im Lokal „Zur kühlen Ecke", Hasselmerder-, Ecke Frankstraße, Vortrag: „Arbeiterschaft, Erziehung und Sozialismus". Referent Kurt Lucke. Gäste willkommen.

119. **Abt. Lichtenberg.** 7½ Uhr bei Renz, Rittergutstraße, Ecke Müllendorffstraße, Vortrag: „Konkordat". Referent Rektor Crosse.

139. **Abt. Wedding.** 8 Uhr im Jugendheim Bahnhofstr. 13, Hof pt., Vortrag: „Tuberkulose". Referent Dr. Wagenknecht. Gäste sind eingeladen.

140. **Abt. Borsigwalde.** 7½ Uhr bei Wotschack, Ernststr. 1, Vortrag: „Neue Menschen". Referentin Henny Rewald.

Frauenveranstaltungen am Dienstag, 26. April:

1. **Abt.** 7½ Uhr bei Zschiesling, Ackerstr. 1, Vortrag des Genossen Dr. Julius Moses, M. d. R.
5. **Abt.** 7½ Uhr bei Gestewitz, Linienstr. 222, gemütliches Beisammensein. Vortragender Genosse Hasemann.
6. **Abt.** 7½ Uhr bei Dobschlaw, Swinemünder Str. 11, Vortrag: „Körperkultur." Referentin Lisa Albrecht.
22. **Abt.** 8 Uhr bei Rabsch, Brüsseler Str. 43, Vortrag: „Hygiene im Hause." Referent Dr. Dunker.
23. **Abt.** 7½ Uhr bei König, Oranienstr. 37, Vortrag des Genossen Heinz Barthel.
85. **Abt. Tempelhof.** 7½ Uhr bei Buse, Werber- Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, Vortrag der Genossin Erna Kresse.

Neukölln. 93. **Abt.** 7½ Uhr im Lokal Bärenwinkel, Siebelung am Dammweg, Vortrag: „Eherecht." Referent Ernst Ruben. — 96. **Abt.** 8 Uhr bei Lohann, Hippersr. 18/19, Vortrag: „50 Jahre Parteiarbeit." Referent Stadtverordneter Adolph Hoffmann. — 97. **Abt.** 7½ Uhr bei Krüger, Emser Str. 36/37, Vortrag: „Der proletarische Mensch." Referent Hans Billige.

106. **Abt. Johannisthal.** 7½ Uhr bei Voitha, Siedenrauchstr. 12/13, Vortrag: „Frauenkrankheiten." Referent Dr. Friedeberger.

122a. **Abt. Konkordorf-Süd.** 7½ Uhr im Lokal Sanssouci Frauenabend. Besprechung der Maifeier.

137. **Abt. Reinickendorf-West.** 8 Uhr im Volkshaus Scharnweberstr. 114 Vortrag: „Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten." Referentin Dr. Käthe Frankenthal.

138. **Abt. Hermsdorf.** 8 Uhr im Lokal Eggebrecht, Albrechtstr. 1, Vortrag: „Wohlfahrtspflege." Referentin Walpurga Gengler.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Neukölln. Gruppe Boddinplatz (91. Abt.). Unsere Kinder treffen sich am Montag, 25. April, nachmittags 4 Uhr, vor dem Heim Ecke Boddin- und Berliner Straße, um gemeinsam zur Spielwiese in der Sonnenallee zu gehen.

Charlottenburg. Montag, 25. April, 8 Uhr, Rosinenstr. 4, Jugendheim, allmonatliche Elternversammlung. Referent Genosse Dr. Löwenstein.

136. **Abt. Reinickendorf-West.** Montag, 25. April, 8½ Uhr, Elternabend im Jugendheim Seebad. Vortrag des Genossen Ulrich, Neukölln, über „Psychoanalyse im Allgemeinverständlichen." Gäste willkommen.

82. **Abt.** Dienstag, 26. April, Spielen im Heim Albrechtstr. 47, von 4—6 Uhr nachmittags.

Kreis Wedding. Freitag, 29. April, Kreisbesserstützung an bekannter Stelle.

Gruppe Schillerpark: Mittwoch, 27. April, Turnabend Turnhalle Utrechter Straße. Freitag, 29. April, Heim Cere- Ecke Turiner Straße, Sprechchorprobe zur Maifeier. Sonntag, 1. Mai, 1 Uhr, Treffpunkt zur Maifeier des Kreises.

Verkäufe

Brachtenwerk! Deutsches Teppichhaus Emil Lefevre seit 1892 nur Oranienstraße 158, Kaiserei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße •

Türkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten, Wolff, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Voll Große Frankfurterstraße 47. •

Leiterwagen, Schubkarren, Eisenräder, Achsen, Federn, Sensen, Sicheln. Fabrik Treskowstraße 55. Moritzplatz 13.738. •

Teppiche, Läuferstoffe, Tischdecken, Divandecken, Gardinen, Etamine, Steppdecken, Daunendecken, Langfristige Zahlungserleichterung! Garantiert Kassapreise!

Teilzahlung, Komplette Zimmer, Einzelmöbel billig, Wenger, Marchlewskistraße 8 (Alexanderplatz). Große Frankfurterstraße sechsundfünfzig.

Teilzahlung, kulant Möbel-Mich.

Teilzahlung, billig, Möbel-Mich.

Teilzahlung, reell, Möbel-Mich, Große Frankfurterstraße 43/46.

Polsterkeller Kreutzstraße 2, Lichtenberg, Oderstraße 24, Gabriel-Max-Straße 4. Riesenlager bildschöner Chaiselongues, Kastenruhebetten, Aufleggmatratzen, Sofas, Feldbetten, Metallbetten, Wochenzahlung.

Möbelkredit fast ohne Anzahlung bei langfristiger Abzahlung: Schlafzimmer, Speisezimmer, sämtliche Einzelmöbel, Küchen, Kochmöbel, Polsterwaren, Metallbetten. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstr. 77/78, Ecke Brückenstraße.

Fünfundsiebzig Speisezimmer, Standuhren, Gobelinsofas, Herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung, Kameling, Kastanienallee 56.

Gleiser-Möbel, Alexanderplatz, sind gediegen und doch preiswert! Ständige Ausstellung von 400 modernen Zimmereinrichtungen für Kleinwohnungen, Siedlungen und gutbürgerliche Räume. Sämtliche Einzelmöbel. Musterlager Großkatalog 35 kostenlos. Albert Gleiser Möbelfabrik Akt.-Ges., Alexanderplatz, Alexanderstraße 41, 42, 43. •

Anzüge, 18.— an, neue und getragene, teils auf Seide, Seidenmäntel, Federbetten, Stand 25.— an, spottbillig. Leihhaus Reinickendorferstraße 103, Nettelbeckplatz. Keine Lombardware. •

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Rauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, Staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 209—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware. •

Bettenverkauf! Neue 9,75! 15.—! Prachtrolle 22,50! 27,50! Bettwäsche! Steppdecken! Tülldecken! Inlette! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47. •

Leihhaus Moritzplatz 56a verkauft von Kavalieren wenig getragene Anzüge, Gabardine-Mäntel, Frack-, Smoking-Anzüge von 25.—. Keine Lombardware. •

Möbel

Patentmatratzen, Aufleggmatratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Polster, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft. Kein Laden.

Ohne Anzahlung sämtliche Möbel in reichhaltigster Auswahl, langfristige Ratenzahlungen, erhalten Sie bei Möbelsohn; im Osten: Große Frankfurterstraße 58 (fünf Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47/48 (fünf Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), Moabit: Turmstraße 73. •

Teppich-Schrager, Invalidenstraße 141, verkauft jetzt zu staunend billigen Preisen: Teppiche, Läuferstoffe, Tischdecken, Divandecken, Gardinen, Etamine, Steppdecken, Daunendecken, Langfristige Zahlungserleichterung! Garantiert Kassapreise!

Teilzahlung, Komplette Zimmer, Einzelmöbel billig, Wenger, Marchlewskistraße 8 (Alexanderplatz). Große Frankfurterstraße sechsundfünfzig. •

Teilzahlung, kulant Möbel-Mich. •

Teilzahlung, billig, Möbel-Mich. •

Teilzahlung, reell, Möbel-Mich, Große Frankfurterstraße 43/46. •

Polsterkeller Kreutzstraße 2, Lichtenberg, Oderstraße 24, Gabriel-Max-Straße 4. Riesenlager bildschöner Chaiselongues, Kastenruhebetten, Aufleggmatratzen, Sofas, Feldbetten, Metallbetten, Wochenzahlung. •

Möbelkredit fast ohne Anzahlung bei langfristiger Abzahlung: Schlafzimmer, Speisezimmer, sämtliche Einzelmöbel, Küchen, Kochmöbel, Polsterwaren, Metallbetten. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstr. 77/78, Ecke Brückenstraße. •

Fünfundsiebzig Speisezimmer, Standuhren, Gobelinsofas, Herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung, Kameling, Kastanienallee 56. •

Gleiser-Möbel, Alexanderplatz, sind gediegen und doch preiswert! Ständige Ausstellung von 400 modernen Zimmereinrichtungen für Kleinwohnungen, Siedlungen und gutbürgerliche Räume. Sämtliche Einzelmöbel. Musterlager Großkatalog 35 kostenlos. Albert Gleiser Möbelfabrik Akt.-Ges., Alexanderplatz, Alexanderstraße 41, 42, 43. •

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig, Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage. •

Bericht von hocheleganten Gesellschaftsanzügen, Rosenthalerstraße 4, Norden 6290. •

Wenige getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten, Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiterer Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. •

Getragene Herrengarderobe, Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig, Nähe Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße. •

Staunenerregend! Prachtteppiche! Läufer! Federbetten, Stand 25.—! Gardinenlager! Divandecken! Herrenanzüge! Paletots! Monatsgarderobe! Teilzahlung ohne Abzahlungspreise! (Keine Versprechungen!) Pfandleih-Verkaufshaus, Schönhauser Allee 115 (Nordring). •

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle, Konzertgarantieschein, kleine Ratenzahlung. Herzberg, Brunnenstraße 101, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz. •

Sprechapparate, Schallplatten, direkt vom Mechaniker, auf Teilzahlung. Reparaturen gründlich. Wichtige Erfahrung. Pietsch, Strelitzerstraße 47. •

Hausmusik auf Kredit. Frenorbon der neue Sprechapparat mit Bestlizenz, direkt ab Fabrik ohne jeden Zwischenhandel. Tischapparate 25.—/35.— Mark. Schrankapparate 62.—, 85.— Mark. Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung, von 1.— Mark an, Langjährige Garantie. Ein Plattensortiment nach Wahl, 20 Stücke, 19,50 Mark. Vorführungsräume nur in der Fabrik, bis 7 Uhr geöffnet. Sprechapparate-Bau-Gesellschaft Freier & Co., N 4, Chausseestraße 46, eine Treppe, Haltestelle Schwartzkopffstraße.

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung, Teilzahlung. Robert, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Ich gebe mein gut erhaltenes Salonpiano erdschaftswegen allerbilligst in gute Hände, bei Mathaes, Berlin, Kurfürstenstraße 44 III, Untergrundbahnhof.

Gute, gebrauchte, billige Pianos. Auch Monatsraten, ohne Anzahlung. Herzberg, Prinzenstraße 90, Moritzplatz.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Sintenstraße neunzehn.

Fahrräder, Rennmaschinen, Halbrennet, Touren- und Bereiträder, erstklassig. Niedrige Anzahlung, kleinste Raten. Baltia-Fahrradwerke, Niederlage Dresdenerstraße Nr. 111.

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Göricke-Räder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittenräder, Monopolräder, hochmoderne bildschöne Rennmaschinen, entzückende schnellaufende Straßenrenner, fünfjährige Garantie. Kaufzwangloser Lagerbesuch erbeten. Fahrradrahmen 18.—, Kaffenräder 45.—, Schlauch, Weinmeisterstraße vier.

Phönixräder, altbekannte Qualitätsmarke, ohne Anzahlung bei 3.— Mark Wochenrate zum Originalpreis lieferbar. Phönixhauptbureau Schöneweiderstraße 7, nahe Ringbahnhof Neukölln.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silberlochen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christiansen, Köpenickerstraße 30 (Adalbertstraße).

Klaviere kauft sofort von privat Hasenheide 5307.

Zahngebisse, Edelmetallbruch, Quecksilber, Zinn, Blei, Silberschmelze Christiansen, Köpenickerstraße 30a (Mauerstraße).

Pianos, groß, höchstzahlend, Preußner, Kaiser-Friedrich-Straße 244, Hermannplatz.

Unterricht

Berlitz School. Fremde Sprachen, Leipzigerstraße 110, Hauptgeschäftsstelle 13a. Einzel- und Zirkelunterricht. Eintritt jederzeit. •

Maschinenbau. Elektrotechnik, Tageslehrgänge, Abendlehrgänge, Technische Privatschule. Diplomingenieur Steklmacher. Auch Vorbereitung zur Elektromeister-Prüfung. Friedrichstraße 118. •

Zuschneidekurse. Private Zuschneideschule Heinrich Maurer, am Bahnhof Alexanderplatz, Eingang Königsgraben, Herren- und Damenschneiderei. Wäsche, Zuschneiden, Nähkurse, Tagesstunden, Zahlungserleichterung. Fernsprecher Königstadt 329. •

Fröbel-Oberlin-Institut. Privat-Haushaltungsschule, Inhaber H. Pollak, Berlin, Wilhelmstraße 10. Beste Ausbildung in allen hauswirtschaftlichen Fächern, Schneidern, Kochen, sichere Umgangsformen, Bürgerkunde usw. Eintritt an jedem Ersten des Monats. •

Medetanzschule. Uhland 2698.

Einjähriges, Abitur. Vormittagsschule, Abendkurse. Direktor Panzigers Vorbereitungsanstalt. Alte Jakobstraße 124, Oranienburgerstraße 87.

Technische Privatschule Dr. Werner, Reklamen-Baumeister, Berlin, Reinickendorferstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Verschiedenes

Detektivbureau Stachel, Chausseestraße 77, Fernsprecher Norden 7886. Beobachtungen, Ermittelungen, Auskünfte allerorts.

10 000 Reklamezettel 3.—, Druckerei Schmitz, Rominterenstraße 30. •

Wäscherei Kubisch, Köpenick, Grünauerstraße 45, liefert in erstklassiger Ausführung Bettbezüge 80, Laken 35, tadellos gewaschene Leibwäsche 15, Schonendste Behandlung. Abholung Donnerstag (M. SPD.). •

„Harmanialänger." Humoristen, moderne Schlager, Couplets. Jahn, Rüdersdorferstraße 48. •

Großen Sommergarten mit Konzert- und Theaterbühne empfehle Vereinen zur Abhaltung von Sommerfesten zu günstigen Bedingungen. Schultheiß-Patzenhofer Ausschank (Fischbrauerei) — Norden 1002 —, Chausseestraße 64. •

Wäsche nach Gewicht. Halbtrocken zurück per Pfund nur 30 Pfg., trocken zurück nur 25 Pfg. Dampfwäscherei „Merkur", Frankfurter Allee 337, Andreas 2800. •

Bernsteinwolle Auskunft. Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 131, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe, Nähe Schlesischer Güterbahnhof. •

Erholungsuchende finden billige Unterkunft in Haus Louise, Ostseebad Zirkow (Rügen), und Haus Glückauf, Binzerstraße. Mai das Bett 1.—, Juni 1.— bis 1.50. •

Geldverkehr

Pfandleihe. Höchstbeleihung. Lanze, Moritzplatz Aschingerhaus. •

Vermietungen

Mietgesuche

Leer- oder teilmöbliertes Zimmer sucht berufstätige Genossin zu mieten. Angebote unter S. 33 an den „Vorwärts". •

Zimmer

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Radtke, Kielholzstraße 13, Quergebäude 2 Treppen.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Autoknie, erstklassige Ausbildung, Lehrlinge, mäßige Preise. Fahrmeister Walter Sohl, Tempelhof, Berlinerstraße 59. •

Maiwellen, hochrote, einhundert 6,95, Fuchsschwanz, Bindegrün, Wollblumen, Laubbiese, Frühlingsdekorationen, Blumenquelle, Blumenfabrik Große Frankfurterstraße 137.

Näherinnen für Wäschearbeitsstube, auch anlernen, sofort gesucht. Hirschelmann, Lindenstraße 58 I.

Zuarbeiterinnen für Kinderhütte stellt sofort ein Engel, Hutfabrik, Neue Grünstraße 17.

Steppereinnen, Tambourier, auf Kinderhütte stellt sofort ein Engel, Hutfabrik, Neue Grünstraße 17.

Zuarbeiterinnen, perfekte, verlangen Bergmann u. Lichtenstein, Damen- und Kinderhutfabrik, Wallstraße 11/12.

Heimarbeiterinnen, einfache Kleider, verlangt Heidepriem, Neukölln, Treptowerstraße 15.

Putzmacherinnen,
Garnierer innen, geübte, in und außerm Hause, verlangt sofort G. A. Schilling, Damenhutfabrik, Wollstraße 23—24.

Arbeitsstuben
sowie Heimarbeiter auf Blusen, guten sowie Mittelgenre, beschäftigen dauernd. Meldungen mit Vorlagen. Gebrüder Ruben, Krausenstr. 29.

Arbeitsstuben
auf Plissee gesucht, guten Mittelgenre, Probe erbeten
S. Mark & Co.
Beuthstraße 4.

Aus der Film-Welt

Die Filme der Woche.

„Der Weltkrieg."

(Ufa-Palast am Zoo.)

Kann man den Weltkrieg zum Film verarbeiten? Bestimmt nicht! das Thema ist so umfassend, unsere Erinnerungen sind noch zu frisch, und die Folgen noch zu unübersehbar, als daß man heute ein geschlossenes Bild davon geben könnte. Als Spielhandlung, etwa in der Art, wie Erckman-Chatrian, noch die Erlebnisse eines napoleonischen Soldaten gegeben hat, wäre wohl ein starkes, unmittelbares Erleben gewährleistet, aber der Massencharakter und die Weltbedeutung des Stoffes nicht erfaßbar. Die Ufa-Leitung hat sich auch kein so hohes Ziel gesetzt, sie wollte die mannigfachen Aufnahmen, die während des Krieges gemacht wurden, verwerten und hat uns jetzt den ersten Teil ihres dreigliedrigen Zyklus vorgeführt. Sie wollte einen historischen Film geben, der ohne Tendenz die großen Ereignisse noch einmal im Bilde aufrollen sollte. Man muß ihr zugestehen, daß die Gegner nicht in der Art behandelt sind, wie es während des Krieges im Lande der Brauch war. Es ist auch französisches und englisches Material verwendet worden, und so wird denn ein späterer Historiker einmal in aller Ruhe diesen ungeheuerlichen Massenaufmarsch in aller Herren Länder studieren können. Der erste Teil schildert das friedliche Deutschland in seiner Blüte, geht ganz kurz auf die Kriegsursachen und Kriegsveranlassung ein und gibt dann eine ausführliche Darstellung der Kriegsereignisse an der West- und Ostfront, den Einfall in Belgien, den Sturm auf Lüttich, das unaufhaltsame Vordringen nach Frankreich, dazwischen die Schlacht bei Tannenberg und an den Masurischen Seen und dann die große Wendung, die Schlacht an der Marne, den Rückzug und das Erstarren des Stellungskampfes auf der ganzen Linie. Viele Szenen sind natürlich gestellt und nachträglich hineingearbeitet, der entsetzliche Charakter des Krieges mit seinen Handgranaten und Giftgasen wird nicht annähernd erreicht. Wenn man etwa die Schilderung in Barbusses Kriegsroman damit vergleicht, so bleibt hier alles weit hinter der Wirklichkeit zurück, wenn auch gelegentlich ein wirkliches Schlachtfeld und ein (gestellter) Rückzug durch Artilleriefeuer gezeigt wird. Aber vielleicht wollen die Patrioten auch hieran nicht allzustark erinnert sein. Bei der Premiere gefielen die festlichen Aufmärsche und Paradezüge mit entsprechender Militärmusik und die großen Siege sowie die Heldentoten der Unterseeboote am meisten. Trotzdem gibt der Film natürlich ein großes Anschauungsmaterial, und wer den Krieg wirklich miterlebt hat, wird auch von diesen Bildern nicht ohne den Eindruck des Furchtbaren und Entsetzlichen scheiden.

Der Weltkriegfilm verfolgt keine ausgesprochene Tendenz. Aber unausgesprochen wimmelt er von Tendenzen. Der Einbruch in Belgien wird sehr schonend behandelt, die Marneschlacht zeigt den ungeheuren Fehler der Leitung, und die kriegsentscheidenden Folgen keineswegs mit wünschenswerter Deutlichkeit. Vor allem aber fehlt die große Tendenz, ohne die der Weltkrieg nicht fruchtbar zum Gegenstand eines Filmes gemacht werden kann: die Tendenz gegen den Krieg, gegen den Wahnsinn dieses Krieges. Die große tragische Wirkung bleibt aus. Die Veranstalter dieses Filmes haben historisches Material verarbeitet und ergänzt und mit Trickzeichnungen erläutert, auch rührende Abschiedsszenen und patriotische Erhebungen hinzugetan, aber den Weltkrieg, das ungeheuerste Ereignis und tragischste Erlebnis, sind sie uns schuldig geblieben. Wenigstens in diesem ersten Teil. D.

„Die Todesbarke."

(Richard-Oswald-Lichtspiele.)

Die packende Illustration eines Zeitgeschehens durch den Film, hat Sowjet-Rußland allen filmproduzierenden Staaten voraus. Dafür erbrachte auch dieser Moskauer Film erneut den Beweis, obwohl gerade er nicht besonders stark ist. Er bringt im Anfang ein breit ausgespieltes, bürgerlich süßliches Familienidyll, während er als wahrer Reißer endet. Das Manuskript führt in die Zeit des Bürgerkrieges, die Wrangelsche Armee, die Andersgesinnte. Jeder einzelne wird in die Wirren der Zeit verstrickt, auch wenn er sich durchaus nicht mit Politik beschäftigen will. Das wird an dem Schiffsingenieur gezeigt. Er hat nur seine Pflicht getan, er hat sich von allem Zwist fern gehalten und wird doch auf die Todesbarke geschickt. Und da bringt ihn der Terror der Wrangelschen auf die Seite der Andersdenkenden, auf die Seite seines Sohnes. Als er wieder zum Dienst auf den „Schwan" gerufen wird, versenkt er das Schiff, das den ganzen Stab der Gegenrevolutionäre an Bord hat. Die Zensur hat den Film wesentlich gemildert, hat dem Zuschauer manchen Anblick von Greueltaten erspart, das bemerkt man. Die Schauspieler lieferten allesamt eine äußerst wertvolle Arbeit. Sie haben ihre Figuren aus dem Alltag aufgelesen, ihnen lag nur an der Lebenswahrheit. W. Jaroslawetz verkörperte den Ingenieur als pflichtgetreuen Menschen, wie wir ihn alle kennen, der eigentlich etwas ängstlich ist, dem aber im entscheidenden Augenblick die Entschlußkraft nicht mangelt. A. Saltikoff ist großartig als Maschinist, eine kraftstrotzende Figur. Er glaubt an seine Körperkraft und an den Sieg seiner Sache, und wie ihm mitten in seiner ansteckenden Zuversicht sein Todesurteil ereilt, das alles ist von niederschmetternder Wucht, formt sich zum unvergeßlichen Eindruck. L. Gurjenew ist ganz und gar die Type des Spitzels. — Eben noch der hämischste Mensch, ist er im nächsten Augenblick ein Kind, das ein Volkslied trällert. Mit solchen Darstellern und dem eigenen filmsicheren Blick — fiel es dem Regisseur A. Room nicht schwer, trotz offensichtlicher Fehler ein Werk zu schaffen, das noch über dem üblichen Durchschnitt steht. e. b.

„Auf den Spuren der Azteken."

(Mozart-Saal.)

Das ganze, zauberhafte Mexiko mit seinen großen klimatischen und landschaftlichen Gegensätzen, den großen Gegensätzen zwischen der spanischen Kolonialkultur, dem modernen Amerikanismus und dem primitiven Leben der Eingeborenen, der Indios, die noch wie vor Jahrhunderten leben, in einem Film einzufangen, ist ein Unternehmen, das über alle Kräfte geht. Trotzdem wird man dem wissenschaftlichen Leiter der Ufa-Expedition, die das Land von einem Ozean bis zum anderen durchquerte, Professor Alfons Goldschmidt, für das Gebotene dankbar sein. Denn er ist ein ausgezeichneter Kenner Mexikos in all' seiner Vielgestaltigkeit, und vor allem hat er eine große Liebe zu dem einfachen Indio, der schon vor der spanischen Eroberung eine fremdartige Kultur geschaffen hat und auch heute noch sein eigenes Leben führt. Von Rechts wegen müßte man eine Reihe von Filmen über Mexiko aufnehmen, und ausführlich erläutern. Gewiß war auch der einleitende Vortrag von Professor Goldschmidt wertvoll, aber der Durchschnittsgeschmack des Kinos verbietet es, systematisch und eingehend etwas zu behandeln. So müssen wir uns denn mit einer Reihe bunter, zum Teil wunderbarer Bilder begnügen, die unter der Leitung von E. Hrich auch rein photographisch sehr gelungen sind. Von der Küste steigen wir auf, über die hohen Gebirge hinweg in die weite Hochebene, in dem sich 2300 m hoch die Hauptstadt ausbreitet mit ihrem ganz modernen Leben, ihrem dichten Autoverkehr und den schönen, alten spanischen Gebäuden und Plätzen. Unterwegs haben wir Einblicke getan in die mannigfaltigen landwirtschaftlichen Kulturen, in den ungeheuren Reichtum an Früchten aller Art, in den Minenbetrieb, insbesondere die Silbererzgewinnung. Der Indio, der heute noch über uralte kunstgewerbliche Techniken verfügt, ist uns nahegekommen, wir sehen ihn bei seinen Spielen, seinen Hahnen- und Stierkämpfen und bewundern seine merkwürdige Vertrautheit mit dem Tode. Aus dem tropischen Mexiko steigen wir auf zum Gipfel des vereisten Popocatepetl. Die hohe Kultur des alten Mexiko erschließt sich uns in dem gewaltigen Tempel und großartigen Pyramiden, die heute noch Zeugnis ablegen von der Bedeutung seiner Erbauer, deren Nachkommen noch einmal ihren Wiederaufstieg erleben dürften. D.

„Lolotte, das Modell."

(Gloria-Palast.)

„Die nackte Frau" von Henri Bataille war in Paris einst ein Kassenstück. Es entsprach all den Anforderungen, die das französische Durchschnittspublikum an ein gut gemachtes Theaterstück mit rührseligem Inhalt stellt. Aber das ist noch kein Grund, daß uns der Film, den Leonce Perret nach diesem Vorbild veranstaltet hat, gefallen muß. Gewiß, der Regisseur hat an Aufmachung nicht gespart. Es gibt viele Milieuszenen aus dem Pariser Künstlerleben, Atelieraufnahmen, Bälle, Ausstellungen, und dann das große Leben in Nizza mit seinem Karneval, viel schöne Landschaften und als Kontrast auch die Szenen des Elends und des Hungers, wie wir sie aus der Boheme des Murger und seiner Nachfolger zur Genüge kennen. Aber die Liebeshandlung, die den Inhalt ausmacht, ist allzu theatralisch und mit allen Mitteln der großen Komödie aufgezogen. Lolotte liebt ihren Künstler, schlägt alle guten Partien aus, hungert mit ihm und erlebt dann mit ihm den großen Erfolg und — das Ende ihrer Liebe. Denn der junge Maler gerät in die Netze einer Sirene, die ihn nicht freigibt, auch als Lolotte einen Selbstmordversuch macht. Er muß erst selbst das Unglück des Abgewiesenen und Verlassenen erlebt haben, um den Weg zu seinem treuen, kleinen Modell zurückzufinden. Sie hat inzwischen auf einem Landgut eines guten Freundes Zuflucht gefunden, und sie wird ihren Künstler wieder die Gefährtin wie einst sein. Die einfachen Bohemeszenen, solange Lolotte das lustige Modell ist, werden bei uns eher Gefallen finden als die aufgedonnerten Szenen der Eifersucht und Untreue. Auch Louise Lagrange wirkt darstellerisch besser als das typische Pariser Mädel in ihrer Mischung von Keckheit und Grazie, denn als Dame. Die Verführerin spielte Rita Naldi, ganz wie sie sich ein Komödienschreiber vorstellen mag, als kaltes Theater. Den jungen Maler stattete Iwan Petowitsch mit allen Vorzügen gewinnender Jugend aus. r.

„Die Hös'chen des Fräulein Annette."

(Tauentzien-Palast.)

An diesem Film kann man recht deutlich sehen, womit der normale amerikanische Film seine normalen Wirkungen erzielt. Man greift keck ins Leben der Alltagsmenschen hinein, gibt das, was der Durchschnittsfilmbesucher auf seiner Erlebnisplatte hat, und fügt das hinzu, was ihn, insbesondere den weiblichen Teil, als Wunschtraum beschäftigt. Die kleine Annette King ist mit ihren Freundinnen als Nähmädchen in irgendeinem trostlosen Konfektionsbetrieb beschäftigt. Eines Tages müssen sie alle gehen, und nun heißt es, eine neue Stellung suchen, denn Vater ist meistens arbeitslos (die deutsche Bearbeitung berlinert stark, denn Arbeitslosenunterstützungen und dergleichen sind in Amerika nicht Brauch). Da sie sehr hübsch und fesch ist, hat sie gleich Erfolg, sie wird zunächst Telephonistin und dann, weil ein reicher Kunde des Konfektionshauses sich in sie verliebt, Mannequin und darf mit ihren Freundinnen die neuesten Kombinationen und Höschen vorführen. Der fashionable Betrieb im Restaurant und Ballhaus folgt darauf, aber natürlich alles in Ehren (wozu wären wir denn sonst in Amerika!). Jetzt muß die übliche Komplikation eintreten. Der Vizechef des Hauses möchte Annette für sich kapern, aber der nette junge Mann, der ihr treu geblieben ist, weiß sie vor Schaden zu behüten und gleichzeitig seinen Nebenbuhler, der ein Hochstapler und Betrüger ist, zu entlarven. Eine der üblichen amerikanischen Hetzjagden muß dazu dienen, diesen Teil schmackhafter zu machen. Zum Schluß empfehlen sich soundso viele Paare als Verlobte. Annette bekommt ihren netten jungen Mann, der sich als der wahre Inhaber des Geschäftes herausstellt. Der Wunschtraum ist erfüllt. Der Regisseur Irving Cummings hat sich nicht besonders anzustrengen gebraucht, alles geht in den üblichen, schon ausgefahrenen Bahnen vor sich. Auch die Darsteller brauchen sich nicht besonders anzustrengen, Magde Bellamy macht als Annette von ihren Kugelaugen guten Gebrauch. Recht wirksam ist Harry Bally als älterer Schwerenöter mit etwas jüdischem Einschlag. r.

„Ein Mordsmädel."

(Emelka-Palast.)

Am Schluß verneigt sich auf der Bühne zusammen mit den gerührten Hauptdarstellern auch der prachtvolle, schwarze Schäferhund. Schade, daß man die gelehrigen Elefanten, die im Film sogar auf dem Kopf standen, dem Publikum unterschlug. Was sonst geschieht, ist unwahrscheinlich zuckrig, eine erquickende Mischung von „Herzblättchenszeitvertreib" und Detektivroman, und für dieses Manuskript zeichnen sogar zwei Verfasser verantwortlich, und eine Dame hat dazumal die Idee entworfen. Deshalb geht es auch im Film hoch her. Da ist so ein richtiges, herziges Gräfenmöchterchen, natürlich verarmt und bei einem braven Schustermeister in Pension, ein echtes Mordsmädel, das in einem Tierpark die jungen Löwen in Windeln einpackt und einen kinderleichten Kriminalfall spielend löst, denn der Sohn ihres Pflegevaters liebt die Tochter des Tierparkbesitzers, um die sich auch der gepflegte Bösewicht Harry Hardt bewirbt. Schlimme Intrigen werden gesponnen und bei dieser Gelegenheit verschwindet ein Brillantenkollier. Der brave junge Mann kommt in Verdacht, der übrigens durch nichts begründet ist, aber man muß doch auf anständige Art die Akte füllen. Am Schluß folgt dann die dramatische Verhaftung des ungeschminkten Bösewichts, der Verlobungskuß, ein Händedruck in Großaufnahme und das neckisch lachende Gesicht des Mordsmädels. Ein Regisseur läßt die vornehmen Menschen in Barocksälen wohnen, und hat wenig Ahnung davon, wie ein modernes Malerateliер aussieht. Die Handlung wird mühsam ausgerollt wie ein klitschiger, zäher Teig. Die Darsteller begnügen sich bescheiden mit dick aufgetragener Durchschnittlichkeit, selbst Erich Kaiser-Titz, der als elegant inszenierter Wucherer durch den Film geistert, weiß absolut nichts mit seiner Existenz anzufangen, und um Cilly Feindt webt der ganze holde Zauber der Marlitt. Jedes Lob gebührt dem schwarzen Schäferhund. F. S.

„Meine Frau — das Fräulein."

(U. T. Kurfürstendamm.)

Die junge Frau will gern einen neuen Teppich haben, und vom Ausspruch des Wunsches bis zur Erfüllung spielt sich ein allerliebstes Lustspiel ab. Edgar Franklin schrieb das Manuskript, das wirklich eine geeignete Grundlage zur Entfaltung recht vieler Lustigkeiten ist. Und der Regisseur Harry Pollard ist witzbegabt. Er versteht es aus dem ff., jede Szene zu gestalten. Wie klimisch nett nimmt sich der eheliche Krach aus, wie urdrollig sind die Ehegatten, die immer zwischen tiefstem Gekränktsein und Schabernack schwanken. Und dann die Hauereien! Sie werden mit wahrer Leidenschaft ausgeführt. In der Tat, Harry Pollard kann mit diesem Lustspiel bestehen. Die sonnige Laura la Plante spielte die Hauptrolle. Sie ist ein fesches, selbständiges Frauchen, Schelm und Trotzkopf zugleich. Es wäre recht und billig, auch die anderen Darsteller zu nennen, aber die Ufa hält es nicht für nötig, ihre Namen im Programm aufzuführen, erwähnt wird nur, daß E. E. Horton die Hauptrolle spielt.

Im Film „Nomaden der Wüste" sieht man im unerklärten Durcheinander die verschiedensten Menschentypen und Tierarten. Und diesen Wüstenkuddelmuddel, der einen so merkwürdig zusammengeklaubten Eindruck macht, nennt man dann Kulturfilm.

Die Ufa-Wochenschau bringt u. a. die neuesten Pariser Moden, englische Truppenverladungen nach China und die künstliche Skibahn auf der Berliner Wochenendausstellung. Ein jeder findet also den ihm zusagenden Happen. e. b.

„Die Tragödie einer Ehe."

(U. T. Weinbergsweg.)

Ein Roman ist ganz bestimmt kein ideales Filmmanuskript, aber zu einer solchen Tragödie des Filmes wie im vorliegenden Fall braucht er gerade nicht zu werden. Auf der Hochzeitsreise wird der Ehemann zum Totschläger an einem ihm Fremden, der die junge Frau belästigte. Die Tat wird mit Zuchthaus geahndet. Zwischen Mann und Frau tritt eine Entfremdung ein. Die Liebe der Frau gewinnt der Rechtsanwalt, der ein Wiederaufnahmeverfahren durchsetzt, in dem es zum Freispruch kommt. Die Frau gibt schließlich die eheliche Gemeinschaft auf, da will der Mann sich rächen und nimmt ihr das Kind. Beim Kampf um das Kind greift der Mann zur Waffe und erschießt sich aus Versehen selbst. Nun steht einer gut bürgerlichen Ehe zwischen der vielgeprüften Frau und dem Rechtsanwalt nichts mehr im Wege. Maurice Elvey's Regie ist ein schlimmes Kapitel. Die Regiefehler häufen sich nur so. In den Zimmern sind die Möbel schlecht gestellt, die Gerichtsszenen werden in ganz überholter Art gespielt, die Dienerschaft des Hauses stellt andauernd lebende Bilder, und die Großaufnahmen zerreißen jedesmal den Rhythmus des Films. Jedes seelische Erleben fehlt, und das — trotzdem Alfred Abel die Hauptrolle spielt. Ein Schauspieler allein kann schließlich nicht alles schaffen, zumal Paul Richter bei dieser Regie gänzlich versagen mußte. Er, der unser Siegfried ist, der Pietro, der Korsar war, muß diesen Rechtsanwalt ganz farblos geben. Ihm wird einfach keine Gelegenheit geboten, sich auszuspielen. Isabel Elsom verkörperte die Hauptrolle; man müßte sie einmal in einer anderen Filmrolle sehen. —g.

STOLLWERCK
Kakao
Schokolade
Pralinen

BAD-NAUHEIM

45 Minuten von Frankfurt a.M. Weltberühmte kohlensäurereiche Kochsalzthermen (30,5–34,4° C.)

Unerreicht bei **Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Gicht, Bronchitis, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden**

Sämtliche neuzeitliche Kurmittel / Schöner Erholungsaufenthalt / Auserlesene Unterhaltungen / Sport aller Art / Vorzügliche Unterkunft bei angemessenen Preisen

Badesalz-, Mineralwasser- u. Pastillen-Versand

Auskunftsschrift D 20 durch Bad- u. Kurverwaltung u. in Reisebüros

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ.
7 Uhr: Frau ohne Schatten
Schauspielhaus
2½ Uhr: Napoleon
8 U.: Ein besserer Herr
Schiller-Theater
8: Prinz Friedrich v. Homburg

Städtische Oper
Charlottenburg
7½ Uhr:
Turandot
Abonn.-Turnus II.

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 11 U.
Der Arzt am Scheideweg

Kammerspiele
Norden 10334—37
8¼ Ende nach 10
Lockvögel

Die Komödie
Bismarck 2414, 7510
8 Uhr, Ende 10½ U.
Mannequins
Nachtvorstellung
Täglich 11 Uhr:
Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4 u. 5 M.

Trianon-Theater
Max Adalbert
8 Uhr in Lanzr. 2393
„Müllers"
Stg. 3½ nchm. 1-6 M.
Max Adalbert in „Rhythmik"

Theat. a. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr Ende gegen 11
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kolle

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
Operette von Martin Knopf. Allermann, Klein, Heinisch, Hart, Willan, v. Debus.

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr
Varieté-Neuheiten!
Sonntags u. Sonntags 2 Vorstellungen 3⁰⁰ und 8 Uhr, 3⁰⁰ zu ermäßigt. Preisen d. ganze Programm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr:
Gewitter über Gotland
Morgen 8 Uhr:
Gewitter über Gotland

Th. am Schiffbauerdamm
3 Uhr:
Das Grabmal des unbekannten Soldaten
8 Uhr:
Tragödie der Liebe

Komische Oper
Allabendlich 8¼ Uhr:
Sünden der Welt
Die weltberühmte James-Klein-Revue
250 Mitwirkende / Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet

Theater im Admiralspalast
Direktion: Herm. Haller.
Tägl. 8¼ Uhr: Gastspiel der Pariser Revue von
Palace-Theater, Paris
„Vive la femme"
Jenny Golder / Spadaro
Napierska / de Birac / Ludmilla und Jack / Franvils / Delorme Clarel / Sella / Armand / Doris und Walker / Kapeltm. Nardini und Harry Pilcer
Heute 2 Sonntags-Vorstellungen 3 u. 8¼ Uhr. Nachmitt. die ganze Vorstellg. zu halben Preisen.
Vorverkauf ununterbrochen.

ERIK CHARELL BRINGT:
Tägl. 8 U. Sonnt. 3 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Camilla Spira, Bendow, Westermeier, Kupfer, Denera
Großes Schauspielhaus

Berliner Theater
Charlottenstr. 90/92
Heute Sonntag 2 Versteil. 3½ und 8 Uhr
Hampelmann
Operette
Ausschneiden
Nachmittags 3½ Uhr gegen Vorzeig. dieses Inserats großeSondervergünstigung bis zu 4 Kart. Rang: 0,75, Parkett: 1,00, Fauteuil 1,50, Logen 2,00. Abends zählt jeder Rundfunkhörer u. Abonn. dieses Blattes gegen Quittung bis zu 4 Karten halben Kassenpreis

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Pimpelhuber der Millionen-Erbe
Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Reichshallen-Theater
Allabdl. 8 U. Sonntags nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Das wundervolle April-Programm!
Nachmittags: Heute Preise. volles Programm
Dönhoff-Brett'l: Baumblüte, Varieté, Konzert u. Tanz.

Wallner-Theater
8¼ Uhr:
Auf der Sonnenseite
Sonntag nachm. 3½ zu kl. Pr. Der Herr Senator

DAS
WOCHENENDE
AUSSTELLUNG AM KAISERDAMM
Märkische Heimat
Verkehrspanorama / Kunstausstellung / Die Landschaft in der Photographie / 300 Wochenendhausmodelle/Schülerwettbewerb
Der Bedarf des Wochenendlers
Wochenendhaus-Kolonie
Tägl. 9 Uhr vm. bis 10 Uhr abds. Einlaß bis 8 Uhr
Eintritt 1,50 M. / Schüler 75 Pf.
Alte Autohalle:
BERLINER SCHNEEPALAST
Tägl. von 9 Uhr vm. bis 8 Uhr abds.
Ab 8,30 Uhr:
Groß. Schneesport-Abend-Programm / Schneeballett / Großer Ski- und Rodelbetrieb.
Eintritt 1,50 M., für Ausstellungsbesucher 1 M.

8 Anfang Uhr — Stg. nm. 4
CIRCUS-BUSCH
Sonntag
2, 4 und 8 Uhr:
BEN HUR
Kein Film!
Lebendigste Wirklichkeit!
Nachm. halbe Preise.

Gemischter Chor Groß-Berlin
Saalbau Friedrichshain, Dienstag, 26. April, abends 8 Uhr
Beethoven-Gedenkfeier
Egmont-Quvertüre
IX. Sinfonie
Berliner Sinfonie-Orchester, Gemischter Chor Groß-Berlin
Dirigent: Jascha Horenstein
Emmy von Stetten, Paula Lindberg, Marcel Noé, Robert Korst
Karten zu 1,25 RM. bei Bote & Bock, Westfalen, Abt.

8 Uhr
Winter-Variete Garten
Rauchen gestattet
Sonnt. 3½: Ermäß. Preise

Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co"
Karlshorst, Deutsches Haus — Treskowallee (am Bahnh.) Jed. Dienstag
Pankow, Konzerthaus — Breitestraße 34 Jeden Mittwoch
Cöpenick, Stadttheater — Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hamuseck — Hauptstraße 6 Jeden Sonntag
Notstands-Varieté-Kommission der Intern. Artisten-Loge E. V.

Rennen zu Grunewald
Sonntag, den 24. April
nachmittags 3 Uhr

Preisgekrönt!
DAS HAUS FÜR ALLE
ROLAND
WERKE AG BERLIN — WILHELMSRUH
Wohnung · Sport · Wochenende
Musterhäuser Kaiserdamm-Ausstellung:
Haus-Stand No. 28-29
(direkt am Funkturm)
und Kaiserdamm, Ecke Königsweg
(am Lietzenseepark)

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Thalia-Theater
8 Uhr:
Der mutige Seefahrer

Salzburg-Höhne
Dts. Künstler-Th.
Heute zum letzten Male 8 Uhr:
Skandal in Amerika
Montag, Dienstag, Mittwoch geschlossen!
Donnerstag 7 Uhr
Premiere Adieu Mimi

Lessing-Theater
8 U.: Der Patriot
Wegener, Kortner

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Goldie Thielscher
Hurra — ein Junge

Rose-Theater
8¼ Uhr:
Die beiden Nachtigallen

Karmonsky-Bühne
Th. Königsrätz. Str.
Hasenheide 2110
8 Uhr:
Die Schule v. Uznach

Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr
Theo macht alles!

Walhalla-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Sonntag
2 Vorstellungen
Nachm. 4 u. abs. 8¼
Die von der Liebe leben!
Jugendliche haben Zutritt!
Vorzeiger zahlt nur halbe Kassenpr.

Theater a. Kottb. Tor
Kottbusser 8148
Tägl. 8 U.
Stg. nachm. 3
Elite-Sänger
Ein Programm zum Totlachen!!
Niemand versäume es

Philharmonie
7½ Uhr:
Letzter Wagner-Abend
des Philharm. Orch.
Dirig. Prof. J. Prüwer

UFA von HEUTE

UFA-PALAST Wochentags 7 u. 9⁰⁰ Sonnab. u. Sonnt. 5, 7, 9⁰⁰	Der Weltkrieg Ein historischer Film
GLORIAPALAST Wochentags 7 u. 9⁰⁰ Sonnab. u. Sonnt. 5, 7, 9⁰⁰	Lolotte, das Modell
KURFÜRSTENDAMM Wochentags 7 u. 9⁰⁰ Sonnab. u. Sonnt. 5, 7, 9⁰⁰	Laura la Plante Meine Frau, das Fräulein
MOZARTSAAL Wochentags 7, 9⁰⁰ Sonnab. u. Sonnt. 5, 7, 9⁰⁰	Auf den Spuren der Azteken Begleitvortrag Dr. A. Goldschmidt
UFA-PAVILLON Wochentags 4, 9 Sonnab. u. Sonnt. 3, 6, 9	16. Woche Metropolis Erste Vorstell. erwäß. Pr.
FRIEDRICHSTR. Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Jackie Coogan Jackie, der Außenseiter
SCHÖNEBERG Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Die Lady ohne Schleier Bühnenschau
TURMSTRASSE Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Kopf hoch, Charly Bühnenschau
KÖNIGSTADT Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Jackie Coogan Jackie, der Außenseiter Bühnenschau
ALEXANDERPL. Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Jackie Coogan Jackie, der Außenseiter
WEINBERGSWEG Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Die Tragödie einer Ehe Bühnenschau
FRIEDRICHSHAIN Wochentags 7, 9 Sonntags 5, 7, 9	Rinaldo Rinaldini Bühnenschau

ÜBERALL UFA-WOCHENSCHAU

NORDLANDREISEN
MIT „MONTE SARMIENTO" UND „MONTE OLIVIA"
Nordkapreisen
2. Juli bis 16. Juli
18. Juli bis 1. August
21. Juli bis 4. August
von nur 230-420 R.-M.
Spitzbergenfahrt
8. August bis 26. August
von nur 270-490 R.-M.
Die Preise schließen volle Verpflegung ein
Gratisprospekte durch die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Hamburg 8, und durch die Generalvertretung in Berlin W 8, Unter den Linden 6 (Hotel Bristol), sowie durch die bekannten Reisebureaus.

L C Smith Schreibmaschinen
gehören wegen ihrer vielseitigen Vorzüge in jedes Bureau.
Verlangen Sie unverbindliche Vorführung von Abteilung D.
Corona Schreibmaschinen-Gesellschaft
m.b.H. / Berlin SW 68, Markgrafenstr. 76-77 (Dönh. 7373)

Ia Bouclé-Teppiche
165×235 36⁷⁵ 200×300 57.- 250×350 84.- 300×400 98.-
Bouclé-Läufer 90 cm 4²⁵ 67 cm 3¹⁰
Velour-Läufer Marke 90 cm 11⁷⁰ 67 cm 8²⁵
Prima, Perser Muster
Teppich-Bursch.
nur Berlin C, Spandauer Strasse 32
Peristan-Teppiche 120×240 36⁵⁰ 150×310 59⁷⁵ 200×310 79⁷⁵ 250×340 101.-
ges. gesch. Reine Wolle, mit Handfranse, getreue Copien von Orient-Teppichen 255×360 119⁵⁰ 300×410 159⁵⁰ 320×510 199.- 350×510 232.-
Anker-Velour-Teppiche, Beiderwand-Teppiche Ia Wolle mit Franse
Schoeller-Fabrikat, allerersten u. ältesten Fabrikat f. Wohn- u. Speisezimmer, Diele, Büros, Hotels.
90/200 42.- 142/235 62.- 172/285 88.- 200/335 129.- 250/375 69.- 300/410 89.- 300/520 108.- 333/520 124.-
235/325 172.- 250/365 209.- 300/410 282.- 333/445 352.-
Divandecke....150×300 39⁵⁰
Wollmoiett, Perserimuster passende Tischdecke, 150×180.....23.00
Divandecke....150×300 12²⁵
Kelimart mit Franse
Tischdecke.....7.75 Rückwand.....5.75

Wiedereröffnung!
Sanssouci. Jed. Sonntag der eleg. Ball, gute Musik, bill. Preise, gr. Kaffeekochen, herrl. Ausflugsort, Kinderbelustigungen. Bahnst. Sadowa. Inh. Genosse Reinhold Reinecke

Altenbrak
i. Harz
Im schönsten Teile des Bodetales gelegen, inmitten herrl. Laub- und Nadelwälder. Kein teures Modebad. Ständige Kraftomnibus-Verbindung mit Blankenburg und Wernigerode. Auskunft und Prospekte durch die Kurverwaltung.
„Kurhot. und Bodeheim" Tel. 11
Villa Hoffmann, preisw. Pension
Hot.-Pens. Schöneburg, renoviert, preiswert. Hs., Tel. 18. Bes. H. Steffen.

Küchen
roh emailliert
Küche Lottchen 42 M. 80 M.
„ Christine 75 „ 125 „
mit Anrichte
Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter Küchen, einzelner Kleider- und Küchenschränke.
Himmel
Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

Bettfedern
aus erster Hand. Pfd grau 60 Pf., arschl. 90 Pf., Kopf 1.75, Halbdaune 2.75, 4. weiß. Flaumrupf 4. beste 5, Daune 7, weiß 8—10, Schleißdaune 3.50—5, Oberbett 1a dicht, Inlett 9 Pfd 12, 18, Kissen 3 Pfd. 3.50 5.50 an w. gegen Nachn. Muster-Preisl. frei. kein Risiko. Nichtpassend zurück. Böhm. Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin C 12, Landsberger Str. 43.
Hygienische Dampfreinigung gratis

□m 40 Pfg. an
i. ca. 300 Landparzellen, prima Gartenboden, 20 Min. v. Bahn. Verkäufer Sonntags im Restaurant „Zu den drei Linden", direkt am Bahnhof Fredersdorf. II. Eichwalde, ca. 150 m vom See, □m 1.75, Verkäufer Sonntags Wirtshaus Schmöckwitz (an der Uferbahn)
Jul. Rieger, Berlin C, Gontardstr. 5.

Metallbetten 10⁵⁰
Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12 / Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Blumenspenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Golletz,
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 103 00

Spritzpumpen
zum Reklamepreis v. 7 M. an zum Selbstanbringen, Hilfsmotor, Schläuche verkauft
Krüger & Lattan
Pumpenfabrik, Berlin S. 21, Alexanderstr. 14
I.M. v. Intab. konzessionierte

Obstgrundstück
Neu-Seegefeld, 110 Qu.-Ruten, verkauft Buhlmann, Reinickd., Herbststraße 25.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Dörffler
WÜRSTCHEN · BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!

Verlangen Sie stets Garantieschein der geräuschlosen
Patent-Ketten-Matratze
mit Stempel Original-„Befema" sowie
„Befema"-Ruhebetten sofort ab Lager. Für schwerst Belastung. Kein Einliegen 20 Jahre Garantie. Ueberall erhältlich
Berliner Feder-Matratzen-Fabrik Berlin O. 27, Krautstraße 4-5

Hauptverkehrslokal des Reichsbanners:
August Strunk
Charlottenburg
Spree- Ecke Wallstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Dienstag, 26. April, abds. 6½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:
Konferenz
der weiblichen Vertrauenspersonen und Betriebsräte.
Tagesordnung: 1. Lichtbilder-Vortrag über: „Ehe und Sexualberatung." (Empfängnisverhütung, Sexualfragen, Ehefragen.) Referent: Stadtarzt Dr. med. Georg Lowenstein. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25:
Branchenversammlung
der Metalldrücker und Polierer.
Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Alle Kollegen sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen und für einen guten Besuch Sorge zu tragen.

Donnerstag, den 28. April, nachm. 4½ Uhr, bei Laufer, Lausitzer Str. 23:
Versammlung
sämtlicher Drückerlehrlinge.
Kollegen in den Betrieben, sorgt für guten Besuch.

Dienstag, den 26. April, nachmittags 5½ Uhr, im Parterre-Saal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:
Branchenversammlung
der Bau-, Geldschrank- u. Möbelschlosser.
Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Stellungnahme zur Tarifkündigung. 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die wichtige Tagesordnung verpflichtet jeden Kollegen, die Versammlung zu besuchen.

Mittwoch, den 27. April, abends 6½ Uhr, in Ewalds Vereinshaus, Stallger Straße 120
Branchenversammlung
aller in den Eisenmöbel-Betrieben beschäftigten Kollegen.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unserer Lohnforderung. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.

Mittwoch, den 27. April, nachm. 4½ Uhr, im „Dresdener Garten", Dresdener Straße 45
Branchenversammlung
der Gold- und Silberschmiede.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Das neue Arbeitsgerichtsgesetz." 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Notstandsaktion der erwerbslosen Bühnenangehörigen!
Romain Rolland:
Die Wölfe.
Revolutionsdrama in 3 Akten aus der Zeit der großen französischen Revolution.
50 Mitwirkende. Regie: Emil Lind.
jeweils abends 8 Uhr:
Mittwoch, den 27. April, im Saalbau Hochschulbrauerei, Amrumer Straße 11
Donnerstag, den 28. April, in den Prachtsälen am Märchenbrunnen, Am Friedrichshain 20/22.
Freitag, den 29. April, in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 122/123.
Mittwoch, den 4. Mai, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 12.
Donnerstag, den 5. Mai, in Lindners Konzerthaus, Pankow, Breitestr. 34.
Freitag, den 6. Mai, in der Stadthalle Weißensee, Pistoriusstraße.
Mittwoch, den 11. Mai, im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94.
Donnerstag, den 12. Mai, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.
Freitag, den 13. Mai, in den Prachtsälen, Treptow, Am Treptower Park 27.
Eintrittspreis: 80 Pf. im Vorverkauf und an der Abendkasse.
Außerdem sind Eintrittskarten in unserem Bureau, Linienstr. 83/85, im großen Saal, Schalter 2, erhältlich.
Kollegen, unterstützt diese Notstandsaktion der erwerbslosen Bühnenangehörigen.

Achtung! Generalversammlung!
Unsere Oertliche Generalversammlung für das 1. Quartal 1927 findet am 13. Juni statt.
Anträge dazu müssen bis spätestens 7. Mai in Händen der Verwaltung sein.
Die Ortsverwaltung.

Fordern Sie sich ausdrücklich in den Geschäften die neuen großen 20-Pf.-Rollen u. Schnitten
Kapitän-Kautabak
echt Kopenhagener Qualität. Feinster Geschmack. Jedes 20-Pf.-Stück wird in Papier verpackt geliefert: nicht verpackte weise man als unecht zurück. Wo nicht erhältlich, werden Verkaufsstellen mitgeteilt durch C. Röcker, Berlin NO, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3561).

Der heutigen Stadtauflage liegt ein Prospekt der Firma Hermann Tietz bei, betr. Sonderverkauf Haushaltwaren.

Einem Teil unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Lotterie der „Hedwig-Wangel-Hilfe für weibliche Strafentlassene" bei. Der Hauptgewinn hat einen Wert von 40 000 M. Das Los kostet nur 50 Pf., das Doppellos 1 M. Der Reinertrag ist für die Hedwig-Wangel-Hilfe bestimmt, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, weiblichen Strafentlassenen den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben zu erleichtern. Wir weisen unsere Leser besonders darauf hin.